



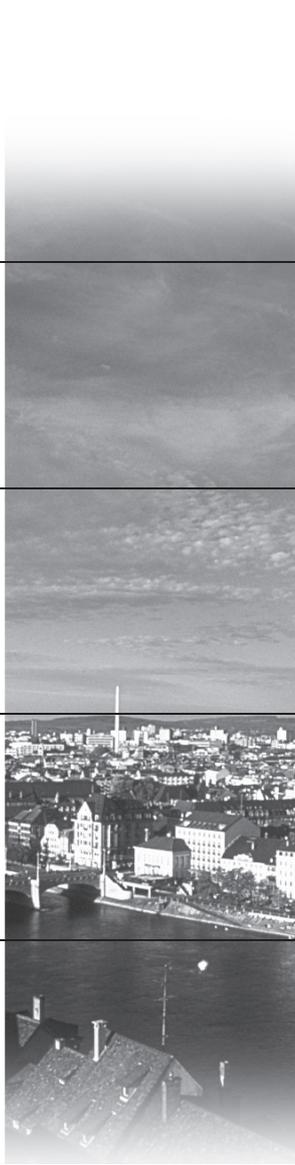
2015

2014

2013

2012

2011



2014

Budgetbericht

Kanton Basel-Stadt

Budgetbericht 2014

an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

1 Die Einleitung	5
1.1 Wichtigstes in Kürze	6
1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	12
1.2.1 Weltwirtschaft	12
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft	12
1.2.3 Prognoserisiken	14
2 Die mittelfristige Planung	17
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates	18
2.1.1 Überblick	18
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	19
2.1.3 Als Region zusammenwachsen	22
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen	24
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen	26
2.1.6 Finanzielle Auswirkungen	31
2.2 Finanzplan 2014-2017	33
2.3 Planung der Departemente	37
2.3.1 Präsidialdepartement	38
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement	41
2.3.3 Erziehungsdepartement	44
2.3.4 Finanzdepartement	48
2.3.5 Gesundheitsdepartement	50
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	53
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	56
2.3.8 Gerichte	59
2.3.9 Behörden und Parlament	61
2.4 Planungsansätze	62
2.5 Vorgezogene Budgetpostulate	66
2.5.1 Bau- und Verkehrsdepartement	66
2.5.2 Erziehungsdepartement	67
3 Das Budget	69
3.1 Erfolgsrechnung	70
3.1.1 Aufwand	71
3.1.2 Ertrag	76
3.2 Investitionsrechnung	80
4 Der Kanton	81
4.1 Budget Kanton	82
4.1.1 Personalentwicklung	83
4.2 Budget Zweckgebundene Positionen	88
4.2.1 Präsidialdepartement	90
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement	126
4.2.3 Erziehungsdepartement	158
4.2.4 Finanzdepartement	184
4.2.5 Gesundheitsdepartement	200
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	214
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	232
4.2.8 Gerichte	254

4.2.9	Behörden und Parlament	265
4.2.10	Regierungsrat und Übriges	274
4.3	Konsolidierung	280
4.4	Budget Nichtzweckgebundene Positionen	281
4.4.1	Finanzdepartement	282
4.4.2	Justiz- und Sicherheitsdepartement	285
4.4.3	Gesundheitsdepartement	285
5	Die Investitionen	287
5.1	Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben	288
5.1.1	Investitionsplafonds	288
5.1.2	Die grössten Vorhaben	289
5.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	289
5.1.4	Öffentlicher Verkehr	289
5.1.5	Hochbauten im Verwaltungsvermögen	290
5.1.6	Informatik	291
5.1.7	Bildung	291
5.1.8	Kultur	291
5.1.9	Übrige	291
5.2	Investitionsübersichtsliste	292
5.2.1	Ausschöpfung der Plafonds	292
5.2.2	Investitionsübersichtsliste	292
6	Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen	303
6.1	Beiträge an eigene Institutionen	304
6.2	Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen	306
7	Glossar	313
7.1	Glossar der finanziellen Fachbegriffe	314
8	Die weiteren Berichte zum Budget 2014 im Internet	325
8.1	Die weiteren Berichte zum Budget 2014 im Internet	326

1 Die Einleitung

1.1 Wichtigstes in Kürze

Leichter Überschuss in der Erfolgsrechnung Der Kanton Basel-Stadt wird im Jahr 2014 voraussichtlich einen Überschuss von 2.2 Millionen Franken erzielen. Gegenüber dem erwarteten Ergebnis für das Jahr 2013 verschlechtert sich das Zweckgebundene Betriebsergebnis um 44.4 Millionen Franken. Die vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten führen im Budget 2014 zu einem Mehraufwand von 12.9 Millionen Franken gegenüber Budget 2013. Dabei sind vor allem die steigenden Beiträge an die Universität und an die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie der Ausbau der Tagesstrukturen und des öffentlichen Verkehrs für den Anstieg bei den Schwerpunkten verantwortlich. Belastend wirken sich zudem auch Faktoren aus, die für den Regierungsrat nicht oder nur schwer steuerbar sind: Verschiedene Positionen im Sozialbereich führen zu einem Mehraufwand von 23.1 Millionen Franken. Dabei sind die Anstiege bei den Kosten für die Ergänzungsleistungen mit 8.5 Millionen Franken und bei der Prämienverbilligung mit 6.1 Millionen Franken die grösste Einzelpositionen gefolgt vom Behindertenbereich mit 4.0 Millionen Franken und der Sozialhilfe mit 2.6 Millionen Franken. Der ebenfalls nicht steuerbare Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler ist für den Mehraufwand bei den Unterrichtskosten um 4.4 Millionen Franken verantwortlich. Durch die Abschaffung der Feuerwehersatzabgabe fallen Einnahmen in der Höhe von 6.1 Millionen Franken weg. Entlastend wirkt sich hingegen die Reduktion der gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler um 10.0 Mio. Franken aus.

Trotz Steuersenkungen insgesamt leicht höherer Steuerertrag im Jahre 2014 Bei den juristischen Personen ist gemäss aktueller Einschätzung der Gewinnaussichten 2013 mit leicht höheren Steuererträgen zu rechnen. Dies obwohl die Gewinnsteuern der juristischen Personen und die Einkommenssteuern gesenkt wurden. Im Steuerjahr 2013, welches für das Budget 2014 relevant ist, wurden die Einkommenssteuern um einen halben Prozentpunkt auf 22.5% und die Gewinnsteuern um einen halben Prozentpunkt auf 20% gesenkt. Bei den Einkommenssteuern ist aufgrund dieser Steuersenkung mit einem stagnierenden Ertrag zu rechnen, während bei den Vermögenssteuern und bei den Nach- und Strafsteuern natürlicher Personen etwas weniger Ertrag erwartet wird. Nicht nur der kantonale Fiskalertrag wird voraussichtlich 2014 leicht zunehmen, sondern auch der Steuerertrag aus der direkten Bundessteuer. Grund dafür ist auch die bessere Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2013, das als Basis für die Steuereinnahmen 2014 dient.

Tiefere Einzahlung in den Finanzausgleich und höhere Zahlungen aus dem soziodemografischen Lastenausgleich Der Nationale Finanzausgleich (NFA) für 2014 beruht auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 2008 bis 2010. Gegenüber Vorjahr fällt damit das für Basel-Stadt ausserordentlich gute Jahr 2007 aus der Berechnung, was dazu führt, dass der Kanton vorübergehend deutlich weniger in den Ressourcenausgleich einzahlen muss. Er erhält gleichzeitig wegen einem höheren Armutsindikator (u.a. aufgrund von mehr Zahlfällen der Sozialhilfe und Betagten) 2014 einen höheren Beitrag aus dem soziodemografischen Lastenausgleich. Netto beträgt der Betrag für das Jahr 2014 102.6 Millionen Franken, was einer Minderbelastung von 12.2 Millionen Franken gegenüber Budget 2013 entspricht.

Hohe Investitionen führen zu neuen Schulden Die Investitionen befinden sich auch im Budget 2014 auf einem hohen Niveau, insgesamt beträgt der Saldo der Investitionsrechnung 391.0 Millionen Franken. Grössere Investitionen werden unter anderem in Schulhaussanierungen und -neubauten im Rahmen der Baumassnahmen für die Schulharmonisierung und den Ausbau der Tagesstrukturen, in die Erweiterung des Kunstmuseums und in den Neubau für die Hochschule für Gestaltung der Fachhochschule Nordwestschweiz getätigt. Der Kanton investiert auch in die Erhaltung der Infrastruktur (wie Strassen, Abwasserleitungen, Gleisanlagen) sowie in die Rheinuferpromenade im St. Johann und für das Tribünengebäude bei den Sportanlagen St. Jakob in der Brüglinger Ebene.

Mit den hohen Investitionen steigt das Niveau der Abschreibungen auf Grossinvestitionen auf rund 129 Millionen Franken. Die Selbstfinanzierung von neuen Investitionen liegt bei 196.1 Millionen Franken und der Selbstfinanzierungsgrad bei 50.2%, so dass im Budget 2014 für den Finanzierungssaldo ein Fehlbetrag und damit eine Neuverschuldung in Höhe von 194.9 Millionen Franken resultiert. Die Nettoschuldenquote wird voraussichtlich von 3.9% des Bruttoinlandprodukts der Schweiz im Jahre 2013 auf 4.2% im Jahre 2014 ansteigen.

Gesamtstaatliche Kennzahlen im Überblick

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'462.0	-2'552.0	-2'596.3	-44.4	-1.7	-134.3	-5.5
Nicht zweckgebundenes Betriebsergebnis	2'573.9	2'542.3	2'564.9	22.5	0.9	-9.0	-0.3
Abschreibung	-120.4	-130.2	-134.1	-3.9	-3.0	-13.7	-11.4
Betriebsergebnis (Erfolgsrechnung)	-8.5	-139.8	-165.5	-25.7	-18.4	-157.0	-1'838.5
Finanzergebnis	191.6	146.6	167.8	21.1	14.4	-23.8	-12.4
Gesamtergebnis	183.0	6.8	2.2	-4.6	-67.4	-180.8	-98.8
+ Abschreibungen Grossinvestitionen	114.5	123.3	129.0	5.7	4.6	14.5	12.7
+ Abschreibungen Kleininvestitionen	4.5	4.9	5.6	0.7	14.3	1.1	24.4
+ Amortisation PK-Spezialfinanzierung Destinatäre		52.3	54.2	1.9	3.6	54.2	100.0
+ Abschreibungen Investitionsbeiträge	5.8	6.9	7.8	0.9	13.0	2.0	34.5
- Auflösung erhaltene Investitionsbeiträge			-2.8	-2.8	-100.0	-2.8	-100.0
+/- Veränderungen zweckgebundenes Eigenkapital	61.9			0.0	0.0	-61.9	-100.0
Selbstfinanzierung	369.8	194.2	196.1	1.9	1.0	-173.7	-47.0
Investitionsausgaben	-256.9	-339.3	-374.8	-35.5	-10.5	-117.9	-45.9
Investitionseinnahmen	47.9	28.3	11.0	-17.3	-61.1	-36.9	-77.0
Nettoinvestitionen	-209.1	-311.0	-363.8	-52.8	-17.0	-154.8	-74.0
Veränderung Darlehen/Beteiligung Verwaltungsvermögen	-363.8	-61.9	-27.2	34.7	56.1	336.6	92.5
Saldo Investitionsrechnung	-572.8	-372.9	-391.0	-18.1	-4.8	181.8	31.7
Finanzierungssaldo	-203.0	-178.7	-194.9	-16.2	-9.0	8.1	4.0
Selbstfinanzierungsgrad in %	64.6	52.1	50.2				¹
Nettoschulden	2'191.4	2'370.1	2'565.0				
Nettoschuldenquote in ‰ BIP CH	3.7	3.9	4.2				

Kommentar

1 Nettoschulden inkl. approximativem Effekt Restatement nach HRM2.

Ausblick mit nahezu ausgeglichenen Ergebnissen und hohen Investitionen Im Finanzplan 2014-2017 ist in der Erfolgsrechnung ab 2015 mit leichten Defiziten zu rechnen. Der Aufwand steigt hauptsächlich wegen der Gesundheits- und Sozialkosten wie Prämienverbilligung, Sozialhilfe und der Pflegeheimfinanzierung, aber auch wegen höheren Bildungskosten und den wieder steigenden Beiträgen für den Ressourcenausgleich stärker an als der Ertrag. Über den Planungszeitraum nehmen die Nettoschulden um eine Milliarde Franken von 2.6 Milliarden Franken im Jahre 2014 auf 3.6 Milliarden Franken im Jahre 2017 zu. Die Entwicklung des Gesamtergebnisses ist aber nur zu einem kleinen Teil für die Zunahme der Nettoschulden verantwortlich. Vielmehr sind es die hohen Investitionen in den Standort Basel-Stadt, die zu einer Erhöhung der Nettoschulden und damit auch der Nettoschuldenquote führen.

Die jährlichen Nettoinvestitionen befinden sich im Planungszeitraum mit durchschnittlich mehr als 400 Millionen Franken auf einem sehr hohen Niveau. Es werden auch in der weiteren Zukunft hohe Investitionen in Schulbauten im Rahmen von Baumassnahmen für die Schulharmonisierung bzw. für die Tagesstrukturen getätigt. Etliche Schulhäuser müssen zudem im Planungszeitraum an heutige bauliche Anforderungen angepasst werden. Des Weiteren tragen der Erweiterungsbau des Kunstmuseums, die Neubauten für das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum, die Massnahmen zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im öffentlichen Verkehr, die Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel sowie Investitionen in die Infrastruktur wie Strassen, Abwasserleitungen, öffentlichen Verkehr (Gleisanlagen, Margarethenstich etc.), aber auch die Erschliessung des neuen Stadtgevierts Erlenmatt und der Ausbau des Tramnetzes 2020 zu diesem hohen Investitionsniveau bei. Mit den erhöhten Investitionen steigt auch das Niveau der Abschreibungen im Planungszeitraum. Neben den Nettoinvestitionen sind im Saldo der Investitionsrechnung auch die

Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen enthalten. Diese werden in den kommenden Jahren aufgrund der Trambeschaffung der BVB, der Investitionen der Universität sowie der Verselbständigung der Zahnmedizin deutlich ansteigen.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass es sinnvoll ist, diese Investitionen zu tätigen, auch wenn dafür neue Schulden aufgenommen werden müssen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt während des ganzen Planungszeitraums unter 100% und beträgt 2017 noch 37%. Deshalb ist über die gesamte Planungsperiode mit einer deutlichen Neuverschuldung und einem Anstieg der Nettoschuldenquote auf 5.3% zu rechnen. Sie liegt damit aber auch am Ende des Planungszeitraums noch um 1.2 Promillepunkte unter dem Grenzwert von 6.5%, bei dem die Schuldenbremse wirksam würde. Aufgrund der guten Ergebnisse, des Schuldenabbaus und der moderaten Ausgabenpolitik der letzten Jahre konnte der dafür notwendige Handlungsspielraum geschaffen werden. Trotzdem muss in den kommenden Jahren bei den Investitionen eine gewisse Priorisierung vorgenommen werden, um den Handlungsspielraum nicht zuletzt auch bei unvorhergesehenen Ereignissen aufrechtzuerhalten und damit die Schuldenbremse auch in einer solchen Situation nicht wirksam wird.

Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2014 und Budget 2013 Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget des Vorjahres erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Betriebsergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das Zweckgebundene Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Budget des Vorjahres um 44.4 Millionen Franken verschlechtert. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

- Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler sinken im geplanten Umfang von 10.0 Millionen Franken. Damit wird der Beitrag des Kantons an die Unterdeckung im ambulanten Bereich der Spitäler weiter reduziert.
- Im Zusammenhang mit der Umsetzung von HarmoS (Verschiebung 5. und 6. Primarstufe an die Landgemeinden) erfolgt eine technische Verschiebung vom Zweckgebundenen Betriebsergebnis an das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis in Höhe von rund 5.2 Millionen Franken.
- Die Änderung bei der Budgetierung der zentralen Inkassostelle vom Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis zum Zweckgebundenen Betriebsergebnis führt zu einer weiteren technischen Verschiebung von 4.0 Millionen Franken.
- Aufgrund der Anzahl der geplanten Projekte zu Lasten des Standortförderungsfonds, der im Amt für Wirtschaft und Arbeit geführt wird, müssen im 2014 rund 3.9 Millionen Franken weniger eingesetzt werden.
- Die vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten führen zu einem Mehraufwand von 12.9 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Die grösste Veränderung entfällt auf den Bereich Hochschulen mit 9.0 Millionen Franken. Mit 2.3 Millionen Franken wird im Bereich Chancengleichheit die Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung (Tagesstrukturen) weiter vorangetrieben. Mit weiteren 1.6 Millionen Franken ist im Schwerpunkt Basel ist Zentrum des Metropolitanraums der Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorgesehen.
- Bei den Ergänzungsleistungen ist aufgrund von steigenden Bezügerzahlen sowie höherer Vergütungen mit steigenden Kosten im Umfang von 8.5 Millionen Franken zu rechnen. Weil neu die Beiträge für Krankenkassenprämien für Ergänzungsleistungen (EL)-Bezügerinnen und -Bezüger über die Prämienverbilligung (PV) abgewickelt werden, kommt es zu einer technischen Entlastung der Ergänzungsleistungen in der Höhe von 12.0 Millionen Franken, so dass diese netto 3.5 Millionen Franken tiefer ausfallen werden.

Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2014 und Budget 2013

in Mio. Franken, + günstig / - ungünstig	Abw. abs. B14/B13
Zweckgebundenes Betriebsergebnis (ZBE)	
Entlastungen:	
Spitalfinanzierung Gemeinwirtschaftliche Leistungen	10.0
Verschiebung HarmoS Landgemeinden zu NZBE	5.2
Kantonale Inkassostelle zu ZBE	4.0
Standortförderungsfonds	3.9
Belastungen:	
Wachstum Schwerpunkte	-12.9
Ergänzungsleistungen, netto	-8.5 ¹
Prämienverbilligungen (netto)	-6.1 ¹
Wegfall Feuerwehersatzabgabe	-6.1
Steigende Schülerzahlen	-4.4
Behindertenbereich	-4.0
Verschiebung Planungspauschale BVD zu ZBE	-3.4
Eidgenössische Jugend- und Strafprozessordnung: Debitorenverluste	-3.4
Straf- und Massnahmenvollzug	-2.7
Sozialhilfe	-2.6
Bussen	-2.5
Unterhalt Liegenschaften	-2.5
Ministerkonferenz OSZE	-2.0
Saldo übrige Positionen	-6.4
Total Veränderung ZBE	-44.4
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis (NZBE)	
Entlastungen:	
Direkte Bundessteuer	11.0
Steuerertrag	10.6
NFA Ressourcenausgleich	10.6
NFA soziodemografischer Lastenausgleich	1.6
Belastungen:	
Verschiebung HarmoS Landgemeinden zu NZBE	-5.2
Kantonale Inkassostelle zu ZBE	-4.0
Gewinnanteil SNB	-0.8
Saldo übrige Positionen	-1.3
Total Veränderung NZBE	22.5
Total Veränderung Abschreibungen	-3.8
Total Veränderung Betriebsergebnis	-25.7
Finanzergebnis	
Entlastungen:	
Saldo Zinsertrag/Zinsaufwand Steuern	14.2
Beteiligungsertrag	12.2
Saldo übrige Positionen	-5.3
Total Finanzergebnis	21.1
Total Veränderung Gesamtergebnis	-4.6

Kommentar

- 1 Weil neu die Beiträge für Krankenkassenprämien für Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezüger über die Prämienverbilligung abgewickelt wird, kommt es zu einer technischen Entlastung der Ergänzungsleistungen in der Höhe von 12.0 Millionen Franken. Berücksichtigt man diese Verschiebung steigt somit die Prämienverbilligung real um 18.1 Millionen Franken und die Ergänzungsleistung nimmt um -3.5 Millionen Franken ab.

- Bei der Prämienverbilligung führen steigende Krankenversicherungsprämien zu einer Zunahme von 1.1 Millionen Franken und tiefere Bundesbeteiligungen zu einer Belastung von 5.0 Millionen Franken des Budgets. Aufgrund der oben erwähnten Verschiebung von Kosten aus den Ergänzungsleistungen steigen die Ausgaben für Prämienverbilligungen insgesamt um rund 18.1 Millionen Franken.
- Neben den Ergänzungsleistungen und der Prämienverbilligung ist im Sozialbereich vor allem in folgenden Positionen mit einem Mehraufwand zu rechnen: Im Behindertenbereich müssen insbesondere aufgrund der Erhöhung der Kantonsbeiträge an ausserkantonale Platzierungen und um die Vorgaben der Bedarfsplanung realisieren zu können, die geplanten Ausgaben um 4.0 Millionen Franken erhöht werden. Im Bereich der Sozialhilfe führen unter anderem steigende Kosten aufgrund der höheren Anzahl von Fällen zu einer Mehrbelastung von insgesamt 2.6 Millionen Franken.
- Mit dem revidierten Gesetz betreffend der Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt entfällt die Feuerwehersatzabgabe. Durch die wegfällenden Einnahmen wird das Budget um 6.1 Millionen Franken belastet.
- Aufgrund von höheren Schülerzahlen muss mit einer Mehrbelastung in Höhe von rund 4.4 Millionen Franken gerechnet werden.
- Der erhöhte Bedarf für die Planungspauschale im Bau- und Verkehrsdepartement führt zu einer technischen Verschiebung aus der Investitionsrechnung von 3.4 Millionen Franken.
- Im Zusammenhang mit der Einführung der eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnung kommt es im 2014 zu einer Anpassung bei den Debitorenverlusten im Umfang von 3.4 Millionen Franken.
- Bedingt durch zunehmende Hafttage und Tarifierpassungen wird für den Straf- und Massnahmenvollzug mit einer Kostensteigerung im Umfang von 2.7 Millionen Franken gerechnet.
- Im Jahr 2014 werden insgesamt 2.5 Millionen Franken tiefere Busseneinnahmen erwartet. Dieser Rückgang wird erwartet, weil die Busseneinnahmen für das Jahr 2013 zu hoch budgetiert wurden.
- Der Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen muss um 2.5 Millionen Franken erhöht werden.
- Die Durchführung der OSZE-Ministerkonferenz in Basel führt zu einer einmaligen Mehrbelastung in Höhe von 2.0 Millionen Franken.

Das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis verbessert sich gegenüber Vorjahr um 22.5 Millionen Franken. Dabei sind folgende Faktoren erwähnenswert:

- Gegenüber dem Vorjahr steigt der Anteil an der direkten Bundessteuer um 11.0 Millionen Franken.
- Die Steuererträge fallen insgesamt 10.6 Millionen Franken höher aus. Dies, obwohl der Gewinnsteuersatz bei den juristischen Personen in den letzten Jahren deutlich gesenkt wurde und für das Steueraufkommen 2013, das im Jahre 2014 versteuert wird, noch 20% betragen wird. Bei den Einkommenssteuern ist aufgrund der für das Steuerjahr 2013 erfolgten Steuersenkung mit einem stagnierenden Ertrag zu rechnen, während bei den Vermögenssteuern und bei den Nach- und Strafsteuern natürlicher Personen etwas weniger Ertrag erwartet wird. Die übrigen Steuern halten mit einer leichten Reduktion um 0.5 Millionen Franken in etwa das Niveau des Vorjahres.
- Im Bereich der NFA beträgt die Entlastung durch den Ressourcenausgleich 10.6 Millionen Franken und durch die höhere Abgeltung für soziodemografische Lasten weitere 1.6 Millionen Franken. Da sich der Betrag an den Härteausgleich nicht verändert, beträgt damit die Netto-Ausgleichszahlung von Basel-Stadt in den Finanzausgleich 102.6 Millionen Franken gegenüber 114.8 Millionen Franken in der Vorperiode.
- Beim Anteil am Nationalbankgewinn wird für das Budgetjahr 2014 mit einer um 0.8 Millionen Franken leicht tieferen Gewinnausschüttung in der Höhe von 15.6 Millionen Franken gerechnet. Für das Jahr 2012 hatte die Gewinnausschüttung 16.4 Millionen Franken betragen.

Die Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen werden mit insgesamt 134.1 Millionen Franken um 3.8 Millionen Franken höher als im Vorjahr budgetiert. Dies ist teilweise auch auf die Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards zurückzuführen.

Das Finanzergebnis fällt insgesamt um 21.1 Millionen besser aus als im Vorjahr. Dabei wird insbesondere mit einem höheren Beteiligungsertrag gerechnet. Trotz steigender Verschuldung kann aufgrund der tiefen Zinsen insgesamt mit einem niedrigeren Zinsaufwand gerechnet werden.

1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

1.2.1 Weltwirtschaft

Die Prognosen für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 2014 sind durchwegs positiver als für das aktuelle Jahr. Sowohl das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) als auch BAKBASEL erwarten, dass sich die Weltwirtschaft ab 2014 insgesamt wieder erholt und die Wirtschaft wieder an Wachstumsdynamik gewinnt. BAKBASEL rechnet mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 2.2% im Jahre 2013 und 3.1% im Jahre 2014.

Der **Euroraum** dürfte 2014 aus seiner lang anhaltenden Rezession herausfinden. Der anhaltende Entschuldungsprozess von privaten und staatlichen Haushalten wirkt sich allerdings aller Voraussicht nach weiterhin bremsend aus. BAKBASEL und das SECO erwarten daher ein zwar positives, aber langsames Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts (BIP) in Höhe von 0.9% für den Euroraum. Dabei werden weiterhin ausgeprägte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu beobachten sein mit Vorreitern wie Deutschland oder Österreich und Nachzüglern wie Italien, Spanien, aber auch Frankreich.

In den **USA** sind die Aussichten freundlicher als im Euroraum. Im Vergleich zu den tief greifenden konjunkturellen und strukturellen Problemen des Euroraums erscheint in den USA die Erholung der Wirtschaft genügend gefestigt, um die beschlossenen staatlichen Ausgabenkürzungen tragen zu können. Wachstum treibend werden vor allem die Bau- und Unternehmensinvestitionen, der private Konsum und der Export sein. Die Bau- und Immobilienwirtschaft zeigt bereits heute Erholungstendenzen und scheint aus ihrer jahrelangen Krise herausgefunden zu haben. Der stetige Rückgang der Arbeitslosigkeit und der damit einhergehende Anstieg der Beschäftigung wirken sich positiv auf den Konsum der privaten Haushalte aus. Das SECO prognostiziert für das Jahr 2014 ein Wachstum der US-Wirtschaft um 2.7%. BAKBASEL geht demgegenüber mit einer Wachstumsrate von 3.0% von einer leicht höheren Dynamik aus.

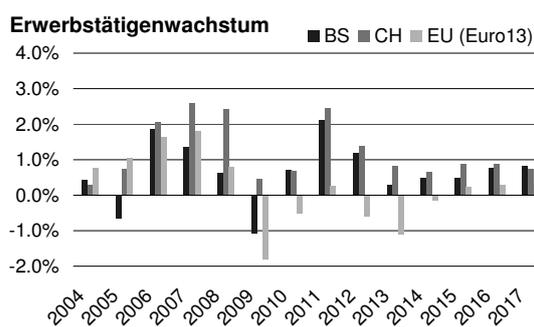
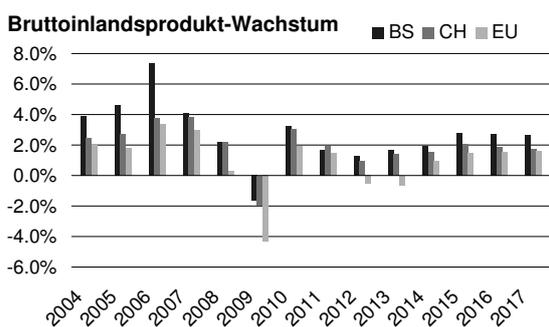
Die sehr expansive **japanische** Wirtschaftspolitik, die eine Abwertung des Yen zum Ziel hat, begünstigt die Exportwirtschaft. Sie ist neben Konjunkturprogrammen für eine Aufhellung der Konjunkturaussichten in Japan verantwortlich. BAKBASEL und das SECO rechnen mit BIP-Wachstumsraten in Höhe von 1.9% respektive 1.8%. Die Aufhellung geht allerdings auf Kosten einer weiterhin zunehmenden Staatsverschuldung Japans. Die **Schwellenländer** werden sich auch im Jahre 2014 als wichtige Stütze der Weltkonjunktur erweisen, obwohl die Wachstumsdynamik zurzeit - im Vergleich zu vergangenen Jahren - eher moderat und uneinheitlich nach Ländern verläuft. Während zahlreiche Volkswirtschaften in Asien Fahrt aufzunehmen scheinen, sind die Konjunkturdaten für China nicht rosig. Länder wie Brasilien sowie in Osteuropa finden nur schwer aus der konjunkturellen Talsohle.

1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

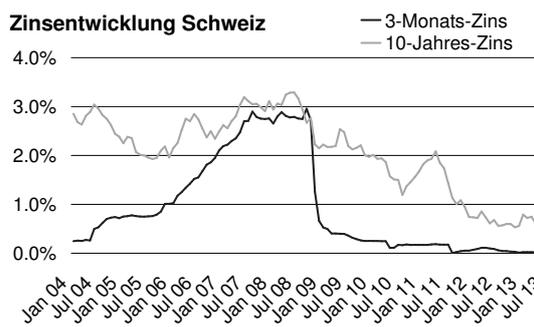
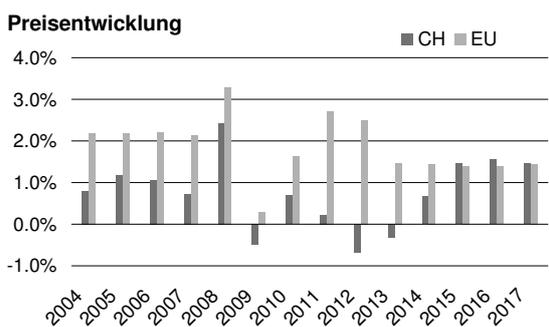
Die prognostizierte weltweite Erholung beeinflusst die Schweizer Wirtschaft im Jahre 2014 positiv. Die ausländische Nachfrage dürfte sich wieder besser entwickeln als in der jüngsten Vergangenheit. Neben den positiveren ausländischen Impulsen wird sich weiterhin der private Konsum in der Schweiz als Konjunkturstütze erweisen. Die rege Zuwanderung, die tiefen Zinsen und die zu erwartenden zwar positiven, aber niedrigen Teuerungsraten werden sich weiterhin stützend auswirken. Allerdings wird das Wachstum tiefer sein als in den Jahren 2012 und 2013, als die Teuerung negativ war. Wie bisher werden die Bauinvestitionen hauptsächlich durch den Wohnungsbau getragen. Sie werden sich allerdings in Zukunft im schweizerischen Mittel nicht gleich positiv entwickeln wie bisher. Insbesondere in touristisch geprägten Regionen ist mit einer Abnahme der Bautätigkeit zu rechnen. So entschied das Bundesgericht, dass die Zweitwohnungsinitiative bereits seit dem Tag der Abstimmung vom 11. März 2012 gilt und somit die im zweiten Halbjahr 2012 in grossem Umfang erteilten Bewilligungen angefochten werden können. BAKBASEL geht daher davon aus, dass die bisher für 2013 und 2014 erwarteten kräftigen Vorzieheffekte grösstenteils ausbleiben werden. Ob dieser negative Effekt im derzeitigen Umfeld durch die übrigen positiven Nachfrageeffekte mehr oder weniger

kompensiert werden kann, ist ungewiss. BAKBASEL rechnet eher mit keiner Kompensation und erwartet deshalb, dass das reale BIP-Wachstum 2014 mit 1.5% nur geringfügig höher als 2013 (1.4%) ausfallen wird. Das SECO demgegenüber geht in seiner Juni-Prognose von einer Kompensation aus und rechnet unter anderem deshalb mit einem höheren BIP-Wachstum für das Jahr 2014 in Höhe von 2.1%.

Der **Schweizer Arbeitsmarkt** befindet sich grundsätzlich seit Ausbruch der Finanz-, Wirtschafts- und anschliessenden Schuldenkrise wieder in besserer Verfassung. Die nicht saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit einem Höhepunkt im Dezember 2009 mit 4.4% und einem Tiefpunkt im Juli 2011 mit 2.5% wieder leicht angestiegen und beläuft sich am aktuellen Rand auf 3.0%. Diese Entwicklung widerspiegelt sich auch in der Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Während sie im Jahre 2011 mit 2.1% am höchsten war, nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften zwar auch in den Jahren 2013 mit 0.3% und 2014 mit 0.5% zu, allerdings auf viel tieferem Niveau.



Im Juli 2013 war die **Jahreststeuerung** der Schweiz erstmals seit Oktober 2011 nicht mehr negativ, sondern belief sich auf Null. Aller Voraussicht nach handelt es sich dabei nicht um einen Einmaleffekt. Vielmehr kann von einer Trendumkehr ausgegangen werden. Die teuerungsdämpfenden Effekte der Frankenstärke auf die Importpreise werden nachlassen. BAKBASEL geht im Jahresdurchschnitt für das laufende Jahr noch von einer Deflation in Höhe von -0.3% aus. Für das Jahre 2014 erwartet BAKBASEL demgegenüber bereits steigende Preise von durchschnittlich 0.7%. Auch in den Planjahr 2015 bis 2017 werden die Preise wieder leicht steigen, so ist gemäss BAKBASEL mit Inflationsraten von rund 1.5-1.6% zu rechnen.



Die Schweizerische Nationalbank belässt wie alle anderen wichtigen Zentralbanken ihren Leitzins nach wie vor auf historisch tiefem Niveau. Das Zielband für den **Dreimonats-Libor** befindet sich immer noch bei 0-0.25% und der Dreimonats-Libor liegt zurzeit mit 0.02% nahezu bei Null. Die niedrige Inflation im nächsten Jahr verschafft auch der Schweizerischen Nationalbank weiterhin den Spielraum, ihre expansive Geldpolitik fortzusetzen. BAKBASEL erwartet erste Erhöhungen des Leitzinses nicht vor 2015.

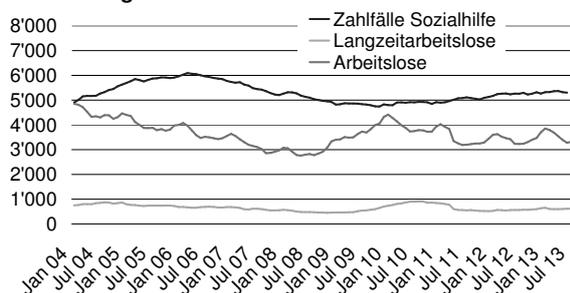
Auf dem **Kapitalmarkt** befinden sich die Renditen auf Schweizer Staatspapiere auf historischen Tiefstständen. Die erhöhte Nachfrage nach den als sicher betrachteten Anleihen der Schweizer Eidgenossenschaft hat die Renditen nach unten getrieben. Zwar war zuletzt ein Anstieg der Renditen für zehnjährige Eidgenossen zu beobachten. So liegt die Rendite von zehnjährige Eidgenossen seit

Juni 2013 knapp über einem Prozent, nachdem sie über eineinhalb Jahre weit unter einem Prozent verzinnt wurden. Doch eine Zinserhöhung würde die Attraktivität des Frankens gegenüber dem Euro erhöhen und so wieder vermehrt für Aufwertungsdruck sorgen. Es ist daher zu erwarten, dass sich die Zinsen auf Staatsanleihen der Schweizer Eidgenossenschaft auch im Jahre 2013 weiterhin auf einem tiefen Niveau bewegen werden.

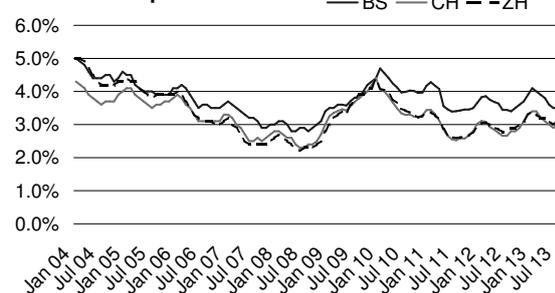
Die **Basler Wirtschaft** wird sich in diesem Jahr und 2014 wiederum als einer der Wirtschaftsmotoren der Schweiz erweisen. Der Kanton verdankt diese wirtschaftliche Stärke seiner Leadbranche - der pharmazeutischen Industrie. Sie ist auch dafür verantwortlich, dass Basel-Stadt mit Abstand der grösste Nettoexportbeiträger der Schweiz ist. Die Pharmaindustrie erwies sich in den vergangenen Jahren auch als äusserst krisenresistent, obwohl auch sie unter dem starken Schweizer Franken litt, der ihre Margen erodieren liess. Der Mindestkurs der Schweizerischen Nationalbank für den Schweizer Franken gegenüber dem Euro von 1.20, der auch in naher Zukunft gehalten werden soll, hat sicher eine weitere Erosion der Margen verhindert. Die Pharmaindustrie wird auch in den kommenden Jahren dafür verantwortlich sein, dass das BIP-Wachstum des Kantons höher sein wird als im schweizerischen Mittel. So rechnet BAKBASEL für das Jahre 2013 mit dem Wachstum des Basler BIP von 1.7% und im Jahre 2014 mit 1.9%.

Die **Arbeitslosenquote** des Kantons hat seit Anfang 2013 deutlich abgenommen und liegt bei 3.5% im Juli 2013. Sie nähert damit wieder dem schweizerischen Mittel von 3.0%. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit Anfang Jahr rückläufig und beträgt im Juli 2013 613. Diese Abnahme war zu verzeichnen, obwohl die Zahl der Arbeitslosen im 2012 zunahm, was auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage hindeutet. Auch bei den **Zahlfälle der Sozialhilfe**, die leicht verzögert auf Entwicklungen in der Wirtschaft reagieren, ist der Verlauf nicht wie erwartet, was ebenfalls eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage widerspiegeln dürfte: So nahmen die Zahlfälle der Sozialhilfe seit Anfang 2013 nur geringfügig zu, obwohl die Langzeitarbeitslosen im 2012 deutlich zunahmen.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe Basel-Stadt



Arbeitslosenquote



1.2.3 Prognoserisiken

Die Schuldenkrise im Euroraum ist nach wie vor als grösstes Konjunkturrisiko zu betrachten. Trotz der Beruhigung an den Finanzmärkten ist die Krise nicht bewältigt, weil die südlichen Euro-Länder noch relativ weit von einer durchgreifenden wirtschaftlichen Verbesserung entfernt sind. Wachsende soziale Spannungen – nicht zuletzt aufgrund von rekordhoher Arbeitslosigkeit – und politische Uneinigkeit könnten die Wirtschaftsreformen sowohl in den einzelnen Ländern als auch auf europäischer Ebene gefährden, für neue Verunsicherung an den Finanzmärkten sorgen und letztlich die Konjunkturerholung im Euroraum verzögern. Das könnte den Aufwärtsdruck auf den Schweizer Franken wieder erhöhen und damit die Exportentwicklung und die Wachstumsdynamik der Schweiz beeinträchtigen.

Ein weiteres weltwirtschaftliches Risiko und eine Gefahr für den Schweizer Aussenhandel betrifft die Schwellenländer. Wenn die allgemein erwartete Wachstumsbelebung teilweise nur schwerlich tritt fasst und sich insbesondere in China eine länger anhaltende Wachstumsschwäche entwickelt, würde der Welthandel in den nächsten Jahren spürbar verhaltender expandieren. Das hätte auch Auswirkungen auf die Exportentwicklung in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt.

Neben diesen weltwirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren bleibt für die Schweiz ausserdem das Risiko einer Überhitzung an den Immobilienmärkten weiterhin bestehen. Die Finanzierungskonditionen für Immobilien sind seit längerem und bleiben auch weiterhin sehr günstig, was die Nachfrage weiter anheizen kann.

2 Die mittelfristige Planung

2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

2.1.1 Überblick

Der Legislaturplan 2013-2017 beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammern um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen wurden Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit abgeleitet, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2013-2017

Leitsatz	Schwerpunkt
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	<ul style="list-style-type: none"> Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
Als Region zusammenwachsen	<ul style="list-style-type: none"> Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
Basel als urbanes Zentrum festigen	<ul style="list-style-type: none"> Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
Nachhaltig Lebensqualität schaffen	<ul style="list-style-type: none"> Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Auf den nachfolgenden Seiten sind die einzelnen Schwerpunkte mit den zugehörigen Zielen und Massnahmen beschrieben. In einem weiteren Kapitel ist am Schluss dargestellt, mit welchen finanziellen Mitteln die Schwerpunkte im Budget und der Planung des Regierungsrates verknüpft sind.

2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.
- Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen sowie sportlichen und kulturellen Grossveranstaltungen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.
- Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.
- Die Life-Sciences-Region positioniert sich als bedeutendste in Europa und weltweit als eine der führenden.
- Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln sich im Kanton an.
- Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine kundenorientierte und effiziente Verwaltung, die den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen optimale Dienstleistungen erbringt.

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Anforderungen an den Standort im weltweiten Wettbewerb kennen** Der Kanton steht in regelmässigem Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden, Arbeitnehmerorganisationen und den wichtigen Unternehmen und kennt deren Bedürfnisse und Anforderungen an den Standort. Dies und die Kenntnis der Standortfaktoren in wichtigen Konkurrenzregionen bilden die Basis für eine laufende Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Basel. Die Abgaben der Unternehmen werden für eine sichtbare, gute Dienstleistung des Staates und eine leistungsfähige Infrastruktur verwendet.
- **Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben** Gemischte Gesellschaften und Holdings haben für Basel-Stadt eine grosse Bedeutung. Diese Art der Besteuerung ist unter starkem Druck der Europäischen Union. Dieser Konflikt muss in dieser Legislatur gelöst werden, um wieder eine rechtssichere Situation zu erreichen. Der Regierungsrat wird die Basler Unternehmensbesteuerung an die neuen Rahmenbedingungen anpassen, so dass Basel als Unternehmensstandort international attraktiv bleibt und gleichzeitig die notwendigen Steuereinnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen sichergestellt sind. Die Einführung von Innovationsboxen steht dabei im Vordergrund. Im Steuerjahr 2013 wird der maximale Gewinnsteuersatz um ein halbes Prozent auf 20,0% gesenkt. Damit rückt Basel
- **Stadt näher ans Mittelfeld aller Schweizer Kantone.**
- **Rekrutierung und Ausbildung von Fachpersonal** Unternehmen sollen Arbeitsbewilligungen für das Fachpersonal rasch erhalten. Der Kanton setzt sich beim Bund für eine entsprechende Unterstützung ein. Gute Rahmenbedingungen und Dienstleistungen für die Ausbildung von Fachpersonal in den Unternehmen fördert zudem auch deren Ausbildungstätigkeit.
- **Leistungsfähige Standortvermarktung** Der Kanton setzt sich für eine überregionale Standortvermarktung ein. Er beteiligt sich hierfür insbesondere aktiv an der Standortpromotionsorganisation BaselArea.
- **Stärkung der regionalen Funktionen von BaselArea** Die inhaltliche Weiterentwicklung von BaselArea und die enge Vernetzung mit der kantonalen Wirtschaftsförderung und der regionalen Innovationsförderung steigert deren Wirkungs- und Leistungsfähigkeit auf regionaler Ebene.
- **Stärkung des Standorts Basel durch Städtepartnerschaften** Die formellen Partnerschaften mit Massachusetts, Shanghai und Miami Beach ermöglichen Kooperationen, Austauschprogramme und Plattformen für den wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch. Damit wird einerseits die Be-

kanntheit Basels und der Stärken der Region gesteigert und andererseits die Erschliessung dieser Zielmärkte durch Akteure aus der Region unterstützt. Der gezielte Ausbau dieser Partnerschaften wird auf Basis der Erfahrungen und Bedürfnisse geprüft.

- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Grossanlässe werden vermehrt als Plattformen genutzt, um den Metropolitanraum Basel im internationalen Umfeld zu präsentieren und Städtepartnerschaften zu etablieren. In diesem Rahmen soll auch die Kooperation mit anderen Metropolitanräumen weitergeführt und gefördert werden.
- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Im Vordergrund steht nach der Umsetzung des Projekts „Messezentrum Basel 2012“ nun der Kongressstandort. Dieser soll durch die Aktivierung der in der Region vorhandenen Netzwerke in Industrie und Forschung gefördert werden. In den Zielbranchen und den vom Kanton geförderten Technologiefeldern sollen neue Kongresse entwickelt, akquiriert und am Standort gehalten werden.
- **Akquisition von Grossveranstaltungen** Ein koordiniertes und kundenfreundliches Vorgehen der Verwaltung, Basel Tourismus und anderen Organisationen erlaubt die Akquisition qualitativ hochstehender kultureller und sportlicher Grossveranstaltungen. Zudem wird dadurch die Position Basels im Wettbewerb um solche Veranstaltungen gestärkt.
- **Fussgängerorientierungssystem** Mit einem neuen Fussgängerorientierungssystem können sich Besucherinnen und Besucher einfach und ihren Bedürfnissen entsprechend in der Stadt zurecht finden. Das neue System vermindert das Mobiliar im öffentlichen Raum und unterstützt dadurch auch die Umsetzung des Gestaltungskonzepts Innenstadt.
- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Der Personen- und Güterverkehr wird multimodal und grenzüberschreitend an die wichtigsten europäischen Zentren angebunden. Die Abstimmung zwischen den Verkehrsträgern und den politischen Körperschaften wird konsolidiert. Die Schienenanbindung des Flughafens EuroAirport wird innerhalb trinationaler Gremien vorangetrieben. Beim Schienenverkehr steht der Infrastrukturausbau im Vordergrund. In der Güterlogistik werden Optimierungs- und Konzentrationspotenziale

evaluiert und koordiniert genutzt. Bei den Nationalstrassen muss eine allfällige Engpassbeseitigung auf der Osttangente stadtverträglich umgesetzt werden.

- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen** Die von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gutgeheissene Hafenaerialstrategie der Schweizerischen Rheinhäfen wird umgesetzt. Sie ermöglicht einen nachhaltig effizienten Betrieb der ökologischen Schifffahrt.
- **Implementierung und Weiterentwicklung der regional abgestimmten Life-Sciences-Strategie** Zusammen mit öffentlichen und privaten Partnern wird die Strategie für die Entwicklung der Life-Sciences-Wirtschaft weiterentwickelt und konsequent umgesetzt.
- **Dynamik in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten ermöglichen** Um die wirtschaftliche Entwicklung besonders in den Zielbranchen zu unterstützen und attraktive Flächen für die Unternehmen zu sichern, werden insbesondere in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten Nutzungsintensivierungen ermöglicht. Wirtschaftlich genutzte Areale sollen zielgerichtet für die künftigen Nutzer entwickelt werden. Dabei gilt es insbesondere die Bedürfnisse von Firmen mit spezifischen Anforderungen (störfallrelevante Forschungs- und Produktionsbetriebe) zu berücksichtigen.
- **Förderung von Unternehmertum und Innovation** Das Unternehmertum sowie der Aufbau und die Entwicklung junger Unternehmen der Schlüsselbranchen und ausgewählter Technologiefelder werden gefördert. Dazu werden einerseits auch im Technologiepark Basel sowie im Basel Inkubator geeignete Flächen auf dem Kantonsgebiet zu attraktiven Bedingungen bereitgehalten und zur Verfügung gestellt. Andererseits beteiligt sich der Kanton aktiv an der Nordwestschweizer Innovationsförderung i-net innovation networks und fördert Vernetzung und Wachstum von Unternehmen in den Bereichen Design und Architektur.
- **Optimierung Bewilligungswesen** Die Abwicklung von Bewilligungen wird durch weitere Massnahmen zusätzlich vereinfacht, und die Transparenz der Abläufe wird verstärkt. Die Internetplattform, die bereits heute viele Bewilligungen bündelt und übersichtlich darstellt, wird weiter ausgebaut. Vermehrt wird die Möglichkeit geschaffen, Bewilligungen einfach von zu Hause oder vom Arbeitsplatz aus einzuholen.

- **E-Gov-Impulsprogramm** Das Impulsprogramm soll die Einführung von E-Government-Instrumenten initiieren und beschleunigen. Dabei sollen Basis-Dienste wie E-Payment und E-Rechnung, automatischer Datenaustausch, Benachrichtigungsdienste, Kundenkonti und weitere Anwendungen bereitgestellt werden.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- Mit den öffentlich finanzierten Hochschulen und privaten Partnern bietet Basel die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung.
- Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren Basel als Zentrum der Wissensregion.
- Das regionale universitär-medizinische Zentrum positioniert sich mit hochstehender Lehre und seiner innovationsfördernden translationalen Grundlagenforschung sowie patientenorientierten klinischen Forschung international in den vorderen Rängen.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Gemeinsam mit öffentlichen und privaten Partnern wird die Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Hochtechnologiebereich gefördert. Dadurch werden Forschungserkenntnisse leichter und rascher umgesetzt und verwertet. Die Forschung wird von den Bedürfnissen der Wirtschaft angeregt.
- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen** Das Raumangebot für die Universität wird entsprechend dem prognostizierten Wachstum der Studierendenzahlen und der Strategie der Universität zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft erhöht und optimiert. Die Universität wird an möglichst wenigen Standorten konzentriert. Der Standort Schällemätteli (Neubauten für die Life Sciences der Universität Basel sowie für das ETH-Departement Biosystems, Sciences and Engineering) wird ausgebaut. Standorte im Kanton Basel-Landschaft werden gemeinsam mit dem Partnerkanton evaluiert.
- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Den Hochschulen (Universität, Fachhochschulen, ETH und Swiss TPH) werden bedarfsgerecht Entwicklungsräume bereitgestellt. Die Trägerschaft der Universität wird auf weitere Kantone der Nordwestschweiz ausgeweitet.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule sowie auf der Sekundarstufe II** Die Angebote zur Tagesbetreuung und die Förderung im Vorschulbereich werden entsprechend dem Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» ausgebaut. Die Bildungsstruktur und die Bildungsinhalte in der Volksschule und den weiterführenden Schulen werden gemeinsam mit den Partnern (andere Kantone, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsabteilungen) aufeinander abgestimmt und die Berufsbildungsangebote werden gemeinsam gestaltet und umgesetzt.
- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Spitäler und die Positionierung der universitären Kliniken im nationalen und internationalen Wettbewerb werden gestärkt, wobei eine Erweiterung der Trägerschaften geprüft wird.
- **Clinical Research Center** Der Kanton Basel-Stadt stärkt das universitär-medizinische Clinical Research Center. Zur Optimierung des Innovationssystems in den Life Sciences an der Schnittstelle zwischen präklinischer und klinischer Forschung arbeiten in diesem Partner aus der ganzen Region eng zusammen.

2.1.3 Als Region zusammenwachsen

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.
- Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Gemeinsam über die Grenzen wachsen** Mit qualitativ herausragenden Architektur-, Landschafts- und Mobilitäts-Projekten zeigt die Internationale Bauausstellung IBA Basel 2020 das Potenzial der trinationalen Metropolitanregion Basel auf. Sie präsentiert die Region so nach innen und aussen als vielfältige und zukunftsfähige europäische Metropole.
- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der öffentliche Verkehr in der Region wird gezielt gefördert und ausgebaut. Der Ausbau wird auf die Siedlungsentwicklung und auf das Verkehrspotenzial abgestimmt, um den Modal-Split-Anteil zu erhöhen. Prioritär soll der Rückstand bei den grenzüberschreitenden Verbindungen, beim EAP-Schienenanschluss und bei der Regio-S-Bahn (inkl. Projekt Herzstück) aufgeholt werden. Für längerfristige Ausbauten im Tram- und Eisenbahnnetz wird die Trasseesicherung frühzeitig eingeleitet. Gut erschlossene Standorte, insbesondere an S-Bahnstationen, werden in ihrer Rolle als Entwicklungsschwerpunkte gestärkt.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Um eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den Velo- und Fussgängerverkehr zu erreichen, wird dem Langsamverkehr ausreichend Raum zubilligt. In der Innenstadt und in den neuen Siedlungsgebieten werden neue Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr ausgestaltet.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der motorisierte Individualverkehr (inkl. Lastwagenverkehr) wird auf den Hauptachsen und dabei insbesondere den zu optimierenden Nationalstrassen kanalisiert. Die negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs auf dem Kantonsgebiet werden dadurch verringert. Durch verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Projekte werden die Wohngebiete zudem von quartierfremdem Verkehr entlastet. Die Kantonsstrassen werden für den Fuss- und Veloverkehr sicher gestaltet und neue Entwicklungsgebiete optimal an das Strassennetz angebunden.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.
- Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.
- Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.
- Die integrierte Gesundheitsversorgung garantiert unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine optimale medizinische Versorgung in einem anzustrebenden regionalen Gesundheitsversorgungsraum.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Die Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen weitet sich aus. Neben der besonders engen Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft wird die Kooperation mit dem Kanton Jura weiter geführt.
- **Institutionalisierung des Lobbying auf Bundesebene** Durch Allianzen mit anderen Nordwestschweizer Kantonen wird eine wahrnehmbare Grösse für die Beeinflussung politischer Geschäfte auf Bundesebene erreicht. Die zielgerichtete Interessensvertretung wird in verschiedenen Gremien und Konferenzen auf regionaler und nationaler Ebene betrieben. Durch flankierende Veranstaltungen wird der Dialog zwischen eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und den Regierungsräten der Nordwestschweizer Kantone gefördert. Die Metropolitankonferenz Basel ermöglicht die Bündelung der Kräfte und die gezielte Lancierung von Nordwestschweizer Positionen zu strategischen Schwerpunktthemen.
- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die verschiedenen Gremien und Organisationen im Bereich der trinationalen bzw. regionalen Zusammenarbeit werden stärker aufeinander abgestimmt und die Inhalte koordiniert.
- **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Der Fokus der regionalen Zusammenarbeit ist auf den trinationalen Metropolitanraum Basel ausgerichtet. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit den anderen Metropolitanräumen konkretisiert und vorangetrieben. Insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft bietet ein hohes Zukunftspotenzial.
- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Die Siedlungsentwicklung auf Kantonsgebiet folgt der Strategie der «Siedlungsentwicklung nach innen». Diese Strategie wird mit den direkt betroffenen Nachbarn sowie in den Organen des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) mit der räumlichen Entwicklung der Nachbargemeinwesen koordiniert. Die Grundlage für die räumliche Entwicklung der Agglomeration bildet das Zukunftsbild des Agglomerationsprogramms.
- **Bildungsraum Nordwestschweiz** Zwischen den Schulen der vier Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz werden auf allen Bildungsstufen verbindliche Kommunikationsforen und Zusammenarbeitsformen aufgebaut bzw. konsolidiert.
- **Agglomerationsprogramm** Das Agglomerationsprogramm bildet die regional abgestimmte, mit der Siedlungsentwicklung koordinierte strategische Grundlage für eine nachhaltige Verkehrsplanung in der trinationalen Agglomeration Basel. Der Regierungsrat unterstützt die Konkretisierung des darin definierten Zukunftsbildes, setzt sich ein für eine grenzüberschreitend institutionalisierte Zusammenarbeit bei der Steuerung der Regio-S-Bahn und wirkt mit an gemeinsamen Strategien für den Strassenverkehr.
- **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Die Zusammenarbeit in allen Gesundheitsbereichen mit dem Kanton Basel-Landschaft, den anderen Kantonen der Nordwestschweiz und

dem angrenzenden Ausland wird durch umfassende Kooperations- und Entwicklungsmassnahmen sowie einer gemeinsamen Bedarfsplanung laufend verstärkt und harmonisiert, mit

dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Gesundheitsversorgungsraums und der kompletten Freizügigkeit, welche laufend verstärkt wird.

2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.
- Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.
- Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.
- Der öffentliche Raum ist vielfältig nutzbar und ein wichtiger Faktor der Lebensqualität in Basel.
- Die Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind langfristig gesichert und werden nachhaltig weiterentwickelt.

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Umsetzung der Entwicklungsvision 3Land**
In Ableitung aus der Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen ergibt sich die Möglichkeit der Entwicklung einer nachhaltigen, urbanen Teilstadt entlang des Rheins rund um das Dreiländereck. Gemeinsam mit den Partnern in Weil am Rhein und Huningue wird die Entwicklungsvision 3Land weiterverfolgt. Wichtige Weichen sollen gestellt und entsprechende Planungen angestossen werden. In einem nachhaltigen und vielfältig durchmischten Stadtteil kann damit Raum für je rund 10'000 Einwohner und Arbeitsplätze entstehen. Integrierte Infrastrukturen, neue Grün- und Freiräume und eine sehr gute Erschliessung prioritär für Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr unterstützen eine nachhaltige Entwicklung, die es ermöglicht extern bezogene Energie zu minimieren und wertvolle Naturräume zu schonen.
- **Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus**
Durch den integralen Ansatz der Stadt(teil)entwicklung werden qualitative Verbesserungen des Wohnumfelds und das Schaffen von neuen Grünflächen angestrebt. Ein Verkehrskonzept sowie ein Grün- und Freiraumkonzept werden erarbeitet und umgesetzt.
- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot**
Bis zum Jahr 2030 soll Wohnraum für insgesamt rund 200'000 Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden. Gleichzeitig sind die Freiraumqualitäten zu erhalten oder wenn möglich zu erhöhen. Potenzial für neuen Wohnraum wird geschaffen, indem neue Siedlungsgebiete ausgeschieden und bisher anders genutzte Areale geöffnet werden, falls diese von den bestehenden Nutzern freigegeben werden können. Zudem werden Investitionen in den Wohnungsbau und die bessere Nutzung der Reserven im Wohnungsbestand angeregt. Hierfür wird die Wohnraumentwicklungsstrategie umgesetzt und die Verdichtung nach innen durch die Schaffung von Frei- und Grünräumen ergänzt. Ausserdem bezieht die bauliche Entwicklung bestehende Qualitäten mit ein und die Baukultur wird gefördert.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens**
Das Stadtwohnen ist ein zentrales Element der Immobilienstrategie des Finanzvermögens. Es werden sowohl staatliche Projek-

te umgesetzt als auch institutionelle, kommerzielle und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf der Zusammenarbeit und der Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, der durch Abgabe von Land im Baurecht unterstützt wird. Die staatlichen Massnahmen sind nachhaltig ausgerichtet und setzen dort ein, wo der Immobilienmarkt die wohnpolitischen Interessen des Kantons zu wenig erfüllt. Wichtige Projekte sind Liegenschaftssanierungen sowie laufende Arealentwicklungen.

- **Konzept für den öffentlichen Raum** Das regierungsrätliche Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum wird konsequent umgesetzt. Er wird so gestaltet, dass eine Vielfalt von Nutzungen möglich wird. Das Management der Nutzungen wird im Rahmen des Bewilligungswesens oder mit anderen geeigneten Instrumenten optimiert, so dass ein möglichst konfliktfreier Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der verschiedenen Anspruchsgruppen entsteht.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Messen und Märkte** Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie die Basler Herbst-

messe und Märkte werden so organisiert, dass sie zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und vermehrt Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland anziehen.

- **Bewirtschaftung des öffentlichen Raums** Beispielungspläne lenken die Nutzung von stark belebten Plätzen. Illegaler Abfall wird beseitigt und verhindert.
- **Attraktive und belebte Innenstadt** Die gemeinsam mit der Bevölkerung und dem Gewerbe erarbeiteten Perspektiven für die Innenstadt werden in einem Entwicklungsrichtplan zusammengefasst. Zentral ist dabei der öffentliche Raum: Das Gestaltungskonzept Innenstadt ist die Grundlage für bauliche Massnahmen zur Verbesserung von Attraktivität und Aufenthaltsqualität und die Nutzungsstrategie die Basis für eine Optimierung der vielfältigen Nutzungen.
- **«Welcome»** Der Ersteindruck von Basel, den Gäste und Neuzuziehende erhalten, soll verbessert werden. Dazu werden mit Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung geeignete Massnahmen geplant und umgesetzt, wie beispielsweise in Bezug auf die Pflege des öffentlichen Raums oder die verbesserte Information der Neuzuziehenden.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.
- Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.
- Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik** Die Kulturpolitik umfasst die Förderung des professionellen Kulturschaffens sowie die Unterstützung von Körperschaften und Institutionen mit überregionaler Ausrichtung. Zudem wird ein Erweiterungsbau für das Kunstmuseum Basel auf der Parzelle des heutigen «Burghofs» erstellt. Weiter wird eine partnerschaftliche Finanzierung des Theater Basel realisiert.
- **Raum für kreative Aktivitäten** Es werden Räume geschaffen, in denen vielfältige Formen kreativer Aktivität möglich werden.
- **Förderstrategie des Kulturleitbilds** Die Förderstrategie des Kulturleitbilds wird umgesetzt.
- **Interkantonaales Finanzierungsmodell** Für Kulturinstitutionen mit überregionaler Bedeutung wird längerfristig ein interkantonaales Finanzierungsmodell nach den Prinzipien der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

(NFA) weiterhin angestrebt.

- **Education- und andere Vermittlungsprojekte** Im Rahmen der Education-Projekte sowie weiterer Vermittlungsprojekte schaffen die Kul-

turinstitutionen Angebote, die möglichst breite Bevölkerungsschichten ansprechen. Unterstützt werden die Institutionen dabei in Form von Tagungen und Workshops.

2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.
- Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen.
- Mindestens 95% der jungen Menschen erreichen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierten Abschluss.
- Migrantinnen und Migranten haben gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie gleichberechtigten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.
- Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung und Tagesstrukturen** Ein Netz von Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung wird aufgebaut, was den Eltern ermöglicht, rasch einen Platz in einem Angebot der Tagesbetreuung zu erhalten. Die Zahl der Tagesschulplätze wird erhöht.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung** Bestehende Angebote im Frühbereich werden bedarfsgerecht so gestaltet, dass sie insbesondere durch benachteiligte Familien in Anspruch genommen werden. Ziel ist es, allen Kindern einen guten Lebensstart zu ermöglichen und gleiche Chancen zu gewährleisten.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»** Rahmenbedingungen werden gefördert, um Beruf und Familie optimal miteinander zu vereinbaren.
- **Bildungsförderung** Verschiedene Massnahmen, die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und an den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft orientieren, werden zur Erreichung der Bildungsziele umgesetzt.
- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt** Eine Standortbestimmung zur «Kinder- und Familienfreundlichkeit» wird durchgeführt. Daraus werden die notwendigen Massnahmen abgeleitet, um eine hohe Attraktivität für Familien mit Kindern zu erreichen.
- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche** In jedem Quartier stehen ausreichend niederschwellige Angebote und Raum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, soziale Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen und sich in ihrer Freizeit sinnvoll zu beschäftigen. Die Kinder und Jugendlichen können ihre Bedürfnisse und Anliegen einbringen und so den Ort mitgestalten.
- **Integrative Volksschule** Integration ist zentraler Auftrag des Bildungswesens. Die Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft gelingt im Regelfall besser, wenn auch die Förderung der Kinder und Jugendlichen integrativ erfolgt. Es werden die Voraussetzungen für eine integrative Volksschule geschaffen, welche für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen zugänglich ist.
- **Öffnung der Berufswahl** Ein breit angelegtes Aktionsprogramm wird umgesetzt mit dem Ziel, die Berufswahl für Jungen und Mädchen zu öffnen.

- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung**
Die qualifizierende Nachholbildung zur Erlangung eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II sowie die Erwachsenenbildung zur Erhaltung und Entwicklung der individuellen Arbeitsmarktfähigkeit werden gefördert.
- **Sprachförderung** Migrantinnen und Migranten verfügen über die für die Verständigung im Alltag notwendigen und die für ihre berufliche Stellung und Qualifizierung erforderlichen Sprachkenntnisse. Der Kanton fördert hierzu ein bedarfsgerechtes vielfältiges Sprachkursangebot.
- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** Die Integration wird gefördert, indem die Bevölkerung und die Verwaltung sensibilisiert und informiert werden. Strukturelle Hürden werden zur Verhinderung von Diskriminierungen abgebaut und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen. Migrantenorganisationen sowie Angebote zur Sprach- und Integrationsförderung werden unterstützt. Im Rahmen staatlicher Dienstleistungen wird die Nutzung dieser Förderangebote unterstützt und gefordert.
- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung** Zugangsbarrieren im gesellschaftlichen, beruflichen und baulichen Bereich werden abgebaut. Zugänglichkeit und Benutzbarkeit öffentlicher Bauten und Anlagen sowie des öffentlichen Verkehrs werden verbessert. Weitere Unterstützungsangebote fördern die individuelle Entwicklung von Menschen mit einer Behinderung.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.
- Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.
- Die räumliche und verkehrliche Entwicklung im Kanton Basel-Stadt folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Raumentwicklung. Sie ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.
- Verkehrslärm und -immissionen werden verringert.
- Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahresgrenzwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser und anderen Ressourcen umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.
- Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** Projekte werden initiiert und unterstützt, um die Energieeffizienz zu verbessern und um den Anteil an erneuerbaren Energien kontinuierlich zu erhöhen. Im Mittelpunkt stehen die Bereiche Bauen (Neubau und Sanierungen) und Mobilität. Dabei wird mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammengearbeitet. Der Kanton nimmt in diesen Bereichen selber eine Vorbildrolle ein und setzt das Projekt «CO₂-neutrale Verwaltung» kontinuierlich um.
- **Nachhaltige Raum- und Verkehrsentwicklung** Die Raum- und Verkehrsplanung wird verstärkt auf eine integrale Nachhaltigkeitsbetrachtung ausgerichtet. Dabei stehen die Förderung lebenswerter Quartiere und kurzer Wege zum Arbeiten, Einkaufen und für Freizeitaktivitäten und dadurch die Verminderung der Zahl unnötiger Fahrten im Vordergrund.

Ein stadtverträgliches Mobilitätsangebot unterstützt insbesondere die Erreichung des Lärmreduktionsziels.

- **Lärmschutz gewährleisten** Verkehrslenkende Massnahmen sorgen für Ruhe vor Strassenlärm. Die Förderung von Velo- und Fussverkehr trägt zudem bei, Strassenlärm an seiner Quelle zu vermeiden.
- **Luftbelastung vermindern** Die Luftbelastung wird flächendeckend erfasst. Massnahmen für stark belastete Standorte werden erarbeitet und Vollzugskonzepte optimiert. Zudem soll mit der Förderung des Velo- und Fussverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs der Ausstoss von verkehrsbedingten Luftschadstoffen reduziert werden.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Die Abfallbewirtschaftung wird darauf ausgerichtet, dass Ressourcen so gut

wie möglich wiederverwendet und umweltgefährdende Stoffe aus dem Kreislauf ausgeschlossen werden. Das im Abfall gebundene Energiepotenzial wird optimal ausgeschöpft. Industrie und Gewerbe erhalten Unterstützung bei der Optimierung ihrer betrieblichen Abläufe zur Vermeidung von Abfällen und zur Schonung der Ressourcen.

- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Aufgrund der angespannten finanzpolitischen Lage wird die restriktive Ausgabenpolitik weiter verfolgt und die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) implementiert und umgesetzt. In den kommenden Jahren wird der Kanton zudem viel in den Lebens- und Wirtschaftsstandort investieren, dazu wird er sich neu verschulden müssen, was aufgrund des Schuldenabbaus der letzten Jahre auch verkräftbar ist.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.
- Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.
- Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.
- Die Verkehrssicherheit im Kanton Basel-Stadt ist hoch. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen wird bis zum Jahr 2020 auf Basis der Unfallstatistik BS 2011 um 30 Prozent gesenkt.
- Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Sinne einer modernen Gesundheitspolitik für Erhalt und Förderung der Gesundheit von Mensch und Tier ein, sorgt für einen starken Konsumentenschutz und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.
- Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.
- Das Elementarschadenrisiko ist bekannt und wird präventiv weitestgehend reduziert.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten und gezielter Ausbau der Prävention** Um die Veränderung der Sicherheitslage in Basel-Stadt anzugehen, werden bis 2015 insgesamt 45 Polizistinnen und Polizisten neu eingestellt, die es erlauben, Brennpunkte besser zu bewirtschaften und die Präventionsarbeit gezielt auszubauen.
- **Zusätzliche Strafvollzugs- und Haftplätze** Um den kantonalen Bedarf beim Vollzug kurzer Freiheitsstrafen künftig zu decken, wird

das Gefängnis Bässlergut um einen Anbau mit vierzig Haftplätzen erweitert. Im Untersuchungsgefängnis Waaghof sollen als Massnahme gegen die Überlastung in der Untersuchungshaft acht neue Zellen mit neun Haftplätzen geschaffen werden.

- **Zugang zu Notwohnungen** Aktuell können ca. 110 Notwohnungen an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet werden, sofern sie ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Dieses Angebot wird im Rahmen der umfassenden Sanierungsarbeiten bei den Notwohnungen an der Theodor-Herzl-Strasse und der Belforterstrasse ausgebaut. Zudem wird mit einem Pilotprojekt überprüft, ob künftig auch Einzelpersonen in Notlagen Zugang zu einer Notwohnung haben sollen.
- **Sicherung und Überprüfung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung** Der Kanton Basel-Stadt fördert und koordiniert Massnahmen zur Qualitätssicherung sowie zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit der Gesundheitsversorgung.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien** Neben der Dämpfung der anfallenden Prämienbelastung über Prämienverbilligung wird die Stärkung der Anreize für integrierte Versorgungsmodelle geprüft.
- **Verkehrssicherheitsplan** Ein laufend zu aktualisierender Verkehrssicherheitsplan, der den Bedürfnissen der schwächeren Verkehrsteilnehmenden besonders Rechnung trägt, wird erarbeitet.
- **Sicherheitsmanagement für die Strasseninfrastruktur** Die Verkehrssicherheit bestehender und neu zu erstellender Strassenabschnitte wird anhand von einschlägigen Normen mit geeigneten Qualitätsinstrumenten («Road Safety Audit», «Road Safety Inspection», «Black Spot Management») laufend überprüft.
- **Gesundheitsförderung und Prävention** Eine wirksame, an den Zielgruppen ausgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention für die gesamte Bevölkerung unter Einbezug des gesamten Suchtbereichs wird weiter ausgebaut und sichergestellt.
- **Sicherheit bei Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen, Industrieanlagen und Verkehrswegen** Mittels risikobasierter Kontrollen werden die Lebensmittel- und Produktesicherheit sowie die Sicherheit von störfallrelevanten Anlagen und Verkehrswegen für Menschen, die sich auf dem Kantonsgebiet aufhalten, sichergestellt.
- **Konsumentenschutz** Der Konsumentenschutz wird weiter ausgebaut und gestärkt.
- **Strategie Sucht** Als Schwerpunkte der Suchtpolitik werden die Bereiche Konzept und Standorte der Kontakt- und Anlaufstellen laufend überprüft und im Bereich neuer Abhängigkeitserkrankungen umgesetzt und von Präventivmassnahmen begleitet.
- **Krebsstrategie** Ein Detailkonzept zu einer umfassenden Krebsstrategie wird ausgearbeitet und implementiert. Das Krebsregister bei der Basel ist ein zentraler Pfeiler der Krebsstrategie und wird den veränderten Bedürfnissen angepasst. Die Einführung eines Mammografie Screening Programms im Kanton Basel-Stadt wird eine erste Massnahme im Rahmen der Umsetzung der Krebsstrategie bilden.
- **Palliative Care** In Anlehnung an die „Nationale Strategie Palliative Care „ des Bundes und der Kantone wurde ein kantonaler Umsetzungsplan für die Versorgung mit Palliative Care-Angeboten im Kanton Basel-Stadt erarbeitet. Gemeinsam mit Spitälern und Einrichtungen der Langzeitpflege soll dieses Konzept flächendeckend implementiert werden.
- **Anerkennungspreis schappo für freiwilliges Engagement** Zweimal im Jahr vergibt der Kanton Basel-Stadt einen schappo an Menschen, die sich mit freiwilligem Engagement für einen attraktiven Lebensraum im Kanton einsetzen.
- **Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement verdanken** Der Regierungsrat verdankt anlässlich einer Feier am Internationalen Tag der Freiwilligen (5. Dezember) die freiwillig und ehrenamtlich Tätigen des Kantons.
- **Antizipation der demografischen Entwicklung** Die regierungsrätlichen Leitlinien zur Alterspolitik werden laufend mit konkreten Massnahmen umgesetzt.
- **Gefährdungsanalyse** Eine Gefährdungsanalyse des Kantons Basel-Stadt wird beendet. Auf Basis der eruierten Bedürfnisse bezüglich Prävention, Vorsorge und Bewältigung

werden Massnahmen konzipiert und umgesetzt.

- **Erdbeben- und Elementarschadenvorsorge**
Die Erdbeben- und Elementarschadenvorsor-

geaktivitäten werden umgesetzt. Die erarbeiteten Grundlagen zur Umsetzung der Bau-
normen, für die Erdbebenertüchtigung der
Lifeline-Gebäude und für die Betriebe unter
Störfallverordnung werden umgesetzt.

2.1.6 Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Mittel für Schwerpunkte und Massnahmen

in 1'000 Franken	Budget 2012	Budget 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Wirtschaftsstandort stärken	24'000	36'000	48'000	48'000	48'000	48'000
Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben	24'000	36'000	48'000	48'000	48'000	48'000
Basel als Wissenszentrum positionieren	26'958	32'848	41'824	48'348	56'448	58'748
Hochschul- und Universitätsentwicklung	26'958	32'848	41'824	48'348	56'448	58'748
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	8'510	9'010	10'570	18'980	26'780	35'780
Ausbau des öffentlichen Verkehrs	8'510	9'010	10'570	18'980	26'780	35'780
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner	9'474	10'041	7'374	7'791	5'541	5'220
Bildungsraum Nordwestschweiz	8'674	9'241	6'109	6'526	4'276	3'955
Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration	0	0	465	465	465	465
Gesundheitsraum Nordwestschweiz	200	200	200	200	200	200
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit	600	600	600	600	600	600
Urbane Standortqualität	2'420	3'368	4'368	4'368	4'368	4'368
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot	1'420	1'560	1'560	1'560	1'560	1'560
Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes	1'000	1'808	2'808	2'808	2'808	2'808
Chancengleichheit	19'280	21'149	23'431	26'394	28'786	31'286
Weiterent. der familienergänz. Tagesbetreuung und -strukturen	9'180	10'680	13'010	15'510	18'010	20'510
Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“	100	100	100	100	0	0
Integrative Volksschule	6'857	6'622	6'136	6'136	6'136	6'136
Ausbau der frühen Förderung und Bildung (GD)	700	900	900	1'000	1'000	1'000
Ausbau der frühen Förderung und Bildung (ED)	2'443	2'847	3'285	3'648	3'640	3'640
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	165	815	900	900	900	900
Die „2000-Watt-Gesellschaft“ als Leitmotiv	165	815	900	900	900	900
Lebensqualität und Sicherheit	1'850	3'825	5'441	6'999	6'799	6'799
Polizeiliche Bewirtsch. von Brennpunkten, Ausbau Prävention	650	2'183	3'741	5'299	5'099	5'099
Antizipation der demografischen Entwicklung	300	300	300	300	300	300
Lärmschutz gewährleisten (WSU)	0	192	0	0	0	0
Strategie Sucht	300	300	300	300	300	300
Krebsstrategie	0	250	500	500	500	500
Gesundheitsförderung und Prävention	600	600	600	600	600	600
Total	92'657	117'056	141'908	161'780	177'622	191'101

Kommentar

- 1 „Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben“ ist die einzige Massnahme in der Tabelle, die Bestandteil des Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnisses ist. Dabei handelt es sich nicht um Mehrausgaben, sondern um Mindereinnahmen. Alle übrigen Schwerpunkte und Massnahmen sind Bestandteil des Zweckgebundenen Betriebsergebnisses.

Investitionsmittel für Schwerpunkte

in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Wirtschaftsstandort stärken	4'840	585	300	3'000	4'000	0
EuroAirport Schienenanschluss, Beitrag	0	0	50	3'000	4'000	0
Internationale Bauausstellung 2020 IBA	1'042	585	250	0	0	0
Messe Basel	0	0	0	0	0	0
Life Sciences Neubau	3'798	0	0	0	0	0
Basel als Wissenszentrum positionieren	16'330	35'000	21'595	3'226	3'000	1'025
Gem. Kompetenzzentrum Geriatrie und Rehabilitation	2'000	0	0	0	0	0
FHNW Dreispitz, Neubau Hochschule für Gestaltung u. Kunst	14'330	35'000	21'595	3'226	3'000	1'025
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	39'118	18'590	15'585	8'316	24'475	26'500
Tramverlängerung Nr. 8	25'351	8'309	8'760	520	10	0
Zonenplanrevision	1'867	300	200	0	0	0
Tramverlängerung nach St. Louis, Planung	613	1'500	1'350	0	0	0
Tram Margarethenstich Vorprojekt	144	150	170	-72	0	0
Tram 2020 Bau	26	4'856	1'700	5'730	23'150	26'500
Stadtentwicklung St. Johann-ÖV Erschliessung	6'799	50	20	370	915	0
Erlenmatt ÖV-Erschliessung, Planung	1'484	300	130	50	0	0
Rahmenkredit Langsamverkehr	2'419	2'200	2'400	1'300	0	0
Dreispitz Entwicklungsplanung, Planung	415	400	400	400	400	0
Autobahnanschluss Basel-City, Planung	0	525	455	18	0	0
Urbane Standortqualität	30'004	4'464	6'818	10'798	4'000	2'625
WELCOME Neues Fussgängerinformationssystem	0	200	200	0	0	0
Kasernenareal Projektierung Umgestaltung	181	195	0	0	0	0
Hafenentwicklung Klybeck Kleinhüningen, Planung	0	500	500	500	0	0
Erlenmatt	7'626	2'030	4'610	8'910	4'000	2'625
APS Rahmenkredit Wohnumfeld	20'420	500	230	0	0	0
Innenstadt-Qualität im Zentrum, Planung	1'444	200	113	0	0	0
Badischer Bahnhof Siedlungsstruktur, Konzepterarbeitung	237	100	65	0	0	0
E-Government	96	739	1'100	1'388	0	0
Kulturstadt mit Ausstrahlung	4'185	9'200	18'400	14'000	865	0
Kunstmuseum Erweiterungsbau	4'185	9'200	18'400	14'000	865	0
Chancengleichheit	2'656	29'260	36'660	43'913	25'377	7'889
Investitionsbeiträge für Tagesheimplätze	528	750	1'062	1'300	1'200	0
Schulstrukturen (Harmonisierung), Projektierung	336	700	350	350	220	0
Schulharmonisierung	859	17'809	27'126	30'231	14'189	3'624
Ausbau der Tagesbetreuung und Tagesstrukturen	933	10'001	8'122	12'032	9'768	4'265
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	1'675	3'800	3'523	3'130	3'000	3'000
Klimaneutrale Verwaltung Energetische San. Kant. Bauten	1'063	3'300	3'000	3'000	3'000	3'000
2000 Watt-Gesellschaft Pilotregion Basel	612	500	523	130	0	0
Lebensqualität und Sicherheit	285	250	230	105	0	0
Erdbebenvorsorge	285	250	230	105	0	0
Total	99'093	101'149	103'111	86'488	64'717	41'039

2.2 Finanzplan 2014-2017

Finanzplan Basel-Stadt

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'462.0	-2'552.0	-2'596.3	-2'629.0	-2'708.9	-2'793.7
31 Sach- und Übriger Betriebsaufwand	-77.0	-45.1	-45.1	-45.1	-45.1	-45.1
36 Transferaufwand	-153.1	-168.8	-163.8	-169.7	-172.9	-183.3
Ressourcenausgleich/Härteausgleich	-151.5	-167.7	-157.1	-163.0	-166.2	-176.6
Übriges	-1.6	-1.1	-6.7	-6.7	-6.7	-6.7
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'528.6	2'557.1	2'636.5	2'725.5
Direkte Steuern natürliche Personen	1'716.5	1'739.9	1'735.0	1'751.7	1'797.3	1'852.8
Direkte Steuern juristische Personen	638.8	627.0	643.0	652.6	684.6	715.8
Übrige Direkte Steuern	156.6	151.1	150.6	152.7	154.6	156.9
41 Regalien und Konzessionen	16.4	16.5	15.7	15.7	15.7	15.7
Anteil Nationalbankgewinn	16.4	16.4	15.6	15.6	15.6	15.6
Übriges	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
42 Entgelte	0.0	4.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Verschiedene Erträge	49.0	0.0	0.2	0.2	0.2	0.2
46 Transferertrag	226.5	217.7	229.2	233.5	239.7	246.9
Anteile direkte Bundessteuer	157.7	148.0	159.0	161.4	165.6	170.7
Soziodemogr. Lastenausgleich	51.4	52.9	54.5	56.2	58.1	60.0
Übriges	17.5	16.7	15.7	15.9	16.0	16.2
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'573.9	2'542.3	2'564.9	2'591.7	2'674.1	2'759.9
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV ohne 333)	-114.5	-123.3	-129.0	-135.5	-142.3	-149.4
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	-5.8	-6.9	-7.8	-6.0	-6.0	-6.0
466 Auflösung erhaltene Investitionsbeiträge >300'000 Fr.			2.8	2.8	2.8	2.8
Abschreibungen Grossinvestitionen VV	-120.4	-130.2	-134.1	-138.7	-145.5	-152.6
Betriebsergebnis	-8.5	-139.8	-165.5	-176.0	-180.3	-186.4
34 Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-135.8	-130.0	-143.7	-155.7
Zinsaufwand	-58.6	-77.5	-63.3	-57.5	-71.2	-83.2
Liegenschaftsaufwand FV und Dritte	-16.4	-63.5	-69.3	-69.3	-69.3	-69.3
Übriges	-34.8	-2.6	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
44 Finanzertrag	301.4	290.2	303.6	303.6	303.6	303.6
Zinsertrag	5.5	20.3	19.3	19.3	19.3	19.3
Finanzertrag öffentliche Unternehmungen	91.5	91.2	103.4	103.4	103.4	103.4
Liegenschaftsertrag FV und Dritte	128.7	148.4	148.2	148.2	148.2	148.2
Übriges	75.7	30.3	32.6	32.6	32.6	32.6
Finanzergebnis	191.6	146.6	167.8	173.6	159.9	147.9
Gesamtergebnis	183.0	6.8	2.2	-2.4	-20.4	-38.5

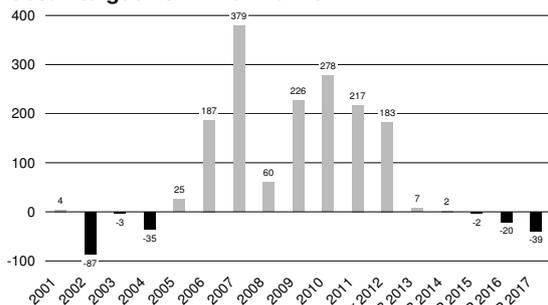
Finanzplan HRM2

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'186.0	-1'203.3	-1'220.1	-1'238.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-478.1	-436.6	-449.4	-438.0	-438.6	-445.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-119.0	-128.2	-134.6	-141.1	-147.8	-155.0
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-1'762.3	-1'813.4	-1'842.8	-1'865.1	-1'932.2	-2'003.3
Aufwand	-3'497.0	-3'558.7	-3'612.8	-3'647.5	-3'738.7	-3'842.3
39 Interne Verrechnungen	-240.0	-211.0	-228.2	-228.2	-228.2	-228.2
Aufwand inkl. interne Verrechnung	-3'737.0	-3'769.7	-3'841.0	-3'875.8	-3'967.0	-4'070.6
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'528.6	2'557.1	2'636.5	2'725.5
41 Regalien und Konzessionen	16.5	34.2	33.5	33.6	33.6	33.6
42 Entgelte	498.0	358.4	351.5	348.7	349.1	349.4
43 Verschiedene Erträge	53.6	0.1	2.3	2.2	2.2	2.2
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	18.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	500.0	508.2	531.2	529.9	537.1	545.2
Ertrag	3'598.8	3'418.9	3'447.2	3'471.5	3'558.4	3'655.9
49 Interne Verrechnungen	240.0	211.0	228.2	-228.2	-228.2	-228.2
Ertrag inkl. interne Verrechnungen	3'838.8	3'629.9	3'675.5	3'243.2	3'330.2	3'427.6
Betriebsergebnis	101.8	-139.8	-165.5	-176.0	-180.3	-186.4
34 Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-135.8	-129.1	-142.9	-154.9
44 Finanzertrag	191.0	290.2	303.6	302.8	302.8	302.8
Finanzergebnis	81.2	146.6	167.8	173.6	159.9	147.9

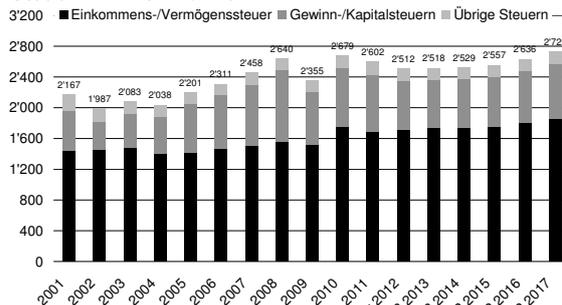
Finanzierungsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Gesamtergebnis	183.0	6.8	2.2	-2.4	-20.4	-38.5
+ Abschreibungen Verwaltungsvermögen	114.5	123.3	129.0	135.5	142.3	149.4
+ Abschreibungen Verwaltungsvermögen KI	4.5	4.9	5.6	5.6	5.6	5.6
+ Amortisation PK-Spezialfinanzierung Destinatäre		52.3	54.2	56.6	59.0	61.5
+ Abschreibungen Investitionsbeiträge	5.8	6.9	7.8	6.0	6.0	6.0
+/- Veränderungen zweckgebundenes Eigenkapital	61.9					
Selbstfinanzierung	369.8	194.2	196.1	198.5	189.7	181.2
Nettoinvestitionen	-209.1	-311.0	-347.5	-464.9	-462.2	-390.8
Veränderung Darlehen/Beteiligung Verwaltungsvermögen	-363.8	-61.9	-27.2	-98.0	-104.8	-105.0
Saldo Investitionsrechnung	-572.8	-372.9	-374.7	-562.9	-567.0	-495.8
Finanzierungssaldo	-203.0	-178.7	-178.6	-364.4	-377.3	-314.6
Selbstfinanzierungsgrad in %	64.6	52.1	52.3	35.3	33.5	36.5
Nettoschulden	2'191.4	2'370.1	2'548.7	2'913.1	3'290.4	3'605.0
Nettoschuldenquote in ‰ BIP CH	3.7	3.9	4.2	4.6	5.0	5.3

Gesamtergebnis in Mio. Franken



Steuern in Mio. Franken

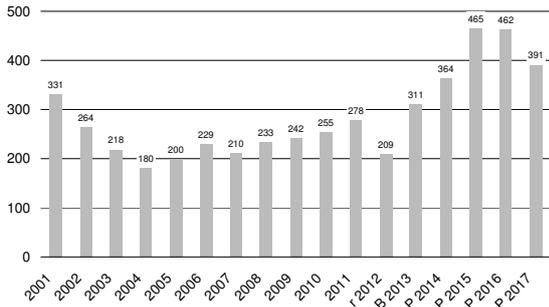


Der Finanzplan 2014-2017 beruht auf einer sich erholenden Entwicklung der weltweiten und schweizerischen Wirtschaft. Diese optimistischen Annahmen wurden als Basisszenario unterstellt, obwohl auch Abwärtsrisiken bestehen, wie die Ausführungen zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gezeigt haben. Während in den Jahren 2013 und 2014 noch schwarze Nullen geschrieben werden dürften, wird das Gesamtergebnis des Kantons ab 2015 voraussichtlich negativ. Am Ende des Planungszeitraums im Jahre 2017 beläuft sich das Defizit voraussichtlich auf 38.5 Millionen Franken. Über den Planungszeitraum steigen die Nettoschulden von 2.6 Milliarden Franken im Jahre 2014 auf 3.6 Milliarden Franken im Jahre 2017. Die Entwicklung des Gesamtergebnisses ist aber nur zu einem kleinen Teil für die Zunahme der Nettoschulden verantwortlich. Vielmehr sind es die deutlich zunehmenden Investitionen in den Standort Basel-Stadt, die zu einer Erhöhung der Nettoschulden und damit auch der Nettoschuldenquote führen.

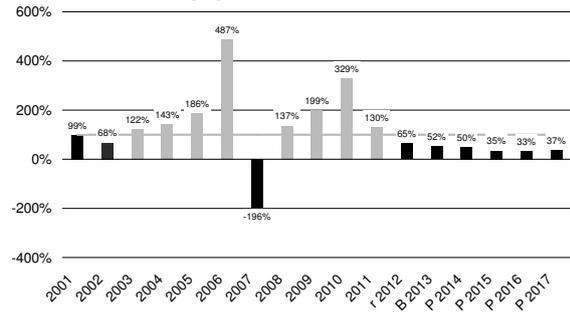
Das Gesamtergebnis wird ab 2015 bis 2017 negativ, weil der Aufwand hauptsächlich wegen der Sozialkosten wie Prämienverbilligung und Sozialhilfe, der Pflegeheimfinanzierung, aber auch wegen der steigenden Beiträge für den Ressourcenausgleich sowie der Teuerung stärker steigt als der Ertrag:

- Die Prämienverbilligung wird in der Planungsperiode deutlich zunehmen, was unter anderem auf die zu erwartenden steigenden Versicherungsprämien der Krankenkassen zurückzuführen ist. Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die zu einer Verkürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosentaggelder geführt hat, und die Revision der Invalidenversicherung, die mit strengeren Kriterien für den Erhalt von Invalidenrenten verbunden ist, sind für die Zunahme der Sozialhilfekosten verantwortlich.
- Aber auch die Pflegeheimfinanzierung wird aufgrund der wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen den Aufwand des Kantons steigern.
- Für die kommenden Jahre wirken sich aber auch die steigenden Beiträge an den Ressourcenausgleich belastend aus. Aufgrund der vergangenheitsorientierten Beitragsberechnung wird Basel-Stadt in den nächsten Jahren deutlich stärker belastet, weil der Kanton im schweizerischen Vergleich während der letzten Jahre von der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise weniger stark betroffen war und deshalb eine überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung aufwies. Aktuelle Prognosen zeigen, dass der Beitrag des Kantons von 151.5 Millionen Franken für das Jahr 2012 bis auf geschätzte 176.6 Millionen Franken im Jahre 2017 ansteigen wird.
- Bei einem Potentialwachstum der Schweiz von 1.5% nimmt der Aufwand aufgrund der Teuerung ab 2015 mit 2.6%, im Jahre 2016 mit 3.1% und im Jahre 2017 mit 3.0% zu.
- Die Steuererträge beruhen aufgrund des Steuersystems auf der Einnahmen- und Vermögenssituation sowie der Gewinn- und Kapitalsituation des Vorjahres. Daher nehmen sie 2013 nur geringfügig und ab Beginn des Planungshorizonts leicht zu. Grundsätzlich verläuft die Zunahme auf deutlich tieferem Niveau als in den erlebten Boomjahren nach der Jahrtausendwende. Diese auf tieferem Niveau wachsenden Steuererträge sind aber nicht nur einer verlangsamten Wirtschaftsentwicklung zuzuschreiben. Vielmehr sind sie auch auf die Steuersenkungen bei den natürlichen und juristischen Personen zurückzuführen. Werden alle Steuersenkungen seit 2001 berücksichtigt, wären die Steuereinnahmen im Planungszeitraum pro Jahr um rund 450 Millionen Franken höher.

Nettoinvestitionen in Mio. Franken

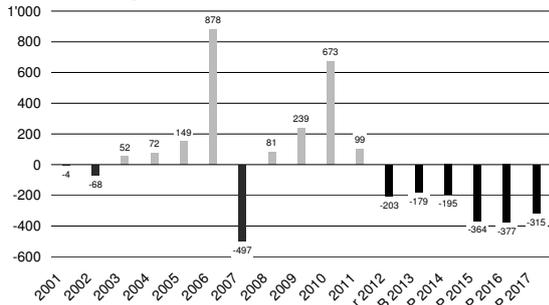


Selbstfinanzierungsgrad

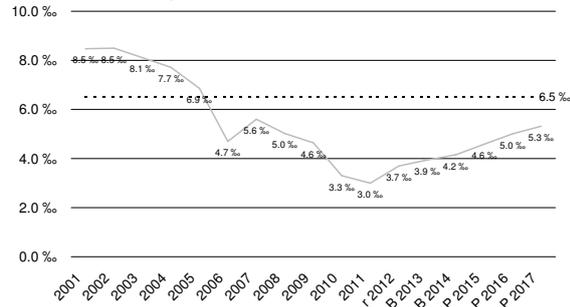


Wie bereits mehrfach erwähnt, sind es nicht die leichten Defizite beim Gesamtergebnis, sondern die Investitionen in den Wirtschafts- und Lebensstandort Basel-Stadt, die für den Anstieg der Verschuldung verantwortlich sind. Es werden erhöhte Investitionen in Schulbauten im Rahmen von Baumaßnahmen für die Schulharmonisierung bzw. für die Tagesstrukturen getätigt. Etliche Schulhäuser müssen zudem auch an heutige bauliche Anforderungen angepasst werden. Des Weiteren tragen auch der Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst, der Erweiterungsbau des Kunstmuseums sowie Investitionen in den öffentlichen Verkehr zu diesem hohen Investitionsniveau bei. Mit den erhöhten Investitionen steigt auch das Niveau der Abschreibungen im Planungszeitraum. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass es langfristig sinnvoll ist, diese Investitionen zu tätigen, auch wenn sie nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können, sondern dafür neue Schulden aufgenommen werden müssen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt während des ganzen Planungszeitraums unter 100% und beträgt 2017 noch 37%.

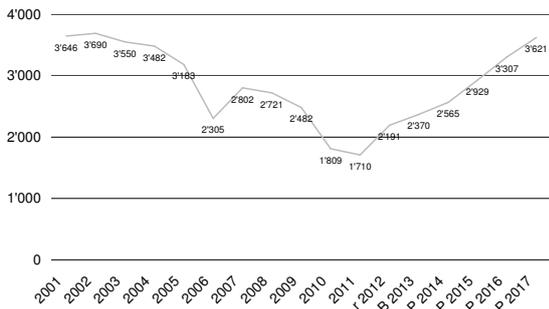
Finanzierungssaldo in Mio. Franken



Nettoschuldenquote



Nettoschulden in Mio. Franken



Der Finanzierungssaldo ist entsprechend negativ und es ist mit einer deutlichen Neuverschuldung zu rechnen. Ausgehend von einem Nettoschuldenstand im Jahre 2012 von 2.2 Milliarden Franken werden die Nettoschulden um 1.4 Milliarden Franken auf rund 3.6 Milliarden Franken ansteigen. Entsprechend erhöht sich auch die Nettoschuldenquote von 3.7% auf 5.3%. Sie liegt damit aber auch am Ende des Planungszeitraums noch um 1.2 Promillepunkte unter dem Grenzwert von 6.5%, bei dem die Schuldenbremse wirksam würde.

Indem aber die Schulden seit 2001 durch eine vorausschauende Ausgabenpolitik um 1.5 Milliarden Franken abgebaut werden konnten, sind die geplanten hohen Investitionen in den Standort überhaupt erst möglich. Trotzdem ist in den kommenden Jahren bei den Investitionen eine gewisse Priorisierung vorzunehmen, um den Handlungsspielraum (nicht zuletzt auch bei unvorhergesehenen Ereignissen) aufrechtzuerhalten und damit die Schuldenbremse auch in einer solchen Situation nicht wirksam wird.

2.3 Planung der Departemente

2.3.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement unterstützt das Regierungspräsidium bei der Leitung, Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben, koordiniert die Entwicklungsplanung von Stadt und Kanton, pflegt die regionalen, grenzüberschreitenden sowie internationalen Beziehungen, sorgt für die Vermarktung des Kantons, erhebt und analysiert statistische Daten und ist für gesamtgesellschaftliche sowie kulturelle Belange verantwortlich. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die Durchführung kantonaler Querschnittsprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen Anspruchsgruppen.

Zielsetzungen und Planungen

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wird alle Entwicklungen, Projekte und Aktualisierungen unter dem Aspekt der Verknüpfung der tradierten Funktion der Staatskanzlei als „Wissenszentrum der Verwaltung“ mit neuen Technologien prüfen und vorantreiben.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

- Umsetzung der bestehenden Städtepartnerschaften und Marketing-Kooperationen im Bereich der internationalen Aussenbeziehungen. Ausbau ab 2016 durch die Bearbeitung des Marktes Brasiliens.
- Konsequente Wahrnehmung der Interessensvertretung des Standortes Basel auf nationaler Ebene.
- Bereinigung der Strukturen und Bündelung der Kräfte in einem Haus der Regio bei der regionalen Zusammenarbeit.
- Akquisition von internationalen Grossanlässen.
- Entwicklung und Pflege bestehender Grossanlässe.
- Stärkung des Kongressstandortes Basel.

Gleichstellung von Frauen und Männern

- Förderung der wirtschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen zur optimalen Vereinbarkeit von Beruf und familiären Aufgaben.
- Öffnung der geschlechtsunabhängigen Berufswahl und Stärkung vielfältiger Lebensentwürfe für Mädchen und Jungen durch ein interdisziplinäres Aktionsprogramm.
- Sensibilisierung verschiedener Akteurinnen und Akteure für eine geschlechtersensible Sichtweise sowie Abbau von Rollenstereotypisierungen und Diskriminierungen durch zielgruppenorientierte Angebote.
- Erhöhung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes und Überprüfung von gleichstellungsrelevanten Erlassen.

Kantons- und Stadtentwicklung

- Sicherstellung der optimalen Führungsunterstützung im strategischen Planungsprozess des Regierungsrats für die nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Stadt.
- Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für Politik und Verwaltung zu unterschiedlichen Fragen bezüglich der Entwicklung von Stadt und Kanton.
- Förderung der Stärken und Minderung der Schwächen einzelner Stadtteile. Dazu dienen stadtteil-spezifische Strategien und Herangehensweisen. Aktiver Einbezug der Quartierbevölkerung.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Erfolgsrechnung in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	-53.8	-54.7	-55.4	-55.6	-56.5	-57.3	-4.8%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-42.6	-42.6	-46.4	-44.2	-43.7	-43.0	-0.9%
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
36 Transferaufwand	-70.4	-71.4	-74.3	-72.3	-72.0	-72.0	-0.9%
Betriebsaufwand	-166.8	-168.8	-176.2	-172.1	-172.2	-172.3	-2.1%
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
42 Entgelte	12.9	11.7	11.6	11.6	11.6	11.6	-0.9%
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.9	0.9	0.9	0.9	100.0%
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
46 Transferertrag	3.0	5.3	5.3	5.3	5.3	5.3	0.0%
Betriebsertrag	16.5	17.0	17.8	17.8	17.8	17.8	4.6%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-150.3	-151.8	-158.4	-154.3	-154.4	-154.5	1.8%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-3.5	-3.2	-3.6	-3.6	-3.6	-3.6	-12.5%
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	-0.2	-2.0	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	30.0%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-3.7	-5.2	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	3.8%
Betriebsergebnis	-153.9	-157.0	-163.4	-159.3	-159.4	-159.5	1.6%
34 Finanzaufwand	0.0	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0%
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	-50.0%
Finanzergebnis	0.2	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	-50.0%
Gesamtergebnis	-153.7	-156.8	-163.3	-159.2	-159.3	-159.4	-1.7%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-33.1	-34.3	-39.1	-36.1	-35.9	-35.5	-3.5%
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-120.6	-122.5	-124.2	-123.1	-123.4	-123.9	-1.2%
Lebensqualität und Sicherheit							
Unterstützung von Quartiertreffpunkten		-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	0.0%
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner							
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit		-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	0.0%
Urbane Standortqualität							
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot		-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	0.0%
Chancengleichheit							
Programm Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel		-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	100.0%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Investitionsrechnung in Mio. Franken							
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-3.1	-6.3	-7.2	-1.8	-2.0	-2.5	60.3%
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Nettoinvestitionen VV	-1.2	-6.3	-7.2	-1.8	-2.0	-2.5	60.3%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	-1.2	-6.3	-7.2	-1.8	-2.0	-2.5	60.3%

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	394.9	399.3	404.3	404.3	404.3	404.3
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	388.6					
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz	85	50	50	50	50	50
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	15	15	16	17	17	17

- Förderung des Wohnens in der Stadt. Möglichst gute Befriedigung der Wohnbedürfnisse der ganzen Bevölkerung.
- Förderung der chancengleichen Teilhabe und Mitwirkung aller Bevölkerungsgruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kanton Basel-Stadt.
- Verbesserung des ersten Eindrucks Basels: Einheimische, Gäste und Neuzuziehende fühlen sich in Basel wohl und willkommen.
- Einwohnerinnen und Einwohner als auch Unternehmen und Organisationen sollen sich einfach und rasch über Angelegenheiten des Gemeinwesens, insbesondere bezüglich Bewilligungen, informieren können und Auskunft erhalten.

Kultur

- Umsetzung der förderstrategischen Ziele aus dem Kulturleitbild. Insbesondere Einführung des neuen Evaluationssystems (Standardisierte Jahresberichterstattung und Potenzialgespräche).
- Formulierung, Finalisierung und Umsetzung des Massnahmenplans aus der Museumsstrategie sowie des Orchesterkonzepts.
- Realisierung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum Basel (Eröffnung im Jahr 2016), insbesondere unter Berücksichtigung der Planung der Schliessung im Jahr 2015.
- Planung und Umsetzung der beiden Neubauprojekte für das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum Basel sowie vertiefte Prüfung der Nachnutzung des Berri-Baus durch das Antikenmuseum Basel.
- Betreuung des Projekts Dachsanierung Kaserne beim Kulturbetrieb sowie Projektbegleitung und -betreuung des Wettbewerbs Kaserne und der künftigen Nutzung des Kopfbaus.
- Zeitgemässe Ausgestaltung und Neuverhandlung des Vertrags der Atelieregemeinschaft.
- Projektbegleitung der Realisierung der Stadtcasino-Erweiterung.
- Diverse Subventions- und Krediterneuerungen im Bereich der Kultur- und Projektförderung.
- Formulierung einer Verordnung inkl. Definition von Förderzielen und -kriterien für die Jugendkulturpauschale.

Statistisches Amt

- Verstärkte Wahrnehmung der Dienstleistungsfunktion für Bevölkerung, Verwaltung, Politik und Wissenschaft, durch optimale Abstimmung mit der sich stark im Wandel befindenden Bundesstatistik, Erschliessung neuer Datenquellen im Kanton und, basierend auf den künftigen rechtlichen Grundlagen, vermehrte Nutzung der Datenbestände für Analysen.
- Mittelfristiger Ausbau der trinationalen Statistik, um den Metropolitanraum besser abbilden zu können.

2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) unterstützt die städtebauliche Entwicklung des Kantons, sorgt für eine stadtgerechte Mobilität, fördert das Stadtbild und die Baukultur und sorgt für eine hohe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Zielsetzungen und Planungen

Der Verkehrspolitik kommt nach wie vor ein hoher Stellenwert zu. Nachdem das Basler Stimmvolk Ende 2010 im Umweltschutzgesetz hat festschreiben lassen, dass der motorisierte Verkehr auf den Stadtstrassen bis 2020 um 10% zu reduzieren sei, arbeitet das Amt für Mobilität intensiv an geeigneten Massnahmen zur Erreichung dieses anspruchsvollen Zieles: So soll u.a. 2014 die Umsetzung des „Teilrichtplans Velo 2013“ beginnen; die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung wird in Angriff genommen, ebenso die Verkehrsberuhigung im Gundeli; Vorarbeiten für das Herzstück der Regio-S-Bahn zielen auf die langfristige Verbesserung des ÖV-Angebots.

Nebst der Verkehrspolitik trägt die Gestaltung des Wohnumfeldes wesentlich zur Lebensqualität bei. Die Stadtgärtnerei arbeitet auch 2014 an dieser Zielsetzung. Unter anderem, indem sie das Siegerprojekt aus dem Landhof-Wettbewerb in einen Ratschlag giesst und mit den Umbauarbeiten auf der Ökolampad-Matte, der Liestaleranlage und im Schwarzpark beginnt. Im Erlenmattpark laufen die Vorbereitungen für die 2. Bauetappe des Parks.

Zur Aufrechterhaltung der Funktion der Infrastrukturbauwerke wird vom zuständigen Tiefbauamt auch 2014 viel geleistet werden. Zum Teil sind das Projekte, die ihrerseits wiederum die Wohn- und Lebensqualität erhöhen, etwa der Bau der neuen Rheinuferpromenade vom St. Johann Richtung Frankreich mit der Fussgänger- und Veloverbindung nach Hüningen oder der Rückbau, resp. die Neugestaltung von Luzerner- und Wasgenring.

Im Bereich Städtebau und Architektur sind die im Rahmen von HarmoS nötigen umfangreichen Schulbauten zu erwähnen. Das Hochbauamt treibt für mehrere Schulhaus-Neubauten und –Erweiterungen sowie für grössere Sanierungen die Projektierung voran und beginnt mit Projektausführungen. Die Sanierung der Schulhäuser Hebel und Brunnmatt werden 2014 abgeschlossen. Der gemeinsam mit dem Kanton Baselland 2013 begonnene bisher grösste staatliche Hochbau – das Biozentrum – wird 2014 ebenfalls schergewichtig vorangetrieben. Breites öffentliches Interesse wird zweifellos auch dem Neubau des Kunstmuseums, dem Projektwettbewerb für den Kasernenhauptbau und dem Wettbewerb für den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs in der Nähe des Bahnhofs St. Johann entgegengebracht werden.

Das Planungsamt wird sich unter vielen anderen Themen weiterhin mit der Entwicklungsplanung Kleinhüningen-Klybeck im Hafengebiet auseinandersetzen. Der Regierungsrat hat noch vor den Sommerferien 2013 zuhanden des Parlaments einen Planungskredit dafür genehmigt. Fortgesetzt wird die komplexe Nutzungsplanung Dreispitz. Dagegen erst am Anfang steht die Beplanung des Gebiets Lysbüchel, wo es in Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern darum gehen wird, einen optimalen Mix zwischen Arbeits-, Wohn- und öffentlichen Nutzungen zu finden. Dem Planungsamt obliegt auch die Weiterentwicklung des Tramnetzes. Stichworte dazu sind u.a. die Verlängerung des Tram 3, verschiedene Vorprojekte und die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, mit dem die Tramhaltestellen über mehrere Jahre hinweg für alle Nutzerinnen und Nutzer wesentlich komfortabler ausgestaltet werden können.

Das Thema Öffentlicher Raum wird im BVD ebenfalls in verschiedenen Zusammenhängen bearbeitet. Zu nennen sind in erster Linie das neue Gesetz zur Nutzung des öffentlichen Raums (NÖRG), das voraussichtlich 2014 in die Parlamentsberatung gelangen wird, wie aber auch die Planungsarbeiten rund um den Badischen Bahnhof, mit denen dieser attraktiver und besser an die Innenstadt angebunden werden soll.

Das Generalsekretariat (GS) befasst sich naturgemäss mit vielen internen Themen wie der Umsetzung verschiedener IT-Projekte oder der Einführung eines Records Managements. Neben der

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-118.8	-121.8	-123.3	-123.7	-125.6	-127.5	-4.7%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-59.1	-60.6	-64.5	-63.8	-59.9	-59.2	2.4%
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.1	-1.0	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-30.0%
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-15.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
36 Transferaufwand	-83.3	-84.9	-85.7	-94.1	-101.9	-110.9	-30.6%
Betriebsaufwand	-277.6	-268.4	-274.8	-282.9	-288.8	-298.9	-11.4%
41 Regalien und Konzessionen	0.0	7.4	7.5	7.5	7.5	7.5	1.4%
42 Entgelte	102.6	83.6	83.0	83.0	83.0	83.1	-0.6%
43 Verschiedene Erträge	4.7	0.9	2.3	2.3	2.3	2.3	155.6%
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
46 Transferertrag	8.1	8.2	8.0	8.4	8.4	8.4	2.0%
Betriebsertrag	117.0	100.1	100.7	101.2	101.2	101.3	1.2%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-160.4	-168.3	-174.2	-181.7	-187.6	-197.6	-17.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-49.7	-38.9	-47.5	-46.0	-46.0	-46.0	-18.3%
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	-3.4	-2.9	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2	24.1%
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge>300'000 Fr.	0.0	0.0	0.7	0.7	0.7	0.7	100.0%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-53.1	-41.8	-49.1	-47.5	-47.5	-48.1	-15.1%
Betriebsergebnis	-213.5	-210.2	-223.3	-229.2	-235.1	-245.8	-16.9%
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
44 Finanzertrag	2.4	2.2	2.4	2.4	2.4	2.4	9.1%
Finanzergebnis	2.4	2.2	2.4	2.4	2.4	2.4	9.1%
Gesamtergebnis	-211.3	-208.0	-220.8	-226.8	-232.7	-243.4	-17.0%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-26.4	-30.0	-32.1	-31.6	-28.4	-28.3	5.7%
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1.0	-0.6	-0.6	-0.6	-0.8	-0.9	-41.9%
2 Bildung	0.0	-1.3	-2.0	-2.0	-2.0	-2.1	-60.7%
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-25.0	-22.3	-21.6	-20.0	-20.2	-20.5	8.0%
5 Soziale Sicherheit	0.0	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	0.0%
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-162.4	-156.3	-166.8	-175.6	-183.7	-193.9	-24.0%
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums							
Ausbau des öffentlichen Verkehrs		-9.0	-10.6	-19.0	-26.8	-35.8	-297.1%
Basel -Stadt als Kern der grenzüberschr. Agglomeration		0.0	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-100.0%
7 Umweltschutz und Raumordnung	1.4	4.0	3.8	4.4	4.0	3.7	-8.1%
Urbane Standortqualität							
Sauberkeit gewährleisten		-1.8	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8	-55.3%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-92.7	-106.0	-121.0	-121.0	-121.0	-111.0	-4.7%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-2.0	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	25.0%
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	13.9	16.0	11.0	11.0	11.0	11.0	31.3%
Nettoinvestitionen VV	-78.8	-92.0	-111.5	-111.5	-111.5	-101.5	-10.3%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	-75.1	-88.0	-92.0	-111.5	-111.5	-101.5	-15.3%

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	931.0	937.0	950.0	950.0	950.0	950.0 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	904.9					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	114	95	114	114	114	114
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	56	53	53	53	53	53

Kommentar

- 1 Die Zunahme im Jahr 2014 betrifft folgende Bereiche: Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ soll der Headcount im Tiefbauamt um 10 Stellen erhöht werden. Mit der Einführung des Katasters für die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) beim Grundbuch- und Vermessungsamt werden zusätzlich 1.5 Stellen geschaffen. Beim Amt für Mobilität wird der Headcount für die Verwaltung des Pendlerfonds um 0.5 erhöht. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Stadtbildkommission wird beim Amt für Städtebau und Architektur, Planungsamt, eine zusätzliche Stelle geschaffen.

Unterstützung der Dienststellen mit seinen Querschnittsleistungen, ist es auch für die Vorbereitung und Begleitung des politischen Prozesses zuständig. Daneben zeichnet das GS auch verantwortlich für die in ihrer Bedeutung zunehmenden Mitwirkungsverfahren gemäss §55 KV.

2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Weiter übernimmt es Aufgaben zur Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie für Bewegung und Sport. Das Erziehungsdepartement umfasst die Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, allgemeinbildende weiterführende Schulen, berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport sowie Zentrale Dienste.

Zielsetzungen und Planungen

Zum ersten Mal seit über 130 Jahren Volksschule ist es gelungen, eine Schullaufbahn im Grossen Rat zu beschliessen, hinter die sich Politik, Gesellschaft, Schulen und Wirtschaft in grosser Geschlossenheit stellen können. Die neue Volksschule orientiert sich an gesamtschweizerischen Normen und an einem bikantonalen Modell. Mit der Umsetzung der Harmonisierung der Schulen wird nicht nur eine Mobilitätsschranke in der Nordwestschweiz fallen, mit ihrer Verwirklichung wird es auch viel besser möglich sein, mit dem Kanton Basel-Landschaft, mit den anderen Partnern in der Nordwestschweiz und mit allen übrigen Kantonen zu kooperieren und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schulen erfolgreich anzugehen. Die künftige Volksschule gibt allen schulpflichtigen Kindern trotz ihrer Unterschiedlichkeit Bildungschancen und beendet die strukturell bedingte Benachteiligung der Berufsbildung. Darüber hinaus gibt sie den Eltern die Möglichkeit, ein bedürfnisgerechtes und schulnahes Angebot an Tagesstrukturen zu nutzen. Die Umsetzung der Harmonisierung und der Ausbau der Tagesstrukturen nehmen noch mehrere Jahre in Anspruch. Bereits weit gediehen ist die Planung der Personalwechsel und die erforderliche Schulraumerweiterung.

Die Bildungs- und Ausbildungszeit in der Volksschule und auf der Sekundarstufe II dient zum einen der bestmöglichen persönlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Zum andern erfüllt sie auch eine öffentliche Aufgabe, in dem Bildung und Ausbildung für Gesellschaft und Arbeitswelt qualifizieren. 95% der jungen Menschen sollen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierenden Abschluss erreichen: ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis mit oder ohne Berufsmaturität, ein eidgenössisches Berufsattest, ein Fachmittelschul- oder ein Fachmaturitätszeugnis oder ein gymnasiales Maturitätszeugnis. Sämtliche schulischen Reformprojekte – von der sprachlichen Frühförderung bis zur vierkantonalen Harmonisierung der Maturität – dienen dem Ziel, dass die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter guten Bedingungen lernen, das Beste aus sich machen können und sich am Schluss der Sekundarstufe II für die Arbeitswelt oder für ein Studium qualifizieren. Besondere Aufmerksamkeit erfordert der Verfassungsauftrag, wonach der Kanton auch mit den Mitteln der Bildung für Chancengleichheit sorgt. Im Fokus stehen dabei Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung sowie mit mangelnder familiärer Unterstützung.

Zu den wichtigsten Aufgaben mit mittlerem und längerem Planungshorizont gehören:

- Kinder ohne oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden bereits vor dem Kindergarten in Deutsch gefördert.
- Mit der Umsetzung des Sonderpädagogik-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK wird das Ziel verfolgt, dass die Volksschule sowohl integrativ als auch leistungsorientiert sein kann.
- Der vorverlegte Französisch- und Englisch-Unterricht ist etabliert und integriert sich an der Primarschule.
- Der Ausbau der Tagesstrukturen schreitet bedarfsgerecht und im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten voran.
- Die Integration der Sonderpädagogik in die Volksschulen und deren Entwicklung zur Schule mit Tagesstrukturen haben zur Folge, dass die Zahl der Professionen, die in einer Schule arbeiten, steigt. Zu den wichtigsten Zielen gehört die Förderung deren Kooperation.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-478.1	-482.5	-483.7	-489.3	-500.3	-512.9	-6.3% ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-156.4	-157.2	-156.9	-157.1	-157.7	-158.4	-0.7% ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	0.0%
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
36 Transferaufwand	-411.3	-418.3	-437.5	-447.0	-457.2	-461.5	-10.3% ³
Betriebsaufwand	-1'046.5	-1'058.7	-1'078.7	-1'094.1	-1'115.9	-1'133.5	-7.1%
42 Entgelte	43.1	43.1	43.9	43.9	43.9	43.9	1.9%
43 Verschiedene Erträge	1.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
46 Transferertrag	112.5	110.9	113.9	113.8	114.0	114.1	2.9%
Betriebsertrag	158.2	154.0	157.8	157.7	157.9	158.0	2.6%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-888.3	-904.7	-920.9	-936.4	-958.1	-975.5	-7.8% ⁴
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-0.7	-3.2	-3.2	-4.8	-5.6	-6.0	-87.5%
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	-0.5	-0.7	-1.0	-1.1	-1.2	-1.3	-85.7%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-1.3	-3.9	-4.2	-5.9	-6.8	-7.3	-87.2%
Betriebsergebnis	-889.6	-908.6	-925.1	-942.3	-964.9	-982.8	-8.2%
34 Finanzaufwand	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0%
Finanzergebnis	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0%
Gesamtergebnis	-889.4	-908.4	-924.9	-942.1	-964.7	-982.6	-8.2%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	37.0%
2 Bildung	-777.5	-794.2	-805.7	-821.1	-842.3	-858.7	-8.1%
Basel als Wissenszentrum positionieren							
Hochschul- und Universitätsentwicklung		-32.8	-41.8	-48.3	-56.4	-58.7	-79.0%
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner							
Harmonisierung der Schulen		-9.2	-6.1	-6.5	-4.3	-4.0	56.5%
Chancengleichheit							
Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung		-10.7	-13.0	-15.5	-18.0	-20.5	-91.7%
Integrative Volksschule		-6.6	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1	7.3%
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		-2.8	-3.3	-3.3	-3.3	-3.6	-27.9%
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-17.8	-17.6	-17.4	-17.4	-17.6	-17.8	-1.4%
5 Soziale Sicherheit	-94.0	-96.6	-101.9	-103.7	-104.9	-106.2	-9.9%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-0.8	-1.7	-8.0	-9.0	-4.0	-1.5	11.8%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-0.4	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-25.0%
Nettoinvestitionen VV	-0.8	-2.1	-8.5	-9.5	-4.5	-2.0	4.8%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	-0.8	-2.1	-8.5	-9.5	-4.5	-2.0	4.8%

Kommentar

- Die Planmehrkosten gegenüber der Budgetierung 2014 gehen zu einem grossen Anteil auf die prognostizierte Teuerung zurück. Weiter nimmt der Personalaufwand infolge höherer Schülerzahlen, der Weiterentwicklung der Tagesbetreuung sowie wegen dem Betrieb von diversen Schulneubauten zu.
- Der Sach- und Betriebsaufwand steigt ab den Planjahren 2015 ff hauptsächlich aufgrund der sukzessiven Inbetriebnahme der neuen Schulbauten leicht an.
- Ein wesentlicher Anteil des höheren Plantransferaufwands entfällt auf das Hochschulwesen. Daneben steigen aber auch die Kosten für den geplanten weiteren Ausbau der Tagesbetreuung an.

- 4 Zusammengefasst können die Planabweichungen gegenüber der Budgetierung des Jahres 2014 den folgenden Planungsgrössen zugeordnet werden: Teuerung 2015 -1.5, 2016 -9.2 und 2017 -16.6 Mio. Franken / Schwerpunktmassnahmen 2015 -9.8, 2016 -18.1 und 2017 -22.6 Mio. Franken / Einzelposten 2015 -6.2, 2016 -11.0 und 2017 -15.8 Mio. Franken / Transfer 5./6. Primarschuljahr an die Landgemeinden 2015 ff +3.0 Mio. Franken / Miet- und Betriebskosten für die Schulneubauten 2015 -0.9, 2016 -1.7 und 2017 -2.5 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	3'052.9	3'071.2	3'122.5	3'159.5	3'201.5	3'243.5 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	3'066.1					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	80	55	60	60	70	60 ²
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	59	74	70	70	70	71

Kommentar

- 1 Aktuelle Bevölkerungsdaten belegen, dass die Zahl der Kinder im Vorschulalter insbesondere aufgrund steigender Geburtenraten deutlich zunimmt. Dies wird in den nächsten Jahren auch zu einem Wachstum der Schülerzahlen führen. Rund zwei Drittel der prognostizierten Mehrstellen gegenüber dem Budgetjahr 2014 gehen auf diesen Effekt zurück. Weitere Mehrstellen stehen im Zusammenhang mit dem angestrebten Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung sowie dem künftigen Betrieb (Abwärts- und Reinigungswesen) diverser Neubauten im Schulbereich.
- 2 In Wahljahren liegen die Werte generell etwas höher (Ist 2012 und Prognose 2016).

- Die geleiteten Schulen nehmen ihre Autonomie zur inneren Entwicklung wahr.
- Die Umsetzung des HarmoS-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (Kooperation zwischen dem Kindergarten und der Primarschule, Verlängerung der Primarschule, Aufbau der Sekundarschule, Reform der Gymnasien) erfordern in den nächsten zehn Jahren ausserordentliche Anstrengungen. Zahlreiche Lehrpersonen werden ihren Arbeitsort und die ihnen vertraute Schulstufe wechseln, Schulteams werden neu gebildet und neue Lehrpläne eingeführt. Die Schullaufbahnen sollen kohärenter werden.
- Der Übergang zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II ist die sensibelste Nahtstelle unseres Bildungssystems. Verschiedene Vorhaben, darunter die Verbesserung der Berufsorientierung auf der Sekundarstufe I und die Stärkung der Kooperation mit Gewerbe und Wirtschaft, sollen den Übergang erleichtern. Zentrale Zielsetzungen sind die Erhöhung der Zahl jener Jugendlichen, die nach der Schule direkt eine Lehrstelle antreten sowie die Förderung der Berufsmaturität.
- An vielen Standorten wird der bestehende Schulraum umgebaut, erweitert und renoviert. Neue Schulbauten kommen dazu. Alle diese Bauprojekte werden in verschiedenen Departementen Ressourcen binden. Der Schulraum ist in einer Qualität und Weise zu realisieren, die einerseits die Voraussetzungen für eine moderne Unterrichtsorganisation schafft und andererseits so beweglich ist, dass sie mit einfachen Mitteln veränderten Bedürfnissen angepasst werden können. Die Ansprüche an die Logistik – so werden unter anderem einige Schulen in befristeten Provisorien untergebracht werden müssen – werden während der Bauphase sehr hoch sein.
- Die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz, namentlich auch die Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft, soll weitergeführt werden.

Die Planungsperiode 2014–2016 wird auf nationaler Ebene von der Umsetzung des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG) unter dem neu im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zusammengeführten Staatssekretariat für Bildung und Forschung bestimmt. Die wesentliche Neuerung besteht darin, dass Universitäten und Fachhochschulen auf nationaler Ebene von der gleichen Dienststelle bearbeitet werden, wie dies im Kanton Basel-Stadt und anderen Kantonen schon seit längerem der Fall ist. Trotz dieser Vereinfachung bleibt das schweizerische Hochschulwesen kompliziert und von vielen Akteuren bestimmt. Bereits zeichnet sich ab, dass das Hochschulkonkordat erst verspätet in Kraft gesetzt werden kann. Auf kantonaler Ebene sind zwischen den Trägerkantonen einerseits der Leistungsauftrag 2014–2017 für die Universität und andererseits der Leistungsauftrag 2015–2017 an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) auszuhandeln. Beide Hochschulen sehen sich im restriktiveren finanziellen Umfeld mit einem wachsenden

Leistungsportfolio konfrontiert (steigende Studierendenzahlen/grössere Anforderungen an die Forschung). Parallel dazu sind Grossinvestitionen für beide Hochschulen zu leisten: Ab Herbst 2014 soll etappenweise die Hochschule für Gestaltung und Kunst auf dem Dreispitz bezogen werden, 2017 das neue Biozentrum auf dem Schällemätteli und 2018 der Neubau der FHNW in Muttenz.

Im Bereich Jugend, Familie und Sport stehen zwei wichtige Revisionsvorhaben an. Revidiert werden muss das *Jugendhilfegesetz* aus dem Jahr 1984. Inzwischen hat sich das Leistungsverständnis in der Kinder- und Jugendhilfe verändert. Neue Begrifflichkeiten setzen sich schweizweit durch. Zudem ist es nötig, den Leistungskatalog gesetzlich festzuhalten. Das greift der bereits vorliegende Entwurf zu einem neuen Kinder- und Jugendgesetz auf. Die Revision soll damit auch mithelfen, in der Schweiz ein gemeinsames Verständnis der Kinder- und Jugendhilfe zu pflegen. Im Bereich der *Tagesbetreuung* wird eine Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes vorbereitet. Das heute bestehende Gesetz ist noch stark an den Erfordernissen der Aufbauphase und damit auf die Institutionen orientiert. Das revidierte Gesetz soll sich stärker an der Gleichbehandlung von Eltern orientieren. Unabhängig davon, in welchem Tagesheim sie ihr Kind betreuen lassen, sollen sie denselben Anspruch auf Unterstützung haben. Damit Eltern ihre Bedürfnisse gegenüber den Tagesheimen direkter einbringen können, soll das Gesetz Anreize setzen, sich selbst einen Platz zu suchen.

Angesichts knapper Mittel besteht in der Kinder- und Jugendhilfe Bedarf nach Methoden, wie einer Familie mit Unterstützungsbedarf möglichst genau zugeschnittene Leistungen vermittelt werden können. Dazu hat der Kinder- und Jugenddienst ein Projekt initiiert, das mit dem Kanton Zug, dem Kanton Zürich, der Stadt Aarau und der Fachhochschule Nordwestschweiz realisiert werden soll. Es wird vom Bund massgeblich gefördert. Mit der Zuordnung des «Zentrums für Frühförderung ZFF» zum Kinder- und Jugenddienst wurden überdies die Voraussetzungen geschaffen, Familien mit kleinen Kindern und hohem Unterstützungsbedarf besser zu erreichen. Die Massnahme ist Teil der Bemühungen im Schwerpunkt Frühbereich, frühkindlichen Entwicklungsrisiken wirksamer zu begegnen.

Das Sportamt wurde im Jahr 2013 für seine zahlreichen Innovationen beim Sportanlagenbau und –unterhalt geehrt. Der Preis der Internationalen Vereinigung für Sport- und Freizeiteinrichtungen ging erstmals in die Schweiz. Die Innovationen stehen in einem direkten Zusammenhang mit einer wachsenden Auslastung begrenzter Flächen auf den Sportanlagen. Verschiedene Anlagen werden durch die absehbare Stadtentwicklung infrage gestellt. Die nötigen Flächen zu erhalten und wenn möglich sinnvoll zusammen zu fassen, wird wohl die bedeutendste Aufgabe der kommenden Jahre. Innovationen sind auch willkommen, um dem wachsenden Kostendruck zu begegnen. Eine erhöhte Nutzung von Sportanlagen führt zu einem intensiveren Unterhalt. Soweit absehbar, haben solche Mehrkosten jedoch keinen Platz in der Finanzplanung. Weitere Optimierungen in der Bewirtschaftung und im Unterhalt können verhindern, dass Mehrkosten an die Sportlerinnen und Sportler weiter gegeben werden müssen.

2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Zielsetzungen und Planungen

Nachhaltige und restriktive Finanzpolitik Der Kanton Basel-Stadt hat in den vergangenen, wirtschaftlich guten Jahren eine restriktive Ausgabenpolitik verfolgt. Dies hat dazu geführt, dass der Kanton acht Jahre in Folge schwarze Zahlen geschrieben hat und seine Nettoschulden von 3.5 auf 1.9 Mia. Franken quasi halbieren konnte. Damit hat sich der Kanton den notwendigen Handlungsspielraum erarbeitet, um in den kommenden Jahren seine Investitionen erhöhen zu können. Diese Investitionen in den Lebens- und Wirtschaftsstandort Basel-Stadt sind notwendig, werden aber nur mit einer Neuverschuldung zu finanzieren sein. Die restriktive Ausgabenpolitik wird weiterverfolgt.

Aktive Wohn- und Bodenpolitik Der Kanton Basel-Stadt ist wieder ein attraktiver Wohnort. Dies zeigt unter anderem auch die Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach jahrzehntelangem Rückgang wächst Basel-Stadt seit 2008 wieder. Gleichzeitig steigt der Wohnflächenbedarf pro Person. Dies führt dazu, dass auch in Basel-Stadt Wohnraum knapper wird und die Mietpreise steigen. Der Regierungsrat verfolgt deshalb eine ausgewogene und nachhaltige Wohnraumförderung, damit genügend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung vorhanden sein wird. Der Kanton wird deshalb auch in Zukunft gezielt Land kaufen und dieses im Baurecht dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Steuerpolitik Der Kanton Basel-Stadt verfolgt eine nachhaltige Steuerstrategie. Steuern sollen erst gesenkt werden, wenn auch der notwendige Handlungsspielraum dazu vorhanden ist. Für die kommende Legislatur wurden die Steuersenkungen bereits durch den Regierungsrat und den Grossen Rat beschlossen. Die Einkommenssteuern werden in den Steuerjahren 2013 und 2014 um weitere 0.75 Basispunkte auf 22.5% gesenkt.

Von grösstem Interesse für den Kanton Basel-Stadt ist der EU-Steuerstreit. Eine alleinige Abschaffung der privilegierten Besteuerung der Holdings und Gemischten Gesellschaften würde zu Steuerausfällen für den Kanton von bis zu -400 Mio. Franken pro Jahr führen. Mit einer Innovationsbox kann sichergestellt werden, dass Basel-Stadt auch nach Abschaffung der heutigen Sonderstatusformen wettbewerbsfähig bleibt und gleichzeitig genügend Steuereinnahmen zur Finanzierung der staatlichen Leistungen und Investitionen generiert. Das Finanzdepartement wird in diesen gesamten Verhandlungen die Interessen des Kantons mit Vehemenz verteidigen.

Basel-Stadt als attraktiver Arbeitgeber Der Kanton und seine Betriebe sind der grösste Arbeitgeber der Region Nordwestschweiz. Um seine Aufgaben in hoher Qualität erfüllen zu können, ist er darauf angewiesen, im Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber auftreten zu können.

Der Kanton ist zurzeit daran, sein Bewertungssystem zu aktualisieren. Im Projekt Systempflege werden alle Funktionen der kantonalen Verwaltung in die aktualisierte Lohnsystematik überführt.

Eine Informatik im Dienste der Einwohnerinnen und Einwohner Das Finanzdepartement wird in den kommenden Jahren die Informatik zu Gunsten der Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner weiterentwickeln. Mit dem E-Government-Impulsprogramm werden kantonale Leistungen für Bevölkerung und Unternehmen verbessert und an neue Herausforderungen angepasst, unterstützt durch E-Government Basisdienste. Der Webauftritt des Gesamtkantons wird überarbeitet und so auch den Anforderungen betreffend barrierefreiem Zugang zu Websites gerecht. Die Zentralen Informatikdienste (ZID) tragen dabei die technische Verantwortung. Verwaltungsintern wird der elektronische Arbeitsplatz standardisiert und als gesamtkantonale Leistung durch die ZID erbracht.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-71.7	-75.3	-76.2	-76.9	-78.1	-79.2	-5.2%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33.4	-37.0	-42.4	-39.7	-39.3	-39.3	-6.2%
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.4	-0.9	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-44.4%
Betriebsaufwand	-105.5	-113.3	-119.9	-117.9	-118.7	-119.8	-5.7%
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
42 Entgelte	61.5	63.2	73.3	72.8	72.8	72.8	15.2%
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Betriebsertrag	61.9	63.2	73.3	72.8	72.8	72.8	15.2%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-43.6	-50.0	-46.6	-45.1	-45.9	-47.0	6.0%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-6.8	-10.2	-8.1	-8.1	-8.1	-8.1	20.6%
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	-0.6	0	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-100.0%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-7.4	-10.2	-8.6	-8.7	-8.7	-8.7	14.7%
Betriebsergebnis	-51.0	-60.3	-55.2	-53.8	-54.6	-55.7	7.6%
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.2	-0.1	0.0	0.0	0.0	100.0%
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Finanzergebnis	-0.4	-0.2	-0.1	0.0	0.0	0.0	100.0%
Gesamtergebnis	-51.4	-60.4	-55.3	-53.8	-54.6	-55.7	7.8%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-50.8	-60.0	-54.9	-53.4	-54.2	-55.3	7.8%
9 Finanzen und Steuern	-0.7	-0.5	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	20.0%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-11.4	-47.6	-64.6	-31.5	-22.5	-22.5	52.7%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	0.0%
Nettoinvestitionen VV	-11.4	-48.6	-65.6	-32.5	-23.5	-23.5	51.6%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	-11.4	-48.6	-65.6	-32.5	-23.5	-23.5	51.6%

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	493.0	506.2	516.7	516.7	516.7	516.7
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	479.9					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	34	35	35	35	35	35
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	19	19	20	20	22	22

2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement umfasst das Generalsekretariat, die Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, Kommunikation und die Bereiche Gesundheitsschutz (Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, kantonszahnärztlicher Dienst und öffentliche Zahnkliniken), Gesundheitsdienste (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Sucht und Prävention) und Gesundheitsversorgung (Spitalversorgung, Langzeitpflege und Projekte und Services).

Internet: www.gd.bs.ch

Zielsetzungen und Planungen

Der Bevölkerung von Basel-Stadt wird eine qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung angeboten. Die demografische Entwicklung im Kanton sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen rechtzeitig antizipiert werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung sollen die Kapazitäten der Langzeitpflege durch Neu- und Ersatzbauten von Pflegeheimen erweitert werden. Der Gesundheitsförderung und Prävention wird für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen eine hohe Bedeutung beigemessen. Zusammen mit externen Partnern wird eine kantonale Krebsstrategie konzipiert und umgesetzt. Mittelfristig soll durch eine gegenseitige Anerkennung der Spitalisten die vollständige Freizügigkeit der Spitalwahl in der Nordwestschweiz erreicht werden. „One Health“ steht für die Erkenntnis, dass die Gesundheit von Mensch und Tier eng mit ihrer Umwelt zusammenhängt. Ein entsprechendes Konzept soll mittelfristig politisch verankert werden.

Stationäre Spitalversorgung Im Sinne eines gemeinsamen Gesundheitsversorgungsraumes in der Nordwestschweiz, sollen in einem ersten Schritt die Einwohnerinnen und Einwohner der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in den Genuss einer kompletten Freizügigkeit – gemäss der vom Bundesparlament beschlossenen freien Spitalwahl – kommen. Das hat zur Folge, dass für alle Einwohnerinnen und Einwohner beider Kantone sämtliche Leistungsangebote der Spitäler in Basel-Stadt und Basel-Landschaft, die sich auf der Spitalliste befinden, ohne zusätzliche Kostenfolge der Patientenschaft zur Verfügung stehen. Es gilt der Preis, welcher am entsprechenden Spital verhandelt wurde.

Qualitätssicherung Der Sicherung der Ergebnisqualität der medizinischen Behandlung wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Sie soll auch bei ambulanten Leistungserbringern etabliert und bei Spitälern und Einrichtungen der Langzeitpflege im Einklang mit den nationalen Instrumenten laufend weiterentwickelt werden.

Basel 55+ Basel 55+ strebt für alle älteren Menschen im Kanton ein möglichst lange selbstbestimmtes Leben bei guter Gesundheit an. Dieses Ziel wird unabhängig vom Einkommen, von der Nationalität oder vom sozialen Status verfolgt. Exogene Einflussfaktoren und künftige Herausforderungen werden laufend berücksichtigt. Notwendige Veränderungsprozesse werden aktiv und partnerschaftlich angegangen. Altersbedingte Vereinsamungsrisiken werden laufend minimiert.

Suchtpolitik Damit der Suchtbereich im Kanton Basel-Stadt laufend den Veränderungen angepasst werden kann, wird unter Einbezug der Bedarfsentwicklung eine kantonale Suchtstrategie für die kommenden Jahre konzipiert und umgesetzt (rollende Planung, Vernetzung, Angebotsanpassung, Monitoring). Als Schwerpunkte wurden die Bereiche Jugend und Sucht, Alter und Sucht, neue Abhängigkeitserkrankungen (Verhaltenssüchte wie z.B. Internet- und Glücksspielsucht) und die Tabakprävention evaluiert. In allen Schwerpunkten werden nachhaltige Massnahmen geplant, entwickelt und umgesetzt

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-43.1	-44.9	-45.1	-33.2	-33.8	-34.3	23.7%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.1	-17.2	-16.6	-14.0	-14.0	-14.0	18.6% ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.5	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	16.7%
36 Transferaufwand	-512.2	-524.5	-507.0	-507.9	-513.1	-517.4	1.4% ²
Betriebsaufwand	-570.9	-587.1	-569.2	-555.7	-561.4	-566.2	3.6%
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
42 Entgelte	19.4	19.6	20.0	8.2	8.2	8.2	-58.2%
43 Verschiedene Erträge	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
46 Transferertrag	1.5	2.8	3.1	3.1	3.1	3.1	10.7% ³
Betriebsertrag	21.6	22.4	23.1	11.3	11.3	11.3	-49.6%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-549.9	-564.7	-546.2	-544.4	-550.1	-554.9	1.7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-0.4	-0.1	-0.5	-1.0	-1.5	-1.5	-14.0% ⁴
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-0.4	-0.1	-0.5	-1.0	-1.5	-1.5	...
Betriebsergebnis	-550.3	-564.8	-546.6	-545.4	-551.6	-556.4	1.5%
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Gesamtergebnis	-550.3	-564.8	-546.7	-545.4	-551.6	-556.4	1.5%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-0.3	0	0	0	0	0	0
2 Bildung	-95.5	-90.7	-75.3	-65.3	-65.3	-65.3	28.0% ⁵
4 Gesundheit	-392.0	-410.6	-407.4	-412.8	-416.3	-418.9	-2.0%
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner							
Gesundheitsraum Nordwestschweiz		-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	0.0%
Lebensqualität und Sicherheit							
Konzept Gesundheitsförderung und Prävention		-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	0.0%
Strategie Sucht 2015		-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	0.0%
Krebsstrategie		0.0	-0.3	-0.5	-0.5	-0.5	
Planung Senioren- und Alterpflegepolitik		-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	0.0%
Chancengleichheit							
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		-0.7	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-42.9%
5 Soziale Sicherheit	-61.3	-62.3	-63.0	-66.3	-69	-71.2	-14.3%
8 Volkswirtschaft	-1.1	-1.2	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	16.7%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Ausgaben Kleininvestitionen	0	0	-0.4	-0.6	-0.6	-0.5	-100.0%
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Nettoinvestitionen VV	-0.3	0.0	-0.4	-0.6	-0.6	-0.5	-100.0%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	-0.3	0.0	-0.4	-0.6	-0.6	-0.5	-100.0%

Kommentar

- 1 Aufgrund der allgemeinen Budgetkürzungen durch den Regierungsrat wurden die Mittel für den Sachaufwand in verschiedenen Dienststellen gekürzt.
- 2 Die Reduktion des Transferaufwandes betrifft im Wesentlichen die Gesundheitsversorgung. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler werden im geplanten Umfang um 10 Mio. Franken reduziert. Weitere 4.4 Mio. Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Bereich der Sozialdienste der Spitäler wurden an das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt transferiert. Eine weitere Reduktion ergibt sich durch die Aufhebung der Abgeltungspauschale an das Bürgerspital in der Höhe von 3 Mio. Franken.

- 3 Aufgrund des neuen Rechnungslegungsstandards HRM2 müssen Einnahmen und Ausgaben aus Fonds im Fremdkapital neu in der Erfolgsrechnung abgebildet werden. Es handelt sich im konkreten Fall um Bundesbeiträge für verschiedene mehrjährige Forschungsprojekte im Kantonalen Labor.
- 4 Aufgrund der Anschaffung diverser grösserer Labor- und Analysegeräte im Institut für Rechtsmedizin sowie im Kantonalen Labor muss mit deutlich höheren Abschreibungen gerechnet werden.
- 5 Mit der Ausgliederung der Spitäler wurde auch die Zuweisung der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen in Bezug zur Funktionalen Gliederung analysiert. Neu werden ab 2014 lediglich noch die direkt der Funktion 27, Hochschulen, zugeordneten Beiträge aufgeführt. Das entsprechende Total bei den Gemeinwirtschaftlichen Leistungen wurde lediglich durch die bei den Erörterungen zur Dienststelle 730 (Gesundheitsversorgung, S. 210, Finanzen, Fussnote 3) aufgeführten Reduktionen verändert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	305	310.6	311.2	213	213	213 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	291.0					²
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	33	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	23	23	24	8	8	8 ³

Kommentar

- 1 Per 2015 werden voraussichtlich die Öffentlichen Zahnkliniken Basel-Stadt aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert.
- 2 s. Bemerkung zum Plafond.
- 3 Mit der Ausgliederung der Öffentlichen Zahnkliniken wird auch die Anzahl der Lehrstellen abnehmen.

2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) umfasst die Kantonspolizei Basel-Stadt, die Rettung Basel-Stadt, den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, die Bereiche Recht und Services sowie das Generalsekretariat. Dem Departement administrativ zugeordnet ist die Staatsanwaltschaft. Das JSD beinhaltet die Funktionen Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Feuerwehr, Gesundheit (Teilgebiet Ambulante Krankenpflege bzw. Rettungsdienste), Verteidigung, Straf- und Massnahmenvollzug, allgemeines Rechtswesen sowie einen Teil der Rechtssprechung.

Zielsetzungen und Planungen

Aufstockung der Kantonspolizei Die Kantonspolizei verstärkt die polizeiliche Bewirtschaftung der Brennpunkte („Hotspots“) in der Innenstadt und in den Quartieren und baut einzelne präventive Aufgaben aus. Dazu hat der Regierungsrat im Frühjahr 2011 beschlossen, das Budget der Kantonspolizei in den Jahren 2012 bis 2015 stufenweise aufzustocken. Die Kantonspolizei stellt in diesem Zeitraum 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten ein. Von den 45 neuen Stellen entfallen 36 auf den so genannten Einsatzzug. Um weitere neun Stellen wird die Prävention aufgestockt. Davon kommen drei dem Community Policing und sechs den Präventionsbereichen Jugend- und Präventionspolizei (JPP) sowie Kriminal- und Verkehrsprävention zu.

Projekt UMIS Das Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS) zielt zum einen darauf ab, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden heute räumlich getrennten Zentralen der Kantonspolizei – die Einsatz- und die Verkehrsleitzentrale – zusammengeführt und auf den neusten Stand der Technik gebracht und die betrieblichen Abläufe optimiert werden. Das gesamte Projekt soll im Frühsommer 2018 abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt für das Jahr 2014 liegt im Abschluss des Vorprojektes, und der Ratschlag soll erarbeitet werden. Nach dessen Bewilligung startet das Bauprojekt am Ende des Jahres 2014.

Erdbebenertüchtigung Hebelstrasse 51/53 Da der Sitz der Sanität Basel-Stadt an der Hebelstrasse 51/53 als Lifeline-Bauwerk eingestuft worden ist, soll die Liegenschaft erdbebenertüchtigt werden. Im gleichen Zug soll der Innenhof überdacht werden, dies als Lärmschutzmassnahme. Die Planungsarbeiten sollen bis Ende 2013 abgeschlossen und der Ratschlag ausgearbeitet sein. Mitte 2014 sollte die Baubewilligung vorliegen. Anfang 2015 ist die Realisierung der ersten Bauphase geplant.

Technische Vereinheitlichung Einsatzleitsystem Das JSD will seine drei Einsatzzentralen (EZ) – jene der Kantonspolizei, der Feuerwehr und der Sanität – künftig auf dem gleichen System betreiben. Die EZ der Kantonspolizei und der Feuerwehr sind bereits auf dem gleichen System, die EZ der Sanität soll eingebunden werden. Das grosse und komplexe Projekt läuft seit 2013. Im Jahr 2014 werden die technischen Detailspezifikationen der betrieblichen Anforderungen der Sanität Basel-Stadt erarbeitet.

Gerichtsorganisationsgesetz Die Totalrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz; GOG) ist ein wichtiges mehrjähriges Gesetzesvorhaben des JSD. Die Evaluation der finanziellen Auswirkungen der eidgenössischen Justizreform (Justizreform 2. Etappe) ist ein Unterprojekt zum Projekt GOG. Dabei werden die Gerichte, die Staatsanwaltschaft hinsichtlich Geschäftslast sowie Aufbau- und Ablauforganisation untersucht und die für die künftige Steuerung relevanten Kennzahlen erhoben.

Gefährdungsanalyse Die im Jahr 2008 initiierte Gefährdungsanalyse befindet sich in der dritten und letzten Phase. Im Jahr 2014 formuliert die Kantonale Krisenorganisation (KKO) weitere Massnahmen, um die in der Analyse identifizierten Defizite zu beheben.

Erdbebenvorsorge Die Erdbebenvorsorge im Kanton Basel-Stadt wird überprüft und auf den neusten Stand gebracht. Am 7. Dezember 2011 sagte der Grosse Rat Ja zum Ausgabenbericht des

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-216.2	-225.3	-227.2	-227.9	-230.8	-233.9	-3.8% ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-105.3	-100.2	-116.0	-112.9	-112.6	-112.6	-12.4% ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.8	-1.4	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-14.3%
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
36 Transferaufwand	-5.2	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4	-2.6%
Betriebsaufwand	-328.7	-332.3	-350.1	-347.8	-350.4	-353.6	-6.4%
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
42 Entgelte	99.2	97.8	100.9	99.4	99.8	100.0	2.2%
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
46 Transferertrag	4.5	4.2	10.2	4.8	4.8	4.8	13.4%
Betriebsertrag	104.0	102.1	111.2	104.1	104.6	104.8	2.6%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-224.7	-230.2	-238.9	-243.7	-245.9	-248.8	-8.1%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-4.7	-4.6	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9	-28.3%
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	0.0	0.0	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-100.0%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-4.7	-4.6	-6.2	-6.2	-6.2	-6.2	-34.8%
Betriebsergebnis	-229.4	-234.8	-245.2	-249.9	-252.1	-255.0	-8.6%
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	0.0%
44 Finanzertrag	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Finanzergebnis	0.1	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	0.0%
Gesamtergebnis	-229.3	-235.1	-245.5	-250.2	-252.4	-255.3	-8.6%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-18.4	-19.1	-20.6	-20.6	-20.8	-20.9	-9.5%
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-207.2	-212.0	-220.5	-225.3	-227.1	-229.8	-8.4%
Lebensqualität und Sicherheit							
Gefährdungsanalyse	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Bekämpfung der Jugendkriminalität	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	0.0%
Verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten		-1.5	-2.1	-3.6	-3.9	-4.4	-190.2%
4 Gesundheit	-3.7	-4.0	-4.3	-4.3	-4.5	-4.6	-14.9%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0%
Nettoinvestitionen VV	-2.3	0.0	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	-2.3	0.0	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0%

Kommentar

- Die Veränderung ist mehrheitlich auf die Aufstockung des Polizeibestands sowie auf zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung zurückzuführen.
- Die Veränderung ist einerseits auf steigende Straf- und Massnahmenvollzugskosten zurückzuführen, andererseits fehlten für 2013 Erfahrungsgrundlagen für die Budgetierung der Debitorenverluste (aufgrund der Einführung der eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnungen).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	1'630.0	1'656.9	1'672.4	1'696.4	1'696.4	1'696.4
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'572.0					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	45	120	120	120	120	120
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	24	24	27	27	27	27

Regierungsrates zur Erdbebenvorsorge. Innerhalb dieses Projektes werden vier bestehende veraltete Stationen für das Starkbebenmessnetz ersetzt und drei zusätzliche Stationen errichtet. Zudem werden den Fachleuten die Grundlagen für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenertüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden und der Katastrophenvorsorge verfügbar gemacht. Der Kredit für dieses Projekt beträgt 870'000 Franken; er verteilt sich über die Jahre 2012 bis 2015.

Anbau Bässlergut Im April 2014 ist der Abschluss des Vorprojektes zur Schaffung von 40 Plätzen für den Vollzug kurzer Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen sowie den Neubau für die Diensthundegruppe der Kantonspolizei geplant. Dieses bildet die Basis des Ratschlags für den erforderlichen Baukredit, welcher gegen Ende 2014 dem Grossen Rat unterbreitet werden soll.

Zusatzstation im Untersuchungsgefängnis Zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten wird der bisherige Spazierhof 5 bis Mai 2014 in eine weitere Insassenstation mit 9 Zellenplätze umgebaut und der neue Spazierhof ein Obergeschoss höher angesiedelt. Ebenfalls im 2014 beginnt die mehrfach verschobene Fenstersanierung, die sich bis Ende 2015 fortsetzen wird.

2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Themen Soziale Sicherheit und Kindes- und Erwachsenenschutz, Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt, Umwelt und Energie sowie Rheinschifffahrt und Luftfahrt. Die Leistungen der allgemeinen Verwaltung, wie Führungsunterstützung und Kommunikation, werden im Generalsekretariat erbracht.

Zielsetzungen und Planungen

Flankierende Massnahmen zu Bilateralen Verträgen Schweiz - EU

Ziel: Die für die Umsetzung und Kontrolle der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen Schweiz - EU eingesetzten Instanzen nehmen die ihnen zugeordneten Aufgaben wahr.

Planungen und Massnahmen: Der tripartiten Kommission Basel-Stadt obliegt die Arbeitsmarktbeobachtung, gegebenenfalls die Einleitung geeigneter Massnahmen wie Anträge auf die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung kantonaler Gesamtarbeitsverträge oder Erlass von Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen. Die kantonalen Behörden sind zuständig für das Meldeverfahren und die Sanktionierung gemäss Entsendegesetz sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung. Sie sichern die bereits eingeleiteten Verbesserungen in der Zusammenarbeit mit den Paritätischen Kommissionen und der Baustellenkontrolle Basel mit dem Ziel, dass vermutete Entsendeverstösse rasch bearbeitet und den kantonalen Behörden zur Sanktionierung weitergemeldet werden.

Zugang zu Notwohnungen

Ziel: Dank des sozialen Sicherungssystems ist die materielle Existenz gesichert, sodass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt. Mit einem differenzierten Angebot an Notwohnungen wird Obdachlosigkeit vermieden.

Planungen und Massnahmen: Aktuell können ca. 110 Notwohnungen an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet werden, sofern sie ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Dieses Angebot wird im Rahmen der umfassenden Sanierungsarbeiten bei den Notwohnungen der Theodor-Herzl-Strasse und der Belforterstrasse ausgebaut. Zudem wird mit einem Pilotprojekt überprüft, ob künftig auch Einzelpersonen in Notlagen Zugang zu einer Notwohnung haben sollen.

Projekt WieseVital

Ziel: Die vom Volk im Jahr 2006 angenommene unformulierte Wiese-Initiative wird umgesetzt.

Planungen und Massnahmen: Im Herbst 2013 werden der Abschlussbericht des Projektes WieseVital sowie der Ausgabenbericht für den Projektierungskredit zur Vorstudie „Renaturierung der Wiese“ vorliegen. Die Vorlage wird das Anliegen einer verbesserten (revitalisierten) Flusslandschaft mit demjenigen der Trinkwasserproduktion unter Berücksichtigung der Kosten bestmöglich zusammenführen. Die benachbarten deutschen Gebietskörperschaften sind in die Projektarbeiten miteinbezogen.

Verstärkter Gewässerschutz

Ziel: Die Grenzwerte der in den Rhein eingeleiteten Abwässer werden eingehalten.

Planungen und Massnahmen: Die kommunale Kläranlage ARA Basel der ProRhen AG muss mit zusätzlichen Reinigungsstufen zur Reduktion von Stickstoffverbindungen und Mikroverunreinigungen erweitert werden. Zudem sind eine neue Faulungsanlage sowie die Ertüchtigung bestehender Anlagenteile vorgesehen. Der Ratschlag für die Projektierung der Erweiterung liegt im Herbst 2013 vor. Es wird ein Projektierungskredit in Höhe von insgesamt 13'100'000 Franken beantragt, wovon 10'800'000 Franken auf Basel-Stadt entfallen und 2'300'000 Franken auf Basel-Landschaft. Die Projektierungsphase soll 2016 abgeschlossen sein, die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis 2024 dauern.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-101.0	-112.5	-111.0	-111.6	-113.3	-114.9	-2.2% ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-57.1	-59.3	-55.8	-57.1	-56.6	-56.6	4.5%
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-59.7%
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-23.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
36 Transferaufwand	-578.3	-572.6	-602.8	-624.1	-638.5	-652.5	-13.9% ²
Betriebsaufwand	-760.2	-744.4	-769.9	-792.9	-808.6	-824.2	10.7%
41 Regalien und Konzessionen	0.0	10.4	10.4	10.4	10.4	10.4	0.0%
42 Entgelte	88.7	66.9	67.0	66.2	66.1	66.1	-1.2%
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	1.1	1.1	1.1	1.1	100.0%
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	15.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
46 Transferertrag	193.7	190.6	193.3	192.7	193.6	194.4	2.0% ³
Betriebsertrag	297.9	267.9	271.8	270.5	271.2	272.1	1.6%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-462.3	-476.5	-498.0	-522.5	-537.4	-552.1	-15.9%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2.8	-5.2	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	3.8%
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge >300'000 Fr.	-1.1	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-6.8%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-3.9	-6.5	-6.4	-6.4	-6.4	-6.4	1.7%
Betriebsergebnis	-466.2	-483.0	-504.4	-528.9	-543.8	-558.5	-15.6%
34 Finanzaufwand	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	27.4%
44 Finanzertrag	1.7	1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-99.2%
Finanzergebnis	1.5	1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-101.9%
Gesamtergebnis	-464.7	-482.0	-504.4	-528.9	-543.8	-558.5	-15.9%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-9.6	-10.9	-10.5	-10.5	-10.6	-10.7	1.8%
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-9.2	-11.5	-15.5	-15.6	-15.8	-15.9	-38.3% ⁴
5 Soziale Sicherheit	-455.1	-457.9	-482.7	-501.5	-516.3	-530.4	-15.8% ²
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2	-0.2%
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.0	2.7	4.3	1.3	1.1	0.9	-66.5%
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen							
Die 2000-Watt-Gesellschaft als Leitmotiv		0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	10.4%
8 Volkswirtschaft	-0.9	-6.5	-2.3	-4.9	-4.5	-4.6	28.9%

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-3.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-0.1	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-500.0%
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-2.8	-0.1	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-500.0%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-1.8	-0.1	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-500.0%

Kommentar

- 1 Entwicklung entsprechend erwarteter Teuerung (2014-2015: 0.3%, 2015-2016: 1.6%, 2016-2017: 1.5%).
- 2 Die Entwicklung dieser Position ist hauptsächlich durch die Leistungen im Sozialbereich bestimmt. Die Kostensteigerung wird dabei im Wesentlichen durch die Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Behindertenhilfe sowie von der Sozialhilfe verursacht. Die Planung der Sozialhilfe geht von auf hohem Niveau stabilen Fallzahlen sowie Personenzahlen in der Migration aus. Die Kostensteigerungen basieren auf die teuerungsbedingte Anpassung sowie auf den Wegfall des Zuständigkeitsgesetzes ZUG (geringere Einnahmen von ca. 3.5 Mio. Franken ab 2017).
- 3 Die Erträge aus Notwohnungen/Notschlafstelle (Sozialhilfe) wurden bis im 2013 im Finanzergebnis abgebildet. Ab 2014 wird der Ertrag (wie auch der Aufwand) im Betriebsergebnis verbucht.

- 4 Die Zuständigkeit für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitalsozialdienste wird ab 2014 mit den entsprechenden Finanzressourcen vom Gesundheitsdepartement auf das WSU (ABES) übertragen (-4.4 Mio.).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	678.17	682.20	681.90	681.90	681.90	681.90
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	657.93					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	56					1
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	31	37	37	37	37	37 ²

Kommentar

- 1 Für diese Kennzahl ist eine Prognose sachlich nicht angezeigt, da es sich um ein Instrument des Grossen Rates handelt.
 2 Für die Planjahre 2014 bis 2017 ist keine Veränderung bei der Anzahl Lehrstellen vorgesehen.

2.3.8 Gerichte

Rechtssprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen wie z.B. Zivil-, Straf-, Verwaltungsrecht; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag. Die Gerichte sind aufgeteilt in erstinstanzliche Gerichte und ein zweitinstanzliches Gericht.

Zielsetzungen und Planungen

Eines der wichtigsten Themen für die kommenden Jahre wird die weitere Optimierung der Fachapplikation Juris sein. Nachdem nun alle Gerichte und das Erbschaftsamt die neue Applikation produktiv nutzen, Performanz und Stabilität auf einem adäquaten Stand sind, wird im 2014 mit weniger Aufwand als in den vergangenen Jahren zu rechnen sein.

Die von der Regierung und den Gerichten gemeinsam in Auftrag gegebene Expertise zur Analyse der Organisation und Geschäftslast, hat im Jahr 2013 mit der Aufnahme der Datenerfassung durch die Mitarbeiter eine neue Phase gestartet werden können. Die Erfassung wurde gegenüber dem ersten Projektplan um weitere vier Monate, im Total nun 12 Monate, ausgedehnt. Damit ist sichergestellt, dass auch jahreszeitenabhängige Schwankungen und Zusatzbelastung (wie zum Beispiel: Jahresberichte) in die Analyse Eingang finden. Im 2014 werden die Erfassungsarbeiten abgeschlossen werden. Die Resultate sollten den Gerichten und der Regierung voraussichtlich im Jahre 2015 zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips haben die Gerichte ab 2013 zahlreiche Urteile zu publizieren. Die dafür notwendigen personellen Ressourcen wurden von der Regierung gesprochen. Damit die Publikationen und damit verbunden die Anonymisierung der Urteile möglichst effizient durchgeführt werden können, wird ab der zweiten Hälfte des Jahres 2013 ein weiteres Modul von Juris – FindInfo mit FindInfo WEB – produktiv eingesetzt. Dieses ermöglicht den Gerichten Basel-Stadt, analog dem Bundesverwaltungsgericht, eine grösstenteils automatisierte Vorbereitung der Publikationstexte. Bei einer Optimierung bzw. Weiterentwicklung dieser Plattform ist mit weiteren Kosten zu rechnen.

Bei allen Gerichten und dem Erbschaftsamt zeichnet sich im Bereich des Archivierungsplatzes dringender Handlungsbedarf ab. Die zur Verfügung stehenden Platzreserven sind vollends ausgeschöpft. Damit die gemäss Gesetz verlangten Aufbewahrungsfristen eingehalten werden können, werden entweder neue Räume zugemietet werden müssen oder ein Teil der bereits archivierten Akten wird digitalisiert werden. Letzteres wäre im Hinblick auf die bereits seit Jahren angewandte Praxis längerfristig geschäftlich die wohl sinnvollere Variante, ein entsprechender Investitionsprogrammtrag wurde gestellt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-38.8	-40.6	-40.7	-40.7	-40.7	-40.7	-0.2%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-19.9	-20.5	-23.0	-23.0	-23.0	-23.0	-12.2%
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Betriebsaufwand	-58.8	-61.1	-63.7	-63.7	-63.7	-63.7	-4.3%
42 Entgelte	24.3	29.4	26.0	26.0	26.0	26.0	-11.6%
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Betriebsertrag	24.3	29.4	26.0	26.0	26.0	26.0	-11.6%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-34.5	-31.7	-37.8	-37.7	-37.7	-37.7	-18.9%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-0.4	-0.3	-0.2	-0.2	-0.4	-0.4	-33.3%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-0.4	-0.3	-0.2	-0.2	-0.4	-0.4	-33.3%
Betriebsergebnis	-34.9	-32.0	-38.0	-37.9	-38.1	-38.1	-19.1%
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	0.0%
44 Finanzertrag	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0%
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Gesamtergebnis	-34.9	-32.0	-38.0	-37.9	-38.1	-38.1	-19.1%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-34.9	-32.0	-38.0	-37.9	-38.1	-38.1	-0.2

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Nettoinvestitionen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Saldo Investitionsrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vollzeitstellen (Plafonds)	%	239.4	245.6	245.6	245.6	245.6	245.6
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	236.3					

2.3.9 Behörden und Parlament

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016	2017	B17/B13
30 Personalaufwand	-5.5	-8.4	-8.5	-8.5	-8.7	-8.8	-4.7%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.9	-2.1	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	4.8%
Betriebsaufwand	-8.4	-10.5	-10.6	-10.5	-10.7	-10.8	-2.8%
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Betriebsertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-8.4	-10.5	-10.5	-10.5	-10.7	-10.8	-2.8%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Betriebsergebnis	-8.4	-10.5	-10.5	-10.5	-10.7	-10.8	-2.8%
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Gesamtergebnis	-8.3	-10.5	-10.5	-10.5	-10.7	-10.8	-2.8%
davon Funktionen, Schwerpunkte und zugehörige Massnahmen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-6.7	-8.6	-8.6	-8.6	-8.8	-8.9	-3.4%
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-1.7	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	0.0%

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
Vollzeitstellen (Plafonds)	%	36.5	36	36	36	36	36
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	35.7					

2.4 Planungsanzüge

Planungsantrag Tanja Soland betreffend Einrichtungen für jugendliche Beschuldigte und Straffällige (06.5327)

- **Wortlaut des Planungsantrags**

„Die Politischen Ziele im Politikplan Kapitel 5, Seite 64, Strafverfolgung und –vollzug (JD 3.3), sind wie folgt zu ergänzen:

„Jugendliche Beschuldigte und Straffällige sind von Erwachsenen getrennt untergebracht und werden ihrem Alter entsprechend behandelt. Jugendliche Straftäterinnen und -straftäter verbüssen ihre Freiheitsstrafen in einer für sie geeigneten Einrichtung.“

Begründung:

Im neuen Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003 können Jugendliche neu bis zu vier Jahre mit Freiheitsentzug bestraft werden und die Untersuchungshaft kann für 10 bis 18jährige angeordnet werden. Der Freiheitsentzug ist in einer Einrichtung für Jugendliche zu vollziehen, in der jeder Jugendliche entsprechend seiner Persönlichkeit erzieherisch betreut und insbesondere auf die soziale Eingliederung nach der Entlassung vorbereitet wird. Die Einrichtung muss geeignet sein, die Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen zu fördern. Ist ein Schulbesuch, eine Lehre oder eine Erwerbstätigkeit ausserhalb der Einrichtung nicht möglich, so ist dem Jugendlichen in der Einrichtung selbst der Beginn, die Fortsetzung und der Abschluss einer Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Solche Einrichtungen gibt es in der Schweiz bisher noch nicht. Und es ist in Anbetracht der Inkraftsetzung des Jugendstrafgesetzes auf den 1.1.2007 unabdingbar, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich dies im Politikplan zum Ziel setzt. Die Kantone haben zwar bis zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Zeit, die notwendigen Einrichtungen zu errichten. Trotzdem scheint es angesichts der bedeutsamen Forderung angebracht, dass die Planung vorangetrieben wird. Auch wenn die Realisierung hauptsächlich auf der Ebene der Strafvollzugskonkordate abgewickelt wird, ist es für die Regierung nötig, die entsprechenden Ziele im Politikplan auszuführen.

Ausserdem stellt die Forderung nach einer getrennten Unterbringung von jugendlichen Beschuldigten und Straffälligen von Erwachsenen eine völkerrechtliche Verpflichtung dar, bei welcher die Schweiz leider Vorbehalte anbringen musste. Dies ermöglicht es jetzt der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen und trotz den angebrachten Vorbehalten, die völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Tanja Soland

- **Stellungnahme des Regierungsrates**

Der Grosse Rat hat den Planungsantrag am 19. Dezember 2012 stehen gelassen. Der Regierungsrat ist beauftragt, bis spätestens nach Ablauf von zwei Jahren erneut zu berichten. Wie in den vergangenen Berichterstattungen zum Planungsantrag dargelegt, wurden innerhalb des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz bereits umfangreiche Abklärungen und Planungsarbeiten für ein Jugendvollzugszentrum auf dem Arxhof vorgenommen. Entgegen der bei der letzten Berichterstattung geäusserten Annahme liegt jedoch zum Zeitpunkt der vorliegenden Stellungnahme des Regierungsrates noch kein Beschluss des Konkordats vor. Die Konkordatskonferenz hat weitere Abklärungen in Auftrag gegeben, namentlich zur Entwicklung des Bedarfs und Angebots seit Inkraftsetzung des Jugendstrafgesetzes. Der definitive Entscheid über die erforderlichen Kapazitäten für den Jugendvollzug soll gemäss der Konkordatsplanung bis spätestens Ende 2014, d.h. innert der laufenden Berichterstattungsfrist dieses Planungsantrages, vorliegen. Der Regierungsrat wird im Rahmen des Budgets 2015 erneut zu diesem Planungsantrag Stellung nehmen.

Planungsantrag Oswald Inglin betreffend Peripherie Gundeldingen (06.5330)

• Wortlaut des Planungsantrags

Im Dezember 2005 hat Roland Vögtli einen Planungsantrag betreffend „Planung in den Quartieren“ für den Politikplan 2006-2009 eingereicht, in dem er die Regierung ersuchte, die Bauplanung rund um das Gundeli ähnlich schwer gewichtet in den Politikplan aufzunehmen, wie dies bereits mit „Basel-Nord“ geschehen ist.

Der Planungsantrag wurde damals nicht überwiesen.

Zwischenzeitlich haben sich die Bauvorhaben und die angedachten Projekte im Umfeld des Gundeldingerquartiers so stark verdichtet, dass es sich nunmehr aufdrängt, gleich dem Schwerpunkt 4.1. „Basel-Nord“ auch die „Peripherie Gundeldingen“ im Politikplan 2007-2010 aufzunehmen.

Die Begründung ist identisch mit der Begründung des Antrages für einen Masterplan in derselben Sache, den der Schreibende mit 49 Mitunterzeichneten im Herbst dieses Jahres eingereicht hat und der in der Grossratssitzung vom November 2006 der Regierung überwiesen werden soll (Antrag 06.5266.01).

Zitat: „CentralPark, SüdPark, Versetzung Meret Oppenheim-Strasse, Bahnhof-Süd, Markthalle, Dreispitz-Areal: Rund um das Gundeldinger-Quartier wird geplant und zum Teil schon gebaut, ohne dass die verschiedenen Projekte von einer übergeordneten Stelle in einen städtebaulichen Zusammenhang gestellt zu sein scheinen. Im schlimmsten Fall bleibt das Gundeldinger-Quartier aussen vor, zwar eingebettet von mehr oder weniger geglückt realisierten Bauvorhaben, aber möglicherweise ohne Bezug oder Zugang zu ihnen, allenfalls als Zubringer- oder Abflussgebiet für den dadurch neu entstehenden Verkehr. Das Quartier erhält zwar durch die Verwirklichung des Boulevard Güterstrasse eine Aufwertung, aber die Zukunft des Gundeli wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren auch an dessen Peripherie entschieden. Das Quartier und dessen unmittelbares Umfeld wird somit mittelfristig zu der städtebaulichen Herausforderung für unsere Stadt.“

In diesem Sinne beantrage ich, dass die „Peripherie Gundeldingen“ als Stadtentwicklungsschwerpunkt gleich- oder ähnlichgewichtig wie „Basel-Nord“ in den Politikplan 2007-2010 aufgenommen wird.

Oswald Inglin

• Stellungnahme des Regierungsrates

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 06. Dezember 2006 den Planungsantrag Oswald Inglin betreffend Peripherie Gundeldingen dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Im Rahmen der Budgetdebatte in der Grossratssitzung vom 19. Dezember 2012 wurde der Planungsantrag stehen gelassen und dem Präsidialdepartement zur erneuten Berichterstattung bis am 19. Dezember 2014 überwiesen (Präsidialbeschluss 12/39 PR/2 vom 19. Dezember 2012).

Der Regierungsrat will mit der „Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus“ die Standortattraktivität für die Bevölkerung und die Wirtschaft stärken, um das grosse Entwicklungspotential des Lebensraums Gundeldingen zu nutzen und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen. Durch verschiedene Formen der Zusammenarbeit (mit Bürgerinnen und Bürgern, Investoren, gemeinnützigen Organisationen etc.) können Vorhaben breit abgestützt realisiert werden. Durch den integralen Ansatz der Stadt(teil)entwicklung mit einer gesamtheitlichen Betrachtungs- und Herangehensweise werden im Rahmen der Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus Projekte und Massnahmen umgesetzt, die dem Gundeldinger Quartier und seiner Umgebung sichtbare und spürbare qualitative Verbesserungen bringen sollen.

Die eingesetzte Projektorganisation Basel Süd / Gundeli Plus stimmt die zahlreichen Einzelprojekte optimal aufeinander ab. Für die integrale Planung und Kommunikation von Themen und Projekten wurde im Quartier zusammen mit der Quartierkoordination Gundeldingen und der Christoph Merian Stiftung die Koordinationsplattform Forum Gundeli geschaffen.

Erste Einzelprojekte wie das in den Jahren 2012 und 2013 partizipativ erarbeitete Verkehrskonzept Gundeldingen liegen vor. Dieses Verkehrskonzept hat zum Ziel, mittels kurz- und mittelfristigen Massnahmen zu einer weiteren Verkehrsberuhigung im Gundeldingerquartier beizutragen. Zudem wird ein Grün- und Freiraumkonzept erarbeitet. Im Vordergrund stehen dabei die Verbesserung des Wohnumfeldes und das Schaffen von neuen Grünflächen. Im Weiteren werden die Entwicklungen auf dem Dreispitzareal oder beim Bahnhof SBB bei den Planungen für das Gundeldinger Quartier berücksichtigt und einbezogen.

In diesem Sinne wird die Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus im Rahmen des 3. Leitsatzes „Basel als urbanes Zentrum festigen“ unter dem Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“ als neue Massnahme in den Legislaturplan des Regierungsrates aufgenommen.

Der Regierungsrat beantragt deshalb, den Planungsantrag Oswald Inglin betreffend Peripherie Gundeldingen abzuschreiben.

Planungsantrag Sibylle Benz Hübner „Stadtentwicklung Basel-Süd“ (08.5170)

• Wortlaut des Planungsantrags

Im Politikplan soll unter den Schwerpunkten (4.) im Punkt 4.1 neben der Stadtentwicklung Basel-Nord auch diejenige von Basel-Süd aufgenommen werden. Dabei geht es insbesondere darum, im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans die Vorgaben des Quartierrichtplans von 1986 endlich adäquat zu berücksichtigen.

Das Gundeldingerquartier wartet nunmehr seit Jahrzehnten auf eine Gesamtplanung und deren Umsetzung. Dem mit rund 20'000 Bewohnerinnen und Bewohnern bevölkerungsreichsten Stadtquartier ist es nicht länger zuzumuten, planungsmässig weiterhin „auf die lange Bank geschoben“ zu werden.

Unter den Zielen sind nach Auffassung der Antragstellerinnen und Antragsteller vornehmlich aufzuführen:

- Entlastung der Längsachsen Gundeldinger-, Dornacher-, Güterstrasse
- Dreispitz: Gesamtplanung im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gundeldingerquartiers
- Verbesserung der Anbindung des Quartiers und insbesondere des Areals Dreispitz an den öffentlichen Verkehr
- Verbesserung der Grün- und Freiflächensituation.

Um diesen Zielen Nachachtung zu verschaffen, beauftragen die Antragstellerinnen und Antragsteller den Regierungsrat, den Schwerpunkt Basel-Süd in den Politikplan aufzunehmen.

Sibylle Benz Hübner, Ernst Jost, Jörg Vitelli, Christian Egeler, Stephan Maurer, Patrick Hafner, Christine Heuss, Oswald Inglin, Mustafa Atici, Jan Goepfert, Heiner Vischer, Michael Wüthrich, Urs Müller-Walz

• Stellungnahme des Regierungsrates

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2008 den Planungsantrag Sibylle Benz Hübner betreffend „Stadtentwicklung Basel-Süd“ dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Im Rahmen der Budgetdebatte in der Grossratssitzung vom 19. Dezember 2012 wurde der Planungsantrag stehen gelassen und dem Präsidialdepartement zur erneuten Berichterstattung bis am 19. Dezember 2014 überwiesen (Präsidialbeschluss 12/39 PR/3 vom 19. Dezember 2012).

Der Regierungsrat will mit der „Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus“ die Standortattraktivität für die Bevölkerung und die Wirtschaft stärken, um das grosse Entwicklungspotential des Lebensraums Gundeldingen zu nutzen und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen. Durch verschiedene Formen der Zusammenarbeit (mit Bürgerinnen und Bürgern, Investoren, gemeinnützigen Organisationen etc.) können Vorhaben breit abgestützt realisiert werden. Durch den integralen Ansatz der

Stadt(teil)entwicklung mit einer gesamtheitlichen Betrachtungs- und Herangehensweise werden im Rahmen der Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus Projekte und Massnahmen umgesetzt, die dem Gundeldinger Quartier und seiner Umgebung sichtbare und spürbare qualitative Verbesserungen bringen sollen.

Die eingesetzte Projektorganisation Basel Süd / Gundeli Plus stimmt die zahlreichen Einzelprojekte optimal aufeinander ab. Für die integrale Planung und Kommunikation von Themen und Projekten wurde im Quartier zusammen mit der Quartierkoordination Gundeldingen und der Christoph Merian Stiftung die Koordinationsplattform Forum Gundeli geschaffen.

Erste Einzelprojekte wie das in den Jahren 2012 und 2013 partizipativ erarbeitete Verkehrskonzept Gundeldingen liegen vor. Dieses Verkehrskonzept hat zum Ziel, mittels kurz- und mittelfristigen Massnahmen zu einer weiteren Verkehrsberuhigung im Gundeldingerquartier beizutragen. Zudem wird ein Grün- und Freiraumkonzept erarbeitet. Im Vordergrund stehen dabei die Verbesserung des Wohnumfeldes und das Schaffen von neuen Grünflächen. Im Weiteren werden die Entwicklungen auf dem Dreispitzareal oder beim Bahnhof SBB bei den Planungen für das Gundeldinger Quartier berücksichtigt und einbezogen.

In diesem Sinne wird die Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus im Rahmen des 3. Leitsatzes „Basel als urbanes Zentrum festigen“ unter dem Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“ als neue Massnahme in den Legislaturplan des Regierungsrates aufgenommen.

Der Regierungsrat beantragt deshalb, den Planungsantrag Sibylle Benz Hübner betreffend „Stadtentwicklung Basel-Süd“ abzuschreiben.

2.5 Vorgezogene Budgetpostulate

2.5.1 Bau- und Verkehrsdepartement

Vorgezogene Budgetpostulate

Thomas Strahm betreffend Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus

Antrag

Erhöhung um 300'000 Franken.

Begründung

„Aktuell ist Riehen und das angrenzende Deutschland morgens und durch den Tag über mittels ÖV (S-Bahn, Bus, Tram 6 und am Morgen 2) gut erschlossen, auch für Pendlerinnen und Pendler aus dieser Region sind die Innerstadt, das Aeschenzentrum und die beiden Bahnhöfe gut zu erreichen. Umgekehrt sieht der Heimweg aus. In den frühen Abendstunden füllen sich Bus, die S-Bahn und die Tramlinie 6 während den Werktagen unzumutbar. Auch die Standplätze sind dicht belegt, ältere und jüngere Menschen, insbesondere aber auch Passagiere im Rollstuhl und Kinder fühlen sich bedrängt und gefährdet. Starke Verspätungen und überfüllte Tramzüge führen zu grossem Missmut der ÖV-Benutzenden aus Riehen und dem angrenzenden Deutschland. Im vergangenen Herbst hat die Diskussion zu einem Vorstoss betreffend Ausbau der S-Bahn S6 via Riehen, Lörrach ins Wiesental gezeigt, dass dieser Ausbau auch mittelfristig nicht realisierbar ist. Somit bleibt vorderhand nur, die Förderleistung durch Riehen bis zur Grenze Lörrach in den Abendstunden auf der Tramlinie zu erhöhen. Dazu soll die Linie 2 zusätzlich während den abendlichen Stosszeiten bis zur Endstation Riehen-Grenze verlängert werden. Die Erhöhung des ONA Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus um CHF 300'000 soll zu den abendlichen Stosszeiten zwischen 16.00 und 19.00 eine Verlängerung der Tramlinie 2 bis zur Endhaltestelle Riehen-Grenze ermöglichen.“

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat das Anliegen geprüft und kommt nach Abwägung verschiedener Möglichkeiten zum Schluss, dass eine grundsätzliche Umsetzung sinnvoll und machbar ist.

Das heutige Angebot hat, wie im vorgezogenen Budgetpostulat richtig beschrieben, eine gewisse Asymmetrie. Während am Morgen die Linie 2 bis Riehen Dorf verlängert wird und so eine direkte Verbindung zum Bahnhof SBB gewährleistet, fehlt dieses Angebot und damit auch eine gewisse Entlastung der Linie 6 in der Abendspitze.

Die durchschnittlichen Fahrgastzahlen der Linie 6 zwischen Messeplatz und Riehen Dorf weisen in der nachmittäglichen Spitze zwischen 16 Uhr und 19 Uhr auf eine gute Auslastung hin, die Sitzplätze sind im Allgemeinen ausgelastet, einzelne Tramkurse haben auf gewissen Abschnitten nur noch wenige freie Stehplätze. Eine deutliche und häufig wiederkehrende Überbelastung kann hingegen nicht festgestellt werden.

Zwischen Riehen Dorf und Riehen Grenze ist die Auslastung naturgemäss auch in den Spitzenzeiten eher gering. Daher fahren auch die morgendlichen Kurse der Linie 2 mit Ausnahme der ersten beiden Kurse zwischen 5 Uhr und 5.30 Uhr ab Riehen Dorf.

Der Regierungsrat hat aufgrund dieser Überlegungen beschlossen, die Tramlinie 2 in der nachmittäglichen Spitzenzeit zwischen 16 Uhr und 19 Uhr bis Riehen Dorf zu verlängern und auf eine Weiterführung bis Riehen Grenze zu verzichten.

Mit der Anpassung des Angebots sind Kosten für den Besteller von 300'000 Franken verbunden, die dem Globalbudget belastet werden. Für eine Weiterführung der Linie 2 bis Riehen Grenze wären weitere 130'000 Franken notwendig.

Damit ist nach Meinung des Regierungsrats dieses vorgezogene Budgetpostulat **in wesentlichen Teilen erfüllt**.

2.5.2 Erziehungsdepartement

Vorgezogene Budgetpostulate

Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin betreffend Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED

Antrag

Erhöhung des Budgets der Kostenstelle 220.8350 Schulsozialarbeit, Kostenart ZBE, 210'000 Franken.

Begründung

„Im Frühjahr 2012 hat die kantonale Schulsynode eine Resolution an den Vorsteher des Erziehungsdepartements eingereicht, mit dem Anliegen, die Schulsozialarbeit (SSA) neben den Sekundarstandorten zusätzlich auch an den Primarschulen einzurichten. Erfreulicherweise ist der Regierungsrat des ED dieser Forderung nachgekommen und hat im November 2012 beschlossen, ab 2014 die Schulsozialarbeit auf der Primarschulstufe etappenweise aufzubauen. Dies soll voraussichtlich in drei Etappen überall an den Primarschulen erfolgen, die einen begründeten Antrag stellen. Unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat und das Parlament dem Vorschlag zustimmen, könnten Anträge, laut den Verantwortlichen, erst dann eingereicht werden, wenn die Finanzierung geklärt sei, d.h. nachdem der Grosse Rat der Erweiterung der SSA auf Primarschulstufe zugestimmt hat. Der Entscheid des GR soll voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2013 erfolgen. Damit die Verantwortlichen in der Folge möglichst rasch die Planung aufnehmen können, d.h. Einstellung und Einarbeitung von neuen Schulsozialarbeiterinnen und das neue Angebot dann im Schuljahr 2014/15 starten kann, sollen für das Jahr 2014 die nötigen Gelder von CHF 210'000 in das Budget 2014 eingestellt werden. Der Betrag entspricht drei 50% Stellen oder einer 50%-Stelle und einer 80% Stelle.“

Stellungnahme des Regierungsrates

Die Schulsozialarbeit ist bisher an allen Standorten der Weiterbildungsschule, an den Primarschulstandorten St. Johann und Volta sowie an der Orientierungsschule Vogesen eingerichtet. Bereits beschlossen und kommuniziert ist der Aufbau der Schulsozialarbeit an allen 10 Standorten der neuen dreijährigen Sekundarschule, welche ab 2015 die Orientierungs- und Weiterbildungsschule ablösen wird. Ab 2014 soll zusätzlich der Ausbau der Schulsozialarbeit auf der Primarstufe in Etappen an all jene Standorten erfolgen, die einen begründeten Antrag stellen.

Der Regierungsrat ist deshalb bereit, das Budgetpostulat **zu erfüllen** und hat das Budget für Schulsozialarbeit im Jahr 2014 um insgesamt 300'000 Franken erhöht. Aufgrund einer Reorganisation im Erziehungsdepartement ist die Schulsozialarbeit nicht mehr der Dienststelle Leitung Bildung, sondern der Dienststelle Volksschulen zugeordnet (Kostenstelle neu 230.0023 Schulsozialarbeit, Kostenart ZBE).

3 Das Budget

3.1 Erfolgsrechnung

Finanzielle Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'186.0	-5.4	-0.5	-87.8	-8.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-478.1	-436.6	-449.4	-12.8	-2.9	28.7	6.0
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-119.0	-128.2	-134.6	-6.4	-5.0	-15.6	-13.1
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	0.0	0.0	0.0	39.4	100.0
36 Transferaufwand	-1'762.3	-1'813.4	-1'842.8	-29.4	-1.6	-80.5	-4.6
Aufwand	-3'497.0	-3'558.7	-3'612.8	-54.1	-1.5	-115.8	-3.3
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'528.6	10.6	0.4	16.7	0.7
41 Regalien und Konzessionen	16.5	34.2	33.5	-0.7	-2.1	17.1	103.7
42 Entgelte	387.7	358.4	351.5	-6.8	-1.9	-36.1	-9.3
43 Verschiedene Erträge	53.6	0.1	2.3	2.2	...	-51.3	-95.7
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	18.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-18.8	-100.0
46 Transferertrag	500.0	508.2	531.2	23.1	4.5	31.2	6.2
Ertrag	3'488.4	3'418.9	3'447.2	28.3	0.8	-41.2	-1.2
Betriebsergebnis	-8.5	-139.8	-165.5	-25.7	-18.4	-157.0	...
34 Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-135.8	7.7	5.4	-26.0	-23.7
44 Finanzertrag	301.4	290.2	303.6	13.4	4.6	2.2	0.7
Finanzergebnis	191.6	146.6	167.8	21.1	14.4	-23.8	-12.4
Gesamtergebnis	183.0	6.8	2.2	-4.6	-67.4	-180.8	-98.8
Total Aufwand	-3'606.8	-3'702.2	-3'748.6	-46.3	-1.3	-141.8	-3.9
Total Ertrag	3'789.8	3'709.1	3'750.8	41.7	1.1	-39.0	-1.0

3.1.1 Aufwand

30 Personalaufwand

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
		2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
300	Behörden, Kommissionen und Richter	0.0	-13.4	-13.3	0.1	1.0	-13.3	0.0
301	Löhne des Verw.& Betriebspersonals	-856.8	-623.4	-619.7	3.7	0.6	237.1	27.7
302	Löhne der Lehrkräfte	0.0	-244.7	-253.3	-8.6	-3.5	-253.3	0.0
303	Temporäre Arbeitskräfte	-6.0	-5.2	-6.0	-0.8	-14.6	0.0	0.7
304	Zulagen	-14.4	-32.7	-33.2	-0.5	-1.6	-18.8	-130.1
305	Arbeitgeberbeiträge	-210.3	-234.7	-234.2	0.5	0.2	-23.9	-11.4
306	Arbeitgeberleistungen	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-157.5	0.0	11.4
309	Übriger Personalaufwand	-10.6	-26.6	-26.3	0.2	0.9	-15.8	-149.2
30	Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'186.0	-5.4	-0.5	-87.8	-8.0 ¹

Kommentar

Der Vergleich mit der Rechnung ist teilweise eingeschränkt, da durch die ab 2013 vollständige Verwendung des Kontenplanes gemäss HRM2 u.a. eine detailliertere Budgetierung vorgenommen wird. So werden die Personalausgaben für Behörden, Kommissionen und Richter auf der Position 300, die Löhne der Lehrkräfte auf der Position 302 separat ausgewiesen. Bis 2012 wurden diese Ausgaben zusammen mit den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonals auf der Position 301 verbucht.

- 1 Gesamtstaatlich wurde gegenüber dem Vorjahresbudget rund 5.4 Mio. Franken respektive 0.5% mehr eingestellt. Unter Berücksichtigung der aufgelaufenen negativen Teuerung aus den Jahren 2011 und 2012 und der für den November 2013 prognostizierten Teuerung in Höhe von 0.0% mussten keine teuerungsbedingten Mehrausgaben budgetiert werden. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die Ausweitung der Personalplafonds zurückzuführen, auf welche in Kapitel 4.1.1 Personalentwicklung separat eingegangen wird.

31 Sachaufwand

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12		
				abs.	%	abs.	%	
310	Material- und Warenaufwand	-42.6	-41.4	-41.9	-0.5	-1.2	0.7	1.7
311	Nicht aktivierbare Anlagen	0.0	-14.4	-13.5	0.9	6.1	-13.5	0.0 ¹
312	Ver- und Entsorgung	-32.7	-30.9	-32.0	-1.1	-3.4	0.8	2.4
313	Dienstleistungen und Honorare	-127.3	-139.1	-153.2	-14.1	-10.1	-25.9	-20.4 ²
314	Unterhalt Immobilien	-79.9	-49.7	-51.6	-1.9	-3.8	28.3	35.4
315	Unterhalt Mobilien und immat.Anlagen	-43.5	-31.4	-30.9	0.4	1.4	12.6	29.0
316	Mieten,Leasing,Pachten,Benützungsgb	-23.2	-33.6	-29.3	4.3	12.7	-6.1	-26.5
317	Spesenentschädigungen	-7.6	-6.2	-5.8	0.4	6.1	1.7	22.6
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-47.8	-53.2	-55.6	-2.4	-4.5	-7.8	-16.3
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-73.5	-36.7	-35.6	1.1	3.1	37.9	51.6
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-478.1	-436.6	-449.4	-12.8	-2.9	28.7	6.0

Kommentar

- Die Ausgaben für Anlagen bis 50'000 Franken werden nicht aktiviert. Sie werden seit dem Budget 2013 unter der Position 311 budgetiert. Bis 2012 wurden sie unter der Position 315 Unterhalt Mobilien und immateriellen Anlagen geführt. Den hier budgetierten Ausgaben stehen entsprechend tiefere Budgetwerte auf der Position 315 gegenüber.
- Die gegenüber dem Vorjahresbudget ausgewiesene negative Abweichung von 14.1 Mio. Franken ist u.a. auf die Erhöhung der Planungspauschale im Bau- und Verkehrsdepartement in Höhe von 3.4 Mio. Franken, Kostensteigerungen im Straf- und Massnahmenvollzug (brutto 3.4 Mio. Franken), erhöhte Debitorenverluste von 3.4 Mio. Franken bei der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Einführung der Eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnung sowie aufgrund der Durchführung der OSZE-Ministerkonferenz 2014 in Basel (2.0 Mio. Franken) zurückzuführen.

33 Abschreibungen

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12		
				abs.	%	abs.	%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-114.5	-117.9	-125.8	-7.9	-6.7	-11.3	-9.8
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	0.0	-5.4	-3.2	2.2	40.7	-3.2	0.0 ¹
333	Abschreibungen Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-5.6	-0.7	-14.1	-1.1	-24.2
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-119.0	-128.2	-134.6	-6.4	-5.0	-15.6	-13.1 ²

Kommentar

- Aufgrund der seit 2013 mit dem Kontenplan HRM2 vorgenommenen Budgetierung werden die Abschreibungen für immaterielle Anlagen (hauptsächlich Software) separat auf der Position 332 ausgewiesen.
- Die gegenüber dem Budget 2012 um 6.4 Mio. Franken höheren Abschreibungen sind teilweise auch auf die Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards zurückzuführen.

34 Finanzaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12			
				2012	2013	2014	abs.	%	abs.
340	Zinsaufwand	-58.6	-77.5	-63.3	14.2	18.3	-4.7	-8.1	¹
	Verzinsung laufende Verbindl.	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-12.2	0.0	46.6	
	Verzinsung kurzfr. Finanzverbindl.	-1.1	-10.9	-2.7	8.2	75.5	-1.6	-150.5	
	Verzinsung langfr. Finanzverbindl.	-57.5	-56.6	-50.7	6.0	10.6	6.8	11.9	
	Übrige Passivzinsen	-0.0	-10.0	-10.0	0.0	0.0	-10.0	...	
341	Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	28.1	
342	Kapitalbesch.- und Verwaltungskosten	-25.6	-2.4	-2.9	-0.5	-21.0	22.6	88.6	
343	Liegenschaftenaufwand FV	-16.4	-63.5	-69.3	-5.9	-9.3	-52.9	-322.5	²
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	-9.2	-0.2	-0.2	-0.1	-32.9	9.0	97.8	
349	Verschiedener Finanzaufwand	-0.1	0.0	0.0	0.0	-33.1	0.1	97.5	
34	Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-135.8	7.7	5.4	-26.0	-23.7	

Kommentar

- 1 Trotz steigender Verschuldung kann aufgrund der tiefen Zinsen insgesamt mit einem niedrigeren Zinsaufwand von rund 14.2 Mio. Franken gerechnet werden.
- 2 Der Aufwand steigt insbesondere wegen höherer Investitionen in werterhaltenden Massnahmen sowie aufgrund steigendem Planungsaufwand.

35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12			
				2012	2013	2014	abs.	%	abs.
350	Einlagen Fonds und Spez.finanz. i.FK	-26.1	0.0	0.0	0.0	0.0	26.1	100.0	
351	Einlagen Fonds und Spez.finanz. i.EK	-13.3	0.0	0.0	0.0	0.0	13.3	100.0	
35	Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	0.0	0.0	0.0	39.4	100.0	¹

Kommentar

- 1 Gemäss dem neuen Rechnungslegungsstandard (HRM2 in Anlehnung an IPSAS) werden die Einlagen in Fonds seit 2013 nicht mehr über die Position 35 vorgenommen. Die Speisung der Fonds erfolgt entweder innerhalb der Bilanz (treuhänderisch geführte Fonds, Fonds im Fremd- und Eigenkapital) oder in der Erfolgsrechnung über ein artgerechtes Ertragskonto (Fonds im Eigenkapital).

36 Transferaufwand

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
		2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
361	Entschädigungen Gemeinwesen & Dritte	-390.6	-560.1	-571.2	-11.1	-2.0	-180.6	-46.2
	Entschädigungen an Bund	-5.6	-4.7	-7.0	-2.2	-47.1	-1.3	-23.3
	Entschädigungen a.Kantonen & Konk.	0.0	-25.8	-27.7	-1.9	-7.4	-27.7	0.0
	Entsch.a.Gemeinden & Zweckverbände	0.0	-0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0
	Entschädigungen an Öff.n Unterneh.	-247.7	-258.9	-259.2	-0.2	-0.1	-11.5	-4.6
	Entschädigungen an Dritte	-137.3	-270.6	-277.3	-6.8	-2.5	-140.0	-102.0
362	Finanz- und Lastenausgleich	-151.5	-167.7	-157.1	10.6	6.3	-5.6	-3.7 ¹
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-1'214.3	-1'078.7	-1'106.7	-28.0	-2.6	107.6	8.9 ²
	Beiträge an Kantone und Konkordate	-22.2	1.9	0.2	-1.7	-89.8	22.4	100.9
	Beiträge a.Gemeinden & Zweckverbände	-5.6	-5.1	-7.6	-2.6	-50.7	-2.0	-36.1
	Beiträge an Öff. Sozialversicherg.	-4.6	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	100.0
	Beiträge an Öff. Unternehmungen	-304.4	-303.5	-297.2	6.3	2.1	7.2	2.3
	Beiträge an private Unternehmungen	-11.1	-12.2	-10.8	1.5	12.2	0.3	2.8
	Beiträge priv.Org. o.Erwerbszweck	-185.7	-120.1	-123.6	-3.5	-2.9	62.1	33.5
	Beiträge an private Haushalte	-679.1	-638.1	-666.1	-28.0	-4.4	13.0	1.9
	Beiträge an das Ausland	-1.6	-1.7	-1.7	0.0	0.0	-0.0	-0.1
366	Abschreibungen gegeb. Inv.beiträge	-5.8	-6.9	-7.8	-0.9	-13.1	-1.9	-33.0
36	Transferaufwand	-1'762.3	-1'813.4	-1'842.8	-29.4	-1.6	-80.5	-4.6

Kommentar

Aufgrund der ab 2013 erfolgten Budgetierung mit dem HRM2-Kontenplan kommt es innerhalb der Kontengruppe 36 zu einer Differenzierung zwischen den Entschädigungen und den Beiträgen an Gemeinwesen und Dritte (Positionen 361 und 363). Deshalb ist der Vergleich auf dieser 3-stelligen Ebene mit der Rechnung 2012 eingeschränkt.

Gegenüber dem Vorjahresbudget wird beim Transferaufwand mit einer Zunahme von 29.4 Mio. Franken gerechnet.

- 1 Im Bereich des NFA muss für den Ressourcenausgleich 10.6 Mio. Franken weniger aufgewendet werden.
- 2 Wesentliche Mehrkosten im Vergleich zum Budget 2013 ergeben sich auf den Positionen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL), Prämienverbilligungen (PV) und Behindertenhilfe. Ab 2014 wird schweizweit die Übernahme der kantonalen Durchschnittsprämien der Krankenversicherung auch für EL-Bezügerinnen und -Bezüger über die PV abgewickelt. Damit wird die EL um 12.0 Mio. Franken entlastet und die PV im selben Betrag belastet. Aufgrund steigender Bezügerzahlen sowie höherer Vergütungen ist zudem mit höheren Kosten von 8.5 Mio. Franken zu rechnen. Zusätzlich ist von höheren Kosten wegen steigender Krankenversicherungsprämien (1.1 Mio. Fr.) und einer tieferen Bundesbeteiligung (5.0 Mio. Fr.) auszugehen. Die in der Behindertenhilfe feststellbare Zunahme der Kosten wird sich voraussichtlich im Budgetjahr fortsetzen, vor allem wegen der Erhöhung der Kantonsbeiträge an ausserkantonale Platzierungen (2.3 Mio. Fr.). Zudem ist eine Position in Höhe von 1.5 Mio. Franken berücksichtigt, um die Vorgaben der Bedarfsplanung realisieren zu können. Die genannten Mehrkosten werden teilweise durch entsprechend höhere Bundesbeiträge abgedeckt. Bei der Sozialhilfe können die steigenden Kosten aufgrund der höheren Anzahl Zahlfälle (allgemeine Sozialhilfe) durch die tiefere Anzahl Personen (Migration) nicht ausgeglichen werden. Kostensteigernd wirken sich zudem die Krankenversicherungsprämien und die sinkenden Einnahmen aus Rückerstattungen der Sozialversicherungen aus. Insgesamt muss mit einem Mehraufwand in Höhe von 4.7 Mio. Franken gerechnet werden. Im Bereich der Hochschulen werden die Transfers entsprechend der Beitragsperioden bei der Universität um 3.7 Mio. und bei der FHNW um 5.1 Mio. Franken erhöht. Den Mehrkosten steht durch die geplante Reduktion des Transfers für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Spitäler auch eine Minderbelastung in Höhe von 10.0 Mio. Franken gegenüber.

Sozialkosten Netto

Den in den eigenen Beiträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind nachfolgend die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen aufgezeigt.

Die Sozialkosten erhöhen sich gegenüber dem Budget 2013 um 23.1 Mio. Franken respektive um 4.0%. Mit einem Anstieg von netto 18.1 Mio. Franken verzeichnen die Prämienverbilligungen den höchsten Anstieg. Mit ebenfalls höheren Ausgaben folgen die Behindertenhilfe (4.0 Mio. Franken respektive 5.0%), die Sozialhilfe (2.6 Mio. Franken respektive 1.7%), die Beihilfen netto (1.3 Mio. Franken respektive 14.0%), die Stationäre Jugendhilfe (0.7 Mio. Franken respektive 1.6%), die Beiträge an Suchttherapien (0.3 Mio. Franken respektive 7.7%) sowie mit 0.2 Mio. Franken respektive 4.9% die Kantonsbeiträge an die Arbeitslosenversicherung (ALV). Bei der Pflegeheimfinanzierung und den Risikobeiträgen Krankenkassen wird mit gleich hohen Ausgaben wie im Vorjahr gerechnet. Die Kosten für die Familienmietzinsbeiträge werden voraussichtlich um -0.6 Mio. Franken und für die Ergänzungsleistungen um netto -3.5 Mio. Franken sinken.

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
Prämienverbilligungen (netto)	-72.2	-70.2	-88.3	-18.1	-25.8	-16.1	-22.3
Behindertenhilfe (netto)	-79.8	-79.8	-83.8	-4.0	-5.0	-4.0	-5.0
Sozialhilfe	-153.9	-154.8	-157.4	-2.6	-1.7	-3.5	-2.3
Beihilfen (netto)	-10.1	-9.3	-10.6	-1.3	-14.0	-0.5	-5.0
Stationäre Jugendhilfe	-45.9	-44.8	-45.5	-0.7	-1.6	0.4	0.9
Beiträge Suchttherapien	-4.2	-3.9	-4.2	-0.3	-7.7	0.0	0.0
Kantonsbeitrag an ALV	-5.3	-4.7	-4.9	-0.2	-4.9	0.4	7.0
Pflegeheimfinanzierung	-88.6	-97.0	-97.0	0.0	0.0	-8.4	-9.5
Risikobeiträge Krankenkassen	-4.6	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	100.0
Familienmietzinsbeiträge	-5.1	-10.8	-10.2	0.6	5.6	-5.1	-100.0
Ergänzungsleistungen (netto)	-97.7	-96.5	-93.0	3.5	3.6	4.7	4.8
Total Sozialkosten Netto	-567.4	-571.8	-594.9	-23.1	-4.0	-27.5	-4.9

3.1.2 Ertrag

40 Fiskalertrag

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
		2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
400	Direkte Steuern natürliche Personen	1'716.5	1'739.9	1'735.0	-4.9	-0.3	18.5	1.1
	Einkommenssteuern natürl. Personen	1'331.3	1'339.8	1'340.0	0.2	0.0	8.7	0.7
	Vermögenssteuern natürl. Personen	246.2	257.1	254.0	-3.1	-1.2	7.8	3.2
	Quellensteuern natürliche Personen	127.5	118.0	129.0	11.0	9.3	1.5	1.2
	Übr.dir.Steuern natürl. Personen	11.5	25.0	12.0	-13.0	-52.0	0.5	4.5
401	Direkte Steuern juristische Personen	638.8	627.0	643.0	16.0	2.6	4.2	0.7
	Gewinnsteuern juristische Personen	517.9	507.0	524.0	17.0	3.4	6.1	1.2
	Kapitalsteuern juristische Pers.	120.3	117.0	118.0	1.0	0.9	-2.3	-2.0
	Übr. direkte Steuern jur. Personen	0.6	3.0	1.0	-2.0	-66.7	0.4	76.8
402	übrige Direkte Steuern	124.7	117.0	117.0	0.0	0.0	-7.7	-6.2
	Grundsteuern	25.8	10.0	13.0	3.0	30.0	-12.8	-49.7
	Vermögensgewinnsteuern	40.3	40.0	40.0	0.0	0.0	-0.3	-0.9
	Vermögensverkehrssteuern	31.5	35.0	32.0	-3.0	-8.6	0.5	1.6
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	27.0	32.0	32.0	0.0	0.0	5.0	18.4
403	Besitz- und Aufwandsteuern	31.9	34.1	33.6	-0.5	-1.5	1.7	5.5
	Verkehrsabgaben	31.2	33.5	33.0	-0.5	-1.5	1.8	5.6
	Hundesteuer	0.6	0.6	0.6	0.0	0.5	-0.0	-2.2
40	Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'528.6	10.6	0.4	16.7	0.7 ¹

Kommentar

1 Die Steuererträge fallen insgesamt 10.6 Mio. Franken höher aus. Dabei steigen gegenüber dem voraussichtlich zu tief budgetierten Wert im Vorjahr die Steuererträge der juristischen Personen um 16.0 Mio. Franken an. Die Steuererträge der natürlichen Personen werden dagegen um 4.9 Mio. Franken tiefer erwartet als im 2013. Die übrigen Steuern halten mit einer leichten Reduktion um 0.5 Mio. Franken in etwa das Niveau des Vorjahres.

41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
		2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
410	Regalien	0.0	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	3.1
411	Schweiz. Nationalbank	16.4	16.4	15.6	-0.8	-4.9	-0.8	-4.8
412	Konzessionen	0.0	17.8	17.9	0.1	0.4	17.8	...
41	Regalien und Konzessionen	16.5	34.2	33.5	-0.7	-2.1	17.1	103.7

Kommentar

1 Beim Anteil am Nationalbankgewinn wird für das Budgetjahr 2014 mit einer um 0.8 Mio. Franken leicht tieferen Gewinnausschüttung in der Höhe von 15.6 Mio. Franken gerechnet. Für das Jahr 2012 hatte die Gewinnausschüttung 16.4 Mio. Franken betragen.

2 Die Konzessionsgebühren IWB sowie die Allmendgebühren werden ab Budget 2013 basierend auf den Kontenplan gemäss HRM2 unter der Position 412 Konzessionen geführt (bisher Kontogruppe 42 Entgelte).

42 Entgelte

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
420 Ersatzabgaben	31.2	6.2	0.2	-6.0	-96.9	-31.0	-99.4
421 Gebühren für Amtshandlungen	81.9	82.8	82.2	-0.6	-0.7	0.3	0.4
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	25.8	28.3	36.6	8.3	29.2	10.8	41.7
423 Schul- und Kursgelder	4.8	5.1	5.5	0.4	8.0	0.6	13.2
424 Benützungsgebühren & Dienstleistungen	164.1	155.5	147.4	-8.1	-5.2	-16.7	-10.2
425 Erlös aus Verkäufen	19.5	18.3	18.0	-0.3	-1.8	-1.5	-7.6
426 Rückerstattungen	34.3	30.6	30.3	-0.3	-0.9	-4.0	-11.6
427 Bussen	22.0	25.6	24.3	-1.3	-5.2	2.3	10.6
429 Übrige Entgelte	4.0	6.0	7.0	1.1	17.7	3.0	73.5
42 Entgelte	387.7	358.4	351.5	-6.8	-1.9	-36.1	-9.3 ¹

Kommentar

- 1 Der im Vergleich zur Rechnung 2012 ausgewiesene Rückgang steht im Zusammenhang mit der erstmaligen Budgetierung gemäss Kontenplan HRM2. Bisher wurden die Konzessionsgebühren IWB und die Allmendgebühren in der Kontogruppe 42 geführt. Neu sind sie als Einnahmen in der Kontogruppe 41 Regalien und Konzessionen enthalten. Im Vergleich zum Budget 2013 nehmen die Entgelte insgesamt um 6.8 Mio. Franken ab. Der Rückgang ist unter anderem auf das revidierte Gesetz betreffend die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt zurückzuführen. Durch den Entfall der Feuerwehersatzabgabe reduzieren sich die Einnahmen um 6.1 Mio. Franken.

43 Verschiedene Erträge

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
430 Verschiedene betriebliche Erträge	53.6	0.1	2.1	2.0	...	-51.5	-96.1
439 Übriger Ertrag	0.0	0.0	0.2	0.2	0.0	0.2	...
43 Verschiedene Erträge	53.6	0.1	2.3	2.2	...	-51.3	-95.7

Kommentar

- 1 Die Zunahme von 2.0 Mio. Franken ist darauf zurückzuführen, dass ab 2014 die Einnahmen für Notunterkünfte und aus Raumvermietungen bei der Kaserne und bei den Museen unter der Position 430 verbucht werden. Im 2013 werden diese Erträge noch im Finanzertrag ausgewiesen.

44 Finanzertrag

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
440 Zinsertrag	5.5	20.3	19.3	-1.0	-4.7	18.5	2'170.4
441 Realisierte Gewinne	35.6	0.0	0.0	0.0	50.0	-35.6	-100.0
442 Beteiligungsertrag	5.2	5.6	5.6	0.1	1.2	0.4	8.7
443 Liegenschaftenertrag	128.7	148.4	148.2	-0.2	-0.1	33.7	29.4
444 Wertberichtigung Anlagen	4.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-4.7	-100.0
Finanzertrag Finanzvermögen	179.7	174.2	173.2	-1.1	-0.6	12.3	7.7
445 Darlehens- und Beteiligungsertrag	24.7	23.7	22.0	-1.6	-7.0	18.1	463.4
446 Ertrag öffentlicher Unternehmungen	91.5	91.2	103.4	12.2	13.4	11.9	13.0
447 Liegenschaftenertrag	5.1	1.1	5.0	3.9	374.1	3.5	232.0
449 Übriger Finanzertrag	0.4	0.1	0.0	-0.1	-90.8	-0.4	-98.7
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	121.7	115.9	130.4	14.5	12.5	33.0	33.9
44 Finanzertrag	301.4	290.2	303.6	13.4	4.6	45.4	17.6 ¹

Kommentar

- 1 Die Mehreinnahmen von 13.4 Mio. Franken lassen sich unter anderem mit einer höheren Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank erklären. Mit 73.0 Mio. Franken wurde diese auf dem Niveau der letzten Gewinnablieferung eingesetzt, was gegenüber dem Vorjahr 9.4 Mio. Franken höher ist. Im Weiteren wird mit einer höheren Gewinnablieferung der IWB von 3.5 Mio. Franken gerechnet. Dem stehen tiefere Zinserträge (u.a. Dotationskapital Basler Kantonalbank und Darlehen Industrielle Werke Basel) gegenüber.

45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
450 Entn. aus Fonds und Spez.fin. im FK	17.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-17.0	-100.0
451 Entn. aus Fonds und Spez.fin. im EK	1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8	-100.0
45 Entnahmen/Spezialfinanzierungen	18.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-18.8	-100.0 ¹

Kommentar

- 1 Analog der Position 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung erfolgen gemäss den neuen Rechnungslegungsvorschriften ab 2013 die Entnahmen nicht mehr über die Position 45. Die Entnahme erfolgt entweder über die Bilanz (treuhänderisch geführte Fonds) oder über ein artgerechtes Ertragskonto (Fonds im Fremdkapital) bzw. über ein artgerechtes Aufwandskonto (Fonds im Eigenkapital).

46 Transferertrag

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12		
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%	
460	Ertragsanteile	181.1	174.7	183.3	8.6	4.9	2.2	1.2
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	0.0	52.5	50.8	-1.7	-3.3	50.8	0.0
	Entschädigungen vom Bund	0.0	2.0	1.8	-0.2	-8.6	1.8	0.0
	Entsch. v. Kantonen und Konkordaten	0.0	46.9	44.6	-2.3	-4.8	44.6	0.0
	Entsch.v. Gemeinden&-zweckverbänden	0.0	3.7	4.4	0.7	19.7	4.4	0.0
462	Finanz- und Lastenausgleich	56.0	57.4	59.1	1.7	2.9	3.1	5.6
463	Beiträge v. Gemeinwesen und Dritten	262.9	223.4	235.2	11.8	5.3	-27.7	-10.5
	Beiträge vom Bund	190.4	186.7	194.1	7.4	4.0	3.7	1.9
	Beiträge v.Kantonen und Konkordaten	57.1	9.9	12.4	2.5	24.9	-44.8	-78.3
	Beiträge v.Gemeinden& Zweckverb.	5.1	1.8	2.1	0.3	15.4	-3.0	-58.5
	Beiträge v. Öff.n Unternehmungen	3.2	19.0	18.9	-0.1	-0.4	15.7	487.2
	Beiträge von privaten Haushalten	6.6	5.8	7.5	1.7	29.3	0.9	13.9
	Beiträge aus dem Ausland	0.5	0.2	0.2	0.0	0.0	-0.3	-62.5
466	Auflösung erhaltene Inv.beiträge	0.0	0.0	2.8	2.8	0.0	2.8	0.0
46	Transferertrag	500.0	508.2	531.2	23.1	4.5	31.2	6.2 ¹

Kommentar

- 1 Aufgrund der erstmaligen Budgetierung mit dem HRM2-Kontenplan kommt es innerhalb der Kontengruppe 46 zu einer Differenzierung zwischen den Entschädigungen und den Beiträgen von Gemeinwesen (Positionen 461 und 463). Deshalb ist hier die Vergleichbarkeit zwischen der Rechnung 2012 und den Budgets eingeschränkt. Im Vergleich mit dem Budget 2013 wird für das Jahr 2014 insgesamt mit Mehreinnahmen in Höhe von 23.1 Mio. Franken gerechnet. Unter anderem nimmt der Anteil an der direkten Bundessteuer um 11.0 Mio. Franken zu. Hinzu kommen Mehreinnahmen vom Bund im Zusammenhang mit der Durchführung der OSZE-Ministerkonferenz in Basel sowie weitere zusätzliche Einnahmesteigerungen, die sich auf diverse Positionen verteilen.

3.2 Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		Abw. B14/R12	
	2012	2013	2014	abs.	%	abs.	%
Sachanlagen > 300'000 Franken	-250.1	-335.8	-369.8	-34.0	-10.1	-119.7	-47.9
Sachanlagen Kleininvestitionen	0.0	-3.3	-4.7	-1.4	-42.6	-4.7	0.0
Immaterielle Anlagen > 300'000 Franken	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.6	100.0
Immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	0.0	-0.2	-0.3	-0.1	-62.5	-0.3	0.0
Eigene Investitionsbeiträge > 300'000 Franken	-6.2	0.0	0.0	0.0	0.0	6.2	100.0
Total Ausgaben	-256.9	-339.3	-374.8	-35.5	-10.5	-117.9	-45.9
Übertrag von Sachanlagen in das Finanzvermögen	6.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.8	-100.0
Investitionsbeiträge für eig. Rechnung > 300'000 Fr.	41.1	28.3	11.0	-17.3	-61.1	-30.1	-73.2
Total Einnahmen	47.9	28.3	11.0	-17.3	-61.1	-36.9	-77.0
Nettoinvestitionen VV	-209.1	-311.0	-363.8	-52.8	-17.0	-154.8	-74.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-366.9	-61.9	-27.2	34.7	56.1	339.7	92.6
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.1	-100.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	-363.8	-61.9	-27.2	34.7	56.1	336.6	92.5
Saldo Investitionsrechnung	-572.8	-372.9	-391.0	-18.1	-4.8	181.8	31.7

Bei totalen Ausgaben von 374.8 Mio. Franken und Einnahmen von 11.0 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 363.8 Mio. Franken. Die vom Regierungsrat festgelegte Zielgrösse für die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV; gesamtstaatlicher Plafond) beträgt für das Jahr 2014 bei Ausgaben von 369.8 Mio. und Einnahmen von 11.0 Mio. Franken insgesamt netto 358.8 Mio. Franken (Plafonds aller Investitionsbereiche).

Im 2014 sind für Darlehen Ausgaben in Höhe von insgesamt 27.2 Mio. Franken vorgesehen. Davon gehen 13.5 Mio. Franken an die BVB zur Beschaffung der Flexity Trams. Ein weiteres Darlehen im Umfang von 13.7 Mio. Franken geht an die Universität beider Basel.

Für den Saldo der Investitionsrechnung resultiert eine Summe von 391.0 Mio. Franken, was gegenüber dem Vorjahresbudget einer Zunahme von 18.1 Mio. Franken entspricht.

4 Der Kanton

4.1 Budget Kanton

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'186.0	-5.4	-0.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-478.1	-436.6	-449.4	-12.8	-2.9
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-5.6	-0.7	-14.1
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-1'756.5	-1'806.5	-1'835.0	-28.5	-1.6
39 Interne Verrechnungen	-240.0	-211.0	-228.2	-17.2	-8.2
Betriebsaufwand	-3'616.6	-3'639.6	-3'704.2	-64.6	-1.8
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'528.6	10.6	0.4
41 Regalien und Konzessionen	16.5	34.2	33.5	-0.7	-2.1
42 Entgelte	387.7	358.4	351.5	-6.8	-1.9
43 Verschiedene Erträge	53.6	0.1	2.3	2.2	...
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	18.8	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	500.0	508.2	528.5	20.3	4.0
49 Interne Verrechnungen	240.0	211.0	228.2	17.2	8.2
Betriebsertrag	3'728.4	3'629.9	3'672.7	42.8	1.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	111.8	-9.6	-31.5	-21.8	-226.9
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-114.5	-123.3	-129.0	-5.7	-4.7
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-5.8	-6.9	-7.8	-0.9	-13.1
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	2.8	2.8	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-120.4	-130.2	-134.1	-3.9	-3.0
Betriebsergebnis	-8.5	-139.8	-165.5	-25.7	-18.4
34 Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-135.8	7.7	5.4
44 Finanzertrag	301.4	290.2	303.6	13.4	4.6
Finanzergebnis	191.6	146.6	167.8	21.1	14.4
Gesamtergebnis	183.0	6.8	2.2	-4.6	-67.4
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-1.1	-129.9	-131.1	-1.2	-0.9
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-257.9	-257.9	-276.5	-18.5	-7.2
2 Bildung	-889.3	-886.2	-882.9	3.3	0.4
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.0	-162.4	-163.2	-0.8	-0.5
4 Gesundheit	-397.7	-414.6	-411.7	2.8	0.7
5 Soziale Sicherheit	-610.9	-618.4	-649.1	-30.7	-5.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-154.4	-147.8	-157.2	-9.4	-6.3
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.6	6.7	8.2	1.5	22.1
8 Volkswirtschaft	-2.4	-7.7	-4.3	3.4	43.9
9 Finanzen und Steuern	2'661.0	2'625.2	2'670.1	45.0	1.7

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-256.9	-335.8	-369.8	-34.0	-10.1
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-3.5	-5.0	-1.5	-43.5
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	47.9	28.3	11.0	-17.3	-61.1
Nettoinvestitionen VV	-209.1	-311.0	-363.8	-52.8	-17.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-366.9	-61.9	-27.2	34.7	56.1
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	-363.8	-61.9	-27.2	34.7	56.1
Saldo Investitionsrechnung	-572.8	-372.9	-391.0	-18.1	-4.8

4.1.1 Personalentwicklung

Die Ausrichtung und Weiterentwicklung des Personalmanagements bei BASEL-STADT orientiert sich an den personalstrategischen Leitlinien, welche der Regierungsrat im November 2009 verabschiedet hat. 2014 werden folgende Themen im Vordergrund stehen:

Basel-Stadt führungsstark! Um den künftigen Anforderungen im Spannungsfeld von Politik, Verwaltung und Wirtschaft gerecht zu werden, ist nicht nur die Gewinnung sondern auch Befähigung und Entwicklung von geeigneten Führungskräften von essentieller Bedeutung. 2014 sollen hierfür geeignete Massnahmen entwickelt werden, abgestützt auf die personalstrategischen Leitlinien für das Personalmanagement bei BASEL-STADT und die 2013 erarbeiteten, einheitlichen Führungsgrundsätze bei BASEL-STADT.

Laufbahn bei BASEL-STADT Das 2007 als Projekt eingeführte interne Kaderentwicklungsprogramm „Laufbahn bei BASEL-STADT“ bereitet Leistungs- und Potenzialträger/innen professionell auf die Übernahme einer Führungsposition bei BASEL-STADT vor. Der Kanton investiert in die Entwicklung seiner Mitarbeitenden, bietet ihnen Perspektiven in anspruchsvollen Positionen und unterstützt auf diese Weise das Ziel, frei werdende Kaderpositionen mit eigenen Mitarbeitenden zu besetzen. Das Feedback zum Programm ist insgesamt sehr positiv. Von den bisherigen Teilnehmenden konnten denn auch über 50 Prozent einen Laufbahnschritt realisieren.

2014 soll das Laufbahn-Programm, welches im Verlauf der letzten Jahre bzgl. Prozess und Inhalt laufend optimiert wurde, definitiv implementiert und zu einem festen Bestandteil der Führungsentwicklung bei BASEL-STADT werden.

Chancengleichheit Gelebte Chancengleichheit ist ein bedeutendes Argument für die Attraktivität als Arbeitgeber. BASEL-STADT setzt seit Jahren Akzente in diesem Bereich und wird es auch in Zukunft tun:

Karrierechancen für Frauen beim Arbeitgeber Basel-Stadt wird 2014 ein Schwerpunktthema der Personalentwicklung sein. Untersucht werden soll, welche unterstützenden und welche herausfordernden Faktoren bezüglich der Karrierechancen von Frauen bei Basel-Stadt eine Rolle spielen. Auf dieser Basis werden dann Ansätze zur Verbesserung entwickelt.

Teilzeitarbeit für Männer ist kein Schlagwort bei BASEL-STADT. Ein im Vergleich zu anderen Arbeitgebern hoher Anteil der männlichen Mitarbeitenden arbeitet bereits Teilzeit. 2014 werden die Massnahmen fortgesetzt, bei Führungsverantwortlichen und Mitarbeitenden das Bewusstsein für das Thema zu schaffen, damit diese die vorhandenen Rahmenbedingungen und Instrumente noch vermehrt nutzen.

Systempflege Mit dem Projekt wird das nicht mehr zeitgemässe Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung der Funktionen überarbeitet und damit die korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen im Lohnsystem von BASEL-STADT gewährleistet. Das Projekt, in dessen Prozess auch die Dezentralen Personalabteilungen, die Führungsverantwortlichen und Sozialpartner einbezogen sind, ist weit fortgeschritten.

Da sich der Bearbeitungsaufwand im Rahmen des Zuordnungsprozesses als deutlich höher erwies als erwartet werden konnte, hat der Regierungsrat im Juni 2013 den Projektzeitplan angepasst: Die Zuordnungsarbeit wird per Mitte 2014 abgeschlossen. Im Anschluss daran folgen bis Ende 2014 die Abschlusskonsolidierung, die Vernehmlassung bei den Sozialpartnern und der Genehmigungsprozess durch den Regierungsrat. Die Inkraftsetzung ist auf Februar 2015 vorgesehen.

Neugestaltung des Sozialstellenplans Mit der Einführung von „Come back“, dem Case-Management-Angebot der Abteilung Care Management für die Reintegration kranker und verunfallter Mitarbeitender, wurde der Sozialstellenplan teilweise ausser Kraft gesetzt, weil Teile davon durch Massnahmen von Come back abgedeckt wurden. Der Sozialstellenplan soll nun neu gestaltet werden; dabei geht es um die Erweiterung des Angebots im Rahmen der bereits jetzt bestehenden Zweckbestimmungen. Dadurch kann aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen begegnet werden: dem Arbeitsplatzverlust bei Konflikten und psychischen Belastungen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Elder Care, der Integration von Behinderten und - wie bisher - der Reintegration von kranken und verunfallten Mitarbeitenden.

Durch die Einbettung in ein professionelles Umfeld, durch die Abstimmung der Massnahmen untereinander und durch die stringente Einforderung von subsidiären Leistungen soll mit den gleichen Budgetmitteln eine grössere Anzahl Mitarbeitender erreicht werden.

Berufsbildung: Stärkung der Zusammenarbeit mit den Personalleitenden, Berufsbildungsverantwortlichen und Fachverbänden In den Jahren 2013 bis 2015 wird die Zusammenarbeit mit den Personalleitenden und Berufsbildungsverantwortlichen in den Departementen sowie den wichtigsten Berufsverbänden unserer 10 Kernberufe verstärkt.

Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes „Neuausrichtung WMS“ der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird der Arbeitgeber BASEL-STADT sein Angebot an WMS-Praktikumsstellen nach dem neuen Modell 3+1 (eidg. Fähigkeitsausweis inkl. Berufsmatur) deutlich ausbauen. Neben diesem quantitativen Ausbau wird das Praktikum weiter professionalisiert und in einen neuen Qualitätsrahmen gesetzt, was auch mit einer Erweiterung der Aufgaben und Betreuung bei der Koordination Berufsbildung und den Berufsbildungsverantwortlichen verbunden ist.

Personalkennzahlen: Headcount in Vollzeitäquivalenten

Departemente / Betriebe	Plafonds (P)	Ist (I)	Plafonds (P)	Plafonds (P)	Abw. abs.
	2012	2012	2013	2014	P14/P13
Präsidialdepartement	395	389	399	404	5
Bau- und Verkehrsdepartement	931	905	937	950	13
Erziehungsdepartement	3'053	3'066	3'071	3'122	51
Finanzdepartement	500	476	506	517	11
Gesundheitsdepartement	305	291	311	311	1
Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'630	1'572	1'657	1'680	23
Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	678	658	682	682	0
Gerichte	239	236	246	246	0
Zwischentotal	7'731	7'593	7'809	7'912	103
Behörden / Allgemeine Verwaltung	33	38	33	33	0
Sozialstellenplan	20	3	20	20	0
Total Staat	7'784	7'634	7'862	7'965	103

Veränderungen Personalplafond 2014 zu 2013: Ursachen

Präsidialdepartement

- Die intensive Beanspruchung des Rathauses erfordert eine hohe Präsenz von 7 - 22 Uhr. Im Bereich Dienste und Anlässe der Staatskanzlei soll deshalb die Stellvertretung des Leiters zu dessen Entlastung aufgebaut werden. Nur mit zusätzlichen 0.4 Stellen kann die Stellvertretung gewährleistet werden.
- Die Parlamentsdienste vergüten der Staatskanzlei vereinbarungsgemäss 10 Stellenprozent (LK 05) für die Bereitstellung des Logendienstes während den Grossratssitzungen. Dies soll nun auch im Headcount mit einer Erhöhung um +0.1 Stellen abgebildet werden.
- Die Fachstelle Messen und Märkte ist seit der Integration in die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing personell unverändert geblieben. Die Erweiterung des Weihnachtsmarktes mit dem zusätzlichen Standort Münsterplatz im 2011 sowie die Herausforderungen rund um die Basler Herbstmesse und insbesondere die Neupositionierung und Stärkung des Basler Stadtmarktes haben zu einer Erhöhung des Aufwandes geführt. Dieser Mehraufwand kann mit einer zusätzlichen 80%-Stelle in der Fachstelle Messen und Märkte der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing bewältigt werden, was mittels Mehreinnahmen an Gebühren finanziert wird.
- Mit den Neuerungen im Gesundheitswesen (u.a. Fallkostenpauschale) und der Verselbständigung der Spitäler ist die Notwendigkeit im Kanton Basel-Stadt gewachsen, über eine eigene kantonale

Gesundheitsstatistik inkl. Steuerungsinformation und das entsprechende Fachwissen zu verfügen. Dazu wurden 2.0 Stellen bewilligt.

- Das Projekt der ambulanten Gesundheitsversorgung MARS (Modules Ambulatoires des Relevés sur la Santé) wird weiter ausgebaut und mit einer Stelle genehmigt.
- Im Bereich Datenmanagement hat sich der Aufwand vor allem durch die Veränderungen in der Statistik hin zu Register- und Administrativdatennutzung ständig erhöht. Um diesem Aufwand gerecht zu werden, wurden 0.2 Stellen bewilligt.
- Um die Aufgabe als Kompetenzzentrum für Befragungen der Verwaltung im Sinn des Auftrages wahrnehmen zu können wurden 0.2 Stellen genehmigt.
- Um die für den Kanton geforderten wirtschaftsstatistische Informationen zu liefern wurden 0.3 Stellen bewilligt.

Bau- und Verkehrsdepartement

- Für die Massnahme zur Gewährleistung und nachhaltigen Sicherstellung der Sauberkeit, im Rahmen des Schwerpunktes „urbane Standortqualität“, wurden insgesamt 10.0 Stellen gesprochen. 5.0 Stellen für das Einsammeln von Litteringabfällen, 2.0 Stellen für die Beseitigung von Sprayereien, Verklebungen und illegalen Plakatierungen sowie 3.0 Stellen für die bedarfsorientierte Leerung der öffentlichen Abfallbehälter.
- Für den Ausbau und Betrieb des ÖREBK wurden 1.5 Stellen bewilligt. 0.5 Stellen im Ressort Projekte und Support und 1 Stelle im Ressort Geodatenmanagement für die Bereitstellung und den Betrieb.
- Für die Dienststelle Mobilität wurden zur Verwaltung des Pendlerfonds 0.5 Stellen bewilligt.
- Für die Besetzung des Fachsekretariats der Stadtbildkommission wird eine Stelle gesprochen. Diese wird Fälle kleinerer Tragweite beurteilen.

Erziehungsdepartement

- Bei den Schulen fallen aufgrund der steigenden Schülerzahlen und des stichtagbezogenen HC-Umrechnungsfaktors pro Lektion insgesamt 35.6 zusätzliche HC-relevante Stellen an.
- 12.1 Stellen von OS-Lehrpersonen fallen durch die Verlängerung der Primarschule beim Erziehungsdepartement weg und sind neu in der Gemeinde Riehen angesiedelt.
- Die aktualisierte Planung für den Ausbau der Tagesstrukturen (260 zusätzliche Plätze) führt zu einem weiteren Bedarf von 12.0 Stellen.
- Aufgrund der steigenden Schülerzahlen wurde im Rahmen der Schulharmonisierung der Ausbau der Kindergärten sowie der Tagesstrukturen beschlossen. Die Betreuung der neuen Standorte (23 Kindergärten, 14 Tagesstrukturen) führt zu einem Stellenausbau von insgesamt 9.9 Stellen. Dabei entfallen 7.6 Stellen auf das Reinigungs-, 1.3 Stellen auf das Abwartswesen sowie 1.0 Stellen auf die per Grossratsbeschluss genehmigte Verwaltung und Planung der baulichen Massnahmen.
- Durch die Schliessung der Psychotherapiestation und der Weiterführung eines reduzierten Angebots beim Schulheim Gute Herberge fallen im Erziehungsdepartement 5.0 Stellen weg.
- Für den Ausbau des Angebots „Deutsch als Zweitsprache (DAZ)“ werden in den Volksschulen 4.0 Stellen geschaffen.
- Infolge Auflösung der Projektorganisation im Rahmen der Schulharmonisierung fallen 3.25 Projektstellen weg.
- Bei den Schulen werden aufgrund der demografischen Entwicklung der Lehrpersonen 3.0 zusätzliche Stellen für die Altersentlastung benötigt.
- Mit der Ausweitung der Schulsozialarbeit auf Stufe Primarschule werden in den Pädagogischen Diensten 1.8 Stellen aufgestockt.

- Einerseits werden in den Volksschulen 1.5 Stellen durch die Umsetzung der Leitungsreform (Pensionierungen) reduziert, andererseits müssen die Ressourcen bei den Schulleitungen aufgrund der Klassenerhöhungen um 0.6 Stellen aufgestockt werden.
- Im Generalsekretariat wird durch die Pensumserhöhung der Leitung Rechtsdienstleistungen sowie die Umwandlung der Projektstelle Leseförderung der Headcount um 1.2 Stellen erhöht.
- Um der gestiegenen Nachfrage an logopädischer Betreuung für Vorschulkinder gerecht zu werden, sind im Zentrum für Frühförderung 1.0 zusätzliche Stellen nötig.
- Im Teilbereich Sport werden 1.0 Stellen aufgestockt, da das Sportamt den Unterhalt des FCB Campus gegen Entgelt übernimmt.
- Im Zusammenhang mit der Übernahme von Schülerinnen und Schülern der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen werden in der Fachstelle Gehörlosenbehinderung im Sinne der Qualitätssicherung 0.8 Stellen geschaffen.
- Im Pädagogischen Zentrum wird aufgrund einer technischen Umstellung im Zusammenhang mit den Assistenz Tätigkeiten eine Erhöhung von 0.7 Stellen vorgenommen. Zusätzlich werden im Rahmen einer periodischen Ressourcenanpassung weitere 0.5 Stellen für Beratungstätigkeiten geschaffen. Weitere 0.75 Stellen entfallen im Rahmen des bewilligten Ratschlags auf den Ausbau der Informatik an den Volksschulen.
- Am Gymnasium Münsterplatz werden die Ressourcen aufgrund der Schaffung einer Assistenzstelle in der Informatik um 0.3 Stellen erhöht.

Finanzdepartement

- Es wurde beschlossen, dass für die Umsetzung des Projektes WorkplaceBS die Verantwortung der elektronischen Arbeitsplätze zentral durch die ZID erbracht wird, die Departemente bleiben aber weiterhin verantwortlich für den Support vor Ort. Aus diesem Grund findet eine Headcountverschiebung von den Fachdepartementen zum Finanzdepartement in Höhe von 8.5 Stellen statt.
- Die Nachfrage der kantonalen Verwaltung nach Beratungsleistungen des Zentralen Personaldienstes im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung hat sich in den letzten 3 Jahren nahezu verdoppelt und die damit verbundene Beratungsdauer verdreifacht. Um diesem stetigen Wachstum gerecht zu werden, wurden 1.5 Stellen (ohne eine Erhöhung der finanziellen Mittel) bewilligt.
- Die Steuerrekurskommission ist mit einer Erhöhung der stetig steigenden Fallzahlen bei den Erlassverfahren konfrontiert. Um diese bewältigen zu können, wurde der Umwandlung von einer im 2013 bewilligen befristeten Aushilfe in eine ordentliche Stellenbesetzung von 50% zugestimmt.

Gesundheitsdepartement

- Im Bereich Gesundheitsschutz/Kantonales Laboratorium wird eine kantonale ABC-Fachstelle eingerichtet. Für diese Fachstelle erfolgt eine Headcountverschiebung von 0.3 Stellen vom Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie 0.3 Stellen vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt zum Gesundheitsdepartement.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

- Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 5. April 2011 wird für die weitere Umsetzung der Sicherheitsinitiative der Polizeibestand um 11.0 Stellen aufgestockt.
- Die Dienststelle JSD-520 Staatsanwaltschaft wird mit 6 zusätzlichen Kriminalpolizisten ausgebaut (Budgetpostulat Lukas Engelberger).
- Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 10. Mai 2011 wird für die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung „Bewirtschaftung der Parkräume und Kontrolle des ruhende Verkehrs“, der zusätzliche Personalbedarf von 1.5 Stellen bewilligt.
- Die Dienststelle JSD-509 Rettung verfügt über den höchsten Wert rückständiger Zeitguthaben pro Mitarbeitenden. Um dem Gesundheitsschutz vermehrt Rechnung zu tragen und um die aufgelaufenen Stunden innert nützlicher Frist abzubauen, wurden 3.0 Stellen bewilligt.

- Da der frühzeitigen Integration neu zuziehender Ausländerinnen und Ausländern ein immer grösseres Gewicht beigemessen wird, werden neu Begrüssungsgespräche im Kanton Basel-Stadt durchgeführt. Somit benötigt der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration zusätzlichen Personalbedarf von 2.7 Stellen.
- Durch das Outsourcing der Papierentsorgungszentrale konnten 0.8 Stellen eingespart werden.
- Der Headcount konnte durch die Verschiebung der ABC-Fachstelle zum Gesundheitsdepartement um 0.3 Stellen verringert werden.

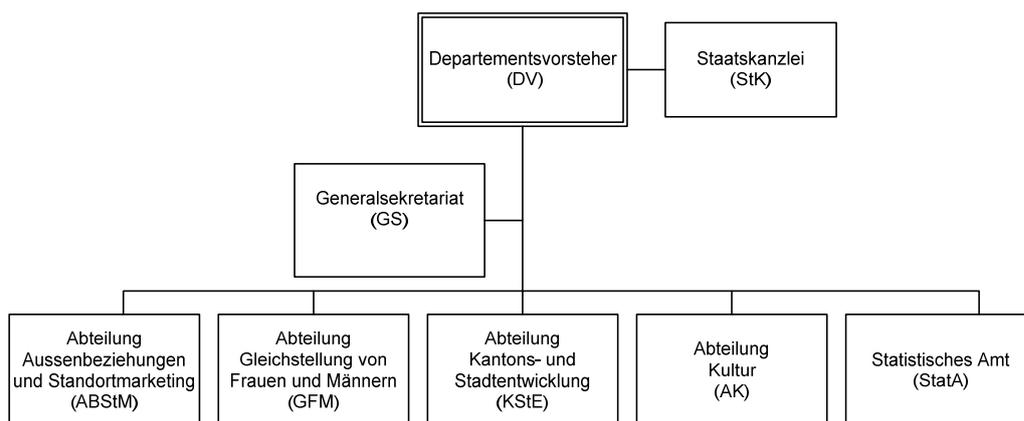
4.2 Budget Zweckgebundene Positionen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'186.0	-5.4	-0.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-401.1	-391.5	-404.4	-12.8	-3.3
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-5.6	-0.7	-14.1
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-1'603.4	-1'637.7	-1'671.2	-33.5	-2.0
39 Interne Verrechnungen	-240.0	-211.0	-228.2	-17.2	-8.2
Betriebsaufwand	-3'386.5	-3'425.7	-3'495.3	-69.6	-2.0
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
41 Regalien und Konzessionen	0.0	17.8	17.9	0.1	0.4
42 Entgelte	387.7	354.4	351.5	-2.8	-0.8
43 Verschiedene Erträge	4.6	0.1	2.1	2.0	1'991.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	18.7	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	273.5	290.5	299.3	8.8	3.0
49 Interne Verrechnungen	240.0	211.0	228.2	17.2	8.2
Betriebsertrag	924.5	873.8	899.0	25.2	2.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-2'462.0	-2'552.0	-2'596.3	-44.4	-1.7
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-114.5	-123.3	-129.0	-5.7	-4.7
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-5.8	-6.9	-7.8	-0.9	-13.1
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	2.8	2.8	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-120.4	-130.2	-134.1	-3.9	-3.0
Betriebsergebnis	-2'582.4	-2'682.1	-2'730.4	-48.3	-1.8
34 Finanzaufwand	-6.9	-2.3	-5.9	-3.6	-158.0
44 Finanzertrag	67.7	59.4	60.7	1.3	2.1
Finanzergebnis	60.7	57.1	54.8	-2.3	-4.1
Gesamtergebnis	-2'521.7	-2'625.0	-2'675.6	-50.6	-1.9
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-37.6	-129.9	-131.0	-1.1	-0.9
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Vert	-257.9	-257.9	-276.5	-18.5	-7.2
2 Bildung	-889.3	-886.2	-882.9	3.3	0.4
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.0	-162.4	-163.2	-0.8	-0.5
4 Gesundheit	-397.7	-414.6	-411.7	2.8	0.7
5 Soziale Sicherheit	-610.9	-618.4	-649.1	-30.7	-5.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-160.7	-154.1	-164.6	-10.5	-6.8
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.6	6.7	8.2	1.5	22.1
8 Volkswirtschaft	-2.4	-7.7	-4.3	3.4	43.9
9 Finanzen und Steuern	-0.9	-0.5	-0.4	0.0	6.1

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-256.9	-335.8	-369.8	-34.0	-10.1
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-3.5	-5.0	-1.5	-43.5
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	47.9	28.3	11.0	-17.3	-61.1
Nettoinvestitionen VV	-209.1	-311.0	-363.8	-52.8	-17.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-208.1	-311.0	-363.8	-52.8	-17.0

4.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	92
PD-321	Gleichstellung von Frauen und Männern	94
PD-330	Staatskanzlei	96
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	99
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	101
PD-360	Statistisches Amt	104
PD-370	Kultur	106
PD-376	Staatsarchiv	109
PD-377	Archäologische Bodenforschung	112
PD-371	Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	114
PD-372	Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	116
PD-373	Globalbudget Historisches Museum Basel	118
PD-374	Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel	120
PD-375	Globalbudget Museum der Kulturen Basel	122



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-53.8	-54.7	-55.4	-0.7	-1.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-42.6	-42.6	-46.4	-3.9	-9.1 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-253.4
36 Transferaufwand	-70.4	-71.5	-74.3	-2.9	-4.0 ²
Betriebsaufwand	-166.8	-168.8	-176.2	-7.4	-4.4
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	12.9	11.7	11.6	-0.1	-0.5
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.9	0.9	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	3.0	5.3	5.3	-0.0	-0.4
Betriebsertrag	16.5	17.0	17.8	0.9	5.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-150.3	-151.8	-158.4	-6.6	-4.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-3.5	-3.2	-3.6	-0.4	-13.7
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-0.2	-2.0	-1.4	0.6	31.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-3.7	-5.2	-5.0	0.2	3.7 ³
Betriebsergebnis	-153.9	-157.0	-163.4	-6.4	-4.1
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.1	-0.0	0.0	13.9
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.1	-0.1	-53.3
Finanzergebnis	0.2	0.2	0.1	-0.1	-66.6
Gesamtergebnis	-153.7	-156.8	-163.3	-6.5	-4.1
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-33.1	-34.3	-39.1	-4.8	-14.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-120.6	-122.5	-124.2	-1.7	-1.4

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-3.1	-6.3	-7.2	-0.9	-14.3
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-1.2	-6.3	-7.2	-0.9	-14.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-1.2	-6.3	-7.2	-0.9	-14.3

Kommentar

- Ein wesentlicher Grund für die Erhöhung des Sachaufwands ist die kostenneutrale Übernahme interner Mietverträge auf dem Kasernenareal vom FD (IBS) an das PD (KStE) per 1. Januar 2014. Auch ist die Erhöhung des Sachaufwands im Wesentlichen auf die einmalige Vorgabenerhöhung für die Ministerkonferenz OSZE 2014 und das Rathaus-Jubiläum 2014 zurückzuführen. Im Weiteren begründet sich die Erhöhung mit den einmaligen Ausgaben für den Auftritt als Ehrengast beim Marché-Concours National de Chevaux 2014 in Saignelégier sowie Teilkosten für den Auftritt Basels zusammen mit Genf und Zürich an der Worldexpo 2015 in Milano sowie der einmaligen Vorgabenerhöhung für Umzug, Miete Unterhalt externes Lager Spenglerpark in Münchenstein.
- Die Überschreitung resultiert im Wesentlichen aus dem Konto 361000 (Entschädigung an Bund), infolge der Vorgabenerhöhung für die Ministerkonferenz OSZE 2014 (teilweise Übernahme der Sicherheitskosten Bund).
- Die Abweichung ist im Wesentlichen mit der Umstellung der Abschreibungssätze von HRM1 auf HRM2 zu begründen.

Generalsekretariat PD

PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und leitet die Departementsangelegenheiten. Es begleitet die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Dienststellen. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik und Personal erbringt das Generalsekretariat Dienstleistungen für den Vorsteher und die Dienststellen des Departements und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Es ist für die reibungslose und fristgerechte Geschäftsabwicklung des Departements zuständig. Das Generalsekretariat knüpft und pflegt die Kontakte des Präsidialdepartements mit Personen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Tätigkeiten und Projekte

Stabsleistungen

Das Generalsekretariat ist insbesondere verantwortlich für:

- die operative Geschäftsleitung des Departements
- die Auftragsabwicklung und Koordination sämtlicher Geschäfte
- die Schwerpunktbildung im Departement und das entsprechende Controlling
- das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen (Chancen/Risiken) und die entsprechende Beratung des Vorstehers in politischen und führungsrelevanten Bereichen
- die Vor- und Nachbereitung der Verpflichtungen des Regierungspräsidenten in der Öffentlichkeit
- die laufende Optimierung und Anpassung der Ablauforganisation, Strukturen und Prozesse
- die Weiterentwicklung der Führungsstrukturen und Zusammenarbeitskultur sowie den Einsatz entsprechender Instrumente und Methoden

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-3'103.3	-3'294.9	-3'322.8	-28.0	-0.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'372.9	-1'812.3	-1'725.8	86.5	4.8
Betriebsaufwand	-4'476.2	-5'107.1	-5'048.6	58.5	1.1
42 Entgelte	18.7	20.1	20.0	-0.1	-0.5
Betriebsertrag	18.7	20.1	20.0	-0.1	-0.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-4'457.5	-5'087.0	-5'028.6	58.4	1.1
Betriebsergebnis	-4'457.5	-5'087.0	-5'028.6	58.4	1.1
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	-100.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	-100.0
Gesamtergebnis	-4'457.6	-5'087.1	-5'028.8	58.3	1.1
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-4'457.6	-5'087.1	-5'028.8	58.3	1.1

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken					
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	0.0	-6'300.0	-7'200.0	-900.0	-14.3
Nettoinvestitionen VV	0.0	-6'300.0	-7'200.0	-900.0	-14.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	0.0	-6'300.0	-7'200.0	-900.0	-14.3

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.3	19.5	19.5	20.3	21.0
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz	271	168	178	200	170
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz	236	298	233	250	200

Gleichstellung von Frauen und Männern

PD-321

Ziel und Auftrag der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern sind, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Die Gleichstellungspraxis innerhalb und ausserhalb der kantonalen Verwaltung wird angeregt, unterstützt, gefördert und begleitet. Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt, um die ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verbessern. Dies geschieht insbesondere durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, das Beraten und Unterstützen von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie das Überprüfen von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundes- und Kantonsverfassung.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Arbeit in untenstehenden Schwerpunkten stehen die Förderung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes (insbesondere der Lohngleichheit) sowie die Vernetzung mit Kooperationspartnern ausserhalb der Verwaltung im Vordergrund. Erlassprüfungen, Stellungnahmen und Vernetzungen zu gleichstellungsrelevanten Themen bilden den Kern der rechtlichen Arbeit.

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel (FfWR)

Die Aktivitäten zur nachhaltigen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie fokussieren auf die familienfreundliche Unternehmenspolitik. Das Ziel des dafür gegründeten Round Table ist, flexible und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen in Nordwestschweizer Firmen zu fördern und Basel als familienfreundlichen Wirtschaftsstandort zu positionieren. Es arbeiten zurzeit rund vierzig Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Verwaltungsstellen am Round Table FfWR mit. Nebst Vernetzung und Austausch von Best Practice konzipiert er zielgruppenspezifische Projekte, Veranstaltungen und Kampagnen: Im Budgetjahr wird der Fokus auf eine nachhaltige Personalpolitik gerichtet. Diese zeigt den Unternehmen Möglichkeiten für den Umgang mit dem Fachkräftemangel und mit den Bedürfnissen der zukünftigen Generation von Arbeitnehmenden auf. Insbesondere stehen die Männer und Väter im Zentrum. Zu diesem Thema organisiert die FfWR im Jahr 2014 eine Tagung. Die Neuauflage des Basler Familienplaners sensibilisiert mit Cartoons für das Thema und erreicht rund 8'000 Haushalte in der Region.

Öffnung der Berufswahl

Um der Geschlechtersegregation in der Berufswelt entgegenzuwirken, legt das Aktionsprogramm „no limits!“ den Akzent auf die Berufswahl von Jugendlichen. Es umfasst verschiedene Massnahmen zur Öffnung der Berufswahl und zur Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen. Hauptzielgruppe sind Schülerinnen und Schüler. Doch auch Lehrpersonen, Berufsberater/innen, Eltern, Betriebe und die Öffentlichkeit werden angesprochen. Im Jahr 2014 zeigt ein kurzer Film Jugendlichen die Vorteile einer offenen Berufswahl auf. Das Pixibüchlein „Theatertrubel im Kindergarten“ ermöglicht Kindergartenkindern den spielerischen Umgang mit verschiedenen Rollenbildern. An der Basler Berufs- und Weiterbildungsmesse suchen Botschafterinnen und Botschafter aus geschlechtsuntypischen Berufen den Austausch mit Jugendlichen, Eltern und Lehrpersonen. In ihrer Vorbildfunktion erzählen sie aus ihrem Berufsalltag und beantworten praktische Fragen zum Berufseinstieg.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-597.8	-623.4	-601.4	22.0	3.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-493.8	-425.8	-578.8	-153.0	-35.9 ¹
36 Transferaufwand	-531.3	-530.0	-530.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-1'622.9	-1'579.2	-1'710.2	-131.0	-8.3
42 Entgelte	13.5	9.2	17.3	8.1	88.2
43 Verschiedene Erträge	13.4	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	29.1	0.0	21.0	21.0	0.0
Betriebsertrag	55.9	9.2	38.3	29.1	317.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-1'567.0	-1'570.1	-1'671.9	-101.9	-6.5
Betriebsergebnis	-1'567.0	-1'570.1	-1'671.9	-101.9	-6.5
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	27.3
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	27.3
Gesamtergebnis	-1'567.1	-1'570.2	-1'672.0	-101.8	-6.5
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-1'567.1	-1'570.2	-1'672.0	-101.8	-6.5

Kommentar

- 1 Die Abweichung resultiert aus dem Konto 313100, infolge der Vorgabenerhöhungen durch den Regierungsrat für die Projektarbeiten und Unterstützungen. Die Legislaturplanmassnahme „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“ setzt in den nächsten Jahren bei Unternehmen und Angestellten einen zusätzlichen Schwerpunkt beim Thema „Männer und Teilzeitarbeit“: Umsetzung des nationalen Projekts „Der Teilzeitmann“, Gewinnen von Firmen, Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten für Männer und Unterstützung von Unternehmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	9.0	3.6	3.6	3.6	3.6
Projekte zur Förderung der Gleichst. von Frauen und Männern	Anz	13	14	14	12	12

Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Sie übernimmt Koordinationsaufgaben, unterstützt und vertritt den Regierungsrat in repräsentativen Funktionen und bringt seine Interessen in Gremien und Delegationen ein. Die Staatskanzlei ist Bindeglied zu anderen Stellen der Verwaltung, zum Grossen Rat, zum Bund, den Kantonen und zur Öffentlichkeit.

Die umfassende Geschäftskontrolle der Regierungskanzlei stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente.

Die Abteilung Kommunikation informiert die Medien und Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Regierungsrates. Dazu nutzt sie neben den klassischen Kommunikationsmitteln auch neue Medien. Sie erarbeitet Konzepte, Leitlinien sowie Projekte und steht dem Regierungsrat sowie der Verwaltung beratend zur Seite, damit eine offene, sachliche und rasche Kommunikation jederzeit und auf allen Ebenen gewährleistet bleibt.

Die Abteilung Dienste und Anlässe übernimmt protokollarische Aufgaben und ist verantwortlich für die Vorbereitung und Begleitung von Sitzungen sowie die Organisation und Durchführung von Anlässen im Auftrag des Regierungsrates.

Die Abteilung Recht und Volksrechte ist organisatorisch eine Abteilung der Staatskanzlei. Sie ist verantwortlich für die Gewährleistung der politischen Rechte und nimmt verschiedene Beratungsfunktionen wahr. Sie unterstützt den Regierungsrat in der Aufsicht über die Gemeinden und bereitet die Rekursentscheide des Regierungsrates sowie des Vorstehers des Präsidialdepartements vor. Zudem behandelt sie die Zugangsgesuche zu Regierungsgeschäften und unterstützt die anderen Verwaltungsstellen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip.

Der Staatskanzlei sind auch die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Die OSZE-Ministerratskonferenz findet am 4./5. Dezember 2014 unter dem Vorsitz der Schweiz in Basel statt. Die jährliche Zusammenkunft der 57 Aussenminister und 1'200 Delegierten bietet unserem Kanton die einmalige Chance, sich als internationaler Kongressstandort zu etablieren und als hochqualifizierter Partner des Bundes aufzutreten. Auf kantonaler Ebene leitet die Staatskanzlei das Projekt, für welches unter anderem die Deckung eines Anteils der Sicherheitskosten, die Finanzierung kantonaler Standortmarketing-Massnahmen sowie die Unterstützung der parallelen NGO-Konferenzen vorgesehen sind. Ebenfalls unter der Leitung der Staatskanzlei steht das 500-Jahr-Jubiläum des Rathauses, das am 23. August 2014 gefeiert wird.

Regierungskanzlei Der Lead für das Geschäftsverwaltungssystem Konsul wurde von der Staatskanzlei als Systemadministratorin fachseitig übernommen. An der Planung und Umsetzung von Prozessen und Verfahren zur gesamtkantonalen Zusammenarbeit im Bereich Geschäftsverwaltung sowie an der Konsolidierung der verschiedenen Organisationsstrukturen (ERFA AG, Gever/Recordsmanagement, Generalsekretärenkonferenz) wird intensiv gearbeitet.

Kommunikation Die Instrumente der Web-2.0-Kommunikation werden konzeptionell weiterentwickelt. Der Wechsel zum Online-Primat des Kantonsblatts wird weitergeführt. Der Relaunch des Online-Portals www.bs.ch wird fortgeführt.

Dienste und Anlässe Neben den traditionellen, jährlich stattfindenden Anlässen des Regierungsrates steht am 9./10. August 2014 die Teilnahme als offizieller Gastkanton am Marché-Concours National de Chevaux in Saignelégier auf dem Programm.

Recht und Volksrechte Nachdem der Bundesrat im Juni 2013 den dritten Bericht zu Vote électronique verabschiedet hat, wird der Regierungsrat prüfen, ob und inwiefern sämtlichen im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten die elektronische Stimmabgabe ermöglicht werden soll. Der Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten und die Arbeiten im Hinblick auf eine allfällige elektronische Stimmabgabe von Personen mit einer (Seh-)Behinderung

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'398.1	-4'184.0	-4'287.5	-103.5	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'915.7	-3'325.4	-4'329.1	-1'003.7	-30.2
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-7.3	0.0	-22.0	-22.0	0.0
36 Transferaufwand	-1.7	-1.2	-2'001.5	-2'000.3	...
Betriebsaufwand	-8'322.9	-7'510.6	-10'640.1	-3'129.5	-41.7
42 Entgelte	740.7	510.2	465.7	-44.4	-8.7
43 Verschiedene Erträge	122.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	862.8	510.2	465.7	-44.4	-8.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-7'460.0	-7'000.4	-10'174.4	-3'173.9	-45.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	0.0	-205.0	-163.0	42.0	20.5
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	0.0	-205.0	-163.0	42.0	20.5
Betriebsergebnis	-7'460.0	-7'205.4	-10'337.4	-3'131.9	-43.5
34 Finanzaufwand	-1.1	-0.3	-0.7	-0.4	-133.3
44 Finanzertrag	0.0	1.2	0.0	-1.2	-100.0
Finanzergebnis	-1.1	0.9	-0.7	-1.6	-177.8
Gesamtergebnis	-7'461.1	-7'204.5	-10'338.1	-3'133.5	-43.5
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-7'461.1	-7'204.5	-10'338.1	-3'133.5	-43.5

Kommentar

- 1 Die Überschreitung resultiert aus dem Konto 319925 (Veranstaltungen), infolge der einmaligen Vorgabenerhöhung für die Ministerkonferenz OSZE 2014 und das Rathaus-Jubiläum 2014.
- 2 Die Überschreitung resultiert aus dem Konto 361000 (Entschädigung an Bund), infolge der Vorgabenerhöhung für die Ministerkonferenz OSZE 2014 (teilweise Übernahme der Sicherheitskosten Bund).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.3	30.8	31.4	31.0	31.3
Regierungsgeschäfte	Anz	2'539	2'518	2'401	2'600	2'700
Beglaubigungen	Anz	16'821	18'281	15'835		
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz	1'757	1'676	1'632	1'650	1'650
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz	105	93	73	110	110
Eingegangene Rekurse an den Regierungsrat	Anz	150	158	191	150	200
Eingegangene Rekurse ans Präsidialdepartement	Anz	6	0	1	3	3
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz	19	18	14	16	14
Lotteriebewilligungen	Anz			5	5	5
Zugangsgesuche an Regierungsrat	Anz			4	4	5

Kommentar

- 1 Die Beglaubigungen wurden ins JSD transferiert.

werden fortgeführt. Sofern der Grosse Rat den Anpassungen des Wahlgesetzes zustimmt, werden schliesslich einerseits maschinenlesbare Stimm- und Wahlzettel eingeführt, andererseits wird bei der brieflichen Stimmabgabe künftig die persönliche Unterschrift verlangt werden.

Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten Die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten berät und schlichtet bei Mietstreitigkeiten. Ebenso werden der Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum geprüft und bewilligt. Im Weiteren behandelt die Schlichtungsstelle Gesuche im Rahmen des Gesetzes über Grundstückserwerb durch Personen im Ausland.

Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen Die kantonale Schlichtungsstelle für Diskrimi-

nierungsfragen berät und schlichtet bei Diskriminierungen im Erwerbsleben aufgrund des Geschlechts.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Die Aussenbeziehungen umfassen die Pflege der formellen Beziehungen des Kantons im In- und Ausland sowie den Aufbau von Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene. Im Inland steht die Interessensvertretung in Bundesbern sowie die Kooperationen innerhalb der Nordwestschweiz einschliesslich der Betreuung der Metropolitankonferenz Basel im Vordergrund. Eng mit der regionalen Zusammenarbeit verknüpft ist die trinationale Zusammenarbeit. International stehen die strategischen Kooperationen mit Massachusetts, Shanghai und Miami Beach im Fokus. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche durch gezielte Unterstützung wertvolle Beiträge in Entwicklungsgebieten im Ausland leistet.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke „Basel“ sowie die klare Positionierung im internationalen Standortwettbewerb verantwortlich und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland. Zum Auftrag gehören zudem die regelmässige Überprüfung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die periodische Evaluation der Bedürfnisse seitens der Akteure und Zielgruppen. Im Weiteren wird die koordinierte Akquisition von Grossanlässen verstärkt. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund tritt die Abteilung selbst als Veranstalter auf.

Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing betreut und koordiniert weitgehend sämtliche Aussenbeziehungen und Aussenwirkungen des Kantons Basel-Stadt. Die Realisierung von Auftritten im In- und Ausland einerseits und die konzeptionellen Planungsarbeiten im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und der Interessensvertretung auf nationaler Ebene andererseits sind die zentralen Themen im Berichtsjahr.

Trinationale Zusammenarbeit

Interkantonale Zusammenarbeit/Trinationaler Eurodistrict Basel/Grenzüberschreitende Projektförderung/Interessensvertretung Nach der erfolgreichen Lancierung der Metropolitankonferenz Basel im 2012 und der zweijährigen Schweizer Präsidentschaft des Eurodistrict Basel werden im Berichtsjahr die Strukturen auf Schweizer Seite überprüft und nach Möglichkeit weiter gestrafft. So soll in Zusammenarbeit mit den involvierten Akteuren innerhalb der Nordwestschweiz und im Rahmen der Subventionsverlängerungen für die entsprechenden Organisationen die Realisierung eines „Haus der Regio“ geprüft werden. Bei den Schwerpunktthemen stehen die Infrastrukturvorhaben sowie die trinationale Identität im Vordergrund. Im 2014 wird zudem die Kooperation zwischen Basel-Stadt und dem Kanton Jura weiter gefördert.

Standortmarketing

Positionierung im Standortwettbewerb/Präsenz Basel im In- und Ausland Im Sinn der strategischen Zielsetzung „Put Basel on the map“ realisiert die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing in Absprache mit den Marketingpartnern jedes Jahr breit angelegte Marketing-Plattformen im In- und Ausland. 2014 steht im Zeichen der Vorbereitungen für den gemeinsamen Auftritt der Städte Basel, Genf und Zürich an der Worldexpo 2015 in Milano. Zudem realisiert Basel einen Marketingauftritt am Marché-Concours National de Chevaux in Saignelégier. Mittels koordinierter und zielgerichteter Akquisitionsbemühungen sollen international bedeutende Grossanlässe für Basel gewonnen und aus erster Hand betreut werden. Darüber hinaus gilt es, die 544. Basler Herbstmesse und den 37. Basler Weihnachtsmarkt auf dem Barfüsser- und Münsterplatz durchzuführen. Ein Schwerpunkt bildet zudem die qualitative Aufwertung und Positionierung des Basler Stadtmarktes.

Städtepartnerschaften Im Berichtsjahr gilt es, die bestehenden Netzwerke, Austausch- und Kooperationsprogramme im Rahmen der Städtebeziehung zwischen Basel und Shanghai sowie der

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'108.6	-2'288.7	-2'251.8	36.9	1.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'735.3	-3'864.7	-4'399.8	-535.1	-13.8 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-4.3	-8.7	-8.7	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-2'612.5	-2'591.0	-2'641.0	-50.0	-1.9
Betriebsaufwand	-8'460.7	-8'753.0	-9'301.2	-548.2	-6.3
41 Regalien und Konzessionen	3.4	3.6	3.6	0.0	0.0
42 Entgelte	3'629.4	3'444.0	3'471.4	27.4	0.8
43 Verschiedene Erträge	13.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	3'646.1	3'447.6	3'475.0	27.4	0.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-4'814.6	-5'305.4	-5'826.2	-520.8	-9.8
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-13.8	-83.9	-83.9	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-13.8	-83.9	-83.9	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-4'828.4	-5'389.4	-5'910.2	-520.8	-9.7
34 Finanzaufwand	-3.6	-3.0	-3.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-3.6	-3.0	-3.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-4'832.1	-5'392.4	-5'913.2	-520.8	-9.7
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-4'832.1	-5'392.4	-5'913.2	-520.8	-9.7

Kommentar

1 Einmalige Ausgaben für den Auftritt als Ehrengast beim Marché-Concours National de Chevaux 2014 in Saignelégier sowie Teilkosten für den Auftritt Basels zusammen mit Genf und Zürich an der Worldexpo 2015 Milano.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.0	12.8	16.0	14.5	14.8
Verlangte Verfügungen Messen und Märkte	Anz	1	0	0	2	2
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2	2	2	2
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	3	2	2	2	2
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz	16	17	16	15	15

Kooperation zwischen Basel und Massachusetts sowie Miami Beach zu stärken und zu vertiefen. Die Beziehungen mit Moskau werden weiter gepflegt. Mit Hong Kong werden die im Zusammenhang mit der Art Basel Hong Kong im Jahre 2013 geknüpften Beziehungen konkretisiert.

Interessensvertretung Auf nationaler Ebene wird mit einer erhöhten Präsenz in Bern die Stärkung der politischen Interessensvertretung auf Bundesebene weitergeführt. Zudem sollen auf der Basis einer Schwerpunkteplanung in Kooperation mit anderen Städten und Regionen gezielte Massnahmen zur positiven Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses durchgeführt werden.

Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung befasst sich mit der mittel- und langfristig ausgerichteten strategischen Entwicklung von Basel-Stadt als Zentrum unseres Metropolitanraums und Lebensmittelpunkt einer vielfältig zusammengesetzten Bevölkerung. Sie stellt eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft. Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen, fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer und führt departementale Schlüsselprojekte. Die Fachstelle Grundlagen und Strategien bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittcharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. Die Fachstelle Stadtwohnen fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Die Fachstelle Diversität und Integration koordiniert die kantonale Integrationsförderung und setzt den gesetzlichen Integrationsauftrag von Bund und Kanton um. Die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung fördert die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben von Kanton und Stadt.

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Die Leitung der Legislaturplankonferenz (siehe auch unter Fachstelle Grundlagen und Strategien), die Umsetzung des Legislatur-Projekts «Welcome», das inhaltliche Mitwirken an der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 sowie der Informationstransfer und die Öffentlichkeitsarbeit sind die Hauptaufgaben. Im Rahmen des Projekts «Welcome» wird die Leitung die bisherigen erfolgreichen Massnahmen für einen gepflegten öffentlichen Raum («Basel – unverschmiert schön») vermehrt mit präventiven Massnahmen anreichern. Im Fokus stehen 2014 die Stadtzufahrten sowie publikumsintensive Strassen und Plätze. Die Resultate aus dem im Herbst 2013 zusammen mit dem EuroAirport und der Stadt Saint-Louis prämierten Ideenwettbewerb des IBA-Projekts «Flughafenstrasse» werden 2014 zur Umsetzung geprüft.

Grundlagen und Strategien Hinsichtlich der Strategiearbeit wird diese Fachstelle in Zusammenarbeit mit der Universität Basel die vom Regierungsrat gewünschte Überarbeitung der Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie in Angriff nehmen. Die laufende Berichterstattung zur Umsetzung der Legislaturplanung erfolgt im Jahresbericht des Regierungsrats. Im Rahmen der Grundlagenarbeit kommt das neue Fussgängerorientierungssystem in die Umsetzungsphase. Eine Kommunikationsplattform wird breite und vertiefende Informationen zur nachhaltigen Stadtentwicklung bieten und dabei aufzeigen, wie Konzepte und Ideen auch tatsächlich umgesetzt werden können. Zudem werden mit Partnern verschiedene Grundlagen in stadtentwicklungsrelevanten Themenfeldern erarbeitet. Die Koordinationsfunktion der Fachstelle wird in unterschiedlichen Themen laufend sowie fallspezifisch wahrgenommen.

Stadtteilentwicklung In dieser Fachstelle ergänzen sich fünf Aufgabenbereiche: Quartierarbeit, Stadtentwicklung Gundeli Plus, Entwicklung Kasernenareal, Förderung der Freiwilligenarbeit und Optimierung des Bewilligungswesens. Aufgabe der Stadtteilentwicklung ist, die anstehenden Veränderungsprozesse zu unterstützen und dabei soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte miteinzubeziehen. So können neu Entstandenes und Altbewährtes zusammenwachsen und voneinander profitieren. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit und die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit unterstützen und ergänzen diese Arbeiten optimal. Bis Ende 2010 stand das regierungsrätliche Schwerpunktprogramm Stadtentwicklung Basel Nord im Vordergrund. Heute setzt sich die Stadtentwicklung Gundeli Plus für die integrale Gesamtentwicklung des Gundeldinger Quartiers und von Teilen der angrenzenden Quartiere ein. Im Weiteren wird die Projektentwicklung Kasernenareal vorangetrieben und das Konzept «1.20m» für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung in den zuständigen Verwaltungsstellen verankert. Die Koordinationsstelle Bewilligungswesen bildet das zentrale Element

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'328.8	-3'394.4	-3'414.1	-19.7	-0.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'342.8	-2'768.0	-3'969.3	-1'201.3	-43.4 ¹
36 Transferaufwand	-1'865.3	-2'025.0	-2'045.0	-20.0	-1.0
Betriebsaufwand	-7'536.9	-8'187.4	-9'428.4	-1'241.0	-15.2
42 Entgelte	85.9	26.0	25.5	-0.5	-1.9
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	845.0	845.0	0.0 ¹
46 Transferertrag	381.2	500.0	535.0	35.0	7.0
Betriebsertrag	467.3	526.0	1'405.5	879.5	167.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-7'069.5	-7'661.4	-8'022.9	-361.5	-4.7
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-420.9	-40.0	-40.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-420.9	-40.0	-40.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-7'490.4	-7'701.4	-8'062.9	-361.5	-4.7
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	28.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	28.0
Gesamtergebnis	-7'490.4	-7'701.5	-8'063.0	-361.5	-4.7
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-7'490.4	-7'701.5	-8'063.0	-361.5	-4.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-181.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-181.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-181.2	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

¹ Die Abweichung ist kostenneutral und resultiert aus der Übernahme interner Mietverträge auf dem Kasernenareal vom FD (IBS) an das PD (KStE) per 1. Januar 2014.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.9	18.4	20.1	19.2	19.2
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz	9	8	7	6	6
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz	372	351	48	300	350
Anlässe Neuzuzügerbegrüssungen	Anz			48		

einer verwaltungsübergreifenden Umsetzungsorganisation zur Optimierung des kantonalen Bewilligungswesens. Die Einführung von E-Government-Angeboten steht im Vordergrund. Die Anlaufstelle für Zwischennutzungen dient dem Vermitteln zwischen potenziellen Nutzern und der Verwaltung sowie der Promotion von Zwischennutzungen gegenüber Eigentümern und innerhalb der Verwaltung.

Stadtwohnen Diese Fachstelle hat die kantonale Wohnraumentwicklungsstrategie 2012- 2016 federführend erarbeitet. Darauf aufbauend hat die Fachstelle in enger Zusammenarbeit mit anderen Departementen das Gesetz über die Wohnraumförderung (WRFG) inhaltlich entworfen. Im Herbst 2013 kam das WRFG als direkter Gegenvorschlag zur kantonalen Initiative „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!“ zur Abstimmung. In der Folge wird die Fachstelle die nötigen Detaillierungs- und Umsetzungsarbeiten koordinieren und erledigen. Zudem wird das Controlling aufgebaut, um die Erreichung der entsprechenden Wirkungs- und Sachziele zu überprüfen. Weiter ist für 2014 eine Fortführung der bisherigen Massnahmen wie die Durchführung des Wohnforums, die Organisation des Basler Investorengesprächs und die Öffentlichkeitsarbeit geplant.

Diversität und Integration Diese Fachstelle strebt die chancengleiche Teilhabe und Teilnahme der Migrationsbevölkerung am gesellschaftlichen Leben an. Sie erarbeitet Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zur Integrationspolitik, unterstützt Projekte für schwer zugängliche Bevölkerungsgruppen und fördert die Integration der Neuzuziehenden durch Informationsveranstaltungen. 2014 liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der im Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) geplanten Massnahmen zur spezifischen Integrationsförderung. In diesem Zusammenhang stehen die Einführung von Begrüssungsgesprächen und die entsprechende Mitarbeiterschulung. Die Fachstelle stellt die operative Umsetzung der Integrationsarbeit im Rahmen des Subventionsverhältnisses mit der GGG Ausländerberatung sicher. Die Koordinationsstelle für Religionsfragen ist für die Leitung des Runden Tisches der Religionen und die Beantwortung aktueller Fragen zuständig.

Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung Diese Fachstelle baut Diskriminierungen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen, öffentlicher Verkehr, Bauen und Kommunikation ab. Diese Querschnittsaufgabe wird zusammen mit verschiedenen Departementen, Institutionen der Behindertenfach- und -selbsthilfe und den Betroffenen umgesetzt. Die Berufsbildung für Lernende mit einer Behinderung wird integrativer und durchlässiger gestaltet. Staatliche und private Arbeitgeber, die sich für die Schaffung von neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung engagieren, werden mit einem Label ausgezeichnet. Die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Tramnetz Basel mit dem stufenlosen Zugang in die Fahrzeuge über erhöhte Haltekanten beginnt. Mit den Museen Basel werden Museumswochen zum Thema «perfekt_imperfekt» vorbereitet. In öffentlichen Podien äussern sich Betroffene als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu Fragen rund um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme.

Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehören ebenfalls zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt. Damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters.

Tätigkeiten und Projekte

Modernisieren und Optimieren Getrieben von Vorgaben des Bundes, von technischen Entwicklungen und veränderten Kundenbedürfnissen muss sich das Statistische Amt ständig den neuen Realitäten anpassen und seine Strukturen, Abläufe und Dienstleistungen modernisieren und optimieren. Dieser dauernde Prozess hat in den letzten Jahren an Tempo und Komplexität ständig zugelegt und wird auch 2014 unvermindert weitergehen.

STATENT Auf 2011 wurde im Rahmen der Modernisierung verschiedener wichtiger Statistiken des Bundes die bisherige, alle drei bis vier Jahre durchgeführte Betriebszählung durch die sogenannte STATENT abgelöst. Mitte 2014 werden die Daten erstmals zur Verfügung stehen. Die Aktualisierung erfolgt fortan jährlich. Es fällt damit ein beträchtlicher Aufwand an, die Zeitreihen soweit möglich zu harmonisieren und diese dann laufend weiterzuführen.

Verordnung zum Statistikgesetz Die Schaffung eines Statistikgesetzes zieht die Ausarbeitung der nötigen Verordnungen nach sich. In diesem Zusammenhang wird es notwendig sein, im Detail zu klären, welche Dienstleistungen zum Grundauftrag gezählt und welche gegen Entgelt erbracht werden.

MARS – Statistik der ambulanten medizinischen Versorgung Die vom Bund initiierten Arbeiten zum Aufbau einer Statistik der ambulanten medizinischen Versorgung werden weitergeführt. Für 2014 stehen die Erhebung der Ambulatorien sowie die Vorarbeiten für die Erfassung der Arztpraxen an.

Kantonale Gesundheitsstatistik Die Datenbasis der kantonalen Gesundheitsstatistik wird bis 2014 soweit aufgebaut sein, dass der Vielfalt an Fragestellungen auch kurzfristig mit adäquaten Auswertungen und Analysen Rechnung getragen werden kann.

Berichte zur Familienbefragung und Jugendbefragung Im Verlaufe von 2014 werden die Ergebnisse der Familienbefragung und der Jugendbefragung veröffentlicht. Die Berichte werden zu den aktuellen Ergebnissen einen Vergleich mit den Resultaten der Erhebung von 2009 enthalten.

Indikatoren zur Umweltberichterstattung Ab 2014 beginnt die erste Phase des Aufbaus der Umweltindikatoren in Koordination mit dem Kanton Basel-Landschaft. Ziel ist, eine verlässliche Datenbasis aufzubauen, die sich an diejenige des Bundes anlehnt und in Zukunft eine faktenbasierte Darstellung der Entwicklung erlaubt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'133.4	-3'203.9	-3'893.5	-689.7	-21.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'003.3	-958.4	-883.0	75.4	7.9
36 Transferaufwand	-42.0	-42.0	-42.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-4'178.7	-4'204.3	-4'818.5	-614.2	-14.6
42 Entgelte	527.8	413.2	441.5	28.3	6.8
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	16.0	16.0	16.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	543.8	429.2	457.5	28.3	6.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'634.9	-3'775.1	-4'361.1	-586.0	-15.5
Betriebsergebnis	-3'634.9	-3'775.1	-4'361.1	-586.0	-15.5
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.2	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-3'635.2	-3'775.3	-4'361.3	-586.0	-15.5
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-3'635.2	-3'775.3	-4'361.3	-586.0	-15.5

Kommentar

1 Aufstockung des Personals zur Bewältigung umfangreicher neuer Aufgaben im Bereich Gesundheitsstatistik.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	17.1	20.9	21.4	25.1
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	-	57'759	63'876	55'000	57'000
Kurzanfragen	Anz	5'552	5'917	7'105	5'000	6'500
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	191	192	209	180	200
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz	0	0	0	< 4	< 4

Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur ist verantwortlich für die öffentliche Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt. Sie fördert und unterstützt das aktuelle Kultur- und Kunstschaffen, das kulturelle Erbe sowie die Kulturvermittlung in ihrer Vielfalt. Gefördert werden insbesondere die Sparten Bildende Kunst, Tanz und Theater, Musik, Literatur, Film/Audiovision und Jugendkultur. Mit ihren Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt sie das kulturelle Erbe des Kantons, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese für Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen pflegen ihre hochkarätigen Sammlungen, vermitteln diese an das breite Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Mittels verschiedener Dienstleistungen im Museumsbereich kommuniziert und vermittelt die Abteilung Kultur die Angebote der staatlichen und nichtstaatlichen Museen. Über Education Projekte und interkulturelle Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Kunstschaffenden und Jugendlichen sowie Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund gefördert. In verschiedenen Gremien setzt sich die Abteilung Kultur für kulturpolitische Belange und Anliegen sowie für den regionalen und nationalen kulturellen Austausch ein. Die Abteilung Kultur pflegt eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Sie versucht den internationalen Vergleich zu pflegen und sich von zukunftsweisenden Tendenzen und Impulsen leiten zu lassen.

Tätigkeiten und Projekte

Ergänzend zu den bisherigen regulären Aufgaben prägt die Umsetzung der im Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele die Tätigkeit der Abteilung Kultur. Insbesondere wird das neue Evaluationssystem (Standartisierte Jahresberichterstattung und Potenzialgespräche) im 2014 eingeführt. Auch die Museumsstrategie sowie das Orchesterkonzept werden 2014 finalisiert bzw. umgesetzt.

Im Bereich der Kulturförderung stehen 2014 zahlreiche Subventionsverhandlungen an: GBK Genossenschaft Basler Kleintheater, Tanzbüro Basel, Kaskadenkondensator, Haus für elektronische Künste, Stadtkino Basel/Landkino, Vorstadttheater Basel, dock: aktuelle Kunst aus Basel, Kulturbüro Basel, Sinfonieorchester Basel und Theater Basel.

Zu den grossen Projekten der Abteilung Kultur zählt die Realisierung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum (Eröffnung 2016), insbesondere unter der Berücksichtigung der Schliessung im Jahr 2015. Auch werden die beiden Neubauprojekte für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv sowie die Nachnutzung des Berri-Baus durch das Antikenmuseum geplant und umgesetzt. Auf dem Areal der Kaserne steht nicht nur die Dachsanierung im Kulturbetrieb an, sondern vor allem der Wettbewerb und die künftige Nutzung des Kopfbaus sowie die zeitgemässe Einrichtung der Ateliergemeinschaft. Schliesslich gilt es die Realisierung der Stadtcasino-Erweiterung zu begleiten.

Für die neu eingerichtete Jugendkulturpauschale wird eine Verordnung formuliert, die Förderziele und -kriterien definiert. Das Forum für Geschichte wird weiter entwickelt. Das Crowdfunding-Projekt basel.wemakeit.ch wird weiter verfolgt.

Förderung des Kulturschaffens

Die Förderung des Kunstschaffens wird durch die Fachausschüsse und den Kunstkredit bzw. die entsprechenden Kredite (Kunstkredit, gemeinsame Fachkredite BS/BL, Atelierkredit, Kulturpauschale, Jugendkulturpauschale u.a.m.) definiert. Der Kunstkredit wird teilweise neu organisiert, insbesondere die Zusammensetzung der Kommission und die Gestaltung der jährlichen Ausstellung. Die Abteilung Kultur finanziert und führt seit 2006 die Education Projekte Region Basel durch, die weiterentwickelt und für grössere Kreise, insbesondere der Freien Szene, geöffnet werden. Das von der Abteilung Kultur initiierte Programm „Kultur im Kontext“ will Förderschwerpunkte und -instrumente im Bereich der edukativen und interkulturellen Projekte erweitern. Die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen soll wo möglich verstärkt werden. Im Bereich der Projektförderung stehen im 2014 vier

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'678.8	-1'751.6	-1'709.5	42.1	2.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'586.4	-1'458.0	-1'620.1	-162.2	-11.1 ¹
36 Transferaufwand	-65'357.4	-66'297.5	-67'082.2	-784.6	-1.2
Betriebsaufwand	-68'622.7	-69'507.1	-70'411.8	-904.7	-1.3
42 Entgelte	58.4	75.4	75.4	0.0	0.0
43 Verschiedene Erträge	13.5	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	333.6	600.0	600.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	405.5	675.4	675.4	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-68'217.1	-68'831.7	-69'736.4	-904.7	-1.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-185.9	-2'026.6	-1'397.7	628.9	31.0 ²
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-185.9	-2'026.6	-1'397.7	628.9	31.0
Betriebsergebnis	-68'403.0	-70'858.3	-71'134.1	-275.8	-0.4
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.3	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-68'403.4	-70'858.6	-71'134.5	-275.8	-0.4
davon Funktionen:					
31 Kulturerbe	-4'000.0	-4'006.6	-3'273.9	732.7	18.3
32 Kultur, übrige	-64'403.4	-66'852.0	-67'860.5	-1'008.5	-1.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-185.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-185.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-185.9	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Überschreitung resultiert im Wesentlichen aus dem Konto 313100 (Projektierungsaufwand). Für die neue Stelle „Projektleitung Naturhistorisches Museum Basel/Statistisches Amt/Casino/Kaserne/Historisches Museum Basel/Antikenmuseum Basel“ wurde ein Vorgabentransfer und eine Vorgabenerhöhung gesprochen. Im Weiteren wurde erstmalig die Dienstleistung WorkplaceBS budgetiert. Die Kosten für die Sitzungsgelder/Kommissionen wurden für 2014 höher budgetiert als 2013.
- Höhere Abschreibungen infolge neuer Investitionsbeiträge.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.8	10.5	11.0	12.0	12.2
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	178'716	177'988	164'645	180'000	165'000
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	167	186	167	170	200
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	957	952	936	950	900
Abgesetzte Tickets Museumsnacht	Anz	28'912	32'124	32'575	30'000	29'000

Subventionserneuerungen an: Fachausschuss Audiovision und Multimedia, Fachausschuss Literatur, Kunstkredit Basel-Stadt sowie Kulturpauschale.

Stabsleistungen Abteilung Kultur

Die Museumsdienste Basel wurden auf den 1. August 2013 aufgelöst und mit ihren bisherigen Angeboten in die Abteilung Kultur integriert. Die Kommunikationsmittel der Abteilung Kultur werden laufend überprüft und bei Bedarf ausgebaut. Sämtliche Kommunikationsprodukte werden bis Ende 2014 ein neues Erscheinungsbild haben. Das Evaluationssystem für die Subventionsempfänger wird erstellt und implementiert. Die Abteilung Kultur ist im interdepartementalen Projekt „Entwicklung Kasernenareal“ in zwei wichtigen Teilbereichen direkt involviert: der Nachnutzung des Hauptbaus und dem zentralen Arealmanagement. Die Abteilung Kultur ist zudem federführend bei der Teilsanierung des Stadtcasinos.

Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Vielzahl von Unterlagen (Papierakten, digitale Unterlagen und audiovisuelle Dokumente wie Pläne, Bilder, Tondokumente, Filme etc.), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien (Stiftungen, Vereine, Nachlässe, Firmenarchive etc.).

Das Staatsarchiv stellt die Unterlagen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Tätigkeiten und Projekte

Der Schwerpunkt über die kommenden Jahre bildet weiterhin die Planung und Umsetzung des Neubauvorhabens für das Staatsarchiv. Nach dem positiven Beschluss des Grossen Rates zum Projektierungskredit für das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum steht aktuell die Durchführung des Projektwettbewerbs für das gemeinsame Bauvorhaben beim Bahnhof St. Johann im Zentrum. Das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung“ befindet sich in der ersten aktiven Phase der Umsetzung: Mittels eines hochfrequenten Verfahrens wird analoges Archivgut digitalisiert. Das Projekt „Ersatz von nicht archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Akten des 13. bis 20. Jahrhunderts“ wird plangemäss abgeschlossen. Ferner wird ein Antrag für ein Investitionsprojekt mit den Schwerpunkten digitale Bestandserhaltung und Zugang zu digitalen Unterlagen vorbereitet.

Konkretisierung Raumplanung Gemäss den Ratschlägen für die Projektierungskredite werden die beiden Neubauvorhaben Staatsarchiv und Naturhistorisches Museum beim Standort St. Johann zusammengeführt und ein gemeinsamer Projektwettbewerb ausgeschrieben. Auf Basis der Detailplanung des aus dem Wettbewerb hervorgehenden Siegerprojekts wird der Ratschlag für die Umsetzung der Neubauten (Baukredit) vorbereitet und je nach Projektverlauf bereits 2014 dem Regierungsrat vorgelegt.

Digitale Langzeitarchivierung Zur organisatorischen Verstetigung der digitalen Archivierung werden ein Betriebskonzept erarbeitet und die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen beantragt. Im Projekt „Digitales Archiv 2.0“ (Weiterentwicklung des Archivinformationssystems und des digitalen Magazins) mit den beiden Schwerpunkten digitaler Lesesaal und digitale Bestandserhaltung werden die konzeptionellen Arbeiten zur digitalen Bestandserhaltung abgeschlossen und die Umsetzungsplanung inkl. Antrag für ein Investitionsprojekt vorgelegt. Die Ablieferungsschnittstelle im Geschäftsverwaltungs-System Konsul für die Übergabe von digitalen Unterlagen an das Staatsarchiv steht dem Kanton zur Verfügung und kann nach dem nächsten Release von Konsul genutzt werden. Unter Beteiligung des Staatsarchivs werden Schritte eingeleitet, um sowohl bereits ältere im Konsul vorhandene Unterlagen als auch erst entstehende Unterlagen für die digitale Archivierung vorzubereiten.

Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung) Das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“ - mit den Zielen Sicherung zentraler Archivbestände nach den Richtlinien des Kulturgüterschutzes, Verbesserung der Online-Zugänglichkeit und Schutz der Originale durch Digitalisierung – befindet sich in der Realisierungsphase. Die Arbeiten werden erstmals gemäss Digitalisierungsportfolio durchgeführt.

Im Projekt „Ersatz von nicht archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Akten des 13. bis 20. Jahrhunderts“ zur Behebung gravierender Defizite bei alten Verpackungen werden nochmals rund 550 Laufmeter Archivalien neu ausgerüstet. Damit wird das im Jahre 2011 aufgenommene Investitionsprojekt seinen planmässigen Abschluss finden.

Im Bereich der elektronischen Überlieferungsbildung wird das Informationsangebot für die aktenproduzierenden Stellen durch eine ausführliche Dokumentation und ein Kursangebot verstärkt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-2'372.0	-2'501.6	-2'363.0	138.6	5.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'317.8	-1'202.8	-1'401.8	-199.0	-16.5 ²
36 Transferaufwand	-5.0	-5.0	-5.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-3'694.8	-3'709.4	-3'769.9	-60.4	-1.6
42 Entgelte	250.3	299.0	251.8	-47.2	-15.8
Betriebsertrag	250.3	299.0	251.8	-47.2	-15.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'444.4	-3'410.4	-3'518.0	-107.6	-3.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-252.7	-189.0	-232.4	-43.5	-23.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-252.7	-189.0	-232.4	-43.5	-23.0
Betriebsergebnis	-3'697.2	-3'599.4	-3'750.5	-151.1	-4.2
34 Finanzaufwand	-2.9	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-2.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-3'700.1	-3'599.4	-3'750.5	-151.1	-4.2
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-3'700.1	-3'599.4	-3'750.5	-151.1	-4.2

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken					
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-170.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-170.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-170.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Verzicht auf Besetzung bewilligter Stellenprozente sowie Sparmassnahmen im personellen Bereich zur Finanzierung zusätzlicher Kosten im Bereich Digitaler Archivierung.
- 2 Bewilligte Vorgabenerhöhung für Miete und Unterhaltskosten des neuen externen Lagers sowie Mehraufwand insbesondere für den Betrieb des Digitalen Magazins.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	16.4	17.0	17.1	17.9	17.6
Benützungstage	Tg	15'979	17'606	18'209	16'800	17'500 ¹
Benutzungsvorgänge	Anz	14'298	14'978	18'237	15'800	17'000 ²
Erschliessungsgrad	%	85.1	81.0	75.9	80.0	75 ³
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	308	316	287	316	287 ⁴
Benützungen	Anz	8'538	8'024	9'203		⁵
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	85.0	80.7	81.9		⁶

Kommentar

- 1 Die Anzahl Benützungstage widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), die Online-Benützungen (Äquivalent der Aufenthaltsdauer zu einem Benützungstag) und sonstige Benützungen (Führungen, Vorträge, Lehrveranstaltungen, Museumsnacht usw.).
- 2 Die Anzahl Benutzungsvorgänge umfasst die Anzahl ausgeliehener Archivalieneinheiten sowie die Anzahl Anfragen, Reproduktionen und Gesuche.
- 3 Der Erschliessungsgrad oder der Frist-Erreichungsgrad umfasst den Anteil der nach 3 Jahren verzeichneten/ katalogisierten Ablieferungen an der Gesamtheit aller Ablieferungen.
- 4 Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen.
- 5 Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.
- 6 Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.

Informationsvermittlung Die Kommunikation mit den Benutzenden wird zielgruppengerecht ausgebaut, speziell bei den Zugangsmöglichkeiten via Website und bei der Archivpädagogik. Vorhaben aus den Bereichen Bildung und Forschung insbesondere im Bereich der Digital Humanities werden koordiniert und sachgerecht gefördert. Zuhanden Archivleitung und -abteilungen werden Kernaufgaben wie Digitalisierung, Neubau oder Betriebskonzepte kommunikativ begleitet und unterstützt.

Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen. Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen. Vermittlung und Bereitstellung historischer Erkenntnisse.

Tätigkeiten und Projekte

Im 2014 steht die Durchführung von Rettungsgrabungen in der international bedeutenden Fundstelle Basel-Gasfabrik an. Anfangs 2014 werden die Grabungsteams einer Reorganisation unterzogen.

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen

2014 ist der Abschluss der Rettungsgrabungen auf dem Münsterhügel vorgesehen. Untersuchungen stehen vor allem noch auf dem Martinskirchplatz an. In der spätkeltischen Fundstelle „Basel-Gasfabrik“ werden in zwei Zonen Rettungsgrabungen stattfinden. Die Anbindung Fabrikstrasse-Rheinuferpromenade wird im Süden der Fundstelle nochmals Rettungsgrabungen auf einer Fläche von 750 m² auslösen. Zusätzlich plant die Novartis weitere Bauten im Rahmen ihres Campusprojekts, die spätkeltische Befunde tangieren können. Die zurzeit drei Grabungsteams werden aus organisatorischen und gesamtbetrieblichen Überlegungen zu einem grossen Grabungsteam ab 2014 zusammengelegt.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen

Den Abschluss des Transfers aller archäologischen Funde ab dem Jahr 1962 aus den Depots des Historischen Museums in das Zentrallager bildet die Überführung der Metallobjekte und der Münzen. Zentral für die Erschliessung der Funde wird die Integration von Daten des Historischen Museums, wie z.B. Restaurierungsprotokolle, in die Datenbanken der Archäologischen Bodenforschung sein. 2014 wird die Fundinventarisierung schwerpunktmässig vorangetrieben werden. Da der Neuzugang von Funden zurückgegangen ist, besteht die Gelegenheit, die Anteile von noch nicht inventarisierten Neufunden auf ca. 50% zu senken.

Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse

2014 sind weitere Artikel zu den Ergebnissen des Schweizerischen Nationalfonds-Forschungsprojekts „Über die Toten zu den Lebenden: Menschliche Überreste vom spätlatènezeitlichen Fundplatz Basel-Gasfabrik und ihre kulturgeschichtlichen Deutungen“ in verschiedenen internationalen Zeitschriften geplant. Der Jahresbericht 2013 wird wie gewohnt in der zweiten Jahreshälfte herausgegeben. Nachdem die Neukonzeption der wissenschaftlichen Buchreihe „Materialhefte zur Archäologie in Basel“ im Jahr 2013 realisiert wurde, wird 2014 der erste Band mit dem Titel „Der Münsterhügel in spätrömischer Zeit“ erscheinen. Falls es die Finanzen zulassen, wird die Renovation der Archäologischen Informationsstelle Lohnhof vorgenommen. Die Teilnahme an der Museumsnacht steht im Zeichen der keltischen und römischen Strasse über den Münsterhügel. In den Sommerferien ist wiederum die Durchführung einer Kindergrabung programmiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'957.1	-3'373.8	-3'372.3	1.5	0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'297.2	-964.1	-1'033.8	-69.6	-7.2
Betriebsaufwand	-5'254.3	-4'337.9	-4'406.1	-68.2	-1.6
42 Entgelte	229.9	38.7	77.2	38.5	99.6
46 Transferertrag	172.9	22.5	60.2	37.7	167.6
Betriebsertrag	402.8	61.2	137.4	76.2	124.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-4'851.4	-4'276.7	-4'268.6	8.0	0.2
Betriebsergebnis	-4'851.4	-4'276.7	-4'268.6	8.0	0.2
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0
44 Finanzertrag	3.2	3.2	3.2	0.0	0.0
Finanzergebnis	3.1	3.1	3.1	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-4'848.3	-4'273.6	-4'265.5	8.0	0.2
davon Funktionen:					
31 Kulturerbe	-4'848.3	-4'273.6	-4'265.5	8.0	0.2

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.1	21.9	22.4	24.6	24.6
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	88	89	90	85	90
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	43	40	41	45	50
Publikationen pro Jahr	Anz	3	4	2	3	4

Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit der Stadt Basel mit Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie von lebendigem Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Sammlung Der Unterhalt, die Erforschung und die Vermittlung der weltberühmten Sammlungsbestände stehen im Mittelpunkt. Ausserdem wird die Sammlung, insbesondere im Gegenwartsbereich, kontinuierlich durch Ankäufe und Schenkungen erweitert.

Vermittlung Das Leistungsangebot wird qualitativ stetig verbessert. Dies gilt sowohl für die öffentlichen und privaten Angebote als auch für die Programme für Schulklassen. Im Jahr 2014 werden folgende Ausstellungen zu sehen sein.

Sonderausstellungen im Kunstmuseum:

- James Ensor, aus dem Königlichen Museum Antwerpen und Schweizer Sammlungen, vom 16. Februar bis 25. Mai 2014
- Charles Ray vom 15. Juni bis 28. September 2014
- Caspar Wolf vom 19. Oktober 2014 bis 1. Februar 2015

Wechselausstellungen im Kunstmuseum:

- Kasimir Malewitsch – Die Welt als Ungegenständlichkeit vom 1. März bis 22. Juni 2014
- Editions Paul Martial vom 5. Juli bis 19. Oktober 2014
- A Private Eye vom 21. September 2014 bis 4. Januar 2015
- Dürer und Umkreis, Zeichnungen, vom 1. November 2014 bis 1. Februar 2015

Wechselausstellungen im Museum für Gegenwartskunst:

- Le corbeau et le renard: Marcel Broodthaers vom 15. März bis 17. August 2014
- Das Schloss Systeme vom 11. Oktober 2014 bis 29. März 2015

Dieses Ausstellungsprogramm kann unter anderem Dank der grosszügigen Unterstützung von privaten Sponsoren, dem Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst, der Christoph Merian Stiftung, der Emanuel Hoffmann-Stiftung, der Stiftung für das Kunstmuseum Basel sowie nicht genannt wollender Mäzene realisiert werden.

Dienstleistungen Die Leistungsangebote der Buchhandlung, der Eventabteilung und der Bibliothek werden hinsichtlich ihrer Qualität kontinuierlich optimiert.

Projekt Erweiterungsbau: Im Jahr 2014 wird der Rohbau sowie der Verbindungstrakt zum Hauptbau erstellt. Im Folgejahr sind der Innenausbau und ab Oktober 2015 die Inbetriebnahme geplant.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Personalaufwand	-10'333.7	-10'157.5	-10'248.3	-90.8	-0.9
Übriger Aufwand	-9'624.0	-10'955.9	-11'073.4	-117.5	-1.1
Ertrag	6'458.7	7'469.5	7'733.3	263.8	3.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-13'499.0	-13'643.9	-13'588.4	55.5	0.4
Finanzergebnis	47.1	66.0	-2.4	-68.4	-103.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	-518.0	-855.0	-1'055.0	-200.0	-23.4
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'225.4	-463.7	-730.7	-267.0	-57.6
Vollkosten	-15'195.3	-14'896.6	-15'376.4	-479.8	-3.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-1'415.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	218.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-1'196.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-1'196.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaussstellungen	Anzahl Besucher/-innen	=	207'077	245'635	220'000	220'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	677	758	550	500
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	1'174	1'052	1'150	1'000
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	5%	5%	5%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	500	500	500	500

Die Eröffnung des Erweiterungsbaus ist auf den 1. März 2016 festgesetzt. Die im Jahr 2013 begonnene erste Etappe der Sanierungsarbeiten am Hauptbau wird im 2014 fortgeführt und mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus im 2015 abgeschlossen.

Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Sonderausstellungen sind die Projektarbeiten für die Neugestaltung der Dauersammlung mit den entsprechenden baulichen Anpassungen der Räumlichkeiten Schwerpunkt des Jahres 2014. 2016 sollen die einzelnen Kulturbereiche neu nach Themen präsentiert und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Kulturen kritisch thematisiert werden. Die gewählten Themen suchen den Aktualitätsbezug.

Sammlung/Forschung Die 2013 eröffnete Ausstellung „Wann ist man ein Mann?“ wird bis zum 31. März 2014 im Antikenmuseum und in der Skulpturhalle gezeigt. In Zusammenhang mit dieser Ausstellung ist ein breites Veranstaltungsprogramm geplant.

Vorgesehen ist im Jahre 2014 ein Ausstellungsprojekt über die Weltsensation von Antikythera. Zwischen 60 und 50 v.Ch. wurde ein grosses Transportschiff vor der griechischen Insel Antikythera von einem Sturm überrascht und sank. Dieses Schiff wurde 1900 von Schwammtauchern entdeckt. Geborgen wurden zahlreiche Meisterwerke der griechischen Kunst wie herausragende Skulpturen, Goldschmuck, silberne Münzen und Gefässe, reich verzierte Gläser und Transportamphoren. Herausragend ist der äusserst ausgeklügelte und raffinierte mechanische Kalender, der als höchste technologische Leistung der Menschheit bis zum Hochmittelalter angesehen wurde. Die Ausstellung wurde erstmalig im Nationalmuseum von Athen gezeigt. Das Interesse an dieser Ausstellung ist weltweit, doch könnte Basel als erste aussergriechische Destination diese Ausstellung übernehmen. Die Verhandlungen mit den griechischen Behörden sind vielversprechend und weit fortgeschritten.

Vermittlung Hauptziele sind die Begleitung der Sonderausstellungen mit Workshops und Veranstaltungen. Dazu sollen über neue Angebote Kinder, Jugendliche und behinderte Personen für das Museum interessiert werden.

Dienstleistungen Elektronische Mittel für eine verbesserte Information unserer Besuchenden werden mit Schwerpunkt in den Sonderausstellungen eingeführt. Die Erwartungen unserer Besuchenden werden dabei berücksichtigt.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Personalaufwand	-3'542.5	-3'662.8	-3'631.7	31.0	0.8
Übriger Aufwand	-3'155.0	-2'149.5	-2'276.2	-126.7	-5.9
Ertrag	1'454.3	568.0	544.5	-23.5	-4.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'243.2	-5'244.3	-5'363.5	-119.2	-2.3
Finanzergebnis	16.4	20.2	-0.8	-21.0	-104.0
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'068.9	-1'069.2	-1'326.4	-257.2	-24.1
Vollkosten	-6'295.7	-6'293.3	-6'690.7	-397.4	-6.3

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	34'173	51'635	29'000	42'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	325	153	200	200
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	397	383	250	380
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	60%	75%	70%	80%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	53	27	30	30
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	=	220	200	250	200

Globalbudget Historisches Museum Basel

Das Historische Museum Basel betreibt in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Der dank neuem Logo und anderen Namen für die Ausstellungshäuser einheitlichere und frischere Auftritt hat dem Historischen Museum erfreuliche Rückmeldungen beschert. Die, zu einem grossen Teil durch Sponsoring finanzierte, erhöhte Ausstellungstätigkeit sowie die beabsichtigte Steigerung des Bekanntheitsgrads mittels Social Media und weiteren Werbemassnahmen sollen zu mehr Besuchern und Einnahmen aus Eintritten führen. Durch die Reorganisation von Teilen des Gesamtbetriebs werden die Abläufe gestrafft und effizienter gestaltet. Der weitere Betrieb des Museums für Pferdestärken ist von den Finanzen, die nur noch bis Ende 2015 durch einen Gönner gesichert sind, und von der Christoph Merian Stiftung abhängig, in deren Räumlichkeiten das Museum zu Gast ist. Eine Machbarkeitsstudie für die dringend notwendige Sanierung des Museums für Wohnkultur wird aufzeigen, wie hoch der finanzielle Investitionsbedarf ist. Zahlreiche Ideen für eine zeitgemässe Präsentation der Sammlungen sind vorhanden.

Sammlung/Forschung Der Sammlungszuwachs wird mittels EDV inventarisiert, alle Objekte werden konserviert und sachgerecht gelagert. Die Abgabe eines Teils der archäologischen Sammlung an die Archäologische Bodenforschung soll im Laufe des Jahres beendet werden. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Fachhochschulen wird weiterhin regelmässig durch Mitwirkung an oder Bestreiten von Lehrveranstaltungen und durch die Unterstützung universitärer Forschungs- und Abschlussarbeiten betrieben. Die Publikation des mit privaten Mitteln finanzierten Forschungsprojekts zur Basler Goldschmiedekunst wird im Jahr 2014 erfolgen.

Vermittlung Folgende Sonderausstellungen sind für das Jahr 2014 vorgesehen.

- „Echte Burgen – Falsche Ritter?“ im Museum für Geschichte (15.11.2013 - 29.06.2014)
- „14/18 – Die Schweiz und der Grosse Krieg“ im Museum für Geschichte (21.08.2014 - 15.02.2015)
- „Sag’ mir, wie du wohnst. . .“ im Museum für Wohnkultur (Daten noch nicht fixiert)
- „Pop@Basel“ im Museum für Musik (20.09.2013 - 29.06.2014)

Diese Ausstellungen werden zu einem grossen Teil mit Drittmitteln finanziert und teilweise in Kooperation mit anderen Institutionen organisiert. Für weitere Ausstellungen sind Verhandlungen im Gang. Die zahlreichen, qualitativ hochstehenden Vermittlungsangebote in Form von Führungen, Schulklassenworkshops, Familiensonntagen, Kindergeburtstagen etc. werden konsolidiert und je nach personellen und finanziellen Möglichkeiten ausgebaut.

Dienstleistungen Mit neuen Angeboten für jüngeres Publikum in Form von Tweevenings und Events von externen Anbietern durch Vermietungen der Räumlichkeiten wird fortgeföhren. Das Café Barfüsserkirche konnte sich mit der neuen Gerantin sehr gut etablieren und erfreut sich grosser Beliebtheit. Die ebenfalls erfreulich oft gebuchten Picknicks im Garten des Museums für Wohnkultur sollen neue Zielgruppen auf das Museum aufmerksam machen. Begleitend zu den Ausstellungen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Personalaufwand	-6'711.4	-6'274.5	-6'222.5	52.0	0.8
Übriger Aufwand	-4'233.7	-4'555.8	-4'631.0	-75.1	-1.6
Ertrag	567.5	742.0	802.0	60.0	8.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-10'377.6	-10'088.3	-10'051.4	36.9	0.4
Finanzergebnis	24.0	29.0	11.0	-18.0	-62.1
Kalkulatorische Kapitalkosten	-523.5	-528.1	-328.0	200.0	37.9
Umlagen Querschnittsleistungen	-483.0	-408.3	-676.6	-268.4	-65.7
Vollkosten	-11'360.2	-10'995.6	-11'045.1	-49.5	-0.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-370.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	1'700.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	1'329.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	1'329.2	0.0	0.0	0.0	0.0

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	156'025	157'330	150'000	165'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	357	348	300	350
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	386	406	400	400
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	14	17	15	15
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	66	104	65	65
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	38	13	40	40
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	739	417	400	400

werden kompakte, günstige Publikationen herausgegeben und das Angebot an Geschenkartikeln und Souvenirs wird erweitert. Im Museum für Geschichte wird der Shop umgestaltet und vergrössert, sodass mehr Einnahmen generiert werden. Die Frequentierung der Bibliothek durch Privatpersonen und Studierende wird weiterhin auf dem bisherigen Niveau gehalten.

Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel

Das Naturhistorische Museum Basel betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Für 2014 ist der Umzug der Sammlung ins externe Lager im Spengler-Areal in Munchenstein vorgesehen. Damit kann auch die Planung und Wiederbespielung der schadstoffsanierten Ausstellungsräume im Laufe des Jahres beginnen.

Sammlung/Forschung Sammlung- und Forschungsarbeiten sind im 1. Halbjahr 2014 nur beschränkt möglich, da fast das gesamte Fachpersonal beider wissenschaftlichen Abteilungen in den Umzug der Sammlungen ins externe Lager eingebunden ist. Im 2. Quartal 2014 wird die Datenbank Bio-Office in der neusten Version für beide wissenschaftliche Abteilungen des Museums vollständig implementiert sein. Die digitale Erfassung des Sammlungsguts und die Ausleihe an nationale und internationale Museen und Universitätsinstitute gehören zu den Schwerpunkten der Kuratortätigkeit.

Das Museum ist national und international an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten beteiligt oder sogar federführend, die mehrheitlich mit Drittmitteln finanziert werden (Stiftungen, Nationalfonds). Neu kommt auch ein längerfristiges Engagement im Projekt ALPFOR mit der Universität Basel hinzu, um im alpinen Raum die längerfristige Entwicklung der Klimaerwärmung auf Artenniveau zu erfassen. Biowissenschaftliche Schwerpunkte sind nach wie vor die Taxonomie und Biogeographie und Phylogenie von Käfern, Spinnen und Blattläusen in der Schweiz (Region Basel, Graubünden) wie auch im Ausland (Brasilien, Laos, Nepal). Hinzu kommen die Biogeographie und Taxonomie von Anuren in Madagaskar (Froschlurche). Die Forschungsschwerpunkte der Geowissenschaften liegen im Bereich der Evolution von Foraminiferen (Einzeller: Karibik, Atlantik), der Taxonomie von Krebsen und Muscheln (Nordwestschweiz) und der Paläoökologie und Paläobiologie meso- und känozoischer Wirbeltiere (Graubünden, Wallis, Nordwestschweiz, Spanien, Frankreich). Die Beteiligung am Nanotom der Universität Basel ermöglicht moderne CT-basierte Forschung an fossilen Säugetieren, Vögeln und Schildkröten. Die Ausbildung von Bachelor- und Masterstudenten und Doktoranden sowie die Lehre an der Universität Basel gehören weiterhin zu den wichtigen Aufgaben des Museums.

Vermittlung Die Sonderausstellung „Parasiten - Life Undercover“ wird vom 30. Oktober 2014 bis voraussichtlich 31. März 2015 zu sehen sein.

Dienstleistungen Das erfolgreiche Format des „Chillen“, Barbetrieb mit Ausstellungsbesuch, wird auch 2014 weitergeführt. Die Aula und der Bereich Wal&Fisch werden weiterhin für externe Anlässe vermietet, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Personalaufwand	-4'948.5	-5'061.5	-5'087.7	-26.2	-0.5
Übriger Aufwand	-3'076.4	-3'424.0	-4'067.6	-643.6	-18.8
Ertrag	688.4	897.3	706.4	-190.9	-21.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-7'336.5	-7'588.2	-8'448.9	-860.8	-11.3
Finanzergebnis	60.6	45.4	0.4	-45.0	-99.2
Kalkulatorische Kapitalkosten	-91.9	-89.5	-88.4	1.1	1.2
Umlagen Querschnittsleistungen	-378.5	-346.0	-603.3	-257.3	-74.4
Vollkosten	-7'746.3	-7'978.3	-9'140.3	-1'162.0	-14.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-10.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-10.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-10.5	0.0	0.0	0.0	0.0

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	84'429	100'373	60'000	60'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	438	215	250	250
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'208	1'290	800	800
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	30'852	59'033	500	500
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	474	315	250	150
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	81'909	33'328	1'000	500

Globalbudget Museum der Kulturen Basel

Das Museum der Kulturen Basel betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im 2014 wird sich die Arbeit des Museums weiterhin darauf konzentrieren, die seit der Neueröffnung erzielte Positionierung als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Haus auf allen Ebenen zu festigen und auszubauen. Vornehmlich anhand des eigenen Sammlungsbestandes werden kulturelle Dimensionen des Lebens ausgeleuchtet. Anhand des bestehenden Konzeptes wird gezeigt und vermittelt werden, wodurch sich das Weltverständnis und die Wertvorstellungen von Individuen oder ganzen Gruppen von Menschen auszeichnet, wie sie sich weiterentwickeln und zu unseren eigenen Vorstellungen in Beziehung stehen.

Sammlung/Forschung Grosse Sammlungskonvolute, die neu eingegangen sind, werden weiter bearbeitet. Das 2011 umrissene Forschungsprogramm „Fellowship Museum der Kulturen“ wird mit zwei Projekten zu den Themen 'Materialität' und 'Die andere Globalisierung' institutionalisiert. Bereits bestehende Forschungsk Kooperationen (Mexiko, Brasilien etc.) werden weitergeführt.

Vermittlung Die erhöhte Kadenz von Ausstellungen wird auch im 2014 weitergeführt. Insgesamt werden fünf neue Ausstellungen eröffnet: die zweite Dauerausstellung (Transformationen), drei Sonderausstellungen (Semiwild, Papageienkoffer, Patchwork der Erleuchtung) sowie die traditionelle Weihnachtsausstellung (Traurige Weihnacht im Rahmen des trinationalen Projekts: Jahrestag Kriegsbeginn 1914). Auch im 2014 werden zu allen Ausstellungen Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops, etc.) zielgruppenspezifisch durchgeführt. Sofern Drittmittel beschafft werden können, soll das seit Mitte 2012 bestehende neue Vermittlungsformat „Kultur-Dialog/Dialog-Kultur“ weitergeführt werden, da dieses Format vom Publikum geschätzt wird. Mit dem im 2013 gestarteten Projekt „Junges Museum“, das Jugendlichen ab 14 Jahren eine Plattform bietet, sich mit der Museumsarbeit auseinanderzusetzen, werden im 2014 die von ihnen recherchierten Themen und erarbeiteten Formate dem Publikum vorgestellt.

Dienstleistungen Im Shop wird weiterhin ein auf die Ausstellungen abgestimmtes Sortiment an Produkten und Publikationen angeboten. Dabei wird darauf geachtet, dass alle Produkte direkt bei den Herstellern eingekauft werden, ausführliche Informationen zu jedem Produkt vorliegen und unsere Mitarbeitenden „Front Services“ dazu kompetent Auskunft geben können. Die Kombination der Aktivitäten und Leistungen des Museums und des Museumsbistro wird weiter ausgebaut.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Personalaufwand	-4'732.2	-4'917.2	-4'951.4	-34.1	-0.7
Übriger Aufwand	-4'468.5	-4'701.4	-4'455.8	245.6	5.2
Ertrag	895.3	1'300.6	1'109.7	-190.9	-14.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-8'305.4	-8'318.0	-8'297.5	20.6	0.2
Finanzergebnis	46.0	0.0	47.0	47.0	0.0
Kalkulatorische Kapitalkosten	-674.4	-657.0	-689.1	-32.1	-4.9
Umlagen Querschnittsleistungen	-372.7	-343.0	-619.9	-276.9	-80.7
Vollkosten	-9'306.4	-9'318.0	-9'559.4	-241.4	-2.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-790.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-790.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-790.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

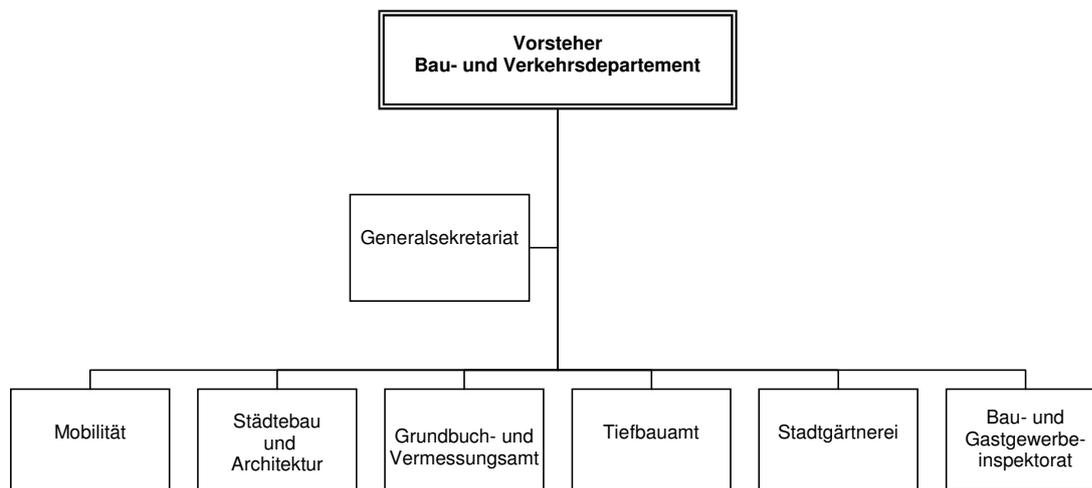
Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	36'666	60'032	75'000	75'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	188	265	180	180
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	118	157	150	150
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung (Neuzugänge)	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	10/115	6/69	10/100	10/100
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	7/79	10/184	5/25	5/25
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	82	127	70	70
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	20'207	640	100	100
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	0	40	50	50

Kommentar

- 1 Die Inventarisierung der Neuzugänge von mehr als 20'000 Sammlungsobjekten ist abhängig von den verfügbaren Ressourcen (Personal, Lagerungshilfsmitteln).
-

4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	129
BVD-602	Bau- und Gastgewerbeinspektorat	132
BVD-614	Stadtgärtnerei	134
BVD-617	Tiefbauamt	137
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	140
BVD-651	Städtebau und Architektur	142
BVD-661	Mobilität	146
	Globalbudget Öffentlicher Verkehr	150
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	152
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	154
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbände	156



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-118.8	-121.8	-123.3	-1.5	-1.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-59.1	-60.6	-64.5	-3.9	-6.5 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.1	-1.0	-1.3	-0.2	-20.6 ²
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-15.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-83.3	-84.9	-85.7	-0.8	-0.9
Betriebsaufwand	-277.6	-268.4	-274.8	-6.4	-2.4
41 Regalien und Konzessionen	0.0	7.4	7.5	0.1	1.1
42 Entgelte	102.6	83.6	83.0	-0.6	-0.7
43 Verschiedene Erträge	4.7	0.9	2.3	1.3	145.5 ³
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	8.1	8.2	8.0	-0.3	-3.5 ⁴
Betriebsertrag	117.0	100.1	100.7	0.6	0.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-160.6	-168.3	-174.2	-5.8	-3.5
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-49.7	-38.9	-47.5	-8.6	-22.2
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-3.4	-2.9	-2.2	0.7	25.6
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	0.7	0.7	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-53.1	-41.8	-49.1	-7.2	-17.2⁵
Betriebsergebnis	-213.7	-210.2	-223.2	-13.0	-6.2
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	13.2
44 Finanzertrag	2.4	2.2	2.4	0.3	11.4 ⁶
Finanzergebnis	2.4	2.2	2.4	0.3	11.5
Gesamtergebnis	-211.3	-208.0	-220.8	-12.8	-6.1
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-26.4	-30.0	-32.1	-2.1	-7.2
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1.0	-0.6	-0.6	0.0	3.0
2 Bildung	0.0	-1.3	-2.0	-0.7	-56.5
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-25.0	-22.3	-21.6	0.7	3.1
5 Soziale Sicherheit	-0.0	-1.5	-1.5	0.0	0.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-162.4	-156.3	-166.8	-10.5	-6.7
7 Umweltschutz und Raumordnung	1.4	4.0	3.8	-0.2	-4.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-92.7	-106.0	-121.0	-15.0	-14.2
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-2.0	-1.5	0.4	22.8
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	13.9	16.0	11.0	-5.0	-31.3
Nettoinvestitionen VV	-78.8	-92.0	-111.5	-19.6	-21.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-78.8	-92.0	-111.5	-19.6	-21.3

Kommentar

- Generalsekretariat: Die budgetierten Mehrausgaben von 3.4 Mio. Franken sind auf die Erhöhung des Einzelpostens Planungspauschale zurückzuführen. Mobilität: Mehraufwand in der Höhe von 0.3 Mio. Franken für Gutachten und Expertisen (Fremdaufträge), welche nicht durch die Dienststelle erbracht werden können. Mehraufwand von 0.1 Mio. Franken infolge Erhöhung des Beitrags BS an den Betrieb der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm. Mehraufwand in der Höhe von 0.3 Mio. Franken in der Abteilung Verkehrssteuerung für übrige Dienstleistungen, welche an andere Dienststellen oder externe Partner unter FDK 42 weiterverrechnet werden können.
- Infolge Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Im Budget 2013 wurde diese Position zu tief berechnet.

- 3 Die kantonsinternen Einnahmen aus Werkstatteleistungen der Regiebetriebe wurden um 1.3 Mio. Franken von FDK 42 transferiert. Die Einnahmen wurden im Budgetprozess 2013 nicht vollumfänglich auf die passenden Konti gesplittet. Für Werkstatteleistungen von internen Kunden (Kanton) ist nur unter FDK 43 ein passendes Konto vorhanden.
 - 4 Der Ertrag aus Bundesbeiträgen (Benzinzoll, Strassenbeiträge, etc.) wurde gemäss Finanzplanung ASTRA Bern um 0.6 Mio. Franken reduziert.
 - 5 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Für die Berechnung der Abschreibungen im Budgetjahr 2014 wurden die Werte basierend auf dem Restatement per Ende 2012 ermittelt. Daraus resultierte ein Mehraufwand im Bereich der Abschreibungen.
 - 6 Einnahmen aus Baurechtszinsen von rund 0.2 Mio. Franken wurden im Budget 2013 unter FDK 41 eingestellt. Die Aufgabenzuordnung für das Inkasso der Baurechtszinsen für das Messezentrum von rund 0.1 Mio. Franken wurden erstmals im Dezember 2012 durch das Tiefbauamt (vorher bei IBS) wahrgenommen. Dieser Sachverhalt wird dementsprechend im Budget 2014 berücksichtigt.
-

Generalsekretariat

BVD-601

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Finanzen und Controlling, Informatik, Information und Dokumentation, Infrastruktur, Kommunikation, Personal und Recht unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den erwähnten Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets des Submissionsbüros sowie der beiden unabhängigen Kommissionen, Stadtbildkommission und Baurekurskommission. Das Submissionsbüro führt die Ausschreibungsverfahren des Kantons durch. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubegehren in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Sie ist dem Bau- und Verkehrsdepartement administrativ angegliedert. Die Baurekurskommission ist dem Bau- und Verkehrsdepartement als richterliche Kommission ebenfalls administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat plant für das Budgetjahr 2014 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben:

- Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NÖRG)
- Organisation und Begleitung der Mitwirkungsverfahren nach §55 der Kantonsverfassung (KV)
- Umsetzung diverser kantonaler Vorhaben wie WorkplaceBS, Systempflege Personal, Einführung Internes Kontrollsystem (IKS)
- Weiterführung der Umsetzung eines Records Managements

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-8'984.6	-9'144.8	-8'812.6	332.2	3.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'570.5	-10'903.2	-14'337.8	-3'434.5	-31.5 ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-65.2	-43.6	-27.0	16.6	38.1
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-15'234.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-32'855.0	-20'091.6	-23'177.3	-3'085.7	-15.4
42 Entgelte	18'708.3	3'358.3	3'206.3	-151.9	-4.5 ³
43 Verschiedene Erträge	7.3	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1'659.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	20'375.2	3'358.3	3'206.3	-151.9	-4.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-12'479.8	-16'733.4	-19'971.0	-3'237.6	-19.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-494.9	-481.0	-386.6	94.4	19.6
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-494.9	-481.0	-386.6	94.4	19.6
Betriebsergebnis	-12'974.7	-17'214.4	-20'357.7	-3'143.3	-18.3
34 Finanzaufwand	-1.6	-2.0	-2.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	11.9	9.0	11.6	2.6	28.9
Finanzergebnis	10.3	7.0	9.6	2.6	37.1
Gesamtergebnis	-12'964.4	-17'207.4	-20'348.1	-3'140.7	-18.3
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-12'964.4	-17'207.4	-20'348.1	-3'140.7	-18.3

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken					
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-3'369.6	-72'000.0	-79'000.0	-7'000.0	-9.7
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	3'369.6	12'000.0	9'000.0	-3'000.0	-25.0
Nettoinvestitionen VV	0.0	-60'000.0	-70'000.0	-10'000.0	-16.7
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	0.0	-60'000.0	-70'000.0	-10'000.0	-16.7

Kommentar

- Um die vom Regierungsrat vorgegebene zusätzliche Kürzung des Pauschalbereichs (ohne Schwerpunkte) umsetzen zu können, wurde bei der Reorganisation des Generalsekretariates und bei der Besetzung von vakanten Stellen Einsparungen in der Höhe von 332'000 Franken vorgenommen.
- Der Mehraufwand ist insbesondere auf die Erhöhung der Planungspauschale (Einzelposten) im Betrag von 3'360'000 Franken zurückzuführen.
- Aufgrund der Verschiebung der Stadtbildkommission ins Amt Städtebau- und Architektur entfallen Einnahmen von 300'000 Franken. Mehreinnahmen in der Höhe von 116'000 Franken entstehen bei der Informatik für Verrechnung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit neuen Applikationen z.B. SwissFM. Weitere Mehreinnahmen von 40'000 Franken entstehen bei der Rechtsabteilung für die Verrechnung von Dienstleistungen an andere Dienststellen des BVD.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	67.0	66.7	63.7	67.0	65.2
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'995	2'041	3'364		¹
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	126	121	194		²

Kommentar

- 1 Eine Prognose für die Jahre 2013/2014 ist nicht möglich.
- 2 Eine Prognose für die Jahre 2013/2014 ist nicht möglich.

Bau- und Gastgewerbeinspektorat

BVD-602

Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und einen koordinierten Entscheid sicher. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vertritt die Bauentscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission.

Bei Anträgen für Bewilligungen zur Führung eines Gastgewerbebetriebs prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung.

Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung werden Bau- und Betriebsführung überwacht und allfällige Verstösse sanktioniert. Schliesslich geht das Bau- und Gastgewerbeinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Rechtswesen

Stadtbildkommission Der Regierungsrat hat Mitte 2013 die Stadtbildkommission neu zusammengesetzt und neu ein Fachsekretariat eingerichtet, das der ständigen Beratung der Bauherrschaft dient. Die Arbeiten zur Organisation und weiteren Optimierung der Abläufe in der Zusammenarbeit von Stadtbildkommission und Baubewilligungsbehörde werden 2014 fortgesetzt.

Studie zum Verhältnis von Kundschaft und Verwaltung Im Auftrag des Präsidialdepartements wurde 2013 eine Studie zum Verhältnis von Kundschaft und Verwaltung auf Basis der Erfahrung der Optimierung im Bewilligungswesen durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie werden diskutiert und auf nötige Massnahmen hin überprüft.

Aussendienst in der Abteilung Gastgewerbebewilligungen Die Erfahrungen der Abteilung Gastgewerbebewilligungen mit der neu geschaffenen Stelle im Aussendienst sind durchwegs positiv. Die Erhebungen vor Ort werden 2014 weitergeführt und sind wesentlich für Kontrollen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Bestimmungen des Gastgewerbegesetzes wie etwa des Schutzes vor Passivrauchen.

Schutz vor Passivrauchen Die 2013 erfolgten Bundesgerichtsentscheide betrafen nicht nur Fūmoar-Fälle, sondern auch weitere Vereinslösungen zur Umgehung des Vollzugs zum Schutz vor Passivrauchen. Im 2014 werden die Kontrollen im Rahmen des Vollzugs fortgesetzt. Sobald das Bundesgericht die noch ausstehenden Entscheide zu den hängigen Verfahren gefällt hat, werden die zuständigen Stellen den entsprechenden Vollzug sicherstellen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'249.7	-3'161.4	-3'217.2	-55.8	-1.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'679.5	-2'574.8	-2'579.2	-4.4	-0.2
36 Transferaufwand	-50.0	-50.0	-50.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-5'979.3	-5'786.1	-5'846.3	-60.2	-1.0
42 Entgelte	6'354.7	5'408.5	5'548.5	140.0	2.6 ¹
43 Verschiedene Erträge	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	6'356.0	5'408.5	5'548.5	140.0	2.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	376.7	-377.6	-297.8	79.8	21.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-7.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-7.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	369.7	-377.6	-297.8	79.8	21.1
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	369.7	-377.6	-297.8	79.8	21.1
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	369.7	-377.6	-297.8	79.8	21.1

Kommentar

- 1 Mehreinnahmen von 140'000 Franken bei den Bau- und Gastgewerbebewilligungen aufgrund der anhaltenden hohen Anzahl an Gesuchen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.2	24.2	23.5	24.2	24.2
Eingegangene Baubegehren	Fälle	2'900	1'609	1'625	1'600	1'600
Abgewiesene Entscheide	Fälle	90	69	91	90	90
Bewilligte Baubegehren innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	90	90	89	90	90
Eingegangene Begehren „Gastgewerbebewilligungen“	Fälle			1'223	1'000	1'200 ¹

Kommentar

- 1 Das Ressort Betriebsbewilligungen wurde per 01. Februar 2012 zur eigenständigen Abteilung mit Namen „Gastgewerbebewilligungen“.

Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (z.B. Freizeitgärten, Kinderspielflächen, Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie Voraussetzungen für

- Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt, Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- ein günstiges Stadtklima sowie
- individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, das umfassende Beratungen und Dienstleistungen rund um das Thema Bestattungen anbietet.

Sportstätten und Freibäder, Fliessgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind weitere wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums, sie liegen jedoch nicht in der Verantwortlichkeit der Stadtgärtnerei.

Tätigkeiten und Projekte

Die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und Grünflächen mit Sondernutzung, wie Freizeitgärten und Friedhöfe ist auch im Budgetjahr 2014 eine Hauptaufgabe der Stadtgärtnerei.

Im Jahre 2014 erfolgen die Überarbeitung des Siegerprojektes aus dem Wettbewerb für das Landhof-Areal und die Ausarbeitung des entsprechenden Ratschlages an den Grossen Rat. Bei der Ökolampmatte, Liestaleranlage und dem Schwarzpark kann 2014 mit den Umbauarbeiten begonnen werden. Kleinere Umgestaltungen sind vorgesehen beim Spielplatz Auf der Alp und bei der Grünanlage Giessliweg. Im Erlenmattpark laufen die Vorbereitungen für die Realisierung der 2. Bauetappe, für die Umgestaltung und Erweiterung der Grosspeteranlage wird die Berichtsvorlage ausgearbeitet.

Gestützt auf das 2012 fertig gestellte kantonale Inventar der schutzwürdigen Naturobjekte soll das kantonale Naturschutzkonzept von 1995 überarbeitet und den aktuellen Verhältnissen angepasst werden. Die Arbeit umfasst sämtliche naturrelevanten Flächen im Kanton und dauert bis 2015.

Im Sinne einer Vereinfachung wurde der Bereich „Todesfälle und Anmeldungen“ 2011 vom Zivilstandsamt in die Abteilung Bestattungswesen der Stadtgärtnerei integriert. Anfang 2014 nimmt der daraus entwickelte Bereich „Todesfälle und Bestattungen“ den Betrieb auf dem Hörnli auf. Das Krematorium im Friedhof am Hörnli muss nach 25-jähriger Betriebszeit ersetzt werden. Die aktuelle Einrichtung entspricht nicht mehr den technischen und lufthygienischen Erfordernissen. Für den geplanten Ersatzneubau wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt sollte bis Ende 2015 realisiert sein, vorausgesetzt alle dafür erforderlichen Finanzierungsbeschlüsse kommen zustande.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'728.5	-21'394.6	-21'447.2	-52.6	-0.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'140.1	-10'854.4	-10'905.0	-50.5	-0.5
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-266.1	-304.4	-448.5	-144.2	-47.4 ¹
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-10.5	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-677.8	-655.0	-711.0	-56.0	-8.5
Betriebsaufwand	-33'823.0	-33'208.4	-33'511.6	-303.2	-0.9
42 Entgelte	10'927.8	9'905.0	10'510.9	605.9	6.1 ²
43 Verschiedene Erträge	6.3	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	30.8	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	80.7	75.0	75.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	11'045.6	9'980.0	10'585.9	605.9	6.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-22'777.5	-23'228.4	-22'925.7	302.7	1.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2'229.1	-615.6	-703.4	-87.8	-14.3
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-2'229.1	-615.6	-703.4	-87.8	-14.3
Betriebsergebnis	-25'006.6	-23'844.0	-23'629.1	214.9	0.9
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.3	0.0	0.3	100.0
44 Finanzertrag	1'444.6	1'557.2	1'473.7	-83.4	-5.4
Finanzergebnis	1'443.8	1'556.9	1'473.7	-83.1	-5.3
Gesamtergebnis	-23'562.8	-22'287.1	-22'155.4	131.7	0.6
davon Funktionen:					
34 Sport und Freizeit	-18'383.7	-17'608.2	-17'732.6	-124.4	-0.7
75 Arten- und Landschaftsschutz	-1'998.8	-1'302.9	-1'229.9	73.0	5.6
77 Übriger Umweltschutz	-3'180.3	-3'376.0	-3'192.9	183.1	5.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-1'164.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-945.0	-646.0	299.0	31.6
Nettoinvestitionen VV	-1'164.1	-945.0	-646.0	299.0	31.6
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-1'164.1	-945.0	-646.0	299.0	31.6

Kommentar

- 1 Infolge Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Aus einer Fehlbetrachtung/Fehlbehandlung resultierte beim Budget 2013 eine zu tiefe Berechnung.
- 2 Mehrertrag von 330'000 Franken infolge günstigerer Auftragslage bei den Landwirtschaftserträgen sowie beim Verkauf von Bäumen und Baums substrat. Ebenso konnte das Budget im Bereich der Grabbesorgung um 256'000 Franken erhöht werden. Dies ist auf die geringere Anzahl auslaufender Verträge für die Grabpflege gegenüber den Vorjahren zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	190.1	188.1	184.5	186.0	186.0
Baumpflanzungen	Anz	416	279	253	250	250 ¹
Baumfällungen	Anz	232	228	213	350	215 ²
Todesfälle	Anz	1'692	2'309	2'459	2'300	1'840
Kremationen	Anz	4'204	4'070	4'181	4'400	4'210 ³

Kommentar

- 1 Die Anzahl gepflanzter und gefälltter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse wie Wetterlagen, Schadorganismenbefall können zu vermehrter Fällung führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei ca. 300 Bäume pro Jahr. Der Baumsaldo im öffentlichen Raum bleibt positiv. Dagegen nimmt die Baumbilanz im privaten Bereich wegen verdichteter Bauweise ab. In den Vorjahren war die Anzahl zusätzlich gepflanzter Bäume hoch, da sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen und im Rahmen der neuen Stadtplätze und -strassen in Basel-Nord anfielen.
- 2 Ersatzpflanzungen werden in den Jahren 2014 und 2015 infolge diverser Projekte vorgenommen.
- 3 Der Kanton Basel-Stadt hat mit den Kantonen BL, AG und SO (Dorneck) Kremationsverträge. In diesen wurde vereinbart, dass das Krematorium Basel-Stadt die Einäscherungen von verstorbenen Personen aus den umliegenden Gemeinden durchführt.

Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und sorgt für eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit der kantonalen Tiefbauinfrastruktur. Somit trägt das Tiefbauamt einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit sowie der Umsetzung von Revitalisierungsmassnahmen. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Die Leitbehörde für Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raums stellt ein transparentes Bewilligungsverfahren sicher. Sie behandelt Bau- und Nutzungsgesuche, koordiniert die Fachinstanzen, nimmt Güterabwägungen vor und fertigt die Entscheide. Sie fungiert im Rechtsverfahren auch als erste Instanz. Zudem werden permanente Nutzungen, Verleihungen und Mietobjekte bewirtschaftet.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht in der Gewährleistung der Sauberkeit im öffentlichen Raum durch das Einsammeln und dem umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege der Allmendflächen.

Die Regiebetriebe des Tiefbauamts warten die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und erbringen Serviceleistungen im Bereich der öffentlichen Hochbauten und der Infrastruktur im öffentlichen Raum.

Tätigkeiten und Projekte

Infrastrukturbauwerke Zur Aufrechterhaltung der Funktion der Infrastrukturbauwerke werden auch 2014 diverse Massnahmen umgesetzt. Im St. Johann beginnt nach Verzögerung durch eine Einsprache gegen die Vergabe der Baumeisterarbeiten der Bau der neuen Rheinuferpromenade (Projekt UNDINE) sowie der Fussgänger- und Veloverbindung nach Hünningen. Mit dem Rückbau bzw. der Neugestaltung von Luzerner- und Wasgenring wird das im Vorfeld zur Erstellung der Nordtangente abgegebene Versprechen der Verkehrsberuhigung auf dem äusseren Ring eingelöst. Im Budgetjahr wird mit der Sanierung und Umgestaltung der Elisabethenstrasse sowie der Bundestrasse begonnen. Eine weitere erwähnenswerte Grossbaustelle ist die Sanierung der Äusseren Baselstrasse im Hinblick auf einen verbesserten Grundwasserschutz.

Neubau LKW Montagehalle Nach Erarbeitung des Vorprojektes sollen 2014 die Mittel zur Ausführung beantragt werden.

Verallmendierung Es hat sich gezeigt, dass einige öffentlich genutzte Flächen im Besitz des Kantons nicht Allmend sind, was immer wieder Zuständigkeitsfragen aufwirft. Im Budgetjahr sollen daher verschiedene Areale zur Verallmendierung vorgeschlagen werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-49'325.1	-50'013.9	-51'048.6	-1'034.7	-2.1	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26'301.4	-26'622.4	-26'574.5	47.8	0.2	
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-716.6	-677.6	-772.1	-94.5	-14.0	
36 Transferaufwand	0.0	-3.0	0.0	3.0	100.0	
Betriebsaufwand	-76'343.2	-77'316.9	-78'395.3	-1'078.4	-1.4	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	7'370.0	7'450.0	80.0	1.1	
42 Entgelte	49'284.5	44'393.3	42'051.5	-2'341.8	-5.3	²
43 Verschiedene Erträge	4'682.1	923.0	2'266.0	1'343.0	145.5	³
46 Transferertrag	5'450.6	5'878.7	5'270.5	-608.2	-10.3	⁶
Betriebsertrag	59'417.2	58'565.0	57'038.0	-1'527.0	-2.6	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-16'926.0	-18'751.9	-21'357.3	-2'605.4	-13.9	
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-36'253.2	-28'851.3	-35'119.5	-6'268.2	-21.7	⁴
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	670.0	670.0	0.0	
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-36'253.2	-28'851.3	-34'449.5	-5'598.2	-19.4	
Betriebsergebnis	-53'179.2	-47'603.2	-55'806.8	-8'203.6	-17.2	
34 Finanzaufwand	-5.6	0.0	0.0	0.0	0.0	
44 Finanzertrag	820.6	470.0	801.0	331.0	70.4	⁵
Finanzergebnis	815.0	470.0	801.0	331.0	70.4	
Gesamtergebnis	-52'364.2	-47'133.2	-55'005.8	-7'872.6	-16.7	
davon Funktionen:						
61 Strassenverkehr	-65'299.5	-61'146.8	-68'442.4	-7'295.6	-11.9	
72 Abwasserbeseitigung	14'708.2	14'911.6	14'517.4	-394.1	-2.6	
73 Abfallwirtschaft	-1'346.7	-114.7	-374.9	-260.2	-226.9	
74 Verbauungen	-426.1	-783.2	-706.0	77.2	9.9	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-53'059.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1'020.0	-870.0	150.0	14.7
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	9'249.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-43'809.4	-1'020.0	-870.0	150.0	14.7
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-43'809.4	-1'020.0	-870.0	150.0	14.7

Kommentar

- Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt zur Gewährleistung der Sauberkeit mit seinem Beschluss zum Budget 2013 und der Finanzplanung 2014 bis 2016 zusätzliche Finanzmittel von einer Million für das Jahr 2014 in die Finanzplanung aufgenommen.
- Verschiebung Anteil kantonsinterne Einnahmen aus Werkstattleistungen der Regiebetriebe von rund 1'300'000 Franken von FDK 42 zu FDK 43. Die Einnahmen wurden im Budgetprozess 2013 nicht vollumfänglich gesplittet. Die Einnahmen aus Abwassergebühren (Einzelposten) wurden um 317'000 Franken, basierend auf Durchschnittswerte, reduziert. Die Verrechnung von erbrachten Dienstleistungen im Bereich der Abfallrechnung light ans AUE beliefen sich im 2012 auf 4'925'100 Franken. Dies ist rund 450'000 Franken tiefer als budgetiert. Für die Budgetierung 2014 ist die Rechnung 2012 als Referenz verwendet und dementsprechend angepasst worden. Die Einnahmen aus Gewerbeabfuhr und Vergütung für Altglas werden gemäss Vorjahreswerte rund 160'000 Franken geringer ausfallen. Einnahmen aus Sperrgut von 60'000 Franken werden ab 2014 vom AUE und nicht wie bis anhin durch das Tiefbauamt in Rechnung gestellt.
- Die bereits im Budget 2013 eingestellten kantonsinternen Einnahmen aus Werkstattleistungen der Regiebetriebe wurden um ca. 1'300'000 Franken von FDK 42 transferiert. Die Einnahmen wurden im Budgetprozess 2013 nicht vollumfänglich auf die passenden Konti gesplittet. Für Werkstattleistungen von internen Kunden (Kanton) ist nur unter FDK 43 ein passendes Konto vorhanden. Detailerklärung unter FDK 42.
- Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Für die Berechnung der Abschreibungen im Budgetjahr 2014 wurden die Werte basierend auf dem Restatement per Ende 2012 ermittelt. Daraus resultierte ein Mehraufwand im Bereich der Abschreibungen von rund 4.6 Mio. Franken.

- 5 Einnahmen aus Baurechtszinsen von rund 200'000 Franken wurden im Budget 2013 unter FDK 41 eingestellt. Die Aufgabenzuordnung für das Inkasso der Baurechtszinsen für das Messezentrum von ca. 116'000 Franken wurden erstmals im Dezember 2012 durch das Tiefbauamt (vorher bei IBS) wahrgenommen. Der erwähnte Sachverhalt wird dementsprechend im Budget 2014 berücksichtigt.
- 6 Der Ertrag aus Bundesbeiträgen (Benzinzoll, Strassenbeiträge, etc.) wurde gemäss Finanzplanung ASTRA Bern um 608'000 Franken angepasst.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	%	405.1	416.4	418.3	430.0	440.0 ¹
Max. Baustellen während der Sperrfrist (5 Jahre)	Anz			418.3	10	10
Total Bau- und Nutzungsbewilligungen	Anz	4'492	4'938	13	4'500	4'500
Entscheide innert Frist	%	98	97	32	100	97
Wischgutmenge	t	5'005	5'140	5'015	5'300	5'400

Kommentar

- 1 Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ soll der Headcount im Tiefbauamt um 10 Stellen erhöht werden.

Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das Kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Es führt den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturanlagen.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards koordiniert, erfasst und zusammengeführt werden. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche – unabhängig vom Standort – Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Das Amt bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und der Stadt- und Ortspläne der Trinationalen Agglomeration Basel.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die gesetzliche Bodenpreissammlung und leistet mit seinen Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Tätigkeiten und Projekte

Modernisierung des Grundbuchs Mit einer Änderung des ZGB will der Bund die Verwendung der AHV-Versichertennummer zur Führung des Grundbuchs zulassen, um damit dessen Qualität und Aktualität verbessern zu können. Weiter schafft er die gesetzlichen Grundlagen, damit Unternehmen im Rahmen des elektronischen Grundstückinformationssystem eGRIS in Zusammenarbeit mit den Kantonen Dienstleistungen erbringen können. Im Vordergrund stehen der Zugriff auf die Daten des Grundbuchs im Abrufverfahren für Berechtigte, die Auskunft über Daten des Hauptbuchs, die ohne Interessensnachweis einsehbar sind, sowie der elektronische Geschäftsverkehr mit den Grundbuchämtern. Es sind konzeptionelle Vorarbeiten zu leisten, um rechtzeitig die kantonalrechtlichen Gesetze und Verordnungen an das kommende Bundesrecht anpassen zu können, sowie die organisatorischen und technischen Vorkehrungen für den Anschluss an die Prozessplattform Terravis an die Hand zu nehmen.

Periodische Nachführung der amtlichen Vermessung Die Arbeiten zur periodischen Nachführung von Objekten der amtlichen Vermessung, für die kein Meldewesen existiert, werden entsprechend der mit dem Bund abgeschlossenen Leistungsvereinbarung 2012–2015 durchgeführt.

Optimierung der Prozessabläufe im Leitungskataster Im Rahmen der Umsetzung des Geoinformationsgesetzes schaffen viele Kantone eine Gesetzesgrundlage für die Führung des Leitungskatasters durch die Gemeinden. Basis für diese Arbeiten ist die Norm SIA 405 (Geodaten für Ver- und Entsorgungsleitungen). Die im Jahr 2012 totalrevidierte Norm beschreibt mit dem Datenmodell LK-Map eine einheitliche Datenstruktur und klar definierte Dateninhalte für die verschiedenen Medien. Die gesetzlichen Grundlagen für den Leitungskataster bestehen im Kanton Basel-Stadt bereits seit 100 Jahren. Die Prozessabläufe des Basler Leitungskatasters sind nun gemäss den neuen Norm-Anforderungen zu optimieren und die Datenhaltung ist auf eine moderne Basis zu stellen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-6'648.1	-6'782.9	-7'018.9	-236.0	-3.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'169.9	-1'924.5	-1'866.6	57.9	3.0
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-11.9	-7.0	-5.4	1.6	22.9
Betriebsaufwand	-8'830.0	-8'714.4	-8'890.9	-176.5	-2.0
42 Entgelte	9'473.8	8'406.0	8'536.0	130.0	1.5
43 Verschiedene Erträge	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	40.0	115.0	110.0	-5.0	-4.3
Betriebsertrag	9'514.3	8'521.0	8'646.0	125.0	1.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	684.3	-193.4	-244.9	-51.5	-26.6
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-23.2	0.0	-11.4	-11.4	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-23.2	0.0	-11.4	-11.4	0.0
Betriebsergebnis	661.2	-193.4	-256.3	-62.9	-32.5
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.1	-0.1	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0
Gesamtergebnis	661.1	-193.5	-256.4	-62.9	-32.5
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	661.1	-193.5	-256.4	-62.9	-32.5

Kommentar

- 1 Die für die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen benötigten zusätzlichen Personalressourcen (150 Stellenprozente) müssen 2014 bereit gestellt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	47.2	44.7	48.5	47.2	50.0 ¹
Tagebuchgeschäfte Grundbuch	Anz	3'279	4'057	3'783	3'400	3'100 ²
Nachführungsaufträge Amtliche Vermessung	Anz	742	880	3'750	650	650
Einmessaufträge Leitungskataster	Anz	2'483	2'385	14	2'500	2'900
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	5.0	5.0	5.36	5.2	5.6

Kommentar

- 1 Mit der Einführung des Katasters für öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) werden 1.5 Stellen geschaffen.
- 2 Gilt für alle Kennzahlen ausser Headcount: Wegen dem Verzicht auf die Darstellung der Produktgruppen im Budgetbericht mussten die Kennzahlen überarbeitet werden. Sie weisen nun keine Anteile mehr aus, die sich auf die ursprüngliche Produktgruppe beziehen. Die Kennzahlen der Jahre 2009, 2010 und 2011 wurden entsprechend angepasst.

Städtebau und Architektur

BVD-651

Kernaufgaben des **Hochbauamts** sind das bauherrenseitige Projektmanagement bei Investitionsvorhaben sowie die dispositive Steuerung und operative Umsetzung des technischen Gebäudemanagements. Im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt (FD) übernimmt der Hochbau entsprechende Verantwortung bei allen Vorhaben und Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Im Auftrag Dritter (z.B. Finanzvermögen, Universität Basel, Kliniken) werden vergleichbare Aufgaben bearbeitet. Zudem stehen die Spezialistinnen und Spezialisten für Beratungen zu Bau-, Ausstattungs- und Mobiliarfragen, sowie bei gebäudetechnischen Problemstellungen für die gesamte kantonale Verwaltung und ihre angegliederten Organe zur Verfügung.

Das **Planungsamt** sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton Basel-Stadt sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raums.

Es ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richtplanung sowie die Nutzungsplanung, die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen. Neu ist das Fachsekretariat der Stadtbildkommission administrativ dem Planungsamt angegliedert.

Historische Baudenkmäler geben der Stadt ein Gesicht und eine unverwechselbare Identität. Die **Kantonale Denkmalpflege** Basel-Stadt will das bauliche Erbe erhalten und leistet damit einen Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Sie schafft bedeutende Werte für die Bewohnenden, die Integration von Neuzuzüglern und den Tourismus. Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich bei Bauherrschaften und Projektierenden für den Erhalt wichtiger Baudenkmäler ein und vermittelt ihr Wissen der Öffentlichkeit, damit diese ihren Bezug zum historischen Stadtbild pflegen und ein Bewusstsein für die Bedeutung historischer Bausubstanz entwickeln kann.

Tätigkeiten und Projekte

Projektmanagement (Hochbau) Die Investitionsrechnung weist eine grosse Zahl laufender Projekte aus, die alle nach dem Dreirollenmodell abgewickelt werden und somit eine der Hauptaktivitäten des Hochbauamtes darstellen. Wichtige Vorhaben sind:

- Schulbauten: Für die im Rahmen von HarmoS neu geschaffenen sechsten Primarklassen müssen im Sommer 2014 an den Primarschulen angepasste und zusätzliche Schulräume bereitgestellt sein. Das Hochbauamt treibt für mehrere Schulhaus-Neubauten oder -Erweiterungen sowie grössere Sanierungen die Projektierungsarbeiten voran und beginnt mit entsprechenden Bauarbeiten. Die Sanierungen der Schulhäuser Hebel und Brunnmatt werden abgeschlossen. Ende 2013 wurde der Umbau des Zollfreilagers für die Hochschule für Gestaltung und Kunst HGK der FHNW fertiggestellt, so dass die Hochschule im Frühjahr 2014 dort seinen Betrieb aufnehmen kann. Die offizielle Inbetriebnahme des gesamten Standorts Dreispitz der HGK FHNW wird bei Fertigstellung des Hochhauses im Herbst 2014 stattfinden.
- Universitätsbauten: Die im Sommer 2013 begonnene Realisierung für das neue Biozentrum wird weiter vorangetrieben. Parallel dazu wird das Projekt zur Nachnutzung des heutigen Biozentrums intensiv weiterverfolgt. Das Hochbauamt beginnt mit der Planung des Zentrums für Zahnmedizin sowie des ETH-Gebäudes. Zudem wird für den Neubau des Departements Sport, Bewegung und Gesundheit ein Projektwettbewerb durchgeführt.
- Sportanlagen: Das Amt führt die Projektierungsarbeiten für die Sanierung der St. Jakobshalle weiter und beginnt ausserdem mit dem Bau des Tribünengebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob. Die Sanierung der Kunsteisbahnen Eglisee und Margarethen wird projektiert.
- Kulturbauten: Die Bauarbeiten beim Kunstmuseum sind in vollem Gang, die vorgezogenen Sanierungsmassnahmen im Hauptbau werden gestartet. Im Anschluss an den Projektwettbewerb nimmt das Amt die Projektierungsarbeiten beim Hauptgebäude der Kaserne auf. Für den Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv wird ein Wettbewerb durchgeführt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-24'352.1	-26'302.1	-26'335.7	-33.7	-0.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'442.1	-4'220.7	-4'054.2	166.6	3.9 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-11.6	-6.8	0.0	6.8	100.0
36 Transferaufwand	-496.0	-865.0	-825.0	40.0	4.6
Betriebsaufwand	-29'301.8	-31'394.6	-31'214.9	179.7	0.6
42 Entgelte	6'337.9	7'886.3	8'204.5	318.2	4.0 ²
43 Verschiedene Erträge	2.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	6'340.8	7'886.3	8'204.5	318.2	4.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-22'961.1	-23'508.3	-23'010.4	497.8	2.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-1'077.6	0.0	0.0	0.0	0.0
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-2'407.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-3'484.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-26'445.8	-23'508.3	-23'010.4	497.8	2.1
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	127.1	150.0	150.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	127.1	150.0	150.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-26'318.7	-23'358.3	-22'860.4	497.8	2.1
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-13'410.2	-12'779.3	-11'785.3	994.1	7.8
21 Obligatorische Schule	0.0	-1'299.2	-2'033.7	-734.5	-56.5
31 Kulturerbe	-6'613.5	-3'927.2	-3'851.1	76.0	1.9
79 F&E in Umweltschutz	-6'330.5	-5'352.5	-5'190.3	162.2	3.0
87 Brennstoffe und Energie	35.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-4'562.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	37.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-4'524.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-4'524.9	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Minderaufwand für den Dienstleistungsvertrag der Abteilung Finanzen und Controlling in der Höhe von 70'000 Franken infolge Verschiebung eines Mitarbeiters von Finanzen und Controlling zum Hochbauamt. Zudem fallen die Prämienaufwendungen für die Haftpflichtversicherung um 24'000 Franken geringer aus als im Vorjahr. Um die Zielerreichung der regierungsrätlichen Vorgabenreduktion zu unterstützen, musste das Hochbauamt die Sachkosten um 75'000 Franken sowie die Denkmalpflege um 48'000 Franken reduzieren. Durch die Verschiebung der Stadtbildkommission vom Generalsekretariat zum Planungsamt fallen hier neu 51'000 Franken an Sitzungsgeldern an.
- 2 Mehreinnahmen von 380'000 Franken infolge Verschiebung der Stadtbildkommission vom Generalsekretariat zum Planungsamt. Die Einnahmen des Hochbauamtes sind durch die Investitionsvorhaben Dritter, resp. durch die in diesem Zusammenhang dem Hochbauamt erteilten Aufträge (bauherrenseitiges Projektmanagement) gesteuert. Gemäss aktueller Einschätzung muss für 2014 mit Mindereinnahmen von 30'000 Franken gerechnet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	114.3	126.4	136.8	149.0	149.0
Objekt abrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%	95	90	90	95	95
Von der Fiko beanstandete Objekt abrechnungen, kleiner	%	5	3	2	5	5
Laufende Projekte	Anz	215	257	265	250	230
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	631	653	681	660	680
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	129	117	139	120	140
Publikums-Führungen	Anz	44	48	141	55	130
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	17'949	18'828	18'886	19'000	19'000
Teilnehmende an Führungen	Anz				2'000	5'000

- **Verwaltungsbauten:** 2014 werden die Mittel für zwei Bauvorhaben an der Spiegelgasse beantragt: Einerseits für den energetisch vorbildlich geplanten Neubau des Amtes für Umwelt und Energie, andererseits für das Sanierungsprojekt UMIS – die Anpassung des Spiegelhofs an die Bedürfnisse des Justiz- und Sicherheitsdepartementes. Die Zentralen Informatik- und Personaldienste (ZID und ZPD) beziehen die umgebauten Räumlichkeiten der ehemaligen Liegenschaft der Basler Kantonalbank an der Spiegelgasse.
- **Das Hochbauamt** bereitet die Realisierung des Ersatzneubaus des Krematoriums beim Friedhof Hörnli vor und baut bzw. plant diverse Magazine der Stadtgärtnerei auf Grundlage des Magazin-konzepts um.
- **Spitalbauten:** Das grosse und wichtige Projekt OP-Ost des Universitätsspitals steht mitten in der Realisierungsphase, für die Abklärungen zur Sanierung oder zum Neubau des Klinikum II läuft die zweite Stufe des Projektwettbewerb.

Bauliches und technisches Gebäudemanagement Für Instandhaltung und kleinere Instandsetzungsarbeiten werden für die Hochbauten des Verwaltungsvermögens rund 34 Mio. Franken budgetiert.

Gebäudemanagement Bau: Kleinere, aber zahlreiche Baumassnahmen im Rahmen der Projekte HarmoS und Tagesstrukturen sowie die Neueinrichtung von Kindergärten bilden auch in 2014 einen weiteren Schwerpunkt. Dazu gehören die gebundenen Ausgaben und Instandsetzungen im Schulhaus Kleinhüningen, im Polizeiausbildungszentrum an der General Guisan-Strasse 29 und für den Theatersaal in der Berufsfachschule.

Gebäudemanagement Technik: Der weiterhin steigende Technisierungsgrad der gebäudetechnischen Anlagen in den kantonalen Liegenschaften stellt sowohl für den Betrieb wie auch für die Instandhaltung eine grosse Herausforderung dar. Aufgrund dessen wird die Betriebsorganisation angepasst. Die Umsetzung dieser Organisationsentwicklung, insbesondere die Implementierung verschiedenster Fachstellen und Fachmandate wird 2014 abgeschlossen. Nebst der Sicherstellung eines möglichst störungsfreien Betriebes gilt es auch, die Sicherheit der Mitarbeitenden bei ihren Pikett-Einsätzen zu Unzeiten zu analysieren und allfällige Verbesserungsmassnahmen einzuleiten. Die technischen Anlagedaten bilden die zentrale Basis für ein effizientes Gebäudemanagement Technik; die Erfassung und Plausibilisierung der technischen Anlagedaten geniessen daher Priorität.

IBA Basel 2020 Anhand der ersten Zwischenpräsentation 2013 wurden die Ansprüche an die Liste der Projekte, die weiterverfolgt werden, präzisiert; die Liste selbst wurde geschärft. 2014 wird die Umsetzung der IBA-Projekte vorangetrieben. Der Kreis der IBA-Partner wächst kontinuierlich; weiterhin werden neue Partner und Kooperationen gesucht.

Landschaftspark Wiese Die Umsetzung der Konzepte zur Erholung und zum Naturschutz wird vorangetrieben; kleinere Baumassnahmen werden realisiert. Das Beschilderungskonzept wird umgesetzt. Gemeinsam mit den Partnern Riehen und Weil am Rhein wird eine Ansprech- und Koordinationsstelle eingerichtet.

Innenstadt – Qualität im Zentrum Der behördenverbindliche Entwicklungsrichtplan Innenstadt befindet sich in Umsetzung. Mit einem Monitoring und Controlling wird die laufende Entwicklung der Innenstadt beobachtet und evaluiert. Im Rahmen der Umsetzung des Gestaltungskonzeptes Innenstadt und basierend auf der Erhaltungsplanung werden Projekte für Strassen (Freie Strasse, Greifengasse usw.) entwickelt; für Plätze (Claraplatz, Rümelinsplatz) werden die Vorarbeiten für die Durchführung von Wettbewerben geleistet.

Zonenplanrevision Nach Abschluss der politischen Beratung zum Basisratschlag beginnt die Umsetzung der darin behandelten Stadtrandentwicklungen. Zusätzlich wird der zweite Ratschlag mit Fokus auf Arealentwicklungen im Bestand erarbeitet.

Städtebauliche Verfahren und Nutzungsplanung Für Klybeck und Kleinhüningen wird ein Stadtteilrichtplan entwickelt, wobei die Arbeitsgebiete im Klybeck sowie die Hafen- und Stadtentwicklung Schwerpunkte bilden. Parallel wird die Trinationale Masterplanung 3Land gemeinsam mit den Städten Huningue und Weil am Rhein fortgesetzt. Für den Campus Gesundheit wird ein Bebauungsplan erarbeitet. Die Nutzungsplanung für den Dreispitz wird zuhanden des Grossen Rats verabschiedet. Ausserdem werden Studien durchgeführt zur Wohnnutzung auf dem nicht durch Spitalnutzung beanspruchten Arealteil des Felix Platter-Spitals. Im Gebiet Volta Nord wird eine Masterplanung als Grundlage für nutzungsplanerische Massnahmen erarbeitet. Auf dem SBB-Areal Wolf/Zeughaus werden parallel zur Infrastrukturplanung der SBB städtebauliche Entwicklungsstudien begleitet.

Weiterentwicklung des Tramnetzes Für die Verlängerung der Linie 3 nach Saint Louis werden die Mittel beantragt. Weitere Vorhaben werden aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen priorisiert und an die Hand genommen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes werden Vorprojekte für die Traminfrastruktur auf dem Bruderholz sowie für weitere Strassenzüge (Burgfelderstrasse, Hardstrasse usw.) entsprechend der Prioritätensetzung aus der Erhaltungsplanung erarbeitet.

Gestaltungs- und Verkehrsprojekte im öffentlichen Raum Die Planungsarbeiten für das Veloparking am Badischen Bahnhof werden fortgesetzt. Für den Bereich Heuwaage/Binneringerstrasse wird im Zusammenhang mit dem Projekt Ozeanium des Zoologischen Gartens Basel die Verkehrsinfrastruktur inkl. Doppelspurausbau für das Tram geplant. Auf Basis des Gesamtverkehrskonzepts werden Vorprojekte für die das Dreispitzareal umschliessende Verkehrsinfrastruktur entwickelt.

Erhaltung des baulichen Erbes Im Vordergrund steht die Begleitung von Restaurierungen und Umbauten. Darunter fallen sowohl wichtige Baudenkmäler, die regelmässig unterhalten und gepflegt werden wie das Münster und das Rathaus, wie auch zahlreiche Baudenkmäler im Eigentum von Privaten und der öffentlichen Hand. Subventionsgesuche werden zuhanden der Submissionskommission bearbeitet. Die Inventarisierung der Quartiere im Kanton wird wie schon in den vergangenen zwei Jahren beschleunigt vorangetrieben, um klare Grundlagen für die denkmalpflegerische Arbeit im Kanton zu schaffen und die Rechtssicherheit von Bauherren und Projektierenden zu erhöhen. In diesem Zusammenhang steht auch ein Investitionsprogramm zur öffentlichen Vermittlung der Ergebnisse der Inventarisierung mittels elektronischer Medien. So können denkmalpflegerische Rahmenbedingungen frühzeitig abgerufen und in die Planung integriert werden. Ziel des Projektes ist es, eine möglichst kundenfreundliche und transparente denkmalpflegerische Arbeit zu ermöglichen. Die Öffentlichkeitsarbeit soll in der 2011 neu aufgebauten Struktur fortgesetzt werden.

Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert die Fragen und Herausforderungen der kantonalen Mobilität als Gesamtsystem. Auf Basis dieser Analysen entwickelt das Amt Strategien zur Beeinflussung und Steuerung sowie zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziele sind der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr, die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr sowie die Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem übergeordneten Strassennetz.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projiziert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen sowie des zentralen Verkehrsrechners, der Parkuhren und der dynamischen Wechselsignale.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen sowie den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amtes für Mobilität fällt die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiberfirmen im öffentlichen Verkehr.

Tätigkeiten und Projekte

Stadtverkehr 2020 Das Basler Stimmvolk hat Ende 2010 im Umweltschutzgesetz festschreiben lassen, dass der motorisierte Verkehr auf Stadtstrassen bis 2020 um zehn Prozent zu reduzieren sei. Das Amt für Mobilität überprüft jährlich die Verkehrsentwicklung und evaluiert laufend, ob dieses Ziel mit den Planungen und Projekten des Kantons erreicht werden kann. Eine umfassende Studie dient dabei als Grundlage für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes. Mit diversen Massnahmen setzt das Amt zudem die Strategie zur Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs fort. 2014 soll die Umsetzung des neuen „Teilrichtplans Velo 2013“ beginnen. Mit der neuen Verordnung über Velostellplätze auf privatem Grund (VeloPPV) soll zudem Rechtssicherheit für private Bauherren geschaffen werden.

Gesamtverkehrsmodell der Region Basel Die Erarbeitung des neuen Gesamtverkehrsmodells der Region Basel wird im Frühling 2014 abgeschlossen. Damit steht ein aktuelles, dem neuesten Stand der Technik entsprechendes Modell zur Verfügung, um die verkehrlichen Auswirkungen von Siedlungsentwicklungen und Angebotsausbauten im Verkehr zu berechnen. Erstmals berücksichtigt das Modell auch den Veloverkehr sowie teilweise den Fussverkehr.

Parkraumplanung und Einführung Pendlerfonds Im Rahmen der Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung werden 2014 in weiteren Postleitzahlenbezirken die entsprechenden Markierungs- und Signalisationsarbeiten projiziert und ausgeführt. Bis 2016 soll die Parkraumbewirtschaftung in allen Quartieren umgesetzt sein. Der 2013 ins Leben gerufene Pendlerfonds verfügt damit erstmals auch über laufende Einnahmen aus dem Verkauf der Parkkarten.

Verkehrsberuhigung in der Innenstadt, im Gundeli und in weiteren Wohnquartieren Die Umsetzung des 2011 vom Grossen Rat beschlossenen Verkehrskonzepts für eine fussgängerfreundliche und verkehrsberuhigte Basler Innenstadt erfolgt schwerpunktmässig im Jahr 2014. Aufgrund von Verfassungsbeschwerden gegen eine Verordnung des Regierungsrats hat sich der Zeitplan um ein Jahr verschoben.

Auch wird das Amt für Mobilität 2014 einige Massnahmen des neuen Tempo 30-Konzepts umsetzen, das der Grosse Rat 2013 beschlossen hat. Die Reduktion der Geschwindigkeiten in Wohnquartieren und punktuell auf verkehrsorientierten Strassen leistet einen Beitrag zur Reduktion der Lärm- und

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-4'526.3	-5'020.4	-5'414.3	-393.9	-7.8	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'829.1	-3'531.4	-4'225.4	-694.1	-19.7	²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-23.5	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Transferaufwand	0.0	-7.0	-7.0	0.0	0.0	
Betriebsaufwand	-8'378.8	-8'558.8	-9'646.7	-1'087.9	-12.7	
42 Entgelte	1'363.4	4'070.2	4'801.1	730.9	18.0	³
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
46 Transferertrag	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Betriebsertrag	1'365.5	4'070.2	4'801.1	730.9	18.0	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-7'013.3	-4'488.6	-4'845.6	-357.0	-8.0	
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2'045.3	-1'775.9	-1'326.2	449.7	25.3	⁴
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-818.5	-670.9	-671.0	-0.1	-0.0	
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-2'863.8	-2'446.8	-1'997.2	449.6	18.4	
Betriebsergebnis	-9'877.1	-6'935.4	-6'842.7	92.6	1.3	
Gesamtergebnis	-9'877.1	-6'935.4	-6'842.7	92.6	1.3	
davon Funktionen:						
62 Öffentlicher Verkehr	-1'887.0	-1'472.9	-1'607.6	-134.7	-9.1	
63 Verkehr, übrige	-7'990.1	-5'462.5	-5'235.2	227.3	4.2	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-5'663.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	49.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-5'614.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-5'614.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Der höhere Personalaufwand ergibt sich durch die zusätzlichen Projektstellen zu Lasten der Investitionskredite Tempo30, Tramnetz 2020 und BehiG. Der Mehraufwand von 330'000 Franken wird vollumfänglich in FDK 42 kompensiert. Ein zusätzlicher Mehraufwand von 60'000 Franken ergibt sich auf Grund von zwei Vollzeit-Praktikumsplätzen zur Unterstützung der Mobilität.
- Mehraufwand in der Höhe von 270'000 Franken für Gutachten und Expertisen (Fremdaufträge), welche nicht durch die Dienststelle erbracht werden können. Mehraufwand von 100'000 Franken infolge Erhöhung des Beitrags BS an den Betrieb der Geschäftsstelle „Agglomerationsprogramm“ vgl. Regierungsratsbeschluss 10/04/43. Mehraufwand in der Höhe von 300'000 Franken in der Abteilung Verkehrssteuerung für übrige Dienstleistungen, welche an andere Dienststellen oder externe Partner unter FDK 42 weiterverrechnet werden können. Zusätzlicher Mehraufwand von 30'000 Franken in der Abteilung Verkehrstechnik für das Projekt „Digitales M+S-Kataster“.
- Die höheren Entgelte von 400'000 Franken ergeben sich aus den Verrechnungen der Projektstellen an die jeweiligen Investitionskredite zuzüglich Arbeitsplatzkosten (siehe höhere Personalaufwendungen in FDK 30). Mehreinnahmen für Dienstleistungen der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 330'000 Franken, die an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden können.
- Geringer Abschreibungsaufwand in der Höhe von 450'000 Franken, infolge von per Ende 2013 vollständig abgeschriebener Software.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.8	31.1	29.7	33.0	33.0 ¹
Lichtsignalanlagen	Anz	126	125	125	125	125
Verkehrsaufkommen MIV Stadtstrassen	%	100.0	99.2	98.2	97.0	96.0 ²
Verkehrsaufkommen ÖV	%	100	102.6	104.2		³
Verkehrsaufkommen Velo	%	100	110	106		⁴

Kommentar

- 1 Für die Verwaltung des Pendlerfonds wird der Headcount um 0.5 erhöht.
- 2 Die Prognosezahlen sind die Ziele gemäss Gegenvorschlag Städteinitiative. 2010 = Index 100 %.
- 3 Eine Prognose für die Jahre 2013/2014 ist nicht möglich.
- 4 Starkes Wachstum bzw. Rückgang weitgehend Wetter bedingt. Eine Prognose für die Jahre 2013/2014 ist nicht möglich.

Luftschadstoffemissionen und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere in der Nähe von Schulen.

Besonderes Augenmerk legt der Regierungsrat auf das Gundeldinger-Quartier. Die 2013 präsentierten kurzfristig realisierbaren Massnahmen des Verkehrskonzepts Gundeldingen sollen ab 2014 umgesetzt werden. Diese Massnahmen verbessern die Erschliessung des Quartiers mit der Buslinie 36, ergänzen das Velonetz mit direkten und sicheren Routen entlang der beiden Hauptachsen und führen den eingeschlagenen Weg zur Verkehrsberuhigung im Quartier weiter.

Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr Die Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr sind historisch gewachsen und teilweise reformbedürftig. Die von den Regierungen beider Basel initiierte Überprüfung der Staatsverträge betreffend BVB/BLT (öffentlicher Agglomerationsverkehr) und KBB (Behindertentransporte) wird 2014 weiter bearbeitet. Das Amt für Mobilität führt die Verhandlungsdelegation seitens Basel-Stadt. Der Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) wird ein neues Organisationsmodell einführen, das die Zusammenarbeit mit den Kantonen stärkt. In Vorbereitung ist auch eine engere Kooperation der für den regionalen Bahnverkehr zuständigen Behörden. Entsprechende grenzüberschreitende Organisationsmodelle sollen 2014 erarbeitet und evaluiert werden.

Längerfristiger Ausbau der Traminfrastruktur Die Planung der 2012 vom Grossen Rat beschlossenen Ausbauten im Basler Tramnetz wird weitergeführt. Schwerpunkt bilden 2014 Vorstudien u.a. zur Priorisierung der einzelnen Ausbauschritte. Die Ausbauten am Tramnetz sind zeitlich zu koordinieren mit den Projekten zur Erhaltung der Gleisanlagen und der übrigen Infrastruktur im öffentlichen Raum.

Behindertengerechter Zugang zum öffentlichen Verkehr Das schweizweit gültige Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) schreibt vor, dass der öffentliche Verkehr barrierefrei zugänglich sein muss. Auch diese infrastrukturellen Anpassungen sind auf die weiteren Bauprojekte in der Stadt abzustimmen.

Regio-S-Bahn Basel; Durchmesserlinie „Herzstück“ und Anschluss EuroAirport Der Ausbau des Bahnnetzes im Knoten Basel und auf den Zulaufstrecken ist seit Jahren Gegenstand einer rollenden Planung, welche die SBB zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz fortschreibt und schrittweise umsetzt. Mit der für 2014 erwarteten Volksabstimmung zur Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) werden wichtige Entscheide gefällt zur langfristigen Entwicklung der Eisenbahn und zur Finanzierung des Bundesanteils.

2014 nehmen die Kantone BS und BL voraussichtlich die Arbeiten am Vorprojekt des Herzstücks der Regio-S-Bahn an die Hand. Diese unterirdische Verbindung zwischen Basel SBB und Badischem Bahnhof schliesst die Lücke in der Bahninfrastruktur rund um Basel und schafft die Voraussetzung für ein kohärentes S-Bahnnetz mit Durchmesserlinien, die die regionalen Korridore miteinander verbinden. Basis hierfür muss ein zwischen den Nordwestschweizer Kantonen, der Région Alsace und

dem Land Baden-Württemberg grenzüberschreitend abgestimmtes Konzept für die Weiterentwicklung des Liniennetzes und des Fahrplanangebots sein. Das Konzept ist auch im Hinblick auf den Bahnanschluss des EuroAirports von Bedeutung.

Vertieft geprüft wird die technische Machbarkeit zusätzlicher S-Bahnstationen auf Kantonsgebiet.

Agglomerationsprogramm Im Agglomerationsprogramm Basel bilden die Achsen der Regio-S-Bahn das strukturierende Rückgrat der Siedlungsentwicklung. 2014 entscheidet der Bund über die Mitfinanzierung der im Agglomerationsprogramm enthaltenen Projekte. Parallel dazu arbeitet das Amt für Mobilität zusammen mit den weiteren beteiligten Behörden in der trinationalen Agglomeration an der Weiterentwicklung des Agglomerationsprogramms.

Verkehrssteuerung und Forschungsprojekte Auch 2014 wird die verkehrsabhängige Steuerung der Lichtsignalanlagen weiter optimiert. Laufend verbessert das Amt für Mobilität die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmenden. Daneben beteiligt sich der Kanton aktiv an nationalen Forschungsprojekten, etwa zur Beschleunigung des Veloverkehrs an lichtsignalgeregelten Kreuzungen und zur Sicherheit von Fussgängerstreifen über Tramgleise.

Globalbudget Öffentlicher Verkehr

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte), Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.

Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für Be- tagte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von ÖV-Leistungen dargestellt.

Produktgruppen	Funktionale Gliederung
Regio S-Bahn	62 Öffentlicher Verkehr
Tarife und Verbünde	63 Öffentlicher Verkehr
Tram und Bud	64 Öffentlicher Verkehr

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Tram und Bus	-56'452.8	-58'201.0	-58'561.0	-360.0	-0.6
Regio-S-Bahn	-2'794.9	-2'762.0	-2'862.0	-100.0	-3.6
Tarife und Verbände	-20'212.5	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-79'460.3	-81'063.0	-81'523.0	-460.0	-0.6 ¹
Kalkulatorische Kapitalkosten	-201.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Vollkosten	-79'661.6	-81'063.0	-81'523.0	-460.0	-0.6
Investitionen > 300'000 Fr.	-24'825.7	-34'000.0	-42'000.0	-8'000.0	-23.5

Kommentar

- 1 Das Globalbudget „Öffentlicher Verkehr“ wurde generell um 1'100'000 Franken gekürzt. Gleichzeitig erhielten die Produktgruppen Tram und Bus sowie Regio S-Bahn aus dem Schwerpunkt „Ausbau öffentlicher Verkehr“ zusätzlich 1'560'000 Franken. Die Kommentare zu den einzelnen Abweichungen finden sich unter den entsprechenden Produktgruppen.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB Linien).	>=	130.7	131.6	131.0	132.0
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-km) BVB+BLT im städtischen Netz	>=	310.7	315.4	310.0	315.0
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	18.0	18.0	18.0	18.0
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kundenzufriedenheitsstudie	>=	77.0		77.0	1

Kommentar

- 1 2009 führte der Kanton Basel-Stadt erstmals eine standardisierte Befragung der ÖV-Kundschaft durch. Im Vergleich mit anderen Agglomerationen nimmt Basel einen Spitzenplatz ein und konnte ihn im 2011 bestätigen. Die Befragung soll alle zwei Jahre durchgeführt werden, nächstes Mal im Herbst 2013.

Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus- und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch Unterstützung von Fahrten von Menschen mit einer eingeschränkten Mobilität.

Tätigkeiten und Projekte

2013 werden kleinere Anpassungen und Optimierungen bei Tram und Bus vorgenommen. Insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr soll das Angebot ausgebaut werden. So ist jeweils zu den Hauptverkehrszeiten am Morgen und Abend ein 15 Minuten-Takt zwischen Grenzach-Wyhlen und Claraplatz vorgesehen. Die Busse der Distribus-Linie 604 von Saint-Louis nach Basel Schiffflände sollen bis Mitternacht stündlich verkehren; der Stunden-Takt soll neu auch an Sonntagen gelten.

Der zeitweiligen Überlastung der Linie 50 infolge ankunfts- bzw. abflugsbedingten Spitzenzeiten wird mit Optimierungsmassnahmen und einzelnen Verdichtungen des Fahrplans begegnet.

Mit dem Fahrplanwechsel Dezember 2013 sind im Raum Wettstein/Riehen auf den Linien 31/34/38 sowie den Ortsbuslinien in Riehen grössere Veränderungen vorgesehen. Damit wird einerseits das bestehende Angebot gestärkt; andererseits soll aber auch die Kapazität im Raum Wettsteinplatz/Roche hinsichtlich der zukünftig zu erwartenden Nachfrage ausgebaut werden.

Leistungen

- **Leistungserbringer Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)** Betrieb städtischer Tram- und Buslinien sowie Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement aufgrund einer Leistungsvereinbarung.
- **Leistungserbringer Baselland Transport AG (BLT)** Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortsverkehrs aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer Autobus AG Liestal (AAGL)** Betrieb regionaler Buslinien aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer verschiedene Transportunternehmen im Auftrag der Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel KBB** Unterstützung von Fahrten von Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Übriger Aufwand	-58'673.1	-60'098.2	-60'786.8	-688.6	-1.1
Ertrag	2'220.2	1'897.2	2'225.8	328.6	17.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-56'452.8	-58'201.0	-58'561.0	-360.0	-0.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	-25.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Vollkosten	-56'478.1	-58'201.0	-58'561.0	-360.0	-0.6

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	=	25.0	26.3	25.0	26.5
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kantonen und Gemeinden (Franken) je Pkm (BVB)	<=	0.206	0.211	0.195	0.210
Hohe Qualität des Angebotes im Ortsverkehr	Mischindikator aus verschiedenen Kennzahlen; Eichwert 2006: 100%	>=	105 %	105 %	109 %	109 %
Angebote der KBB entsprechen den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	>=			84 %	90 % 1

Kommentar

- 1 Per 01. Januar 2012 wurde die Neuorganisation des Fahrdienstes umgesetzt. Die KBB hat auf eine Befragung aufgrund dieses Wechsels verzichtet. Es ist vorgesehen, im Herbst 2013 oder im Frühling 2014 eine Befragung durchzuführen.

Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn bleibt praktisch unverändert.

Leistungen

- **Leistungserbringer SBB Regionalverkehr:** Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.
- **Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH:** Betrieb der S-Bahnlinie S6 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz auf der Verbindungsbahn.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Übriger Aufwand	-3'180.8	-3'165.0	-3'265.0	-100.0	-3.2
Ertrag	385.8	403.0	403.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'794.9	-2'762.0	-2'862.0	-100.0	-3.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	-176.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vollkosten	-2'971.0	-2'762.0	-2'862.0	-100.0	-3.6

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahnlinien, die von BS mitfinanziert werden	=	332	332	335	332
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (Fr.) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.137	0.140	0.133	0.145 1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	>=	99	98	99	99

Kommentar

1 Gegenüber dem Jahr 2011 sind die nachgefragten Personenkilometer um 1.6 % zurückgegangen.

Produktgruppe Tarife und Verbände

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Es wird mit einer gegenüber 2011 praktisch konstanten Anzahl U-Abos im Kanton Basel-Stadt gerechnet.

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Übriger Aufwand	-20'212.5	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-20'212.5	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0
Vollkosten	-20'212.5	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0

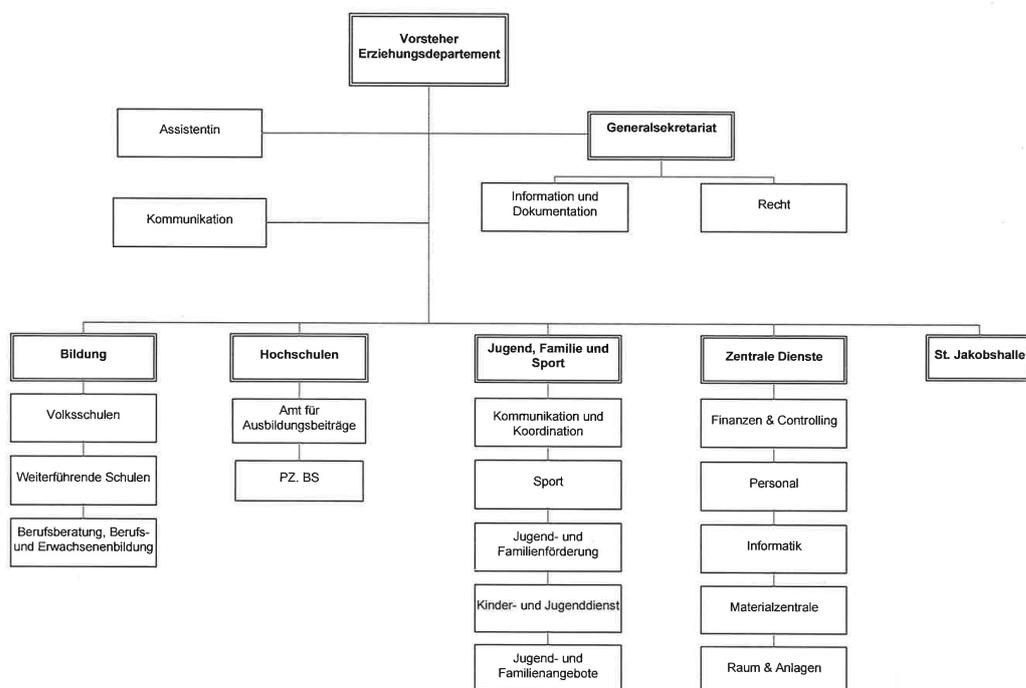
Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014	
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe (in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>=	864	870	864	864	1

Kommentar

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monats-Abonnemente. Jahresabonnemente werden umgerechnet.

4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	161
ED-220	Leitung Bildung	164
ED-230	Volksschulen	167
ED-240	Allgemeinbildende weiterführende Schulen	171
ED-245	Berufsbildende Schulen	173
ED-265	Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung	176
ED-271	Hochschulen	178
ED-290	Jugend, Familie und Sport	180



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-478.1	-482.5	-483.7	-1.2	-0.2	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-156.4	-157.2	-156.9	0.4	0.2	
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.6	-0.7	-0.7	0.0	5.8	
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Transferaufwand	-411.3	-418.3	-437.5	-19.2	-4.6	²
Betriebsaufwand	-1'046.5	-1'058.7	-1'078.7	-20.0	-1.9	
42 Entgelte	43.1	43.1	43.9	0.8	1.9	
43 Verschiedene Erträge	1.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
46 Transferertrag	112.5	110.9	113.9	3.0	2.7	³
Betriebsertrag	158.2	154.0	157.8	3.8	2.4	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-888.3	-904.7	-920.9	-16.2	-1.8	
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-0.7	-3.2	-3.2	0.1	2.0	
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-0.5	-0.7	-1.0	-0.3	-49.4	⁴
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-1.3	-3.9	-4.2	-0.3	-6.7	
Betriebsergebnis	-889.6	-908.6	-925.1	-16.5	-1.8	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.0	-0.0	0.0	8.2	
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.2	-0.0	-14.8	
Finanzergebnis	0.2	0.2	0.2	-0.0	-15.1	
Gesamtergebnis	-889.4	-908.4	-924.9	-16.5	-1.8	
davon Funktionen:						
0 Allgemeine Verwaltung	-0.1	0.1	0.1	-0.1	-48.5	
2 Bildung	-777.5	-794.2	-805.7	-11.5	-1.4	
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-17.8	-17.6	-17.4	0.2	1.2	
5 Soziale Sicherheit	-94.0	-96.7	-101.9	-5.2	-5.4	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-0.8	-1.7	-8.0	-6.4	-384.8	
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-0.4	-0.5	-0.1	-33.7	⁵
Nettoinvestitionen VV	-0.8	-2.1	-8.5	-6.5	-315.4	
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Saldo Investitionsrechnung	-0.8	-2.1	-8.5	-6.5	-315.4	

Kommentar

- 1 Die Abweichung von 1.2 Mio. Franken setzt sich aus vielen Positionen zusammen. So gehen auf höhere Schülerzahlen 4.4 Mio. Franken und tiefere Lektionenkosten 0.6 Mio. Franken zurück. Mehrkosten von insgesamt 0.8 Mio. Franken fallen zudem bei den Altersentlastungen und Ferienguthaben u.a. aufgrund steigender Schülerzahlen an. Daneben steigen die Aufwendungen für das Abwärts- und Reinigungswesen für die zusätzlichen Standorte der Kindergärten und Tagesstrukturen (0.5 Mio. Fr.), den Ausbau der Schulsozialarbeit (0.3 Mio. Fr.) und für verschiedenste Anpassungen vor allem bei den Volksschulen sowie im Bereich Jugend, Familie und Sport um netto 0.5 Mio. Franken an. Reduziert hat sich der Personalaufwand um 4.7 Mio. Franken für den Anteil der Schülerinnen und Schüler aus Riehen und Bettingen, welche die verlängerte Primarschule besuchen.

-
- 2 Auf die beiden Globalbudgetanpassungen im Hochschulwesen (Universität Basel -3.7 Mio. Fr., Fachhochschule Nordwestschweiz -5.1 Mio. Fr.), diverse kleinere Subventionen (Swiss TPH etc. -0.25 Mio. Fr. etc.), sowie auf die Hochschulabkommen für den ausserkantonalen Studienbesuch (Interkantonale Universitätsvereinbarung -0.5 Mio. Fr., Fachhochschulvereinbarung -0.75 Mio. Franken) entfallen insgesamt -10.3 Mio. Franken Mehrkosten. Weitere Mehraufwendungen von 4.9 Mio. Franken betreffen den Bereich Jugend, Familie und Sport, wo u.a. aufgrund der steigenden Nachfrage nach Tagesbetreuung und der Anpassung an die Erfahrungszahlen bei der Jugendhilfe die Budgets eine Erhöhung erfahren haben. Neu wird zudem der Swisslos-Sportfonds gemäss der neuen Rechnungslegung nach HRM2 in der Erfolgsrechnung des Kantons mit Ausgaben und Einnahmen (vgl. Kostenart 46) über je 2.6 Mio. Franken geführt. Die restliche Abweichung geht zu einem grossen Anteil auf höhere interne Verrechnungen zurück.
 - 3 Die Abweichung geht hauptsächlich auf den Swisslos-Sportfonds zurück, welcher nach der neuen Rechnungslegung nach HRM2 erstmals in der Erfolgsrechnung des Kantons mit Ausgaben und Einnahmen (vgl. Kostenart 36) von je 2.6 Mio. Franken figuriert. Die restliche Differenz steht insbesondere im Zusammenhang mit höheren internen Abgeltungen für erbrachte Leistungen.
 - 4 Die Erhöhung geht auf die Umstellung der Ermittlung der Abschreibungen von HRM1 auf HRM2 zurück.
 - 5 Der Plafond steigt gegenüber dem Vorjahr markant an, da diejenigen für die Anschaffung von neuem Mobilien bzw. für Umzugskosten vorgesehenen Anteile der im November 2011 bewilligten 93 Mio. Franken für die Schulharmonisierung bzw. der 39 Mio. Franken für die Tagesstrukturen ab Budget 2014 vom Erziehungsdepartement bewirtschaftet und somit aus dem Investitionsbereich Hochbauten herausgelöst werden.
-

Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden fünf Abteilungen: Finanzen und Controlling, Personal, Raum und Anlagen, Informatik und Materialzentrale.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Die neu geschaffene zentrale Kommunikationsabteilung kümmert sich um die Kommunikation des Erziehungsdepartements nach innen und aussen. Die Abteilung ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, gehört aber finanztechnisch dem Bereich der Zentralen Dienste an.

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der Sport- sowie andere Veranstaltungen durchgeführt werden. Die St. Jakobshalle ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, zählt aber finanztechnisch zum Bereich der Zentralen Dienste.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz- und das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist das Kompetenzzentrum für sämtliche Planungen bezüglich Schulraum, Tagesstrukturen, Mobiliar, Kleininvestitionen und Sicherheit sowie für den Betrieb der baulichen Infrastruktur von Schulen und Kindergärten samt Schulhauswartung und Reinigung. Sie definiert in Zusammenarbeit mit den Schulen/Kindergärten die zukünftigen Raumbedürfnisse und bringt diese als Nutzervertreterin gegenüber den Hochbaudiensten (BVD) und der Eigentümervertreterin (IBS) ein.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

Tätigkeiten und Projekte

Systempflege Die departementsinterne Umsetzung des Projekts Systempflege liegt zwar im Zeitplan, die Personalabteilung wird aber auch im 2014 weiterhin stark ins Projekt eingebunden sein. Die Strukturanpassung in den Schulen aufgrund des Schulharmonisierungsprojektes führt im 2014 zu einer zusätzlichen Ressourcenbindung.

WorkplaceBS Im 2014 beginnt die Umsetzung des Projekts der kantonsweiten Zentralisierung des Desktop-Managements. Parallel dazu nimmt das Erziehungsdepartement ein separates Projekt zur Virtualisierung eines Grossteils seiner bestehenden Desktops in Angriff.

Grossprojekt Schulharmonisierung / Planung und Betrieb Infrastruktur

Nachdem im Sommer 2013 die ersten Bauprojekte gestartet wurden und in vielen Schulhäusern Rochaden stattgefunden haben, laufen die weiteren Planungen für den Sommer 2014 auf Hochtouren. Neben den Zügelaktionen sowohl innerhalb der Schulhäuser als auch zwischen den Standorten müssen die neuen Gruppenräume möbliert werden. Eine Hauptaufgabe ist deshalb weiterhin die Koordination der Nutzerbedürfnisse mit den baulichen Massnahmen (2. Etappen oder neue Projekte). Eine grosse Herausforderung stellt auch die Bereitstellung der notwendigen neuen Kindergarten- und Tagesstrukturlokalitäten dar. Bei der Sicherheit geht es primär um die Kontrolle der zu realisierenden Massnahmen sowie um die Weiterbildung. Für den Betrieb bedeutet die Gewährleistung der Reinigung und Hygiene während der baulichen Massnahmen und Rochaden eine logistische Höchstleistung.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'263.0	-26'268.1	-26'740.0	-472.0	-1.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-39'494.1	-38'418.5	-39'863.2	-1'444.6	-3.8 ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-58.4	-72.0	-72.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-150.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-64'965.5	-64'758.5	-66'675.1	-1'916.6	-3.0
42 Entgelte	20'160.2	20'472.2	21'370.5	898.3	4.4 ³
43 Verschiedene Erträge	89.6	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	399.3	310.0	328.0	18.0	5.8
Betriebsertrag	20'649.1	20'782.2	21'698.5	916.3	4.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-44'316.5	-43'976.4	-44'976.6	-1'000.2	-2.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-612.2	-1'785.0	-2'217.4	-432.4	-24.2 ⁴
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-612.2	-1'785.0	-2'217.4	-432.4	-24.2
Betriebsergebnis	-44'928.7	-45'761.4	-47'194.0	-1'432.6	-3.1
34 Finanzaufwand	-4.8	-2.0	-1.7	0.3	15.0
44 Finanzertrag	13.4	7.7	5.5	-2.2	-28.6
Finanzergebnis	8.6	5.7	3.8	-1.9	-33.3
Gesamtergebnis	-44'920.1	-45'755.7	-47'190.2	-1'434.5	-3.1
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-84.2	122.3	63.0	-59.3	-48.5
21 Obligatorische Schule	-28'579.6	-30'354.1	-31'314.7	-960.6	-3.2
29 Übriges Bildungswesen	-12'416.4	-12'159.7	-12'606.3	-446.7	-3.7
34 Sport und Freizeit	-3'839.9	-3'364.2	-3'332.2	32.0	1.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-296.6	-1'650.0	-8'000.0	-6'350.0	-384.8
Nettoinvestitionen VV	-296.6	-1'650.0	-8'000.0	-6'350.0	-384.8
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-296.6	-1'650.0	-8'000.0	-6'350.0	-384.8

Kommentar

- 1 Aufgrund steigender Schülerzahlen müssen in den Jahren 2013/14 viele neue Kindergärten eröffnet werden. Weiter schreitet der Ausbau der Tagesstrukturen wie geplant voran. Der damit einhergehende Flächenausbau aufgrund der zusätzlichen Standorte führt zu einem erhöhten Reinigungs- und Abwartaufwand.
- 2 Der Grossteil der Mehrkosten von rund 0.8 Mio. Franken geht auf den Reinigungsaufwand für die zusätzlichen Kindergärten und Tagesstrukturen zurück. Ferner entfallen auf den höheren Wareneinkauf bei der Materialzentrale 0.3 Mio. Franken sowie die departementsinterne Zentralisierung von Informatikleistungen (WorkplaceED) 0.4 Mio. Franken. Diesen Mehraufwendungen stehen allerdings wieder entsprechende Mehreinnahmen (vgl. Kostenart 42) gegenüber.
- 3 Die Mehreinnahmen resultieren aus dem vermehrten Warenhandel der Materialzentrale (0.3 Mio. Fr.), der Weiterbelastung der zentralen Informatikdienstleistungen WorkplaceED (0.4 Mio. Fr.) sowie der Weiterverrechnung von zusätzlichen Reinigungs- und Abwärtsleistungen (0.2 Mio. Fr.) an die Landgemeinden bezüglich der verlängerten Primarschule.
- 4 Im Rahmen des Grossprojekts Schulharmonisierung wird auch in die Betriebsinfrastruktur (Einrichtungen und Mobiliar) investiert. Dies führt zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf.
- 5 Der Plafond steigt gegenüber dem Vorjahr markant an, da diejenigen für die Anschaffung von neuem Mobiliar bzw. für Umzugskosten vorgesehenen Anteile der im November 2011 bewilligten 93 Mio. Franken für die Schulharmonisierung bzw. der 39 Mio. Franken für die Tagesstrukturen ab Budget 2014 vom Erziehungsdepartement bewirtschaftet und somit aus dem Investitionsbereich Hochbauten herausgelöst werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	261.5	208.4	218.4	222.6	233.7 ¹
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	8'507	8'226	8'417	8'500	8'500
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	68.3	64.5	55.5	69.0	69.0

Kommentar

- 1 Die Erhöhung 2014 ist im Wesentlichen auf einen Stellenausbau für Reinigung und Abwartswesen infolge der Eröffnung zusätzlicher Kindergärten und Tagesstrukturen zurückzuführen.

Leitung Bildung

ED-220

Der Geschäftsbereich Bildung, welcher aktuell die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Hochschulen umfasst, wird per 1. Januar 2014 in die drei Bereiche Volksschulen, Mittelschulen & Berufsbildung und Hochschulen aufgeteilt. Die drei heutigen Dienststellen Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen sowie Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung werden zu einem Bereich Mittelschulen und Berufsbildung zusammengefasst.

Die Dienststelle Leitung Bildung, welche in die Bildungskoordination, das Pädagogische Zentrum und die Pädagogischen Dienste gegliedert ist, wird per 1. Januar 2014 organisatorisch in andere Bereiche des Erziehungsdepartements überführt. Finanztechnisch werden die Bildungskoordination und das Case Management Berufsbildung im Budget 2014 noch in der Dienststelle Leitung Bildung abgebildet. Diese wird per Ende 2014 aufgelöst. Das Budget für das Pädagogische Zentrum PZ.BS wird bereits per 1. Januar 2014 in den neuen Bereich Hochschulen überführt, der Schulpsychologische Dienst und die Schulsozialarbeit in den Bereich Volksschulen.

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Bildung

Hauptaufgabe ist die Bewältigung der Reorganisation des Bereichs Bildung. Dieser wird per 1. Januar 2014 in die Bereiche Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung sowie Hochschulen aufgeteilt. Die Aufbau- und Überführungsarbeiten sind Ende 2014 abgeschlossen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören die Zusammenführung der drei auf der Sekundarstufe II tätigen Dienststellen zum Bereich Mittelschulen und Berufsbildung, die Integration des Case Management Berufsbildung in diesen Bereich sowie seine innere Neugliederung, die die Berufsbildung stärken und die Akteure an der besonders sensiblen Nahtstelle zwischen der Volksschule und der Berufsbildung zusammenführen soll. Ausserdem gilt es, das Pädagogische Zentrum PZ.BS in den Bereich Hochschulen sowie den Schulpsychologischen Dienst und die Schulsozialarbeit in die Volksschulen zu überführen. Die Aufgaben der Bildungskoordination werden nach sachlogischen Kriterien den verschiedenen Bereichen zugewiesen.

Pädagogische Dienste

Zum Schulpsychologischen Dienst und zur Schulsozialarbeit siehe den Bericht im Kapitel Volksschulen.

Pädagogisches Zentrum PZ.BS

Siehe den Bericht im Kapitel Hochschulen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-20'733.4	-19'271.6	-4'408.9	14'862.7	77.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'792.3	-11'933.8	-4'605.4	7'328.4	61.4 ²
36 Transferaufwand	-16'127.9	-16'463.0	-16'565.0	-102.0	-0.6
Betriebsaufwand	-48'653.6	-47'668.4	-25'579.3	22'089.1	46.3
42 Entgelte	1'611.9	1'679.1	1'344.4	-334.7	-19.9 ³
43 Verschiedene Erträge	373.8	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	33'449.9	33'775.3	33'720.0	-55.3	-0.2
Betriebsertrag	35'435.6	35'454.4	35'064.4	-390.0	-1.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-13'218.0	-12'214.0	9'485.1	21'699.1	177.7⁴
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-34.3	-1'058.0	0.0	1'058.0	100.0 ⁵
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-34.3	-1'058.0	0.0	1'058.0	100.0
Betriebsergebnis	-13'252.2	-13'272.0	9'485.1	22'757.1	171.5
34 Finanzaufwand	-0.8	-2.0	0.0	2.0	100.0
44 Finanzertrag	35.7	40.3	40.0	-0.3	-0.7
Finanzergebnis	34.8	38.3	40.0	1.7	4.4
Gesamtergebnis	-13'217.4	-13'233.7	9'525.1	22'758.8	172.0
davon Funktionen:					
21 Obligatorische Schule	-19'794.8	-16'052.9	-10'624.6	5'428.2	33.8
23 Berufliche Grundbildung	18'969.7	18'266.0	19'160.0	894.0	4.9
25 Allgemeinbildende Schulen	6'697.6	6'662.6	6'917.6	255.0	3.8
29 Übriges Bildungswesen	-19'089.9	-22'109.5	-5'927.9	16'181.5	73.2

Kommentar

- Die Abweichung steht im Zusammenhang mit der Überführung von diversen Organisationseinheiten der Leitung Bildung in die neuen Bereiche.
- Analog Kommentar 1.
- Analog Kommentar 1.
- Die Überführung der heutigen Dienststelle Leitung Bildung in die neuen Bereiche erfolgt aus zeitlichen Gründen finanztechnisch in zwei Schritten. Mit der Budgetierung 2014 wurden das Pädagogische Zentrum PZ.BS (13.2 Mio. Fr.) in die Hochschulen, der Schulpsychologische Dienst (4.2 Mio. Fr.), die Schulsozialarbeit (1.1 Mio. Fr.) sowie diverse Projektbudgets (1.6 Mio. Fr.) in die Volksschulen bereits finanztechnisch (total 20.1 Mio. Fr.) überführt. Die übrigen Organisationseinheiten der Leitung Bildung sollen dann anlässlich der Budgetierung 2015 transferiert werden. Die noch verbliebenen Budgetpositionen der Leitung Bildung liegen insgesamt um 1.6 Mio. Franken unter dem Budgetvorjahr. Aufgrund der Rechnung 2012 sowie der Bundesbeschlüsse für die Berufsbildung darf nochmals von deutlich höheren Bundesbeiträgen (+0.9 Mio. Fr.) ausgegangen werden. Weiter führen leicht steigende ausserkantonale Schülerzahlen zu Mehreinnahmen von 0.4 Mio. Franken bei den Schulabkommen. Die restliche Differenz von 0.3 Mio. Franken geht auf diverse Budgetkürzungen zurück.
- Die Abweichung geht vollumfänglich auf die Verschiebung des Pädagogischen Zentrums PZ.BS von der Dienststelle Leitung Bildung in den Bereich Hochschulen zurück.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	117.1	83.8	106.2	95.6	23.3 ¹
Aktive Fälle Case Management Berufsbildung	Anz	841	844	863	880	900 ²

Kommentar

- 1 Die Reduktion der Vollzeitstellen ist hauptsächlich auf die Verschiebung des Pädagogischen Zentrums PZ.BS an die Hochschulen sowie des Schulpsychologischen Dienstes und der Schulsozialarbeit (2013 zu 2014) als auch der Logopädie (2012 zu 2013) an die Volksschulen zurückzuführen.
- 2 Neudefinition der Kennzahl per Budgetbericht 2014 (rückwirkend): Neu werden die bearbeiteten Fälle aufgelistet anstatt der Klientinnen und Klienten.

Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung, sofern sie keine Privatschule besuchen. Die öffentlichen Schulen haben den Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Der Unterricht in den heterogenen Klassen erfolgt differenziert. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten wirkungsvolle Lernanreize. Mit Hilfe schuleigener Förderangebote werden die Schulen auch besonderem Bildungsbedarf gerecht. In Einzelfällen können die Schulleitungen zusätzliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus frühmorgens, über Mittag und am Nachmittag nach pädagogischen Grundsätzen betreut.

Alle Schülerinnen und Schüler, die den Kindergarten oder die Primarschule besuchen oder noch nicht eingeschult sind, durchlaufen die neue Schullaufbahn mit acht Jahren Primarstufe (unter Einschluss des zweijährigen Kindergartens) und anschliessend drei Jahren Sekundarschule. In der Primarstufe sind die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Lerngruppen und Klassen von wohnortsnahen Standorten eingeteilt. Sie werden zur Hauptsache von generalistisch ausgebildeten Lehrpersonen mit den elementaren Kulturtechniken vertraut gemacht und in ihrer Entwicklung und Gemeinschaftsfähigkeit unterstützt. In der anschliessenden dreijährigen Sekundarschule wird die Allgemeinbildung von Fachlehrpersonen vertieft und differenziert. Die Jugendlichen werden in ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen unterstützt und auf den Übertritt in die Berufslehre und die allgemein bildenden weiterführenden Schulen vorbereitet. Die Sekundarschule führt drei Leistungszüge unter einem Dach. Diese sind so aufeinander abgestimmt, dass eine hohe Durchlässigkeit möglich ist. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten nach elf Schuljahren den Volksschulabschluss, in dem ihre Leistungen und die erworbenen Übertrittsberechtigungen festgehalten sind. Jene Schülerinnen und Schüler, die noch die dreijährige Orientierungsschule oder die zweijährige Weiterbildungsschule besuchen, folgen der alten Schullaufbahn.

Tätigkeiten und Projekte

Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschulen 2010 hat der Grosse Rat den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beschlossen. Die Harmonisierung erleichtert die Mobilität der Familien und die Kooperation der Kantone bei der Entwicklung ihrer Schulsysteme. Die beiden Basel planen die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn koordinieren die Einführung des Lehrplans 21 und die Umsetzung der vierkantonalen Leistungstests. Die kantonale Umsetzung der Harmonisierung wird seit 1. Januar 2014 von der Volksschulleitung gesteuert, die Projektorganisation wurde überführt. Abgeschlossen sind die folgenden Arbeiten: die Beschreibung der neuen Schulstufen, die Neuzuteilung der Lehrpersonen der auslaufenden Schulen, der Raumplan für die Allokation der neuen Schulstufen. Von den zuständigen Behörden beschlossen sind der Ratschlag zu den generellen Schulraumanpassungen (Grosser Rat), die neue Laufbahnverordnung, in der die Beurteilungs- und Übertrittsfragen umfassend geregelt werden (Regierungsrat), die bikantonalen Stundentafeln für die neue Volksschule und das neue Gymnasium (Erziehungsrat zusammen mit Bildungsrat Basel-Landschaft) und der Übergangslehrplan für die Verlängerung der Primarschule. Seit Sommer 2013 werden die Laufbahnverordnung, die Übergangsstudentenafeln und -lehrpläne sowie die Leistungstests aufsteigend eingeführt. Um die Schulen nicht zu überlasten, sollen in den nächsten Jahren verschiedene Projekte und Themen an den Standorten der Volksschule gemeinsam evaluiert werden. Die Evaluationsergebnisse sollen dazu beitragen, eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und zu unterstützen. Im ersten Jahr (SJ 2014/15) ist ein Pilotdurchgang geplant, der dazu dient, die Verfahren zu testen und den aktuellen Bedürfnissen anzupassen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-224'203.3	-231'801.3	-238'395.8	-6'594.6	-2.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-50'906.9	-53'459.2	-54'891.1	-1'431.9	-2.7 ²
36 Transferaufwand	-46'840.1	-47'832.2	-48'815.2	-983.1	-2.1 ³
Betriebsaufwand	-321'950.3	-333'092.7	-342'102.2	-9'009.5	-2.7
42 Entgelte	2'128.3	2'280.5	2'756.6	476.1	20.9 ⁴
43 Verschiedene Erträge	1.1	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	23'103.4	23'872.6	25'889.8	2'017.2	8.4 ⁵
Betriebsertrag	25'232.8	26'153.1	28'646.4	2'493.3	9.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-296'717.5	-306'939.5	-313'455.8	-6'516.2	-2.1
Betriebsergebnis	-296'717.5	-306'939.5	-313'455.8	-6'516.2	-2.1
34 Finanzaufwand	-3.5	-0.5	-0.5	0.0	0.0
44 Finanzertrag	4.6	4.9	1.9	-3.0	-61.9
Finanzergebnis	1.1	4.4	1.4	-3.0	-69.0
Gesamtergebnis	-296'716.4	-306'935.2	-313'454.4	-6'519.2	-2.1
davon Funktionen:					
21 Obligatorische Schule	-262'036.8	-273'459.6	-282'827.8	-9'368.2	-3.4
22 Sonderschulen	-33'825.2	-32'498.9	-29'617.6	2'881.2	8.9
29 Übriges Bildungswesen	-854.4	-976.7	-1'009.0	-32.2	-3.3

Kommentar

- Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist teilweise auf die organisatorische Verschiebung des Schulpsychologischen Dienstes (-3.7 Mio. Fr.) und der Schulsozialarbeit (-1.4 Mio. Fr. inkl. Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um -0.3 Mio. Fr.) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Zudem hat der Anstieg der Schüler/innen v.a. im Kindergarten und in der Primarschule zu einer Erhöhung des Personalaufwands um -4.4 Mio. Fr. geführt. Ebenfalls erhöht wurde der budgetierte Personalaufwand für die verstärkten Massnahmen, v.a. wegen zusätzlichen Integrationsklassen (-1.1 Mio. Fr., siehe auch Kommentare unter Kontogruppen 36 und 46) und durch Mehrkosten für Altersentlastungen, allgemeine Entlastungen und die Ferienkonten der Lehrpersonen u.a. aufgrund der steigenden Anzahl Schüler/innen (-0.8 Mio. Fr.). Ausgebaut werden zudem die Förderangebote „Deutsch als Zweitsprache“ und „Logopädie“ (-0.7 Mio. Fr.) sowie die Tagesstrukturen (-0.7 Mio. Fr.). Reduziert hat sich der Personalaufwand demgegenüber, weil die verlängerte Primarschule für Schülerinnen und Schüler aus Riehen und Bettingen von den Gemeinden finanziert wird (+4.7 Mio. Fr.). Einen Rückgang des Personalaufwands ist auch bei der Schulharmonisierung (insbesondere weniger Projektstellen, +0.9 Mio. Fr.) und aufgrund von Pensionierungen im Zuge der Leitungsreform (+0.5 Mio. Fr.) zu verzeichnen.
- Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist auf die organisatorische Verschiebung des Schulpsychologischen Dienstes (-0.4 Mio. Fr.) und der Beiträge an die Spitalschulen des UKBB und der UPK (-1.2 Mio. Fr.) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Der Anstieg bei den internen Mieten wegen des Ausbaus der Tagesstrukturen und der zusätzlichen Kindergartenstandorte (-0.7 Mio. Fr.) wird durch den Rückgang des Transportaufwands für Kinder mit verstärkten Massnahmen (+0.5 Mio. Fr.) und leicht tieferen Projektbudgets (+0.2 Mio. Fr.) kompensiert.
- Für den Ausbau des Tagesstrukturangebots durch externe Anbieter wurde ein Aufwand über -1.2 Mio. Franken zusätzlich budgetiert. Für die Abgeltung von Leistungen der Spielgruppen etc. für die Sprachförderung im Vorschulalter sind -0.6 Mio. Franken mehr ins Budget eingestellt. Leicht reduziert wurde der Transferaufwand der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung, v.a. da die Mittel für verstärkte Massnahmen zugunsten der Förderangebote reduziert wurden (+0.8 Mio. Fr., siehe auch Kommentar unter Kontogruppe 30).
- Durch den Ausbau der Tagesstrukturen wird mit höheren Elternbeiträgen gerechnet.
- Die Mehrerträge fallen einerseits wegen höheren internen Abgeltungen der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung für staatliche Angebote, v.a. zusätzliche Integrationsklassen, an (+1.1 Mio. Fr., siehe auch Kommentar unter Kostenart 30). Andererseits wurden zusätzliche Einnahmen von +1.1 Mio. Franken für die Abgeltung der von Riehen und Bettingen für die verlängerte Primarschule genutzten Räumlichkeiten an den OS-Standorten in Riehen budgetiert. Gesunken ist demgegenüber der erwartete Ertrag durch Bundessubventionen für den Ausbau der Tagesstrukturen (-0.2 Mio. Fr.).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'415.6	1'473.5	1'500.7	1'523.5	1'583.0 ¹
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	12'677	12'741	12'955	12'557	12'939 ²
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	53.4	53.5	54.3	53.5	54.0 ³
Unterrichtslektionen	Anz	29'202	29'728	30'209	29'278	30'678 ⁴
Anteil Schüler/-innen in separativem Angebot	%	7.2	6.5	6.0	6.4	5.7 ⁵
Kinder mit verstärkten Massnahmen (integrative+separative)	Anz	780	761	741	792	763 ⁶
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	24.0	25.3	26.9	27.0	26.0 ⁷
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	33.4	35.5	32.9	33.0	35.0 ⁸
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	39.8	37.0	37.1	37.0	38.0 ⁹
Übertrittsquote WBS in eine Berufslehre	%	20.7	22.7	19.3	23.0	19.0
Übertrittsquote WBS in eine weiterführende Schule	%	25.0	21.1	21.4	21.0	21.0
Übertrittsquote WBS in ein Brückenangebot	%	48.9	49.6	52.7	50.0	53.0
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	1.2	1.0	0.6	1.0	1.0 ¹⁰
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	24.0	15.0	16.9	18.8	23.0 ¹¹
Klient/innen Schulpsychlog. Dienst	Anz	2'074	2'147	1'839	2'700	2'000
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	2'156	2'027	2'054	2'100	2'100

Kommentar

- Die laufende Erhöhung der Vollzeitstellen ist teilweise auf die Verschiebung des Schulpsychologischen Dienstes und der Schulsozialarbeit (2013 zu 2014), der Logopädie (2012 zu 2013) resp. der Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung (2011 zu 2012) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen fanden und finden im Budgetjahr weitere Plafonderhöhungen statt.
- Inklusive Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen, in Einführungs- und Kleinklassen. Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes, die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Ohne Primarschüler/-innen aus Bettingen/Riehen. Per Schuljahr 2013/14 dauert die Primarschule ein Jahr länger, per 2014/15 zwei Jahre länger (Schulharmonisierung). Die PrimarschülerInnen aus Riehen/Bettingen werden im 5. und 6. Schuljahr die Primarschule anstelle der Orientierungsschule besuchen (betrifft pro Jahrgang rund 200 Schüler/-innen). Sie tauchen in dieser Kennzahl daher nicht mehr auf. Diese Abnahme wird durch den Anstieg der Basler Schüler/-innen aus demographischen Gründen und wegen der Verschiebung des Einschulungszeitpunkts kompensiert.
- Zu den „fremdsprachigen Kindern“ werden alle Kinder gezählt, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Prognose-Wert 2014 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2014/2015 aufgeführt).
- Gleich Aussonderungsquote. Diese Kenngrösse setzt sich zusammen aus allen Schüler/-innen in Spezialangeboten, in heilpädagogischen Sonderschulen (inner- und ausserkantonale), in Heimschulen (inner- und ausserkantonale), in Fremdsprachklassen sowie in Einführungs- und Kleinklassen. Der Prognosewert 2013 wurde zeitlich vor dem Ist-Wert 2012 erhoben und ist daher voraussichtlich zu hoch.
- Inklusive Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten und in Privatschulen. Umfasst auch Primarschüler/-innen aus Riehen und Bettingen.
- Neu werden bei diesen Kennzahlen die Resultate der Aufnahmeprüfungen WBS/Gym. berücksichtigt. Dies erklärt die Abweichungen zu den im Jahresbericht 2011 publizierten Zahlen. Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug.
- Siehe Fussnote 7.
- Siehe Fussnote 7.
- Inkl. WBS Spezialangebote und Fremdsprachklassen.
- Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS), jedoch ohne die Schüler/-innen in Spezialangeboten. Bis 2010 umfasst sie jene Schülerinnen und Schüler, welche unterrichtsergänzende Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesschulen) oder Tagesbetreuung (Tagesheime, Tageseltern) in Anspruch nehmen. Ab 2011 werden Schüler/-innen mit Tagesbetreuung nicht mehr dazugezählt, da diese bereits in der Dienststelle Jugend, Familie und Sport ausgewiesen werden. Dies erklärt den deutlichen Rückgang 2011 zum Vorjahr.

Sprachförderung Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert – vorab jene von Kindern aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. Im Hinblick auf die neue Struktur und die Umsetzung des Sonderpädagogikkonkordats soll der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) intensiviert und neu gegliedert werden. Dazu kommt zusätzlich die Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarten durch den quantitativen und qualitativen Ausbau des Angebots an privaten Spielgruppen mit integrierter Sprachförderung. Seit Sommer 2013 ist die Frühförderung Deutsch für Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor dem Kindergarten obligatorisch. Die Verlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Der Französischunterricht beginnt neu im 5. Schuljahr (3. Klasse der Primarschule), der Englischunterricht im 7. Schuljahr (5. Klasse der Primarschule).

Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler Im Dienste der Kinder und der Familien übernimmt die Schule neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vermehrt auch einen Betreuungsauftrag. Sie bietet Tagesstrukturen an, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind. Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot in Anspruch nehmen. Der weitere Ausbau erfolgt entsprechend dem Bedarf und den verfügbaren Ressourcen. Die Mittel für den geplanten Raumausbau sind in einem Sammelratschlag bewilligt worden.

Sonderpädagogik wird Teil der Volksschule Seit 2011 wird die Sonderpädagogik schrittweise in die Volksschule integriert, die damit zur Schule für alle wird. Wenn immer möglich besuchen Lernende mit und ohne besonderen Bildungsbedarf die gleichen Regelklassen. Alle Regelschulstandorte organisieren ihre Förderangebote, zu denen seit Sommer 2012 auch die Logopädie gehört. Auf Antrag der Schulleitung entscheidet die Volksschulleitung, welche Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf zusätzliche Ressourcen erhalten und ob die Schulung in der Regelklasse oder in einer Sonderschule erfolgt. Kleinklassen und Einführungsklassen werden schrittweise aufgelöst, die Ressourcen stehen für Förderangebote zur Verfügung. Die Umsetzung der integrativen Schule stützt sich auf das Konkordat Sonderpädagogik, die Schulgesetzrevision und die entsprechende Verordnung. Die Verlagerung von der Separation zur Integration erfolgt moderat und über eine längere Zeitsdauer.

Schulentwicklungsprojekte Gute Schulen sind immer auch lernende Organisationen. Im Rahmen der allgemeinen Vorgaben und der Ziele der Volksschulleitung kann jede Schule im Hinblick auf die bestmögliche Erfüllung des gesetzlichen Auftrags Teilautonomie in Anspruch nehmen und die dafür erhaltenen Ressourcen nach eigenen Vorstellungen einsetzen. Neben dieser allgemeinen Schulentwicklung gibt es wenige, genau definierte und befristete Projekte, die für die Entwicklung der Volksschule insgesamt von Bedeutung sind. Zur Durchführung dieser Schulentwicklungsprojekte schliessen die Schulen mit der Volksschulleitung eine Vereinbarung. Sie erhalten Unterstützung und befristete Mittel. Dafür werden sie verpflichtet, den Prozess detailliert zu dokumentieren und andere Schulen bei der Übernahme ihrer Produkte zu unterstützen. Eine spezielle Gruppe unter diesen Projekten sind die Bildungslandschaften, die zusammen mit der Jacobs-Stiftung begleitet und finanziert werden.

Schulsozialarbeit (SSA) Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau von Schulsozialarbeit an allen zehn Standorten der neuen Sekundarschule werden geleistet. Für den weiteren schrittweisen Ausbau an den Primarschulstandorten wurden im Budget 2014 neu 180 Stellenprozent eingestellt.

Allgemeinbildende weiterführende Schulen

ED-240

Diese Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium und die Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerellelehrgang von der Berufsmaturität zum allgemeinen Hochschulzugang sind als Abteilung ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler in einem fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben der Eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungsverordnung MAV (früher MAR) zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der nicht an allen Standorten gleich ist.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerellelehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

Tätigkeiten und Projekte

Bildungsraum Nordwestschweiz Nach der Einführung der Harmonisierten Maturitätsprüfung soll über das Projekt „Gemeinsames prüfen vor Ort“ entschieden werden. Damit ist gemeint, dass an jedem Gymnasium jede Fachschaft innerhalb von drei Jahren eine gemeinsame Prüfung durchführt mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu stärken und die Verständigung über die Prüfungs- und Beurteilungspraxis zu intensivieren.

Die ursprünglich per August 2014 geplante Einführung der gelenkten Wahlfreiheit von Gymnasium und der Fachmaturitätsschule nördlich des Juras wird um ein Jahr verschoben.

Gymnasiale Bildung und Bildung an der FMS

Schulharmonisierung – Teilprojekt Gymnasium Im Rahmen der vom Regierungsrat beschlossenen „Übergangslösung“ werden die Schülerinnen und Schüler in den Jahren 2014 bis 2017 nach Abschluss der zweiten Klasse je nach Leistungspotenzial entweder einem normalen vierjährigen oder einem beschleunigten dreijährigen Zug zugeteilt.

Um die Vorgaben des Schulraumallokationsplans einhalten zu können, wird der Übertritt an die Gymnasien ab dem Schuljahr 2014/15 neu geregelt. Die Anmeldung und Zuteilung erfolgt zentral über die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung. Nach wie vor ist es das Ziel, möglichst viele Wünsche erfüllen zu können.

Im Spätsommer 2013 wird der Erziehungsrat die kantonalen Rahmenlehrpläne für den normalen Gymnasialzug ab August 2014 verabschieden. Dank der Zusammenarbeit mit den Lehrplanverantwortlichen in den Kantonen Aargau und Solothurn präsentieren sich die Lehrpläne in den drei Kantonen bezüglich Layout, Kompetenzorientierung und Inhalten in einer vergleichbaren Form. Die Lehrpläne im Kanton Basel-Landschaft werden erst 2016 überarbeitet.

Schulhausumbauten und Sanierungen In den kommenden Jahren stehen an allen allgemeinbildenden weiterführenden Schulen grössere Bauvorhaben an. Dabei handelt es sich um Umbauten im Rahmen der Schulharmonisierung, aber auch um Totalsanierungen zur Werterhaltung der Gebäude. Bei Totalsanierungen findet der Unterricht während zwei bis vier Jahren in temporären Schulbauten statt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-70'727.0	-68'670.3	-68'989.3	-319.0	-0.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'556.2	-11'507.5	-11'391.1	116.3	1.0
36 Transferaufwand	-84.4	-111.4	-96.6	14.8	13.3
Betriebsaufwand	-82'367.6	-80'289.1	-80'477.0	-187.9	-0.2
42 Entgelte	1'163.3	1'040.1	1'058.2	18.0	1.7
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	771.0	655.0	756.0	101.0	15.4 ²
Betriebsertrag	1'934.7	1'695.1	1'814.2	119.0	7.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-80'432.9	-78'594.0	-78'662.8	-68.8	-0.1
Betriebsergebnis	-80'432.9	-78'594.0	-78'662.8	-68.8	-0.1
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.9	-0.7	0.1	15.1
Finanzergebnis	-0.8	-0.9	-0.7	0.1	15.1
Gesamtergebnis	-80'433.7	-78'594.9	-78'663.6	-68.7	-0.1
davon Funktionen:					
21 Obligatorische Schule	-26'450.3	-25'686.9	-26'133.4	-446.5	-1.7
25 Allgemeinbildende Schulen	-53'456.6	-52'357.7	-51'971.8	385.9	0.7
29 Übriges Bildungswesen	-526.9	-550.2	-558.4	-8.2	-1.5

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand setzt sich zusammen aus weniger prognostizierten Schüler/innen (+0.4 Mio. Fr.) und gleichzeitig aus steigenden Lektionenkosten (-0.4 Mio. Fr.). Zudem steigen die Kosten (-0.3 Mio. Fr.) auch aufgrund der Übergangslösung (Parallelführung von normalen und beschleunigten Klassen) bei den Gymnasien durch die Schulharmonisierung.
- 2 Anpassung der Einnahmen aus anderen Kantonen für die von Basel-Stadt angebotenen Maturitätskurse an das Rechnungsjahr 2012.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	402.0	406.0	404.3	401.8	402.3
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	3'606	3'543	3'539	3'517	3'483 ¹
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	24.7	27.5	27.5	28.0	28.0 ²
Unterrichtslektionen	Anz	7'083	6'979	6'919	6'896	6'822 ³
Erworbene Abschlüsse	Anz	780	798	750	800	770
Gymnasiale Maturitätsquote	%	28.8	29.3		29.0	30.0 ⁴

Kommentar

- 1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Schüler/-innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- 2 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Absolvent/-innen der MfB und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- 3 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Prognose-Wert 2014 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2014/2015 aufgeführt).
- 4 Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil der Personen, die ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 19-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung (=Durchschnittsalter der MaturandInnen).

Berufsbildende Schulen

ED-245

Diese Dienststelle umfasst die Schule für Brückenangebote (SBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule Basel (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Die SBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS) vermitteln die schulische Bildung sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest (EBA), dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität. Im Weiteren leisten sie in der allgemeinen und berufsorientierten Weiterbildung sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die Wirtschaftsmittelschule, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die eigentliche Wirtschaftsmittelschule (WMS) (vormals HMS) und die Informatikmittelschule (IMS). Beide Schulen führen zu einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule (HF) und bildet auf der Tertiärstufe B als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule bietet das BZG zusätzlich fünfzig Studienplätze für Physiotherapie auf dem Niveau einer Fachhochschule (Tertiär A) an.

Tätigkeiten und Projekte

Berufliche Vor- und Grundbildung

Schule für Brückenangebote Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft werden die Positionierung und Ausgestaltung der Brückenangebote im Rahmen der Bildungsharmonisierung überprüft.

Berufliche Vor- und Grundausbildung Ab dem Schuljahr 2014/15 wird im Kanton Basel-Stadt der Wechsel von der Anlehre zur zweijährigen beruflichen Grundbildung mit Berufsattest in allen Berufen vollzogen sein. Somit ist auch in diesem Bereich die Einführung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes abgeschlossen.

Berufsmaturität Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft setzen den neuen eidgenössischen Rahmenlehrplan gemeinsam um und bereiten gemeinsame Abschlussprüfungen vor.

Höhere Berufs- und Weiterbildung

Höhere Berufs- und Weiterbildung Nachdem das Staatssekretariat für Bildung Forschung und Innovation (SBFI) die Höhere Fachschule „Techniker HF Fachrichtung Unternehmensprozesse“ anerkannt hat, gehen weitere Fachrichtungen in das Anerkennungsverfahren. Das BZG wird im 2014 erstmals mit einem Vorkurs Naturwissenschaften starten, um die hohe Quote von Remotionen bei den medizinisch-technisch-therapeutischen Berufen wirksam zu senken.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-92'712.2	-90'819.3	-90'829.0	-9.7	-0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-22'906.6	-23'056.4	-22'726.4	330.0	1.4
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-171.0	-240.0	-240.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-21'797.6	-16'635.7	-16'975.6	-339.9	-2.0
Betriebsaufwand	-137'587.4	-130'751.4	-130'771.1	-19.7	-0.0
42 Entgelte	6'729.7	6'486.5	6'578.3	91.8	1.4
43 Verschiedene Erträge	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	27'474.0	26'964.7	25'733.7	-1'231.0	-4.6
Betriebsertrag	34'204.0	33'451.2	32'312.0	-1'139.2	-3.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-103'383.4	-97'300.2	-98'459.1	-1'158.9	-1.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-58.8	-225.6	-225.6	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-58.8	-225.6	-225.6	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-103'442.3	-97'525.8	-98'684.7	-1'158.9	-1.2
34 Finanzaufwand	-1.4	-1.9	-1.4	0.5	26.8
44 Finanzertrag	47.5	45.7	14.4	-31.3	-68.4
Finanzergebnis	46.1	43.8	13.1	-30.8	-70.2
Gesamtergebnis	-103'396.1	-97'482.0	-98'671.6	-1'189.7	-1.2
davon Funktionen:					
23 Berufliche Grundbildung	-82'962.9	-81'461.2	-82'814.0	-1'352.8	-1.7
26 Höhere Berufsbildung	-15'828.7	-11'427.8	-11'123.0	304.8	2.7
29 Übriges Bildungswesen	-4'604.6	-4'593.0	-4'734.7	-141.7	-3.1

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken					
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-225.0	-225.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	0.0	-225.0	-225.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	0.0	-225.0	-225.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Die Mindereinnahmen sind vor allem auf weniger ausserkantonale Studierende zurückzuführen: Allgemeine Gewerbeschule (-0.4 Mio. Fr.); Berufsfachschule (-0.3 Mio. Fr.); Schule für Gestaltung (-0.2 Mio. Fr.). Der Rest (-0.3 Mio. Fr.) betrifft den Wegfall von erbrachten Dienstleistungen an Private bei der Allgemeinen Gewerbeschule.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	508.9	526.1	540.7	521.9	533.1
Schüler/-innen SBA (per 1. Sept.)	Anz	805	771	760	737	769 ¹
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	303	305	292	287	280 ²
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'272	4'330	4'315	4'338	4'306
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz	445	424	405	439	386
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	314	315	962	274	866 ³
Unterrichtslektionen	Anz	8'495	8'454	9'243	9'248	9'216 ⁴
Erworbene Abschlüsse WMS	Anz	74	80	73	80	85 ⁵
Berufsmaturitätsquote	%	7.6	8.0		7.6	8.5 ⁶
Übertrittsquote SBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	68.5	73.3	68.6	74.0	70.0

Kommentar

- 1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 2 Inkl. Schüler/-innen der Vorkurse SfG.
- 3 Ab Ist-Wert 2012 neu inkl. Studierende des BZG.
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2014 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2014/2015 aufgeführt). Ab 2012 inkl. BZG.
- 5 Nur WMS-Abschlüsse (exkl. IMS, VS).
- 6 Die Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz (=Durchschnittsalter der BerufsmaturandInnen).

Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung

ED-265

Die Dienststelle erbringt aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation; Berufs- und Laufbahnberatung; Mentoring für Lehrstellensuchende; Aufsicht über die Berufslehren; Lehrstellenförderung; berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe; Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung; Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen.

Folgende Wirkungen sollen erzielt werden: Jugendliche und Erwachsene können sich über berufsrelevante Themen informieren und sind in der Lage, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende und realisierbare Berufs- und Laufbahnwahl zu treffen; es besteht ein adäquates Lehrstellenangebot, und Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden Zugang zu einer beruflichen Grundausbildung; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungstätigkeit der Lehrbetriebe sind gut; die Qualität der beruflichen Bildung entspricht den Bildungsverordnungen des Bundes und den Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppe; die Migrationsbevölkerung benutzt ein vielfältiges Angebot an Sprach- und Integrationskursen.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der finanziellen und personellen Sicherstellung und Unterstützung des Kerngeschäfts stehen die Ermöglichung bedarfsgerechter Anpassungen und Weiterentwicklungen von Dienstleistungen und Bildungsangeboten (Projekte), die Umsetzung von Programmen des Regierungsrates (Verminderung Jugendarbeitslosigkeit, Integrationsförderung) und die Vorbereitung politischer Geschäfte im Vordergrund.

Neue Berufe Vier bikantonale Umsetzungsgruppen für die koordinierte Einführung der Ausbildungspläne neuer SBFI-Berufe werden im Sommer 2014 ihre Arbeiten abgeschlossen haben. Voraussichtlich wird eine Gruppe neu starten.

Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» Die bikantonale Imagekampagne wird mit dem Evaluationsbericht der Fachhochschule Nordwestschweiz und dem Schlussbericht zuhanden des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) per Ende des ersten Quartals 2014 formell abgeschlossen. Sie umfasste insgesamt vier Publikationswellen (Plakate, Tramplakate, Inserate) sowie zahlreiche von den regionalen Wirtschaftsverbänden durchgeführte Begleitprogramme.

Zukunft HMS/WMS Im Sommer 2014 schliesst der erste WMS-Jahrgang gemäss den neuen nationalen Vorgaben den schulischen Teil der Ausbildung an den Wirtschaftsmittelschulen in Basel, Liestal und Reinach ab und tritt in das einjährige Wirtschaftspraktikum über. Es wird mit einem signifikanten Anstieg an Praktikumsabsolventinnen und Praktikumsabsolventen gerechnet.

Projekt Triage Das Triageverfahren für Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung wird im Frühling 2014 mit Änderungen zum zweiten Mal durchgeführt. Die Änderungen sind zurzeit in Arbeit.

Berufswahlfahrplan Aufgrund des Berichts der Arbeitsgruppe «Berufliche Orientierung» des Projekts Schulharmonisierung werden im 2014 die Empfehlungen umgesetzt.

Lernortsübergreifende Qualitätssicherung 60 (56) bikantonale Erfahrungs- und lernortsübergreifende Qualitätsentwicklungs-Gruppen treffen sich mindestens einmal zur Überprüfung der Qualität der Zusammenarbeit zwischen Berufsfachschulen, Lehrbetrieben und Veranstaltern der überbetrieblichen Kurse in 89 (83) Berufsausbildungen.

Förderung der Weiterbildung Abgestützt auf das Weiterbildungsgesetz des Bundes werden 2014 Grundlagen für die kantonale Förderung der nicht formalen Weiterbildung erarbeitet.

Integrationsförderung Das Konzept Sprachförderung wird weiterentwickelt. Neue Sprachförderangebote im Gesundheits- und Sozialbereich werden unterstützt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'401.1	-4'572.1	-4'737.3	-165.2	-3.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'146.4	-1'235.2	-1'221.4	13.8	1.1
36 Transferaufwand	-15'985.7	-21'654.0	-21'843.5	-189.5	-0.9
Betriebsaufwand	-22'533.3	-27'461.3	-27'802.2	-340.9	-1.2
42 Entgelte	309.8	284.5	229.9	-54.6	-19.2
46 Transferertrag	378.6	380.0	420.0	40.0	10.5
Betriebsertrag	688.4	664.5	649.9	-14.6	-2.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-21'844.9	-26'796.8	-27'152.3	-355.5	-1.3
Betriebsergebnis	-21'844.9	-26'796.8	-27'152.3	-355.5	-1.3
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-21'845.0	-26'797.0	-27'152.5	-355.5	-1.3
davon Funktionen:					
23 Berufliche Grundbildung	-17'066.3	-22'007.3	-22'261.7	-254.3	-1.2
29 Übriges Bildungswesen	-4'778.7	-4'789.7	-4'890.8	-101.2	-2.1

Kommentar

- 1 Treibende Faktoren sind neben dem Stufenanstieg die Besetzung der neuen Stelle Bereichsleitung Mittelschulen und Berufsbildung sowie neue Aufgaben in den Fachbereichen Berufsberatung (Triage) und Erwachsenenbildung (Grundlagen Weiterbildungspolitik).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.8	26.1	27.3	29.2	29.2
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'556	2'401	2'352	2'300	2'100 ¹
Lehrstellen	Anz	5'351	5'402	5'373	5'200	5'200
Erfolgreiche Lehrabschlüsse (EFZ, EBA)	Anz	1'731	1'722	1'812	1'750	1'800 ²
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz	2'209	2'653	2'693	2'900	1'400 ³
Durchschnittliche Wartezeit Berufsberatung	Tg	21.0		17	20.0	15 ⁴
Lehrabbruchquote aufgrund Pflichtverletzung Betrieb	%	0.2	0.2	1.1	1.0	2

Kommentar

- 1 Erste Gespräche > 30 Minuten. Gründe für Rückgang: Mehr Informationen elektronisch verfügbar, mehr Kurzberatungen, mehr Online-Beratungen, mehr Klassenbesprechungen.
- 2 Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) und Berufsatteste (EBA).
- 3 Durch die Umstellung auf Subjektfinanzierung werden ab 2014 nur noch privatzahlende Teilnehmende (TN) mit Wohnsitz Basel-Stadt gezählt. Bis anhin erfassten Kursveranstalter auch die durch AWA und Sozialhilfe zugewiesenen TN sowie die rund 330 Ausserkantonalen. Zudem fallen zwei Angebote nicht mehr in den Förderbereich der Fachstelle ("Ich lerne Deutsch fürs Kind" mit ca. 400 Personen und der „Verein beraber“).
- 4 Die Zahl für 2011 konnte wegen der Systemumstellung auf JCS nicht eruiert werden.

Hochschulen

ED-271

Der Bereich Hochschulen leitet und koordiniert das Hochschulwesen des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Schweizerische Tropeninstitut und die Volkshochschule beider Basel nimmt er Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats die politische Strategie. Das Amt für Ausbildungsbeiträge gewährt aufgrund des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung. Ab dem 1. Januar 2014 gehört das Pädagogische Zentrum PZ.BS zum Bereich Hochschulen. Es umfasst die Leistungsbereiche Unterricht, Weiterbildung, Schulentwicklung und Medien. Das Erfüllen des Auftrags des PZ.BS ist u.a. gekennzeichnet durch Austausch und Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule.

Tätigkeiten und Projekte

Nach wie vor steht das Projektieren und Ausführen der Neubauten für die Universität wie für die FHNW im Vordergrund. Im Zusammenhang mit der Integration des PZ.BS sind die Schnittflächen zu den Dienstleistungsempfängern zu klären.

Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen

Das Reportingkonzept für die FHNW gewährleistet eine jährliche separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone. Einen Überblick über die Leistungsperiode 2012 bis 2014 inkl. Finanzierung der Infrastrukturprojekte kann dem entsprechenden Leistungsauftrag und dem Begleitbericht entnommen werden. Die Verhandlungen für die Leistungsperiode 2015 bis 2017 sind am Laufen und werden 2014 zu den entsprechenden Vorlagen an die Kantonsparlamente führen.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen

Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, das die Parlamente der Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert. Wie im vergangenen Jahr sollen die baulichen Grossprojekte für die Universität zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft weiter vorangetrieben werden. Im Jahr 2014 beginnt der Bau des Life-Science-Laborgebäudes auf dem Schällemätteli. Die zeitgemässen und örtlich zusammengefassten Infrastrukturen werden die Universität in ihrer hochklassigen Forschungszusammenarbeit mit der ETH Zürich und weiteren Forschungsinstitutionen – auch der forschenden Industrie – unterstützen. Die grossen Investitionen der beiden Trägerkantone für ihre Universität stärken somit die gesamte Wirtschaftsregion nachhaltig.

Ausbildungsbeiträge

Die neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge ist erfolgreich eingeführt worden. Sie ist transparenter und verständlicher als die bisherige Methode und erleichtert die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen. Auf nationaler Ebene steht nun die Umsetzung des Stipendienkonkordats an, das massgeblich auf die Basler Initiative zurückzuführen ist.

Pädagogisches Zentrum PZ.BS

Zentrale Projekte sind die Weiterführung des Projekts ICT an den Volksschulen, der Aufbau eines Beratungspools für fachliche Beratungen von Schulleitungen und Lehrpersonen sowie die Umsetzung des Auftrags der Weiterbildungsangebote im Rahmen des Projekts Schulharmonisierung. Aktuell wird insbesondere die Expertentätigkeit in der Einführung des Lehrplans 21.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'293.3	-1'270.4	-10'366.9	-9'096.5	-716.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-447.3	-649.7	-6'224.5	-5'574.8	-858.1 ²
36 Transferaufwand	-219'799.2	-227'387.2	-237'647.5	-10'260.3	-4.5 ³
Betriebsaufwand	-221'539.9	-229'307.3	-254'238.9	-24'931.6	-10.9
42 Entgelte	69.0	68.5	357.0	288.5	421.2
46 Transferertrag	581.4	600.0	1'634.5	1'034.5	172.4
Betriebsertrag	650.4	668.5	1'991.5	1'323.0	197.9 ⁴
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-220'889.5	-228'638.8	-252'247.4	-23'608.6	-10.3 ⁵
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-23.5	0.0	-737.1	-737.1	0.0
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	-360.0	-360.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-23.5	0.0	-1'097.1	-1'097.1	0.0 ⁶
Betriebsergebnis	-220'913.0	-228'638.8	-253'344.4	-24'705.6	-10.8
34 Finanzaufwand	-0.7	-1.0	-3.0	-2.0	-200.0
44 Finanzertrag	20.4	35.2	35.2	0.0	0.0
Finanzergebnis	19.6	34.2	32.2	-2.0	-5.8
Gesamtergebnis	-220'893.4	-228'604.6	-253'312.2	-24'707.6	-10.8
davon Funktionen:					
27 Hochschulen	-207'856.2	-214'753.0	-224'912.0	-10'159.0	-4.7
29 Übriges Bildungswesen	-13'037.2	-13'851.6	-28'400.2	-14'548.6	-105.0

Kommentar

- Die Abweichung ist vollumfänglich auf die Integration des Pädagogischen Zentrums PZ.BS von der Leitung Bildung in den Bereich Hochschulen zurückzuführen.
- Analog Kommentar 1.
- Auf die Globalbudgetanpassungen entsprechend der Beitragsperioden entfallen bei der Universität 3.7 Mio. und bei der FHNW 5.08 Mio. Franken. Weiter erhöhen sich die Beiträge an das Swiss Tropical and Public Health Institute (0.2 Mio. Fr.) und für die Fachhochschul- sowie die Interkantonale Universitätsvereinbarung (1.22 Mio. Fr. für mehr Studierende von Basel-Stadt an anderen Hochschulen und infolge Tarifierungsanpassungen). Die restlichen 0.06 Mio. Franken betreffen den Transfer des PZ.BS von der Leitung Bildung an den Bereich Hochschulen.
- Analog Kommentar 1.
- Auf die Integration des PZ.BS entfallen 13.45 Mio. Franken und der Rest betrifft vor allem den Transferaufwand (vgl. KA 36).
- Analog Kommentar 1.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.0	8.2	8.4	8.3	52.4 ¹
Studierende an der Universität Basel	Anz	12'377	12'617	12'995	12'700	12'800
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'624	4'522	4'645	4'550	4'600 ²
Studierende an der FHNW	Anz	8'473	8'894	9'436	9'500	10'415
Stipendienausgaben	MioFr	11.8	11.7	11.6	12.3	12.3
Bewilligte Stipendien	Anz	2'197	2'220	2'042	2'300	2'100
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung PZ.BS	Anz	11'040	13'406	12'571	13'505	12'570
Ausleihen Unterrichtsmedien Bibliothek PZ.BS	Anz	62'379	76'832	91'665	92'500	95'000

Kommentar

- Die Erhöhung der Vollzeitstellen ist auf die Verschiebung des Pädagogischen Zentrums PZ.BS von der Dienststelle Leitung Bildung in den Bereich Hochschulen auf Anfang 2014 zurückzuführen. Darin eingeschlossen sind zwei zusätzliche Headcountstellen für den vom Grossen Rat bewilligten Ausbau der Informatik an den Volksschulen.
- Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft bereits ein Wachstumsziel. Es ist vorgesehen, das in „Basel 2020“ vorgesehene Ansteigen der Gesamtzahl über ein Anwachsen der ausserkantonalen Studierenden zu erreichen.

Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton die Aufgabenfelder „Kinder, Jugend und Familie“ und „Sport“ zusammengeführt. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen beispielsweise die frühe Förderung, die Elternbildung, die Tagesbetreuung, die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern in anspruchsvollen Lebenssituationen. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, Sportvereine zu unterstützen, sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten und Sportanlagen zur Verfügung zu stellen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote“, „Jugend- und Familienförderung“, „Kinder- und Jugenddienst“ und „Sport“. Eine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunkt Frühbereich Im Hinblick auf den Abschluss des Schwerpunkts Frühbereich werden die Projekte, die sich bewährt haben, in das Regelangebot überführt. Dazu gehören die vier Eltern-Kind-Zentren in ausgewählten Quartiertreffpunkten. Es ist vorgesehen, dass die Angebote für die Jahre 2014 bis 2016 weiter subventioniert werden. Die vom Zentrum für Frühförderung angebotene aufsuchende Entwicklungsberatung in den Eltern-Kind-Zentren wird im Jahr 2014 für die Überführung in die Regelangebote vorbereitet. Das Pilotprojekt „mini move“, das Bewegungsförderung für Vorschulkinder aus benachteiligten Verhältnissen bietet, wird im Winter 2013/2014 weiter angeboten. Über eine Weiterführung als Regelangebot wird später entschieden. Das aufsuchende Frühförderungsprogramm „schritt:weise“ wird bis zum Jahr 2016 als Pilotprojekt weitergeführt.

Kinderfreundlichkeit Für das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ von Unicef Schweiz braucht es einen Aktionsplan mit Zielen. Nachdem der Regierungsrat im Jahr 2013 diesen Aktionsplan verabschiedet hat, werden für die Jahre 2014 bis 2015 die entsprechenden Massnahmen des Aktionsplans umgesetzt.

Jugendplatz Auf der Erlenmatt entsteht ein neues Wohnquartier mit vier öffentlichen Plätzen. Einer davon trägt provisorisch den Namen „Stadtterminal“. Im Fokus seiner Nutzung stehen Jugendliche und junge Erwachsene. Der Stadtterminal wird sich wellenförmig auf das Rampenbauwerk der Horburgtunneleinfahrt hochziehen. Unterhalb dieses Platzes ist ein Infrastrukturgebäude geplant, das zur Nutzung durch Jugendliche und junge Erwachsene vorgesehen ist. Unter konsequentem Einbezug der Zielgruppen sollen hier vor allem Angebote für Trendsport und Jugendkultur realisiert werden. Diese Angebote sollen mit einem möglichst hohen Grad an Eigenverantwortung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbstständig betrieben werden.

Kinder- und Jugendgesetz Das geltende Gesetz betreffend die kantonale Jugendhilfe stammt aus dem Jahr 1984. Seither haben internationale Übereinkommen und Bundesrecht die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kinder- und Jugendförderung verändert. Deshalb wurde das bestehende kantonale Jugendhilfegesetz einer Totalrevision unterzogen. Es ist vorgesehen, dass das neue Gesetz im Jahr 2014 dem Grossen Rat vorgelegt werden kann.

Sport Im Bereich der Sportstätten sind einige bauliche Vorhaben vorgesehen: Auf den Sportanlagen St. Jakob soll das neue Tribünengebäude gebaut werden. Nach der Eröffnung des FCB-Nachwuchs-Campus stehen die Sportanlagen St. Jakob somit vor einer weiteren betrieblichen Herausforderung eines grösseren Baus auf den Sportanlagen. Die Sportanlage Bachgraben soll im bestehenden Perimeter baulich optimiert und erweitert werden, um so der weiterhin grossen Nachfrage nach Fussballplätzen zu begegnen. Zudem wird weiter an der Vorbereitung der Sanierung der beiden Kunsteisbahnen Eglisee und Margarethen gearbeitet. Der freiwillige Schulsport soll trotz knapper Ressourcen weiterentwickelt werden. Damit verbunden ist auch die Etablierung des Sport-Checks in der Schule.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-38'729.6	-39'794.8	-39'195.8	599.1	1.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-17'158.7	-16'949.2	-15'933.7	1'015.5	6.0 ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-344.7	-387.4	-347.0	40.4	10.4
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-180.3	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-90'479.5	-88'235.5	-95'570.5	-7'335.0	-8.3 ³
Betriebsaufwand	-146'892.9	-145'366.9	-151'046.9	-5'680.0	-3.9
42 Entgelte	10'935.4	10'797.6	10'212.3	-585.3	-5.4 ⁴
43 Verschiedene Erträge	771.7	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1'270.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	26'380.7	24'334.5	25'381.5	1'047.0	4.3 ⁵
Betriebsertrag	39'357.7	35'132.1	35'593.8	461.8	1.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-107'535.1	-110'234.9	-115'453.1	-5'218.3	-4.7
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	0.0	-175.0	0.0	175.0	100.0
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-527.9	-662.0	-628.8	33.2	5.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-527.9	-837.0	-628.8	208.2	24.9
Betriebsergebnis	-108'063.0	-111'071.8	-116'081.9	-5'010.1	-4.5
34 Finanzaufwand	-42.6	-5.4	-5.2	0.2	3.7
44 Finanzertrag	138.8	115.4	115.4	0.0	0.0
Finanzergebnis	96.2	110.0	110.2	0.2	0.2
Gesamtergebnis	-107'966.8	-110'961.8	-115'971.7	-5'009.9	-4.5
davon Funktionen:					
34 Sport und Freizeit	-13'936.3	-14'254.1	-14'070.3	183.8	1.3
54 Familie und Jugend	-94'030.6	-96'707.7	-101'901.4	-5'193.7	-5.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-527.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-182.0	-319.0	-137.0	-75.3
Nettoinvestitionen VV	-527.9	-182.0	-319.0	-137.0	-75.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-527.9	-182.0	-319.0	-137.0	-75.3

Kommentar

- Das Angebot der Psychotherapiestation wird ab Spätsommer 2013 mit einer reduzierten Anzahl Plätze im Schulheim Gute Herberge weitergeführt. Dies führt im Vergleich zum Budget 2013 zu geringeren Personal- und Sachausgaben. Im Gegenzug dazu werden auch tiefere Einnahmen erwartet. Um der hohen Nachfrage in der Logopädie gerecht zu werden, ist am Zentrum für Frühförderung die Logopädie im Vorschulbereich ausgebaut worden.
- Die oben beschriebene Veränderung des Angebots der Psychotherapiestation führt zu geringeren Sachkosten. Weiter sind bei der Jugend- und Familienförderung die Projektmittel reduziert worden. Bei den Sportanlagen wird durch die Schliessung des Isteinerbades mit geringeren Ausgaben gerechnet. Bei den Sportanlagen und den kantonalen Schulheimen werden leicht tiefere Energie- und Unterhaltskosten angenommen.
- In der Jugendhilfe ist das Budget an die Entwicklung und die Erfahrungszahlen des Vorjahres angepasst worden. Die Prognosen in der Tagesbetreuung zeigen eine weiterhin steigende Nachfrage. Entsprechend ist im Budget die Schaffung neuer Plätze vorgesehen. Der Swisslos-Sportfonds wird gemäss HRM2 neu auch in der Erfolgsrechnung des Kantons geführt. Dem Aufwand steht ein entsprechender zusätzlicher Ertrag gegenüber (vgl. Kostenart 46).
- In der Jugendhilfe haben die meisten Kantone im Zuge des neuen Finanzausgleichs bei der Finanzierung von Heimplatzierungen von den Restdefizitabrechnungen auf Pauschalbeiträge umgestellt. Damit entfallen die Rückerstattungen aus Verrechnungen zunehmend. Bei den Sportanlagen sind die budgetierten Einnahmen aus Eintrittsgebühren an die Vorjahreswerte angepasst worden.
- Die bereits oben erwähnte Reduktion des Angebotes der Psychotherapiestation führt zu geringeren Einnahmen aus Platzierungen (vgl. Kostenart 30). Diesen Mindereinnahmen stehen zusätzliche Einnahmen aus der erstmaligen Budgetierung des Swisslos-Sportfonds in der Erfolgsrechnung gegenüber (vgl. Kostenart 36).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	197.0	254.7	260.1	268.4	265.5 ¹
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'534	2'683	2'900	3'200	3'300
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	857	802	743	800	780 ²
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	31'352	31'139	31'796	31'200	31'500
Kinder/Jugendliche mit Kontakt zum Kinder- und Jugenddienst	Anz	2'496	2'458	2'396	2'450	2'400

Kommentar

1 Bis 2010 sind die Sportanlagen nicht eingeschlossen (57.6 Stellen, vorher Zentrale Dienste).

2 Bis 2010 inkl. von der Jugendanwaltschaft veranlasste Platzierungen.

Kinder- und Jugenddienst (KJD) Per 1. Januar 2014 wird das Zentrum für Frühförderung strukturell dem Kinder- und Jugenddienst zugeordnet. Unter anderem sollen damit Familien mit kleinen Kindern und besonderem Unterstützungsbedarf noch besser erreicht werden. Ein gemeinsam mit der Fachhochschule Nordwestschweiz und zwei anderen Kantonen initiiertes und von der „Kommission Technologie und Innovation KTI“ mitfinanziertes Projekt hat zum Ziel, ein neues Verfahren zur Beurteilung des Kindeswohls zu entwickeln. Dieses Verfahren soll gegen Ende 2014 in eine erste Anwendungsphase kommen. Mit einer Weiterentwicklung der Praxis, Familien mit Kindern nach Vorfällen von häuslicher Gewalt zuhause zu besuchen, sowie mit einer besseren Bekanntmachung der 24-Stunden Erreichbarkeit des KJD wird das Ziel „Sicherheit für Kinder und Eltern in Familien“ stärker gewichtet werden. Etwa ein Drittel der Zugänge zu den Hilfen, welche der KJD anbietet, erfolgt über Anordnungen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB. Nachdem im Jahr 2014 das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ein Jahr in Kraft sein wird, soll die Passung der Leistungen des KJD an die Erwartungen der KESB überprüft werden.

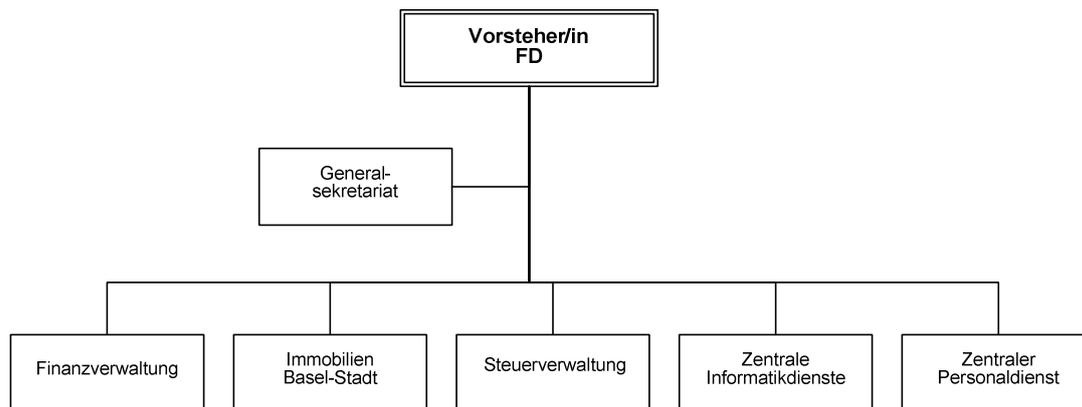
Tagesbetreuung Im Vordergrund steht weiterhin, die Tagesbetreuung zusammen mit den privaten Trägerschaften bedarfsgerecht auszubauen. Aufgenommen werden die Vorbereitungsarbeiten zur Revision des Tagesbetreuungsgesetzes.

Offene Kinder- und Jugendarbeit Die Arbeiten für ein kohärentes und transparentes Finanzierungsmodell des Aufgabenfeldes werden weitergeführt. Das aktuelle Subventionierungssystem ist historisch gewachsen und wenig einheitlich.

Kommunikation Am Umbau der Homepage im Hinblick auf den neuen kantonalen Webauftritt wird weitergearbeitet. Die Inhalte sollen zudem vermehrt bebildert werden.

4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	186
FD-403	Finanzverwaltung	188
FD-404	Steuerverwaltung	191
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	193
FD-406	Zentrale Informatikdienste	195
FD-409	Zentraler Personaldienst	198



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-71.7	-75.3	-76.2	-0.9	-1.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33.4	-37.0	-42.4	-5.4	-14.6 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.4	-0.9	-1.3	-0.3	-35.3 ²
Betriebsaufwand	-105.5	-113.3	-119.9	-6.6	-5.8
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	61.5	63.2	73.3	10.1	15.9 ³
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	61.9	63.2	73.3	10.1	15.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-43.6	-50.0	-46.6	3.5	6.9
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-6.8	-10.2	-8.1	2.2	21.0 ⁴
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-0.6	0.0	-0.6	-0.6	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-7.4	-10.2	-8.6	1.6	15.5
Betriebsergebnis	-51.0	-60.3	-55.2	5.0	8.4
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.2	-0.1	0.0	27.5
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.2	-0.1	0.0	23.7
Gesamtergebnis	-51.4	-60.4	-55.3	5.1	8.4
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-50.8	-60.0	-54.9	5.1	8.4
9 Finanzen und Steuern	-0.7	-0.5	-0.4	0.0	6.1

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-11.4	-47.6	-49.0	-1.4	-2.9
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1.0	-1.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-11.4	-48.6	-50.0	-1.4	-2.9
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-11.4	-48.6	-50.0	-1.4	-2.9

Kommentar

- 1 Erstmals fallen für das ganze Jahr Betriebskosten für den Service WebBS und den Parallelbetrieb der bisherigen Plattform Live Link an. Neu sind die Betriebskosten des Services WorkplaceBS.
- 2 Für die zentral beschafften Arbeitsplatzgeräte für den Service WorkplaceBS fallen erstmals Abschreibungen an.
- 3 Durch die erstmalige Verrechnung des Services WorkplaceBS fallen die Entgelte um 4 Mio. Franken höher aus. Ausserdem wird bei der kantonalen Inkassostelle ein um 5 Mio. Franken höher Ertrag erwartet. Im Budget 2013 waren 1.4 Mio. Franken bei der kantonalen Inkassostelle und 4 Mio. Franken in den allgemeinen Steuererträgen ausgewiesen.
- 4 Durch die Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 ändern sich die Abschreibungen.

Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert sind die Steuer- und Personalrekurskommissionen.

Tätigkeiten und Projekte

Auch im Budgetjahr 2014 befasst sich das Generalsekretariat des Finanzdepartements - zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben - mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählt unter anderen die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft und bei der Neuverhandlung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden.

Partnerschaftsverhandlungen Basel-Stadt/Basel-Landschaft (BS/BL) Einerseits obliegt dem Generalsekretariat die Gesamt-Koordination aller Aktivitäten im Rahmen der seit Mitte 2004 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BS/BL. Andererseits hat das Generalsekretariat bei verschiedenen Teilprojekten selbst die Co-Projektleitung inne.

Finanz- und Lastenausgleich Der Kanton hat mit den Gemeinden vereinbart, den Finanz- und Lastenausgleich bereits per 2016 neu zu kalibrieren. Die Verhandlungen zwischen Kanton und Gemeinden werden Mitte 2013 beginnen und bis 2015 dauern. Die Projektleitung obliegt dem Generalsekretariat.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-2'553.6	-2'794.3	-2'928.4	-134.1	-4.8	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'133.4	-1'468.7	-1'404.9	63.8	4.3	
Betriebsaufwand	-3'687.0	-4'263.0	-4'333.3	-70.3	-1.6	
42 Entgelte	469.9	420.5	461.0	40.5	9.6	
43 Verschiedene Erträge	15.5	0.0	0.0	0.0	0.0	
Betriebsertrag	485.4	420.5	461.0	40.5	9.6	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'201.6	-3'842.5	-3'872.4	-29.8	-0.8	
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-17.7	-3'162.0	-2'717.4	444.6	14.1	²
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-600.0	0.0	-570.0	-570.0	0.0	³
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-617.7	-3'162.0	-3'287.4	-125.4	-4.0	
Betriebsergebnis	-3'819.3	-7'004.5	-7'159.7	-155.2	-2.2	
34 Finanzaufwand	-0.6	0.0	-0.7	-0.7	0.0	
Finanzergebnis	-0.6	0.0	-0.7	-0.7	0.0	
Gesamtergebnis	-3'819.8	-7'004.5	-7'160.4	-155.9	-2.2	
davon Funktionen:						
01 Legislative und Exekutive	-171.1	-450.5	-529.4	-78.9	-17.5	
02 Allgemeine Dienste	-3'648.7	-6'554.0	-6'631.0	-76.9	-1.2	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-652.1	-26'000.0	-48'600.0	-22'600.0	-86.9	
Nettoinvestitionen VV	-652.1	-26'000.0	-48'600.0	-22'600.0	-86.9	
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Saldo Investitionsrechnung	-652.1	-26'000.0	-48'600.0	-22'600.0	-86.9	

Kommentar

- 1 Aufgrund der starken Zunahme der Steuerrekurse werden die Personalressourcen im 2014 erhöht.
- 2 Die geplanten Investitionen für das Projekt WorkplaceBS haben sich zeitlich verschoben, was sich auf die Abschreibungen auswirkt.
- 3 Hier handelt es sich um die Abschreibung des Investitionsbeitrags für die Instandstellung der St. Alban Kirche.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.8	16.6	14.9	16.7	17.2
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	168	200	282	240	280

Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzpolitik sowie Informatik und Organisation.

Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt.

Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

Tätigkeiten und Projekte

HRM2 (Konzernrechnung) Seit Anfang 2013 erfolgt die Buchführung und Rechnungslegung des Kantons Basel-Stadt gemäss dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) in Anbindung an die International Public Sector Accounting Standards (IP-SAS). Dabei wird per 31.12.2013 auch erstmals eine Konzernrechnung erstellt, in der die Tochtergesellschaften konsolidiert werden. Die dafür notwendigen Anpassungen, bei den Prozessen und IT-Systemen der beteiligten Stellen, werden im 2014 ein wichtiges Thema sein.

Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Der aufgrund der sogenannten GAP-Initiative im Jahr 2012 ins Finanzhaushaltsgesetz aufgenommene neue Paragraf 7, erteilt der Regierung den Auftrag, die kantonalen öffentlichen Aufgaben mindestens einmal pro Legislaturperiode auf die staatliche Notwendigkeit, die Wirksamkeit, die finanzielle Tragbarkeit und die Effizienz zu überprüfen. Nachdem im Sommer 2013 ein Konzept erarbeitet wurde, ist bis Mitte 2014 eine Vorprüfung geplant. In dieser Vorprüfung sollen diejenigen Aufgabenbereiche identifiziert werden, die vertieft auf die genannten Faktoren hin überprüft werden sollen. Im Jahr 2015 bzw. Anfang 2016 soll der Schlussbericht vorgelegt werden. Dieser soll nebst der Prüfung auch allfällige Massnahmen beinhalten, welche das Leistungsangebot der öffentlichen Hand verbessern.

Beteiligungsmanagement Mit dem Jahresbericht 2013, der im Jahre 2014 erscheint, wird eine breite Öffentlichkeit in einem separaten Kapitel erstmals in einer Gesamtschau über die Beteiligungen des Kantons und den Stand der Umsetzung der Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates informiert. Im Jahre 2014 werden für die wichtigen Beteiligungen Eignerstrategien und Risikoanalysen bestehen, so dass gegen Ende 2014 eine Effektivitätsprüfung möglich sein wird.

Die Revision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank, die nebst politischen Vorstössen aufgrund der Umsetzung der Public Corporate Governance-Richtlinien in Angriff genommen wurde, wird nach der Behandlung im Grossen Rat im Frühjahr oder Sommer 2014 in Kraft treten.

E-Government-Impulsprogramm Die Initialisierungs- und Aufbauphase dieses vom Grossen Rat im Dezember 2011 genehmigten mehrjährigen Vorhabens wurde abgeschlossen. 2013 ist die Realisierung mehrerer elementarer Basisdienste, die anschliessend einer Vielzahl von Fachbereichen zur Verfügung stehen sollen, geplant. Im Vordergrund steht das Bereitstellen elektronischer Formular-, Bezahl- und Rechnungsdienste sowie eines „Baukastens“, der es den Verwaltungsorganen erleichtern soll, ihre internen IT-Systeme mit einem leicht ausbaufähigen Angebot von Dienstleistungen für Bevölkerung und Unternehmen zu verbinden. Alle Umsetzungsprojekte der Auf- und Ausbauphase werden im Rahmen von Pilotprojekten interessierter Fachbereiche abgewickelt, an übergeordneten Leitsätzen und Zielen gemessen und am Nutzen interner sowie externer Bedarfsgruppen ausgerichtet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-5'753.1	-6'013.3	-6'397.8	-384.5	-6.4	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'474.6	-4'220.3	-4'532.7	-312.4	-7.4	¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-144.4	-327.0	-231.0	96.0	29.4	
Betriebsaufwand	-10'372.1	-10'560.6	-11'161.5	-600.9	-5.7	
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
42 Entgelte	6'885.5	6'532.6	6'983.5	450.9	6.9	¹
Betriebsertrag	6'885.5	6'532.6	6'983.5	450.9	6.9	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'486.7	-4'028.0	-4'178.0	-150.0	-3.7	
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-196.5	-101.0	-307.3	-206.3	-204.3	²
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-196.5	-101.0	-307.3	-206.3	-204.3	
Betriebsergebnis	-3'683.1	-4'129.0	-4'485.3	-356.3	-8.6	
34 Finanzaufwand	-109.1	-180.0	-130.0	50.0	27.8	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Finanzergebnis	-109.1	-180.0	-130.0	50.0	27.8	
Gesamtergebnis	-3'792.3	-4'309.0	-4'615.3	-306.3	-7.1	
davon Funktionen:						
02 Allgemeine Dienste	-3'792.3	-4'309.0	-4'615.3	-306.3	-7.1	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-541.3	-18'000.0	-16'000.0	2'000.0	11.1	
Nettoinvestitionen VV	-541.3	-18'000.0	-16'000.0	2'000.0	11.1	
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Saldo Investitionsrechnung	-541.3	-18'000.0	-16'000.0	2'000.0	11.1	

Kommentar

- Die erhöhten Ansprüche an zentrale Controlling-Dienstleistungen, Rechnungslegung und SAP-Betriebsleistungen erfordern mehr Personalressourcen und führen zu höheren Lizenzkosten für die zentralen betriebswirtschaftlichen Applikationen. Ein Teil davon kann aber weiterverrechnet werden.
- Durch die Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 erhöhen sich die Abschreibungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	32.9	33.8	35.4	34.9	34.9
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	2'909	4'039	3'462	3'267	3'292
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	93	65	67	80	63
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	3.05	2.4	2.0	2.05	1.78

Identity- und Access-Management (IAM.BS) Das Datenschutzgesetz IDG schreibt vor, dass die Dateneigentümer festlegen und kontrollieren müssen, wer mit welchen Rechten auf ihre Daten wann zugreifen kann. Dazu muss der Zugriff auf Informationen und Ressourcen innerhalb der Verwaltung nachvollziehbar gesteuert bzw. ermöglicht werden. Im Rahmen des gesamtkantonalen Projekt IAM.BS wurde eindeutig festgestellt, dass diese Anforderung nicht primär durch eine technische Lösung abgedeckt werden kann. Vielmehr stehen die organisatorischen Prozesse im Vordergrund. Man unterscheidet dabei zwischen Zugriff festlegen und Zugriff erteilen bzw. entziehen. Alle Mitarbeitenden der Verwaltung verfügen über eine „digitale Identität“ und werden einer oder mehreren sogenannten „Rollen“ zugewiesen, welche sich aus den jeweiligen Aufgabenfeldern ableiten. Die Rollen werden mittels einem IAM-System mit den erforderlichen Zugriffsberechtigungen auf Informationen und Ressourcen ausgestattet (rollenbasierte Zugriffsteuerung). IAM.BS ist eine mehrjähriges Vorhaben welches durch die Informatikkonferenz des Kantons Basel-

Stadt vorangetrieben wird. Mit der nun abgeschlossenen Phase 1 wurde eine IST-Aufnahme vorgenommen und die Grundlagen erarbeitet (Prozesse, Rollen, Systeme usw.). In der Phase 2 wird die Umsetzung detailliert und geplant.

Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Tätigkeiten und Projekte

Nach der erfolgreichen Umstellung der Steuerapplikation NEST auf eine moderne EDV-Architektur werden die elf Eigentümerkantone ab dem Jahr 2014 mit dem Reengineering und mit dem Refactoring der Steuerlösung die Zukunftstauglichkeit erarbeiten.

In den schweizerischen EDV-Projekten wird das elektronische Meldewesen zwischen den Steuerbehörden, der AHV, der SUVA und weiteren behördlichen Stellen unter Federführung der Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt weiter ausgebaut. Ab dem Jahr 2014 können Arbeitgebende direkt aus ihrer von Swisdec zertifizierten Lohnsoftware Quellensteuer-Abrechnungen und Lohnmeldungen an die Behörden übermitteln. Für die Realisierung dieser Erweiterung wurden bestehende Systemkomponenten des elektronischen Meldewesens genutzt.

Daneben stehen laufend Anpassungen des kantonalen Steuergesetzes an das Bundesrecht an und es wird aktiv an der Unternehmenssteuerreform III mitgearbeitet.

Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Aufgrund der Entwicklung der Liegenschaftswerte seit dem Jahr 2001 wird per 31. Dezember 2016 eine generelle Neubewertung von selbstbewohnten Liegenschaften durchgeführt. Die dafür erforderlichen Vorbereitungsarbeiten werden aufgenommen.

Erhebung der periodischen direkten Steuern

Die erfolgreichen externen Revisionen vor Ort werden weiter durchgeführt. Die Zielsetzungen, einerseits präventiv eine verbesserte Deklarationsqualität zu erzielen und andererseits eine gerechte Besteuerung mit dem entsprechenden Steuerertrag zu erreichen, wurden und werden sehr gut erreicht. Entdeckte Unregelmässigkeiten haben zu den entsprechenden Nach- und Strafsteuerverfahren geführt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-30'874.7	-31'354.9	-31'285.4	69.5	0.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-9'634.9	-9'368.8	-9'993.3	-624.5	-6.7 ¹
Betriebsaufwand	-40'509.6	-40'723.7	-41'278.7	-555.0	-1.4
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	10'892.2	8'797.0	13'879.0	5'082.0	57.8 ²
43 Verschiedene Erträge	277.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	11'169.7	8'797.0	13'879.0	5'082.0	57.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-29'339.9	-31'926.7	-27'399.7	4'527.0	14.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-648.9	-400.0	-312.0	88.0	22.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-648.9	-400.0	-312.0	88.0	22.0
Betriebsergebnis	-29'988.9	-32'326.7	-27'711.7	4'615.0	14.3
34 Finanzaufwand	-286.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-286.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-30'275.5	-32'326.7	-27'711.7	4'615.0	14.3
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-30'275.5	-32'326.7	-27'711.7	4'615.0	14.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-658.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-658.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-658.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Aufgrund des Ausweises nach HRM2 werden abzuschreibende Gebühren und nicht verrechenbare Betreuungskosten ab 2014 im Dienststellenaufwand ausgewiesen.
- 2 Inkl. Ertrag aus der kantonalen Inkassostelle. Im Budget 2013 wurden 4 Mio. Franken bei den Steuererträgen (NZBE) ausgewiesen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	214.0	214.3	216.7	224.2	224.2
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'500	10'275	10'054	10'700	10'700
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	129'500	127'237	127'816	127'500	127'500
Einsprache-Entscheide	Anz	1'800	2'600	2'850	2'600	2'800
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'400	1'224	1'007	1'350	1'350
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	85.0	93.2	93.5	90.0	90.0 ¹

Kommentar

- 1 Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen soll die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt werden. Verschiedene Arealentwicklungen sollen vorangebracht und Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt werden. Im Verwaltungsvermögen sollen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Werterhaltung und die wirtschaftliche Raumnutzung weiter optimiert werden.

Stadtwohnen Der Schwerpunkt Stadtwohnen soll durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei sollen sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen werden. Die Entwicklung des Areals VoltaOst beinhaltet im Finanzvermögen an der Elsässerstrasse/Voltastrasse einen Neubau für Wohnraum als Eigeninvestition des Kantons. Es ist vorgesehen, nebst Wohnraum für Studierende ein Wohn- und Geschäftsgebäude als Pilotprojekt unter der Zielsetzung "Low Cost" zu realisieren. Auf dem Areal Maiengasse soll eine Wohnüberbauung mit rund 50 Wohneinheiten als Eigeninvestition des Kantons realisiert werden. Auch die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften zur Förderung von günstigem Wohnraum wird weitergeführt (Areal Niederholz, Belforterstrasse, Schoren und Riehenring 3). Mit dem speziell für Genossenschaften entwickelten Baurechtsvertrag Plus wurden in den letzten Jahren bereits Grundstücke an der Hegenheimerstrasse und an der Rauracherstrasse in Riehen an Genossenschaften abgegeben und von ihnen entsprechende Wohnbauten realisiert.

Verwaltungsliegenschaften Die Tätigkeiten für die Hochbauten im Verwaltungsvermögen richten sich am Aspekt der Nachhaltigkeit aus. Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch Investitionen und Unterhalt soll weitergeführt werden. Die Schwerpunkte liegen bei der langfristigen Werterhaltung und Energieoptimierung der Gebäude, der wirtschaftlichen Raumnutzung und der Optimierung des Immobilienbestands.

Nachhaltigkeit Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte soll weiter verfolgt werden. Zur Förderung von Solaranlagen auf den Dächern staatlicher Liegenschaften können im Finanzvermögen in einem ersten Schritt – unabhängig von Sanierungsprojekten – 10 Fotovoltaikanlagen auf Dächern von Neubauten bzw. bereits sanierten Objekten realisiert werden. Im Verwaltungsvermögen hat der Grosse Rat ein erstes Paket von 51 Dächern auf insgesamt 31 Liegenschaften bewilligt. Damit wird auf einer Fläche von 10'900 m² eine Leistung von 1'487 kWp installiert, mit einer erwarteten jährlichen Stromproduktion von 1'467'664 kWh. Dies entspricht dem Verbrauch von ungefähr 400 Haushalten oder ca. 1,5% des jährlichen Stromverbrauchs aller kantonalen Gebäude.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'785.3	-7'927.3	-8'128.5	-201.2	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'835.1	-3'962.7	-4'083.4	-120.7	-3.0 ¹
Betriebsaufwand	-11'620.4	-11'890.0	-12'211.9	-321.8	-2.7
42 Entgelte	11'175.8	11'435.2	11'957.1	521.8	4.6 ²
43 Verschiedene Erträge	11.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	11'186.8	11'435.2	11'957.1	521.8	4.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-433.6	-454.8	-254.8	200.0	44.0
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-231.1	0.0	-172.6	-172.6	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-231.1	0.0	-172.6	-172.6	0.0
Betriebsergebnis	-664.7	-454.8	-427.4	27.4	6.0
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.2	0.0	0.2	100.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.2	0.0	0.2	100.0
Gesamtergebnis	-664.8	-455.0	-427.4	27.6	6.1
davon Funktionen:					
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-664.8	-455.0	-427.4	27.6	6.1

Kommentar

- Die Sachkosten steigen insbesondere wegen des wachsenden Immobilienportfolios der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS). Aufgrund der zunehmenden geographischen Diversifikation des PKBS-Portfolios steigt der Aufwand für die Betreuung von Objekten ausserhalb der Nordwestschweiz sowie die Kosten für Kaufprüfungen. Zudem ist das Investitionsniveau im Finanzvermögen aussergewöhnlich hoch im 2014.
- Die Erträge erhöhen sich vorwiegend aufgrund des anhaltenden Wachstums des Portfolios der PKBS sowie wegen der hohen Investitionsvolumina des Finanzvermögens im 2014.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.0	69.6	69.2	72.4	72.4
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	30.5	32.9	33.5	33.4	34.4
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'481	6'488	6'214	6'324	6'263 ¹
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.9	5.8	6.1	5.9	5.9
Investitionsquote Finanzvermögen	%	4.2	3.1	2.5	9.4	9.1 ²

Kommentar

- Die Anzahl der verwalteten Objekte hat wegen des Abbruchs der Gebäude auf dem ehemaligen Frigosuisse Areal (Parkplätze, Wohnungen und Geschäftsräume) abgenommen.
- Die Investitionsquote liegt auch 2014 auf sehr hohem Niveau wegen Altlastensanierungen von Grundstücken (insbesondere Areal Niederholz). Zudem stehen 2014 wieder diverse grössere Investitionsvorhaben für Sanierungen sowie den Neubau des energetischen Pilotprojekts an der Aescherstrasse an.

Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) stellen eine zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Informatikgrundversorgung für die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt sicher. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen:

- Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore usw.)
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Zentrale Dateiablage, Mail/Kalender und Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung
- Bewilligungs-/E-Government-Plattform
- Kantonale Websites/zentrales Web Content Management
- Kantonaler Standard-IT-Arbeitsplatz

Zusätzlich zu den oben erwähnten IT-Services erbringt die ZID eine Vielzahl von weiteren Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen, z. B. Beratung und Projektmanagement, Betrieb von Anwendungs-, Datenbank- und Web-Servern, Client-Management, Entwicklung von Softwarelösungen, Realisierung von Webauftritten usw.

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr 2014 sind die folgenden Schwerpunkte vorgesehen:

1. Migration der bestehenden kantonalen Websites auf das neuen Web Content Management System und das neue Web Corporate Design (zusammen mit den Dienststellen).
2. Migration der bestehenden dezentralen IT-Arbeitsplätze auf den neuen standardisierten elektronischen Arbeitsplatz (zusammen mit den Departementsinformatikern).
3. Ausbau der Bewilligungs- und E-Government-Plattform zur Abwicklung von Verwaltungsgeschäften über das Internet (im Rahmen des Impulsprogramms E-Government).
4. Konsolidierung der verwaltungsinternen Serverlandschaft durch Migration dezentraler Server in das neue Rechenzentrum respektive auf die zentrale virtuelle Serverplattform.

Die ersten beiden Schwerpunkte werden im Rahmen von verwaltungsweiten Projekten bearbeitet, die von der kantonalen Informatik-Konferenz gesteuert werden. Die Erweiterung der E-Government-Plattform erfolgt im Rahmen eines vierjährigen Impulsprogramms, das vom Grossen Rat genehmigt wurde. Der vierte Schwerpunkt geht auf einen Entscheid des Regierungsrats zurück.

IT-Plattformen

- Realisierung von Massnahmen im Zusammenhang mit dem Business Continuity Management
- Migration von dezentralen Servern auf die zentrale virtuelle Server-Plattform respektive in die neuen Rechenzentren
- Erneuerung der zentralen Storage-Plattform (SAN)
- Durchführung von Telefonie- und Netzwerkprojekten zur Umsetzung von HarmoS
- Umsetzung der im 2013 überarbeiteten IT-Sicherheitsarchitektur und Network Security Policy.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-15'210.1	-16'797.1	-16'998.3	-201.2	-1.2	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'973.1	-15'356.2	-19'860.6	-4'504.4	-29.3	²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-265.4	-611.8	-1'039.1	-427.3	-69.8	³
Betriebsaufwand	-27'448.6	-32'765.0	-37'897.9	-5'132.8	-15.7	
42 Entgelte	26'306.7	30'753.7	34'562.6	3'808.8	12.4	⁴
43 Verschiedene Erträge	27.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
Betriebsertrag	26'333.8	30'753.7	34'562.6	3'808.8	12.4	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-1'114.8	-2'011.3	-3'335.3	-1'324.0	-65.8	⁵
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-5'422.2	-5'989.9	-4'106.9	1'883.0	31.4	⁶
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-5'422.2	-5'989.9	-4'106.9	1'883.0	31.4	
Betriebsergebnis	-6'536.9	-8'001.2	-7'442.2	559.0	7.0	
34 Finanzaufwand	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
44 Finanzertrag	13.2	9.0	0.0	-9.0	-100.0	
Finanzergebnis	13.0	9.0	0.0	-9.0	-100.0	
Gesamtergebnis	-6'524.0	-7'992.2	-7'442.2	550.0	6.9	
davon Funktionen:						
02 Allgemeine Dienste	-6'524.0	-7'992.2	-7'442.2	550.0	6.9	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-8'762.9	-3'600.0	0.0	3'600.0	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-8'762.9	-4'600.0	-1'000.0	3'600.0	78.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-8'762.9	-4'600.0	-1'000.0	3'600.0	78.3

Kommentar

- 1 Headcount Verschiebung von den Fachdepartementen zur ZID im Rahmen des Projektes WorkplaceBS.
- 2 Der grössere Sachaufwand ist begründet in den erstmals für das ganze Jahr anfallenden Betriebskosten für den Service WebBS und den Parallelbetrieb der bisherigen Plattform Live Link, sowie in den Betriebskosten des Services WorkplaceBS.
- 3 In diesen Abschreibungen sind die erstmals zentral beschafften Arbeitsplatzgeräte für den Service WorkplaceBS enthalten.
- 4 Die höheren Erträge werden durch die Verrechnung des Services WorkplaceBS erzielt.
- 5 Für die im Vorhaben WebBS vorgesehene Migration der Webauftritte des Kantons und den Parallelbetrieb der Live Link Plattform im 2014 wurde für das Finanzdepartement/ZID eine befristete Vorgabenerhöhung von 1'324'000 Franken beschlossen.
- 6 Durch die Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 ändern sich die Abschreibungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	100.1	96.8	93.0	103.9	112.4 ¹
Verfügbarkeit IKT-Basisdienste	Fälle	1	1	2	0	0 ²
Datenintegrität IKT-Basisdienste	Min	0	0	0	0	0 ³
Basis05 Accounts	Anz	6'562	6'809	7'015	6'900	7'100 ⁴

Kommentar

- 1 Headcount Verschiebung von den Fachdepartementen zur ZID im Rahmen des Projektes WorkplaceBS.
- 2 Die Kennzahl misst die Anzahl Störungen mit einer Ausfallzeit von > 4 Stunden gemäss Service Level Agreement.
- 3 Die Kennzahl umfasst die maximale Datenverlustzeit für IKT-Basisdienste gemäss Service Level Agreement (technische Schadensereignisse; sie umfasst keine Verluste, die durch Fehlmanipulation von Anwendern, Malware oder SW-Fehler verursacht werden).
- 4 Die Kennzahl misst die Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer/-innen, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven Benutzer/innen.

IT-Arbeitsplatz

- Unterstützung der Departemente bei der Migration der bestehenden IT-Arbeitsplätze auf den neuen kantonalen Standard-IT-Arbeitsplatz
- Umsetzung von Massnahmen zur Einführung von Voice-over-IP (VoIP) und Unified Communication
- Aufbau einer Pilotumgebung für die Desktop-Virtualisierung

E-Government

- Weiterentwicklung des E-Government-Baukastensystems und Realisierung neuer E-Government-Anwendungen für die Dienststellen
- Migration der bestehenden Websites auf die neue Web Content Management-Plattform und das neue Corporate Design
- Entwicklung von Querschnittsanwendungen im Intranet
- Unterstützung der Staatskanzlei und der Departemente beim weiteren Ausbau der zentralen Geschäftsverwaltung

Zentraler Personaldienst

FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements bei BASEL-STADT. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates, und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrößen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

Tätigkeiten und Projekte

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Schwerpunkten (dazu siehe das Kapitel „Personalentwicklung“) wird 2014 im ZPD vor allem folgendes Projekt im Vordergrund stehen:

Weiterführung der Standardisierung im operativen Personalmanagement Im Rahmen der permanenten Optimierung der Arbeit innerhalb der Personalfachorganisation wird auch die Standardisierung der Personalprozesse sukzessive vorangetrieben. Ziel ist es, 2014 die für die verschiedenen Personalprozesse benötigten Schriftstücke direkt aus den Stammdaten des Personaldatenverwaltungssystems SAP HR zu generieren, wodurch nebst der Standardisierung auch die Automatisierung und die Datensicherheit deutlich verbessert werden kann. Zusätzlich zur Erstellung der Dokumente soll auch eine elektronische Archivierung eingerichtet werden – ein sinnvoller Schritt auf dem Weg für das mittelfristig geplante e-Dossier.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'541.6	-10'418.0	-10'454.1	-36.0	-0.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'358.4	-2'660.8	-2'566.1	94.6	3.6
Betriebsaufwand	-11'900.1	-13'078.8	-13'020.2	58.6	0.4
42 Entgelte	5'785.9	5'310.3	5'489.7	179.4	3.4 ¹
43 Verschiedene Erträge	48.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	5'834.4	5'310.3	5'489.7	179.4	3.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-6'065.7	-7'768.5	-7'530.5	238.0	3.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-283.0	-576.4	-462.4	114.0	19.8 ²
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-283.0	-576.4	-462.4	114.0	19.8
Betriebsergebnis	-6'348.7	-8'344.9	-7'992.9	352.0	4.2
Gesamtergebnis	-6'348.7	-8'344.9	-7'992.9	352.0	4.2
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-6'348.7	-8'344.9	-7'992.9	352.0	4.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-824.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-824.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-824.4	0.0	0.0	0.0	0.0

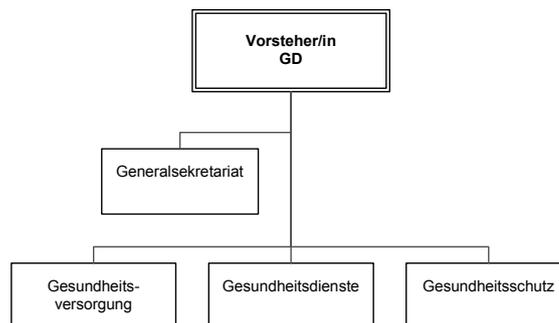
Kommentar

- 1 Einnahmen durch Verrechnung zusätzlicher Beratungsleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung aufgrund einer erhöhten Nachfrage der Kantonalen Verwaltung.
- 2 Durch die zeitliche Verschiebung des Projekts Systempflege verändern sich die Abschreibungen gegenüber Budget Vorjahr.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	43.6	41.1	47.4	50.5	52
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	80	90	88	80	80
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	80	80	80	80	80
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	80	-	-	80	85

4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	202
GD-702	Gesundheitsdienste	204
GD-706	Gesundheitsschutz	206
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	209
GD-730	Gesundheitsversorgung	211



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-43.1	-44.9	-45.1	-0.2	-0.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.1	-17.2	-16.6	0.5	3.2 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.5	-0.6	-0.5	0.1	11.5
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-512.2	-524.5	-507.0	17.5	3.3 ²
Betriebsaufwand	-570.9	-587.1	-569.2	17.9	3.0
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	19.4	19.6	20.0	0.4	1.9
43 Verschiedene Erträge	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	1.5	2.8	3.1	0.3	10.8 ³
Betriebsertrag	21.0	22.4	23.1	0.7	3.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-549.9	-564.7	-546.2	18.5	3.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-0.4	-0.1	-0.5	-0.4	-539.4 ⁴
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-0.4	-0.1	-0.5	-0.4	-539.4
Betriebsergebnis	-550.3	-564.8	-546.6	18.1	3.2
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	7.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-16.7
Finanzergebnis	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	7.1
Gesamtergebnis	-550.3	-564.8	-546.7	18.1	3.2
davon Funktionen:					
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
2 Bildung	-95.5	-90.7	-75.3	15.5	17.1
4 Gesundheit	-392.0	-410.6	-407.4	3.2	0.8
5 Soziale Sicherheit	-61.3	-62.3	-63.0	-0.7	-1.1
8 Volkswirtschaft	-1.1	-1.2	-1.0	0.2	13.2

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-0.3	0.0	-0.4	-0.4	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-0.3	0.0	-0.4	-0.4	0.0

Kommentar

- 1 Aufgrund der allgemeinen Budgetkürzungen durch den Regierungsrat wurden die Mittel für den Sachaufwand in verschiedenen Dienststellen gekürzt.
- 2 Die Reduktion des Transferaufwandes betrifft im Wesentlichen die Gesundheitsversorgung. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler werden im geplanten Umfang um 10 Mio. Franken reduziert. Weitere 4.4 Mio. Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Bereich der Sozialdienste der Spitäler wurden an das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt transferiert. Eine weitere Reduktion ergibt sich durch die Aufhebung der Abgeltungspauschale an das Bürgerspital in der Höhe von 3 Mio. Franken.
- 3 Aufgrund des neuen Rechnungslegungsstandards HRM2 müssen Einnahmen und Ausgaben aus Fonds im Fremdkapital neu in der Erfolgsrechnung abgebildet werden. Es handelt sich im konkreten Fall um Bundesbeiträge für verschiedene mehrjährige Forschungsprojekte im Kantonalen Labor.
- 4 Aufgrund der Anschaffung diverser grösserer Labor- und Analysegeräte im Institut für Rechtsmedizin sowie im Kantonalen Labor muss mit deutlich höheren Abschreibungen gerechnet werden.

Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Dienstleistungen in den Abteilungen Planungscoordination, Personal und Recht und den beiden Stabsstellen Kommunikation sowie Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, unterstützt es den Vorsteher und die Bereiche des Departements. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen vertritt seit 2012 die Eigentümerinteressen gegenüber den verselbständigten öffentlichen Spitälern.

Internet: www.gd.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Beteiligungsmanagement Die öffentlichen Spitälern wurden per 1. Januar 2012 verselbstündigt. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen des Gesundheitsdepartements nimmt als zuständige Fachstelle auf der Basis der Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates die Aufgaben der Vertretung der Eigentümerinteressen gegenüber den öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt (Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken) sowie dem Universitätskinderspital beider Basel und das entsprechende Beteiligungscontrolling wahr.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'334.2	-4'562.7	-4'324.3	238.4	5.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'022.9	-2'015.6	-1'784.0	231.6	11.5 ²
36 Transferaufwand	-32.5	-33.5	-33.5	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-6'389.7	-6'611.8	-6'141.8	470.0	7.1
42 Entgelte	135.6	119.8	130.8	11.0	9.2
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	0.0	300.0	300.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	135.6	419.8	430.8	11.0	2.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-6'254.1	-6'192.0	-5'711.0	481.0	7.8
Betriebsergebnis	-6'254.1	-6'192.0	-5'711.0	481.0	7.8
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.4	-0.2	0.2	57.8
44 Finanzertrag	1.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	1.0	-0.4	-0.2	0.2	57.8
Gesamtergebnis	-6'253.1	-6'192.4	-5'711.2	481.2	7.8
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	-335.7	0.0	0.0	0.0	0.0
29 Übriges Bildungswesen	-51.8	-61.2	-72.8	-11.6	-18.9
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-5'865.6	-6'131.2	-5'638.4	492.8	8.0

Kommentar

- 1 Aufgrund der allgemeinen Budgetkürzungen des Regierungsrates werden Vakanzstellen nicht besetzt, was das Personalbudget um 238'000 Franken reduziert.
- 2 Aufgrund der allgemeinen Budgetkürzungen des Regierungsrates werden Mittel in Höhe von rund 230'000 Franken im Bereich von Dienstleistungen und beim allgemeinen Betriebsaufwand reduziert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.05	29.05	27.5	29.3	27.4
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	154	189	183		1 ¹
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	6	5	9	6	7
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN VI.	%	80	80	100	80	90

Kommentar

- 1 Aufgrund der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 entfallen beim Gesundheitsdepartement die Aufgaben der Psychiatrierekurskommission.

Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in drei Abteilungen (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Prävention sowie Sucht) Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt. Die Abteilung Medizinisch-pharmazeutische Dienste vollzieht Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlagen. Als Fachinstanz ist sie zuständig für Bewilligungen, Qualitätssicherung und Heilmittelsicherheit. Dazu gehören der Vollzug der nationalen und kantonalen Gesetzgebung und die Aufsicht über die medizinisch-pharmazeutischen Berufe. Sie betreibt das Krebsregister beider Basel und konzipiert eine kantonale Krebsstrategie.

Die Abteilung Prävention erhält und fördert die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt mit gezielten Aktivitäten. Sie ist zuständig für die Planung, Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen, welche die Gesundheit der Basler Bevölkerung direkt oder indirekt unterstützen und stärken. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte in Fragen der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Abteilung Sucht sorgt für ein adäquates, effizient genutztes Suchthilfeangebot. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken und die Zahl jener zu steigern, die den Ausstieg schaffen, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunktprogramme Gesundheitsförderung und Prävention Die Bevölkerung soll mit Schwerpunktprogrammen in der Stärkung einer gesundheitsbewussten Haltung aktiv unterstützt werden, wobei ein besonderes Gewicht auf zielgruppenspezifische, basisnahe Projekte gelegt wird (z.B. Projekte für Jugendliche und ältere Menschen). Bei der Entwicklung und Planung dieser Projekte und Programme werden die Ergebnisse der kantonalen und nationalen Gesundheitsbefragungen berücksichtigt. Bisherige Ergebnisse haben einen Handlungsbedarf bei den Themen Alter und Gesundheit, psychische Gesundheit, gesundes Körpergewicht, Gesundheitsförderung im Frühbereich, Migration und Gesundheit sowie Intervention im Suchtbereich (Alkohol, Tabak, Verhaltenssuchte) gezeigt. Zu diesen Themen wurden nachhaltige Programme entwickelt. Die bereits in Umsetzung befindlichen Programme werden im kommenden Jahr fortgeführt.

Aufbau und Umsetzung einer kantonalen Krebsstrategie Ein Konzept zu einer kantonalen Krebsstrategie - von der Aufklärung und Information der Basler Bevölkerung bis hin zu Palliativ Care - soll ausgearbeitet und implementiert werden. Basis der kantonalen Krebsstrategie sind die im Jahr 2013 durchgeführte Bevölkerungsbefragung zu diesem Thema sowie die sich in Arbeit befindliche Nationale Krebsstrategie. Das Krebsregister beider Basel ist ein zentraler Pfeiler der Krebsstrategie und soll den veränderten Bedürfnissen angepasst werden. Die Einführung eines Mammografie Screening Programms im Kanton Basel-Stadt wurde vom Grossen Rat verabschiedet und wird als erste Massnahme der Krebsstrategie anfangs 2014 den Betrieb in Zusammenarbeit mit der Krebsliga beider Basel aufnehmen.

Strategie Sucht 2016 Damit der Suchtbereich im Kanton Basel-Stadt laufend den Veränderungen angepasst werden kann, wird unter Einbezug der Bedarfsentwicklung eine kantonale Suchtstrategie für die kommenden Jahre konzipiert und umgesetzt (rollende Planung, Vernetzung, Angebotsanpassung, Monitoring). Als Schwerpunkte wurden die Bereiche Jugend und Sucht, Alter und Sucht, neue Abhängigkeitserkrankungen (Verhaltenssuchte wie z.B. Internet- und Glücksspielsucht) und die Tabakprävention evaluiert. In allen Schwerpunkten werden nachhaltige Massnahmen geplant, entwickelt und umgesetzt.

Da die Weichen für ein gutes „Altern“ schon früh im Leben gestellt werden, werden mit Basel 55+ künftig auch Menschen angesprochen, die sich im Übergang vom Erwerbs- ins Rentenalter befinden. Deshalb wird die Bezeichnung „Alterspolitik“ durch die Bezeichnung „Basel 55+“ ersetzt. Dadurch soll einerseits der Individualität des älter werdenden Menschen Rechnung getragen werden. Andererseits sollen auch kommende Generationen in die Planung und Umsetzung einbezogen und

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'683.6	-9'443.9	-9'604.0	-160.1	-1.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'346.6	-5'329.4	-4'838.0	491.4	9.2 ¹
36 Transferaufwand	-9'861.4	-10'329.0	-10'593.0	-264.0	-2.6 ²
Betriebsaufwand	-22'891.7	-25'102.3	-25'035.0	67.3	0.3
42 Entgelte	821.5	621.0	645.7	24.7	4.0
43 Verschiedene Erträge	5.1	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	1'175.3	2'131.3	2'159.3	28.0	1.3
Betriebsertrag	2'001.9	2'752.3	2'805.0	52.7	1.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-20'889.8	-22'350.0	-22'230.0	120.0	0.5
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-48.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-48.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-20'938.6	-22'350.0	-22'230.0	120.0	0.5
Gesamtergebnis	-20'938.6	-22'350.0	-22'230.0	120.0	0.5
davon Funktionen:					
43 Gesundheitsprävention	-11'213.6	-11'121.7	-11'466.4	-344.7	-3.1
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-9'725.0	-11'228.3	-10'763.6	464.7	4.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-48.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-48.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-48.9	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Aufgrund der allgemeinen Budgetkürzungen des Regierungsrates werden diverse Projekte redimensioniert.
- 2 Im Bereich der stationären Suchttherapien (nach Alkohol- und Drogengesetz) müssen aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre mehr Mittel eingeplant werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.1	55.9	59.8	63.4	63.4
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	40	62	90	80	20
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	73	74	74	76	76
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	79	116	94	120	120
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100	100	90	100
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100	100	90	90

deren künftiger Bedarf – gerade bei langfristig wirksamen Massnahmen wie Gesetzesreformen oder Infrastrukturprojekten – mit einbezogen werden. Zu zehn vom Regierungsrat verabschiedeten Leitlinien in allen relevanten Themenbereichen werden konkrete Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden sowie internen und externen Partnern geplant, entwickelt und umgesetzt.

Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, den Kantonszahnärztlichen Dienst und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Die Lebensmittelkontrolle sorgt dafür, dass die in Basel angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel bezieht, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung beziehungsweise Aufmachung nicht täuschend sind. Dazu werden repräsentative Proben erhoben und auf deren Rechtskonformität untersucht. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklasse regelmässig überprüft. Verstösse werden geahndet.

Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und Verkehrswegen bestmöglich zu schützen, werden Betriebseinheiten der Höchstisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material mindestens alle zwei Jahre risikobasiert inspiziert. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und die Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Das Institut für Rechtsmedizin bietet seinen Auftraggebern aus den Bereichen der Rechtspflege ein umfassendes forensisch-medizinisches und naturwissenschaftlich-kriminalistisches Leistungsangebot wie Abklärungen im Zusammenhang mit aussergewöhnlichen Todesfällen, Untersuchungen und Befunddokumentationen bei Opfern von Körperverletzungsdelikten sowie verkehrsmedizinischen Untersuchungen. Im Weiteren werden forensisch-toxikologische Analysen auf Drogen, Alkohol und Medikamente bei verstorbenen Personen, bei in Körperverletzungsdelikte involvierten Personen, bei Strassenverkehrsteilnehmenden und bei Personen, bei denen eine Fahreignungsabklärung angeordnet ist, durchgeführt. Die forensischen DNA-Analysen ermöglichen mit hoher Sicherheit die Zuordnung von Spuren zu Tatverdächtigen und helfen gemeinsam mit den anderen Untersuchungsverfahren bei der Aufklärung von Straftaten. Die forensisch-chemischen Untersuchungen von Betäubungsmitteln geben Aufschluss über die Reinheit und den Wirkstoff-Gehalt von illegalen Drogen.

Das Veterinäramt sorgt dafür, dass unsere Nutz-, Heim- und Wildtiere tierschutz- und artgerecht gehalten und vor Krankheiten geschützt werden. Die Bevölkerung soll zudem vor gefährlichen oder an Zoonosen erkrankten Tieren geschützt werden. Hierzu führt das Veterinäramt gemeinsam mit dem Bund Präventionsprogramme durch. Hundebisse aller Rassen müssen gemeldet und deren Ursachen abgeklärt werden. Die Hauptaktivitäten der Fachstelle Tierschutz bestehen in der Ausbildung, Beratung und Kontrolle privater Tierhaltungen, gewerbmässiger Wildtierhaltungen, von Zoo-Fachgeschäften und im Bereich der wissenschaftlichen Tierversuche. Die Fleischkontrolle des Kantons Basel-Stadt überwacht die Umsetzung der Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung bei Schlachttieren und die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen und tierseuchenpolizeilichen Vorgaben für Fleisch und Schlachtabfälle im Schlachthof Basel-Stadt. Lebende Tiere werden nur exportiert beziehungsweise importiert, wenn sie vom Veterinäramt für gesund und reisetauglich befunden worden sind. Sendungen mit Waren tierischer Herkunft werden tierseuchenpolizeilich und/oder artenschutzrechtlich überprüft, bevor sie versandt oder eingeführt werden.

Der Kantonszahnärztliche Dienst gewährleistet die Umsetzung des kantonalen Gesundheitsgesetzes (SG 300.100; GesG) und der Verordnung über die Fachpersonen und Betriebe im Gesundheitswesen (SG 310.120; Bewilligungsverordnung) im Sinne des Patientenschutzes. Der Kantonszahnarzt übernimmt die gesundheitspolizeilichen Aufsichtsfunktionen der zahnmedizinischen Fachpersonen und Betriebe. Die Gesuche von zahnärztlichen und nicht ärztlichen Medizinalpersonen in der Zahnmedizin werden überprüft und fehlende Dokumente (inkl. Qualitätssicherung) eingefordert. Kontrollen vor Ort werden bei Verdacht oder auf Hinweise hin stichprobenweise durchgeführt. Das Medizinalberuferegister des Bundes wird wöchentlich aktualisiert.

Die öffentlichen Zahnkliniken sind im Interesse der allgemeinen Gesundheit mit der Zahnpflege für finanziell schwächer gestellte Kinder und Erwachsene beauftragt.

Internet: www.gesundheitsschutz-bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

One Health Das One Health-Konzept berücksichtigt Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt, welche sich in der Gesundheit niederschlagen. Im Rahmen eines Projekts wird die inter- und transdisziplinäre Verknüpfung der Abteilungen des Bereichs Gesundheitsschutz inklusive der Zahnkliniken mit weiteren kantonalen Aufgabenbereichen für eine engere Zusammenarbeit evaluiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-13'696.3	-14'577.7	-14'713.6	-135.8	-0.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'024.0	-5'315.3	-5'394.6	-79.4	-1.5
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-458.5	-579.3	-488.3	91.0	15.7
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-19'178.9	-20'472.2	-20'596.5	-124.3	-0.6
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	7'245.5	6'950.4	7'415.5	465.1	6.7 ¹
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	360.9	330.8	601.0	270.2	81.7 ²
Betriebsertrag	7'606.3	7'281.2	8'016.5	735.3	10.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-11'572.5	-13'191.0	-12'580.0	611.0	4.6
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-315.0	-73.0	-464.0	-391.0	-535.9 ³
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-315.0	-73.0	-464.0	-391.0	-535.9
Betriebsergebnis	-11'887.5	-13'264.0	-13'044.0	220.0	1.7
34 Finanzaufwand	-4.6	-8.8	-8.6	0.2	1.7
44 Finanzertrag	10.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	5.6	-8.8	-8.6	0.2	1.7
Gesamtergebnis	-11'881.9	-13'272.7	-13'052.6	220.1	1.7
davon Funktionen:					
43 Gesundheitsprävention	-2'193.3	-1'986.4	-2'038.6	-52.2	-2.6
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-8'549.5	-10'085.0	-9'974.0	111.0	1.1
73 Abfallwirtschaft	2.7	2.8	4.8	2.0	70.9
81 Landwirtschaft	-872.8	-852.3	-751.7	100.6	11.8
83 Jagd und Fischerei	-332.2	-440.4	-404.6	35.8	8.1
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	63.2	88.5	111.4	22.9	25.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-390.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-434.0	-434.0	0.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	136.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-254.5	0.0	-434.0	-434.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-254.5	0.0	-434.0	-434.0	0.0

Kommentar

- 1 Für das Budget 2014 wurden die Erträge aus der Jahresrechnung 2012 als Richtwert genommen. Zudem wird aufgrund der Einführung des Verkehrssicherheitspakets „Via Sicura“ mit höheren Untersuchungszahlen und einer Zunahme der Erträge in der Rechtsmedizin gerechnet.
- 2 Aufgrund des neuen Rechnungslegungsstandards HRM2 müssen Einnahmen und Ausgaben aus Fonds im Fremdkapital neu in der Erfolgsrechnung abgebildet werden. Es handelt sich im konkreten Fall um Bundesbeiträge für verschiedene mehrjährige Forschungsprojekte im Kantonalen Labor.
- 3 Das Kantonale Labor und die Forensische Genetik ersetzen zwei hochwertige Analysegeräte (LC-MS/MS-Analysegerät und Genetic Analyzer), welche 2013 bereits abgeschrieben sind. Die Abschreibungen für die neuen Geräte kommen im Budgetjahr 2014 zum Tragen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	83.8	80.3	77.5	82.1	82.5
Überprüfung Beissvorfälle mit auffälligen Hunden	Anz	62	91	99	85	80
Abgelehnte Rekurse gg. Verfügungen des Veterinäramtes	Anz	0	0	0	0	0 ¹
Anteil kontrollierter Lebensmittelbetriebe im Kanton	%	48	100	42	50	45
Unters. Proben bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anz				25	10 ²
Anteil kontrollierter Betriebe	%	49	38	35	40	40 ³
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	5'690	7'300	8'100	7'500	8'000 ⁴
Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden des IRM ist hoch	%	93	99	100	90	90 ⁵

Kommentar

- 1 Es handelt sich um Verfügungen betreffend Hundehaltung.
- 2 Neue Kennzahl ab 2012. Der Anteil wird pro 1'000 Einwohner berechnet.
- 3 Es handelt sich um Betriebe, die der Störfall- und Einschliessungsverordnung unterstehen.
- 4 Seit 2011 wird eine neue Zählweise im Bereich Genetik angewendet.
- 5 Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.

Prävention Hundebisse Im Präventionskurs Kind & Hund, der sehr erfolgreich in sämtlichen Kindergärten des Kantons durchgeführt wird, lernen die Kinder elementare Regeln, wie sie sich in Alltagssituationen gegenüber Hunden verhalten sollen, damit es nicht zu Bissverletzungen kommt. Die Rückmeldungen der Lehrpersonen zeigen, dass die Lehrpersonen zusätzlich zum Grundkurs einen Auffrischkurs wünschen, der im gewohnten Umfeld der Kinder stattfindet. Der Zusatzkurs findet im Schuljahr 2013/14 erstmalig statt (ca. zwei Stunden pro Jahr und Klasse) und geht insbesondere auf die individuellen Bedürfnisse der Klasse bzw. der Kindergartenlehrperson ein.

Hundepolicy BS Mit der ‚Hundepolicy BS‘ verfolgt das Veterinäramt (VA) das Ziel einer tierschutzkonformen, artgerechten und sozialverträglichen Hundehaltung auf dem Kantonsgebiet unter Berücksichtigung der bereits erzielten Ergebnisse in der Hundehaltung sowie mit dem Ziel eines guten Nebeneinanders zwischen Hundehaltern und anderen Nutzern des öffentlichen Raums. Die Abstimmung der verschiedenen Bedürfnisse erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen VA, Stadtgärtnerei und Kantonspolizei (Diensthundegruppe). Die Einführung eines Hundearials (Horbürgpark) sowie die Öffnung des Rheins für Bademöglichkeiten der Hunde im Sommer sind erste konkrete Ergebnisse, welche 2014 erneut beurteilt werden.

Ausbau Verkehrsmedizin Aufgrund der Umsetzung des zweiten Umsetzungspakets des Verkehrssicherheitsprogramms „via sicura“ des Bundes werden ab 1. Januar 2014 Fahreignungsuntersuchungen angeordnet, wenn ein/e Fahrzeuglenker/in mit einer Blutalkoholkonzentration von 1.6 Promille und mehr im Strassenverkehr kontrolliert worden ist. Der bisherige Wert für die Anordnung einer Fahreignung liegt bei 2.5 Promille. Neben den Untersuchungen der Haare auf Alkoholabbauprodukte werden je nach Fall auch Haaranalysen auf Betäubungsmittel oder Medikamentenwirkstoffe durchgeführt. Im IRM Basel ist ab 2014 mit einer Zunahme der verkehrsmedizinischen Untersuchungen um rund 200 sowie mit zusätzlichen Haaranalysen zwischen 300 und 600 Proben pro Jahr zu rechnen.

Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der Öffentlichen Zahnkliniken umfasst die soziale Zahnpflege für Kinder, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnkliniken Basel und Riehen gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt. Die Schulzahnklinik Riehen wird noch bis Mitte 2014 durch den Kanton betrieben.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Gesundheitsgesetz haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif.

Die Öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden 15 Dental-Assistentinnen und eine Büroassistentin ausgebildet.

Internet: www.zahnkliniken.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Die zahnmedizinische Betreuung beinhaltet Leistungen für die zahnmedizinische Prophylaxe und die Behandlung.

Zahnmedizinische Prophylaxe Im Bereich der zahnmedizinischen Prophylaxe wird der Eindämmung der Kleinkinder-Karies hohe Priorität eingeräumt. So wird die Kooperation für die Früh-Prophylaxe nicht nur innerhalb des Gesundheits- und des Erziehungsdepartements vorangetrieben, sondern auch mit den lokalen Zahnärztesellschaften und den Kinderärztinnen und Kinderärzten vertieft. Neu wird mit einem Fluoridlack der Schutz der neu durchbrechenden Zähne (mit noch nicht ausgereiftem Zahnschmelz) vor Zerstörung gestärkt. Somit sind später oft die bisher durchgeführten Fissurenversiegelungen nicht mehr notwendig.

Zahnmedizinische Behandlung Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und -zahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Die Behandlungen haben das Ziel, die Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen zu erhalten oder wieder her zu stellen. Eine ausreichende Mundhygiene muss während 18 Monaten positiv beurteilt werden, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel Der Kanton Basel-Stadt sieht mit der Schaffung eines Universitären Zentrums für Zahnmedizin den Aufbau eines starken Kompetenzzentrums für die soziale und die universitäre Zahnmedizin inklusive der Kinderzahnmedizin an einem neuen gemeinsamen Standort im Campus Rosental vor. Im Vordergrund steht die Weiterführung der sozialen Zahnmedizin sowie die Nutzung von Synergien in der Behandlung, in der Lehre und in der Forschung durch eine Zusammenführung der universitären Zahnkliniken Basel mit den Öffentlichen Zahnkliniken des Kantons Basel-Stadt. Die Vernehmlassung wurde 2013 durchgeführt. Vorbehältlich des Entscheids des Grossen Rats zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und einem allfälligen Volksentscheid, sollen 2014 die erforderlichen Führungsstrukturen geschaffen werden, damit die öffentlich rechtliche Anstalt ab 1. Januar 2015 operativ zu arbeiten beginnen kann.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-12'458.8	-12'298.6	-11'973.4	325.2	2.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'647.8	-2'515.8	-2'724.6	-208.8	-8.3
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-17.9	-35.3	-27.3	8.0	22.7
36 Transferaufwand	-2'974.0	-2'700.0	-2'700.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-18'098.6	-17'549.7	-17'425.3	124.4	0.7
42 Entgelte	11'125.9	11'884.7	11'755.3	-129.4	-1.1
Betriebsertrag	11'125.9	11'884.7	11'755.3	-129.4	-1.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-6'972.6	-5'665.0	-5'670.0	-5.0	-0.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-1.7	0.0	-2.5	-2.5	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-1.7	0.0	-2.5	-2.5	0.0
Betriebsergebnis	-6'974.3	-5'665.0	-5'672.5	-7.5	-0.1
34 Finanzaufwand	-21.9	-24.0	-22.0	2.0	8.3
44 Finanzertrag	0.2	0.6	0.5	-0.1	-16.7
Finanzergebnis	-21.6	-23.4	-21.5	1.9	8.1
Gesamtergebnis	-6'995.9	-5'688.4	-5'694.0	-5.6	-0.1
davon Funktionen:					
43 Gesundheitsprävention	-3'014.3	-2'497.4	-2'508.6	-11.2	-0.5
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-3'981.6	-3'191.0	-3'185.4	5.6	0.2

Kommentar

- 1 Für den internen Bezug von IT-Dienstleistungen wurden Mehrkosten von 98'000 Franken berechnet (Kalkulation WorkplaceBS, virtuell mehr Netzwerk-Accounts durch Einführung SAP Zeiterfassung), für Porti und Telefongebühren solche von 30'000 Franken. Aufgrund der geplanten Verselbstständigung und des geplanten Neubaus sind in den letzten Jahren keine grösseren Investitionen getätigt worden, so dass für 2014 mit höheren Unterhaltskosten bei den zahnmedizinischen Geräten in Höhe von 80'000 Franken gerechnet wird.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	95.0	98.3	99.7	99.0	98.2
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	14.00	11.9	12.24	14.0	14.0
Prozentuale Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	0.0	-11.7	-9.76	0.0	0.0
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	1.0	0.75	0.68	2.0	1.5

Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist im Sinn eines Regulators und Mitfinanzierers verantwortlich für die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in denjenigen Sektoren, in denen dem Kanton gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: Die Spitalversorgung und die Langzeitpflege. Hauptaufgaben sind Angebotsplanung, Förderung und Durchführung, Koordination und Überwachung von Qualitätssicherungsmassnahmen, Aufsicht über die Leistungserbringer, Monitoring der Versorgungsleistung und Sicherstellung der Versorgungsleistung sowie Abwicklung der Finanzierung. Der Bereich umfasst folgende drei Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege plant, koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, und Spitexangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Pflegebedarfsabklärung und Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Die Abteilung Spitalversorgung plant die bedarfsgerechte Versorgung der basel-städtischen Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen mittels kantonaler Spitalliste und Leistungsaufträgen. Die adäquate Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler wird sichergestellt. Die Koordination einer systematischen Qualitätssicherung in den Spitälern und ein Versorgungsmonitoring sind die Instrumente zur Sicherung einer qualitativ hochstehenden medizinischen Leistung.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von internen und externen Projekten in der Gesundheitsversorgung. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht, zentrales Sekretariat) ab und ist zuständig für die Erstellung des jährlich erscheinenden Gesundheitsversorgungsberichts über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt.

Internet: www.gesundheitsversorgung.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Spitalplanung Die gemeinsame Versorgungsplanung für stationäre Leistungen am Juranordfuss gemeinsam mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn wird aktualisiert. Die Spitallisten dieser Kantone werden auf der Basis der Versorgungsplanung nach einheitlichen Kriterien weiterentwickelt. Daneben sollen die inner- und interkantonalen Patientenströme innerhalb der Nordwestschweizer Kantone abgebildet werden, um so auf mögliche Verschiebungen rechtzeitig reagieren zu können. Die basel-städtische Spitalliste und die Erneuerung der Leistungsaufträge und -vereinbarungen mit den Spitälern werden laufend überprüft.

Palliative Care Im Zuge der Umsetzung des Palliative Care Konzeptes Basel-Stadt im Rahmen der nationalen Strategie, soll gemeinsam mit Spitälern und Einrichtungen der Langzeitpflege der Betrieb einer Anlauf- und Koordinationsstelle und von mobilen Palliative Care-Teams aufgebaut werden.

Qualitätsmonitoring in den Spitälern des Kantons Basel-Stadt Um die hohe Qualität der medizinischen Versorgung im Kanton zu gewährleisten, werden die Qualitätssicherungsbestrebungen auf Bundesebene, welche das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Nationale Verein für Qualitätssicherung in Spitälern und Kliniken (ANQ) vorgeben, durch den Bereich Gesundheitsversorgung kantonal koordiniert. Weitere Aktivitäten ergänzen das Qualitätsmonitoring der Spitäler und Kliniken im Kanton. Für das Jahr 2014 ist, neben der Umsetzung des national vorgegebenen Messportfolios des ANQ, eine kantonsspezifische Befragung zur Medikamentensicherheit geplant.

Versorgungsmonitoring Das Versorgungsmonitoring untersucht zum einen die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung, insbesondere der diagnosebezogenen Fallpauschalen (SwissDRG), auf die stationäre Versorgung. Zum anderen liefert es die Datengrundlage für die Vergabe der Leistungsaufträge für die Spitalversorgung, und kontrolliert, ob die mit den Spitälern vereinbarten Leistungsaufträge erfüllt werden. Beurteilungskriterien dafür sind die Qualität der Versorgung, der Zugang zu den Spitälern und die Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit der erbrachten Leistungen.

Ausbau der Pflegeangebote Aufgrund des Mangels von rund 300 Pflegeheimplätzen weist der Kanton Basel-Stadt weiterhin lange Wartezeiten für einen Pflegeheimeintritt auf. Zurzeit sind in Basel drei Projekte privater Trägerschaften im Bau, mit denen bis 2016 insgesamt eine Kapazitätssteigerung von über 200 Plätzen erreicht wird: Der Burgfelderhof des Bürgerspitals im Westen des

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'891.1	-3'972.1	-4'480.7	-508.6	-12.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'084.8	-1'974.9	-1'862.1	112.8	5.7 ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.9	0.0	-28.1	-28.1	0.0
36 Transferaufwand	-499'317.6	-511'410.0	-493'654.0	17'756.0	3.5 ³
Betriebsaufwand	-504'294.3	-517'357.0	-500'025.0	17'332.0	3.4
42 Entgelte	45.8	50.0	45.0	-5.0	-10.0
43 Verschiedene Erträge	47.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	93.3	50.0	45.0	-5.0	-10.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-504'201.0	-517'307.0	-499'980.0	17'327.0	3.3
Betriebsergebnis	-504'201.0	-517'307.0	-499'980.0	17'327.0	3.3
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-504'201.0	-517'307.0	-499'980.0	17'327.0	3.3
davon Funktionen:					
27 Hochschulen	-95'442.0	-90'669.1	-75'179.5	15'489.6	17.1
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-319'384.4	-333'832.9	-329'290.6	4'542.4	1.4
42 Ambulante Krankenpflege	-21'597.1	-23'100.0	-24'500.0	-1'400.0	-6.1
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-6'502.3	-7'405.0	-8'010.0	-605.0	-8.2
53 Alter + Hinterlassene	-61'275.2	-62'300.0	-63'000.0	-700.0	-1.1

Kommentar

- Die Erhöhung der Personalkosten ist bedingt durch einen höheren Ressourcenbedarf in Folge der starken Zunahme der KVG-Tarifverfahren aufgrund der neuen Spitalfinanzierung. Ferner wurden im Bereich Qualität und Aufsicht Pensen aufgestockt, um Aufgaben in der Heimaufsicht vermehrt intern zu bewältigen. Dies wird zu einer Reduktion der externen Kosten führen.
- Aufwendungen für diverse kleinere EDV-Projekte fallen im 2014 nicht mehr an und entlasten den Sachaufwand der Dienststelle um rund 0.1 Mio. Franken.
- Der Transferaufwand reduziert sich durch die geplante Reduktion der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler um rund 10 Mio. Franken. Weitere 4.4 Mio. Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Bereich der Sozialdienste der Spitäler wurden an das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt transferiert. Eine weitere Reduktion ergibt sich durch die Aufhebung der Abgeltungspauschale an das Bürgerspital in der Hohre von 3 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.9	25.25	25.8	26.4	28.0
Stationäre Spitalfalle mit Kantonsbeitrag	Anz	39'279	40'564	40'880	41'500	42'000 ¹
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	75.0	69.2	89.1	82.0	80.0
Pflegetage in Pflegeheimen (in 1000 Tagen)	Tg	1'016.6	1'015.7	1'023.5	1'025.0	1'045.0

Kommentar

- Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen von Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt.

Stadtgebiets, der Gellertblick sowie das Alterszentrum Bethesda im Bereich Grossbasel Ost. Ferner sollen in der Gemeinde Riehen die Neubauten des Humanitas Pflegeheims und der Adullam Stiftung spruchreif werden.

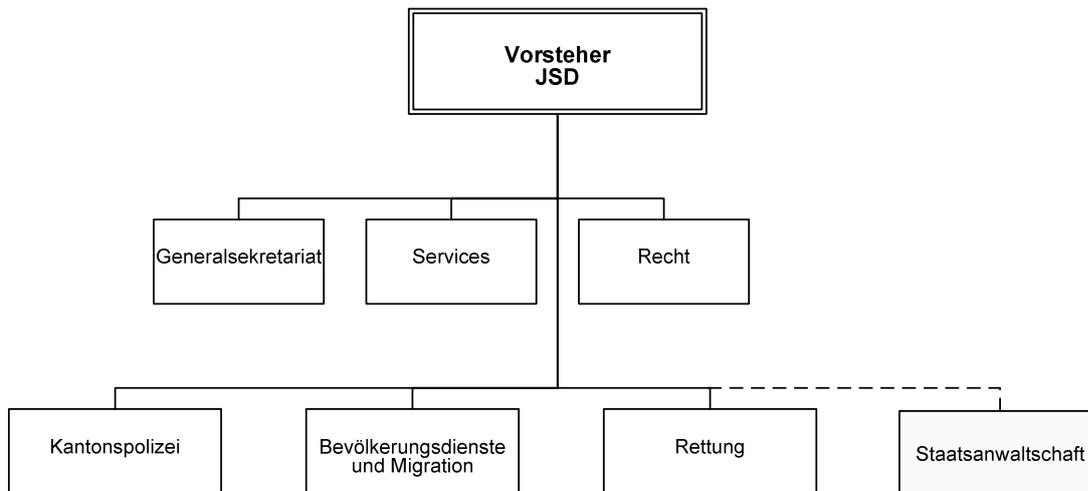
Demenzstrategie In Anlehnung an die Nationale Demenzstrategie soll in Basel-Stadt ein kantonales Pendant erarbeitet werden. Daraus sollen verschiedene Massnahmen abgeleitet werden, welche die Vernetzung der einzelnen Leistungserbringer verbessern und die Versorgung von an einer Demenz leidenden Kantonsbewohnerinnen und -bewohner optimieren soll. Im Laufe des Jahres 2013 ist vorgesehen, den Neubau des Pflegeheimes Marthastift zu initiieren, wodurch zusätzliche stationäre Kapazitäten im Bereich der Betreuung von an einer schweren Demenz leidenden Menschen geschaffen werden.

Aufsicht und Qualitätssicherung bei Leistungserbringern in der Langzeitpflege Regelmässige und ausserordentliche Kontrollen stellen die Qualität der Leistungserbringung und die Einhaltung von vertraglichen Vereinbarungen sicher. Das neue Qualitätsüberprüfungsinstrument „qualivista“ kommt bei Aufsichtsbesuchen in Pflegeheimen zur Anwendung. Es ermöglicht einerseits der Behörde, die notwendigen Kontrollen durchzuführen. Andererseits können die Leistungserbringer die notwendigen Massnahmen zur Qualitätsoptimierung in ihren Betrieben initiieren.

Gesundheitsversorgungsbericht Der vierte Gesundheitsversorgungsbericht über das Jahr 2013 soll im Jahr 2014 publiziert werden. Er bietet umfassende Informationen über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt. Die integrale Darstellung dieser Versorgungsbereiche ermöglicht eine kontinuierliche Evaluation der Auswirkungen der Reformanstrengungen im Bereich der Pflege- und Spitalfinanzierung.

4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	216
JSD-501/2	Services	218
JSD-501/3	Recht	220
JSD-506	Kantonspolizei	222
JSD-509	Rettung	225
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	227
JSD-520	Staatsanwaltschaft	230



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-216.2	-225.3	-227.2	-1.9	-0.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-105.3	-100.2	-116.0	-15.7	-15.7 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.8	-1.4	-1.6	-0.1	-9.2 ²
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-5.2	-5.3	-5.4	-0.1	-1.5
Betriebsaufwand	-328.7	-332.3	-350.1	-17.9	-5.4
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	99.2	97.8	100.9	3.1	3.2 ³
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.1	0.0	-0.1	-60.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	4.5	4.2	10.2	6.1	145.2 ⁴
Betriebsertrag	104.0	102.1	111.2	9.1	8.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-224.7	-230.2	-238.9	-8.8	-3.8
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-4.7	-4.6	-5.9	-1.3	-27.9 ²
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	-0.3	-0.3	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-4.7	-4.6	-6.2	-1.6	-34.3
Betriebsergebnis	-229.4	-234.8	-245.2	-10.3	-4.4
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.3	-0.1	-18.3
44 Finanzertrag	0.5	0.0	0.0	-0.0	-42.7
Finanzergebnis	0.1	-0.3	-0.3	-0.1	-23.4
Gesamtergebnis	-229.3	-235.1	-245.5	-10.4	-4.4
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-18.4	-19.1	-20.6	-1.5	-8.0
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-207.2	-212.0	-220.5	-8.5	-4.0
4 Gesundheit	-3.7	-4.0	-4.3	-0.4	-9.1

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.9	-0.9	0.0
Nettoinvestitionen VV	-2.3	0.0	-0.9	-0.9	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-2.3	0.0	-0.9	-0.9	0.0

Kommentar

- Die Abweichung von -15.8 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2013 ist auf folgende Effekte zurückzuführen: a) Ab 2014 wird die Untersuchungshaft innerkantonale verrechnet (-5.0 Mio. Fr.), b) eine Kostensteigerung im Straf- und Massnahmenvollzug sowie bei der Ausschaffungshaft (-3.7 Mio. Fr.), c) erhöhte Debitorenverluste bei der Staatsanwaltschaft (-3.4 Mio. Fr.), d) erhöhte Bewachungs- und Sicherheitsaufwendungen in den Gefängnissen (-0.5 Mio. Fr.), e) einmalige Sachaufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung der OSZE-Konferenz 2014 in Basel, d) stark erhöhte Rekrutierungs- und Ausbildungsaktivitäten für Polizei, Sanität und Berufsfeuerwehr.
- Die erhöhten Abschreibungen werden durch verschiedene Neu- und Ersatzinvestitionen (mehrheitlich bei Bevölkerungsdienste und Migration, Kantonspolizei und Rettung) verursacht.
- Die Zunahme um 3.1 Mio. Franken begründet sich mehrheitlich durch steigende Fallzahlen bei der Staatsanwaltschaft, die einen erhöhten Bruttoertrag aus Bussen und Gebühren generieren.
- Die Veränderung begründet sich mehrheitlich a) durch die Abgeltung der Personal- und Sachaufwände im Rahmen der OSZE-Konferenz durch den Bund, b) durch zusätzliche Abgeltungen des Bundes im Zusammenhang mit Wegweisungsvollzügen und mit der Einführung der sog. Begrüssungsgespräche.

Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Information, den Verantwortlichen für die Politikvorbereitung und das Beschwerdewesen unterstützt das Generalsekretariat die operativen Bereiche. Die Fachstelle Halt-Gewalt erbringt vernetzt Leistungen zur Gewaltverminderung (häusliche Gewalt). Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

Tätigkeiten und Projekte

Neues Fachreferat Im Generalsekretariat des Justiz- und Sicherheitsdepartementes wird budgetneutral ein neues Fachreferat geschaffen. Es vereinigt die Interventionsstelle Halt-Gewalt, die Betreuung verschiedener beim JSD angesiedelter subventionierten Institutionen und anderer Organisationen sowie die Behandlung bestimmter Querschnittsthemen, für die sich das JSD verantwortlich zeichnet (Prostitution, Extremismus etc.). Mit der Bildung des Fachreferates werden die betroffenen Stellen und Themen strukturell besser in das Departement eingebunden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'865.1	-1'855.4	-1'811.3	44.1	2.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-435.6	-424.9	-503.9	-79.0	-18.6
36 Transferaufwand	-1'582.9	-88.4	-1'475.0	-1'386.6	...
Betriebsaufwand	-3'883.6	-2'368.7	-3'790.2	-1'421.5	-60.0
42 Entgelte	379.6	406.5	457.9	51.4	12.7
43 Verschiedene Erträge	4.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	383.7	406.5	457.9	51.4	12.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'499.9	-1'962.2	-3'332.3	-1'370.1	-69.8
Betriebsergebnis	-3'499.9	-1'962.2	-3'332.3	-1'370.1	-69.8
44 Finanzertrag	12.5	17.0	12.5	-4.5	-26.5
Finanzergebnis	12.5	17.0	12.5	-4.5	-26.5
Gesamtergebnis	-3'487.4	-1'945.2	-3'319.8	-1'374.6	-70.7
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-3'487.4	-1'945.2	-3'319.8	-1'374.6	-70.7

Kommentar

1 Subventionen werden vom Bereich Recht ins Generalsekretariat verschoben (1'385'000 Fr.).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.1	11.5	11.5	11.5	11.5
Eingegangene Beschwerden	Anz	75	70	79	80	80
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	26.7	31.4	35.4		
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	556	530	518	600	600
- davon bewilligt	%	43.7	46.4	55.2		
Medienmitteilungen	Anz	650	600	500	650	600

Services

JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen und Gebäudemanagement, Controlling, Personal, Bauprojekte und Sicherheit, Beschaffung und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem übernimmt der Bereich Services verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Tätigkeiten und Projekte

Kreditorenworkflow Der Workflow für bestellbezogene und nichtbestellbezogene Kreditoren soll den Kreditorenprozess straffen: Die Verarbeitung eingehender Rechnungen soll effizienter sowie flexibler werden und eine optimale Kontrolle ermöglichen. Routinearbeiten wie das Weiterleiten von Papierrechnungen oder die mehrfache manuelle Eingabe von Rechnungsdaten werden überflüssig. Das Projekt wird im Jahr 2014 mit der Umsetzung des letzten Bereiches abgeschlossen.

Konsolidierung der Serverstandorte Die Server des JSD sind heute auf mehrere Standorte verteilt. Die Server werden an zwei künftig erdbebensicheren Standorten (Spiegelhof und Lützelhof) zusammengefasst. Dieser Umzug ist grösstenteils im Jahr 2014 geplant.

Überprüfung der Organisationseinheiten Das Controlling überprüft im Verlauf des Jahres 2014 verschiedene Abteilungen des JSD auf deren Effizienz und Effektivität. Bei dieser Prüfung geht es darum, Potenziale zu erkennen und künftig allfällige Synergien mit anderen Abteilungen zu nutzen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'893.5	-10'242.9	-10'361.6	-118.7	-1.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'591.9	-7'171.2	-7'179.3	-8.1	-0.1
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-27.5	-27.3	-27.0	0.3	1.2
Betriebsaufwand	-16'512.9	-17'441.4	-17'567.9	-126.5	-0.7
42 Entgelte	1'765.4	447.0	477.9	30.9	6.9
43 Verschiedene Erträge	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	1'766.4	447.0	477.9	30.9	6.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-14'746.5	-16'994.4	-17'090.0	-95.6	-0.6
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-189.7	-162.0	-220.0	-58.0	-35.8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-189.7	-162.0	-220.0	-58.0	-35.8
Betriebsergebnis	-14'936.2	-17'156.4	-17'310.0	-153.6	-0.9
34 Finanzaufwand	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-14'936.8	-17'156.4	-17'310.0	-153.6	-0.9
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-14'936.8	-17'156.4	-17'310.0	-153.6	-0.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-1'054.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-1'054.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-1'054.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Eine zusätzliche Stelle in der Abteilung Bauprojekte & Sicherheit führt zu einer Zunahme beim Personalaufwand.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	75.1	76.7	77.2	80.7	81.2
Lehrstellen im Departement	Anz	25	26	24	24	25
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	311	302	292	291	290
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	207	212	223	215	227
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	223	249	391	378	395 ¹

Kommentar

1 Von 2011 auf 2012 Reduktion der Ressourcen im PC-Support um 2 Vollzeitstellen bei gleichbleibender Anzahl betreuter Arbeitsplätze.

Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) ist die juristische Dienstleistungsstelle für das JSD, die Verwaltung, den Regierungsrat und das Parlament. Er setzt sich zusammen aus der Rechtsabteilung sowie dem Handelsregisteramt. Zur Rechtsabteilung gehören zudem diverse Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und die Notariatsprüfungsbehörde.

Zu den juristischen Dienstleistungen der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen, (Staats-)Verträgen und Gutachten sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anzüge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und der Notariatsprüfungsbehörde. Es werden weiter Vernehmlassungen zu Erlassentwürfen des Bundes und anderer Departemente verfasst sowie Einsitz in Arbeitsgruppen (Kanton, Bund) genommen. Die Rechtsabteilung ist nicht zuletzt Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger.

Das Handelsregisteramt ist in seinem Aufgabengebiet für die Umsetzung von Bundesrecht verantwortlich.

Tätigkeiten und Projekte

Plattform für elektronische Eingaben Der Bund hat Anfang 2013 eine Plattform eingerichtet, über die den Schweizer Handelsregisterämtern Eingaben elektronisch zugestellt werden können. Die bisher auf Papierakten ausgerichteten Workflows der Betriebssoftware und -abläufe werden auf eine medienbruchfreie Verarbeitung und Archivierung aufgerüstet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'473.7	-3'529.6	-3'410.6	119.0	3.4 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-556.4	-340.9	-223.8	117.1	34.4 ²
36 Transferaufwand	0.0	-1'385.0	0.0	1'385.0	100.0 ³
Betriebsaufwand	-4'030.1	-5'255.5	-3'634.4	1'621.1	30.8
42 Entgelte	1'863.5	2'022.0	2'001.0	-21.0	-1.0
43 Verschiedene Erträge	43.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	1'906.6	2'022.0	2'001.0	-21.0	-1.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-2'123.5	-3'233.5	-1'633.4	1'600.1	49.5
Betriebsergebnis	-2'123.5	-3'233.5	-1'633.4	1'600.1	49.5
34 Finanzaufwand	-1.4	-2.0	-2.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-1.4	-2.0	-2.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-2'124.9	-3'235.5	-1'635.4	1'600.1	49.5
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	-2'124.9	-3'235.5	-1'635.4	1'600.1	49.5

Kommentar

- 1 Der Rückgang im Personalaufwand ist mehrheitlich auf eine departementsinterne Verschiebung zum Generalsekretariat zurückzuführen.
- 2 Die Sitzungsgelder werden neu im Personalaufwand verbucht (45'000 Fr.). Durch eine Systemumstellung bei der elektronischen Gesetzessammlung wird mit Einsparungen für externe Kosten für die Aktualisierung gerechnet (70'000 Fr.).
- 3 Subventionen werden neu im Generalsekretariat geführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.4	25.1	21.7	24.7	23.7
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	197	230	262	230	210
Gesuche um Namensänderung	Anz	192	195	217	130	150 ¹
Formelle Prüfung der Erlasse für Kanton und Gemeinden	Anz	231	224	266	230	230
Rechtliche Zulässigkeit von Initiativen und Motionen	Anz	29	19	18	20	18
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	8'483	7'405	8'586	7'500	7'500
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'554	6'117	5'898	6'200	6'200

Kommentar

- 1 Die Zahl der zu bearbeitenden Gesuche wird sich vermutlich reduzieren aufgrund des neuen Namensrechtes, das am 1. Januar 2013 wirksam wurde.

Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Tätigkeiten und Projekte

Personal Im Jahr 2014 wird der Headcount der Kantonspolizei um 13,5 Stellen erhöht. Elf Stellen gehen zurück auf die vom Regierungsrat beschlossene stufenweise Aufstockung des Korps um 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. 1,5 Stellen hängen mit der neuen Parkraumbewirtschaftung zusammen. Eine weitere Stelle betrifft eine interne Stellenverschiebung.

OSZE 2014 Die Schweiz übernimmt im Jahr 2014 den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Das Treffen des Ministerrates findet vom 1. bis 5. Dezember 2014 in Basel statt. Erwartet werden 57 Aussenminister und rund 1200 Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Darunter sind vier der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und sieben der acht Mitglieder der G8. Auf Bundes- und auf Kantonsebene sind korrespondierende Projektorganisationen etabliert worden. Im Kanton Basel-Stadt sind für die Organisation dieses Anlasses das Präsidialdepartement (ff) sowie das Justiz- und Sicherheitsdepartement verantwortlich. Die Kantonspolizei hat innerhalb des Teilprojektes Sicherheit die Gesamteinsatzplanung übernommen und eine Projektorganisation etabliert. Diese hat Mitte 2013 ihre Arbeit aufgenommen.

Autobahn-Polizei-Stützpunkt Im Autobahn-Polizei-Stützpunkt (APS) werden die bestehenden Zellenbürostrukturen in Gruppenbüros umgestaltet, um zusätzliche Arbeitsplätze aufzunehmen. Das heute im Badischen Bahnhof untergebrachte Ressort Kontrollen wird dann im APS ebenfalls Platz finden. Zudem wird ein Teil des Gebäudes erdbebenertüchtigt. Der Umbau soll im Frühjahr 2014 abgeschlossen sein.

Infomobil Die Kantonspolizei ersetzt ihr nicht mehr einsatzfähiges Infomobil durch ein Neufahrzeug, welches sowohl vom visuellen Auftritt als auch von der technischen Ausrüstung her den heutigen Ansprüchen bei Info-Kampagnen und Werbeveranstaltungen Rechnung trägt. Ausgestattet mit Grossbildanzeigen und handlichen Tablets ermöglicht es den Spezialistinnen und Spezialisten der Prävention und des Community Policing eine optimale Information der Besucherinnen und Besucher.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-107'745.9	-113'502.0	-114'352.7	-850.6	-0.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-24'571.5	-25'206.7	-27'607.2	-2'400.5	-9.5 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1'427.3	-1'120.5	-1'265.0	-144.5	-12.9 ²
Betriebsaufwand	-133'744.7	-139'829.2	-143'224.9	-3'395.7	-2.4
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0 ³
42 Entgelte	35'310.7	36'894.4	34'729.9	-2'164.5	-5.9 ⁴
43 Verschiedene Erträge	163.3	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	463.0	492.6	5'931.3	5'438.7	... ⁵
Betriebsertrag	35'937.0	37'387.0	40'661.2	3'274.2	8.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-97'807.7	-102'442.2	-102'563.6	-121.5	-0.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2'156.5	-2'407.5	-2'632.5	-225.0	-9.3 ⁶
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-2'156.5	-2'407.5	-2'632.5	-225.0	-9.3
Betriebsergebnis	-99'964.3	-104'849.7	-105'196.1	-346.5	-0.3
34 Finanzaufwand	-289.7	-220.0	-283.0	-63.0	-28.6
44 Finanzertrag	30.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-259.3	-220.0	-283.0	-63.0	-28.6
Gesamtergebnis	-100'223.5	-105'069.7	-105'479.1	-409.5	-0.4
davon Funktionen:					
11 Öffentliche Sicherheit	-97'872.8	-101'892.9	-102'303.5	-410.6	-0.4
16 Verteidigung	-2'350.8	-3'176.8	-3'175.7	1.1	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-722.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-887.0	-887.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-722.5	0.0	-887.0	-887.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-722.5	0.0	-887.0	-887.0	0.0

Kommentar

- 1 Die Budgeterhöhung um 2.4 Mio. Franken ist auf die Durchführung der OSZE-Konferenz in Basel zurückzuführen (insbesondere Abgeltung fremder Polizeikorps sowie Material- und Treibstoffkosten).
- 2 Im Zusammenhang mit der Aufstockung des Polizeibestands erhöht sich der Bedarf an Fahrzeugen, was wiederum zu einem vergrößerten Abschreibungswert führt.
- 3 Bis 2012 wurden die Erträge aus der Motorfahrzeugsteuer im Betriebsergebnis der Kantonspolizei abgebildet.
- 4 Die Budgetreduktion um rund -2.2 Mio. Franken ist mehrheitlich auf geringere Busseneinnahmen zurückzuführen.
- 5 Die Zunahme des Transferertrags ist auf die Durchführung der OSZE-Konferenz in Basel zurückzuführen.
- 6 Die erhöhten Abschreibungen werden hauptsächlich durch die Investition „Ersatz Trading und Sprachaufzeichnung“ sowie einer weiteren Investitionstranche der Erdbebenvorsorge verursacht.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	870.3	792.6	792.6	857.3	870.8
Fluktuation	%	3.3	4.3	4.5		
Gesamtzufriedenheit der Bevölkerung	Wert			7.5		1
Hilfsbereitschaft der Polizei	Wert			8.2		2
Notrufe bei der Einsatzzentrale (Tel. 112/117)	Anz	48'621	53'261	55'488		
Polizeieinsätze	Anz	25'650	27'549	28'267		3
Requisitionseinträge	Anz	25'992	28'138	28'394		
Schwerverletzte im Strassenverkehr	Pers.	96	90	81		
Tote im Strassenverkehr	Pers.	4	3	5		

Kommentar

- 1 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt.
- 2 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt.
- 3 Entspricht der Anzahl Falleröffnungen in der Einsatzzentrale.

Rettung

JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Tätigkeiten und Projekte

Bereich ABC Gemeinsam mit der Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit (KCB) sowie dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) wird eine Fachstelle ABC geschaffen. Diese ist künftig verantwortlich für die kantonhoheitlichen Aufgaben bei atomaren, biologischen und chemischen Ereignissen.

Personal Sanität Der Personalbestand der Sanität Basel wird ab 2014 um zwei Vollzeitstellen aufgestockt mit dem Ziel, den in den vergangenen Jahren entstandenen Mehraufwand wieder in ein Gleichgewicht mit den personellen Ressourcen zu bringen. Mit zwei weiteren Vollzeitstellen sollen innerhalb der nächsten drei Jahre die rückständigen Zeitguthaben abgebaut werden.

Einsatzleitsystem Sanität Das Einsatzleitsystem der Sanität Basel ist zu ersetzen. Es soll neu auf die gleiche technische Plattform wie das System der Feuerwehr und der Kantonspolizei gebracht werden.

Projekt Cambiale Im Projekt Cambiale wird die bikantonale Ausbildung der Milizfeuerwehr mit Blick auf das gesamtschweizerische Konsenspapier „Feuerwehr 2015“ überprüft und den heutigen Methoden der Erwachsenenbildung angepasst. Das gesamte Kurswesen wird somit grundlegend überarbeitet. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft. Die Umsetzung ist für 2014 vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-33'190.5	-34'020.4	-34'167.0	-146.6	-0.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'207.0	-12'360.3	-12'989.4	-629.1	-5.1
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-201.1	-120.1	-152.8	-32.7	-27.2
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-161.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-25.3	-160.0	-160.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-46'784.9	-46'660.8	-47'469.2	-808.4	-1.7
42 Entgelte	25'588.4	25'334.8	19'382.8	-5'952.1	-23.5
43 Verschiedene Erträge	19.2	100.0	40.0	-60.0	-60.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	25.3	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	1'511.8	2'130.6	2'170.6	40.0	1.9
Betriebsertrag	27'144.7	27'565.4	21'593.3	-5'972.1	-21.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-19'640.2	-19'095.4	-25'875.9	-6'780.5	-35.5
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-1'560.4	-1'499.1	-1'861.3	-362.2	-24.2
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-1'560.4	-1'499.1	-1'861.3	-362.2	-24.2
Betriebsergebnis	-21'200.6	-20'594.4	-27'737.1	-7'142.7	-34.7
34 Finanzaufwand	-13.2	-12.7	0.0	12.7	100.0
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-13.1	-12.7	0.0	12.7	100.0
Gesamtergebnis	-21'213.7	-20'607.1	-27'737.1	-7'130.0	-34.6
davon Funktionen:					
15 Feuerwehr	-6'921.0	-6'039.7	-12'836.1	-6'796.4	-112.5
16 Verteidigung	-10'572.9	-10'584.0	-10'556.5	27.6	0.3
42 Ambulante Krankenpflege	-3'719.8	-3'983.4	-4'344.5	-361.1	-9.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-133.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-133.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-133.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Entwicklung um rund -0.6 Mio. Franken ist mehrheitlich auf temporäre Massnahmen bei der Sanität (befristeter Einsatz von zusätzlichen Rettungssanitätern) sowie auf stark erhöhte Rekrutierungs- und Ausbildungsaktivitäten bei der Berufsfeuerwehr und der Sanität zurückzuführen.
- Der Rückgang der Entgelte ist auf die Abschaffung der kantonalen Feuerwehersatzabgabe (-6.0 Mio. Fr.) zurückzuführen.
- Der erhöhte Abschreibungsbedarf ist auf Fahrzeugersatzbeschaffungen (bei Feuerwehr und Sanität) zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	235.0	230.7	227.4	238.5	240.9
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	13'188	12'729	12'618	12'300	12'400
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	1'943	1'820	1'890	1'700	1'700
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	95	96	96	95	95
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'158	2'239	2'199	2'310	2'300
Interventionszeit der Sanität <=10 Min.	%	91	90	91	91	91
Einsätze der Sanität	Anz	17'816	17'938	17'827	18'000	18'000

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt eine breite Aufgabenpalette im Dienste der Öffentlichkeit.

Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab, stellt Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es beglaubigt Dokumente, stellt Apostillen aus und verwaltet Fundsachen. Ausserdem ist es Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgänerbewilligungen und ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen und die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Bei Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es ist zudem Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug ist verantwortlich für die Inhaftierung von Personen zur Sicherung laufender Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren.

Tätigkeiten und Projekte

Projekt neuer Ausländerausweis Nach den Plänen des Bundes sollen alle ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner, die unter das Freizügigkeitsabkommen fallen, einen neuen Ausländerausweis erhalten. Die Umsetzung ist in zwei Phasen vorgesehen. In einem ersten Schritt werden die Familienmitglieder von EU/EFTA Bürgern analog allen anderen Drittstaatsangehörigen einen Biometrischen Ausländerausweis erhalten. Die Umsetzung erfolgt ab 2014.

Neues Antragsverfahren für die Ausstellung von Identitätskarten Das Bundesamt für Polizei (fedpol) beabsichtigt, per 1. Januar 2014 ein neues Antragsverfahren für die Ausstellung von Identitätskarten einzuführen. Die bislang in Papierform auf dem Postweg abgewickelte Datenübermittlung soll künftig auf elektronischem Weg erfolgen. Das Passbüro des Einwohneramts verfügt bereits über das nötige Equipment und betreut als Aufsichtsstelle die Gemeinden Riehen und Bettingen bei der Umsetzung.

Ablösung des Einwohnerinformationssystem EWIS Ein neues Personenauskunfts-, Registratur- und Informations-System soll die Fachanwendungen EWIS (Einwohneramt) und Konsul (Migrationsamt und Amt für Wirtschaft und Arbeit) gemeinsam ablösen. Mit dem künftigen System werden Synergien besser genutzt, redundante Datenhaltung verringert und die Unterhaltskosten gesenkt.

Arbeitsintegration von Straftätern im Vollzugszentrum Klosterfichten In einem departements- und amtsübergreifenden Pilotprojekt von Justizvollzug, Sozialhilfe und Amt für Wirtschaft und Arbeit wird ein Verfahren erprobt, das es ermöglichen soll, mehr Verurteilten das Arbeitsexternat zugänglich zu machen und während dieser Zeit eine geführte und nachhaltige Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Das Projekt läuft bis Mitte 2014 und soll danach evaluiert werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13		
	2012	2013	2014	abs.	%	
30 Personalaufwand	-25'122.8	-26'191.0	-26'738.3	-547.2	-2.1	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-47'005.5	-44'746.6	-48'943.4	-4'196.8	-9.4	2
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.2	-1.2	-1.2	0.0	0.0	
36 Transferaufwand	-5.6	-108.0	-117.0	-9.0	-8.3	
Betriebsaufwand	-72'135.2	-71'046.9	-75'799.8	-4'753.0	-6.7	
42 Entgelte	17'035.7	19'061.9	26'936.4	7'874.4	41.3	3
43 Verschiedene Erträge	5.7	0.0	0.0	0.0	0.0	
46 Transferertrag	1'913.7	945.0	1'520.0	575.0	60.8	4
Betriebsertrag	18'955.1	20'006.9	28'456.4	8'449.4	42.2	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-53'180.0	-51'039.9	-47'343.5	3'696.5	7.2	
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-732.8	-522.7	-1'179.0	-656.3	-125.5	5
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	-296.4	-296.4	0.0	6
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-732.8	-522.7	-1'475.4	-952.7	-182.3	
Betriebsergebnis	-53'912.8	-51'562.6	-48'818.8	2'743.8	5.3	
34 Finanzaufwand	-35.7	-33.1	-33.1	0.0	0.0	
44 Finanzertrag	0.6	0.0	0.1	0.1	0.0	
Finanzergebnis	-35.1	-33.1	-33.0	0.1	0.3	
Gesamtergebnis	-53'948.0	-51'595.7	-48'851.8	2'743.9	5.3	
davon Funktionen:						
13 Strafvollzug	-44'810.5	-41'426.3	-37'877.0	3'549.3	8.6	
14 Allgemeines Rechtswesen	-9'137.5	-10'169.5	-10'974.8	-805.4	-7.9	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-340.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-340.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-340.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Veränderung um rund -0.5 Mio. Franken begründet sich mehrheitlich durch die geplante Einführung der sog. Begrüssungsgespräche (2.7 Headcount-Stellen; 0.35 Mio. Fr.) und durch steigende Inkonvenienzzahlungen und sinkende Rückerstattungen aus Krankentaggeldern.
- Die Veränderung um rund -4.2 Mio. Franken ist auf folgende Positionen zurückzuführen: a) Kostensteigerung im Straf- und Massnahmenvollzug (-3.4 Mio. Fr.; Erhöhung der Hafttage, Tarifierpassungen; von den -3.4 Mio. Fr. fallen gleichzeitig -0.7 Mio. Fr. unter der Position Entgelte als Mehrerträge an), b) Kostensteigerung bei der Ausschaffungshaft (-0.3 Mio. Fr.; Erhöhung der Hafttage; ebenfalls gleichzeitiger Mehrertrag unter Entgelte), c) Leistungen von Dritten (insbesondere Bewachungs- und Sicherheitsaufwendungen; 0.5 Mio. Fr.).
- Um die Untersuchungshaft auch finanziell transparent abzubilden, werden ab 2014 jene Leistungen, die von der Staatsanwaltschaft und vom Strafgericht beim Untersuchungsgefängnis bezogen werden, verrechnet. Daraus resultiert für die Dienststelle Bevölkerungsdienste und Migration ein Mehrertrag von 7.3 Mio. Franken. Im Weiteren schlagen zusätzliche Abteilungen aus dem Strafvollzug und der Ausschaffungshaft zu Buche (-1.0 Mio. Fr.), demgegenüber reduzieren sich die Erträge aus Passgebühren auf das Niveau der Vorjahre.
- Die Mehrerträge von rund 0.6 Mio. Franken begründen sich durch zusätzliche Abteilungen des Bundes (Wegweisungsvollzüge, Einführung der sog. Begrüssungsgespräche).
- Die höheren Abschreibungen sind vor allem durch die Investition in das Personenauskunfts-, Registratur- und Informationssystem PaRIS begründet.
- Die Abschreibungen betreffen Investitionsbeiträge für den Erweiterungsneubau der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	197.8	205.2	207.7	213.3	216.0 ¹
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	22	20	14	17	14
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	26'582	25'129	29'735	27'000	27'000
Ziviltrauungen	Anz	934	919	938	900	900
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	470	1'050	737	700	700
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	7'039	7'510	7'952	8'000	7'500
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	4	7	10	5	5
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	82'214	89'093	99'012	94'000	110'000

Kommentar

1 Die Erhöhung begründet sich durch die Einführung der sog. Begrüssungsgespräche (+2.7 Headcount-Stellen).

Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden, untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen/Untersuchungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung, eines Strafbefehls oder einer Einstellungsverfügung.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen, Strafbefehlen oder Einstellungsverfügungen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Tätigkeiten und Projekte

Projekt „Neue Geschäfts-/Dokumentenverwaltung“ Die bestehende Geschäftsverwaltung und -kontrolle der Staatsanwaltschaft (System „NISSTA“) wurde 2005 eingeführt. Diese Anwendung kommuniziert über eine elektronische Verbindung mit der Software „ABI“, die in einundzwanzig Kantonen kriminalpolizeilicher Standard ist und viele wichtige Schnittstellen zu Bundesapplikationen bietet.

Die neuen technologischen Heraus- und Anforderungen führen zur Evaluation einer neuen Geschäftsverwaltung und -kontrolle sowie zu einer neuen Dokumentenverwaltung der Staatsanwaltschaft. Dabei werden die Bedürfnisse der Strafverfolgungsbehörden und der Partnerorganisationen erhoben und in die Evaluation miteinbezogen.

Neben dem Einsatz von branchenspezifischen Fachanwendungen soll zukünftig eine gesamtheitliche Lösung erzielt werden. Es ist vorgesehen, durch den Einsatz eines Dokumentenmanagementsystems zusammen mit standardisierten und nach Möglichkeit digital unterstützten Arbeitsabläufen eine effiziente und Nutzen bringende Verarbeitung der Geschäftsfälle zu erreichen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-34'951.0	-35'981.1	-36'405.5	-424.4	-1.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'888.1	-9'985.3	-18'518.1	-8'532.9	-85.5 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-132.5	-153.6	-107.1	46.5	30.3
36 Transferaufwand	-3'612.3	-3'532.0	-3'600.0	-68.0	-1.9
Betriebsaufwand	-51'583.9	-49'651.9	-58'630.7	-8'978.8	-18.1
42 Entgelte	17'267.1	13'638.5	16'926.5	3'288.0	24.1 ²
46 Transferertrag	600.0	600.0	600.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	17'867.1	14'238.5	17'526.5	3'288.0	23.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-33'716.7	-35'413.4	-41'104.2	-5'690.8	-16.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-50.9	-35.6	-24.9	10.7	30.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-50.9	-35.6	-24.9	10.7	30.0
Betriebsergebnis	-33'767.7	-35'449.1	-41'129.2	-5'680.1	-16.0
34 Finanzaufwand	-21.1	-18.0	-20.0	-2.0	-11.1
44 Finanzertrag	410.4	5.0	0.0	-5.0	-100.0
Finanzergebnis	389.4	-13.0	-20.0	-7.0	-53.8
Gesamtergebnis	-33'378.3	-35'462.1	-41'149.2	-5'687.1	-16.0
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	-33'378.3	-35'462.1	-41'149.2	-5'687.1	-16.0

Kommentar

- Die Veränderung um -8.6 Mio. Franken begründet sich wie folgt: a) Um die Untersuchungshaft auch finanziell transparent abzubilden, werden ab 2014 jene Leistungen, die von der Staatsanwaltschaft und vom Strafgericht beim Untersuchungsgefängnis bezogen werden, verrechnet. Daraus resultiert für die Dienststelle 520 Staatsanwaltschaft ein Mehraufwand von -5.0 Mio. Franken; b) aufgrund der Einführung der Eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnung per 1. Januar 2011 fehlten Erfahrungsgrundlagen für die Budgetierung der Position Debitorenverluste (-3.4 Mio. Fr.); c) Leistungen von Dritten, insbesondere Spurensicherungen, Laboruntersuchungen etc. (-0.2 Mio. Fr.).
- Steigende Fallzahlen führen einerseits zu mehr Gebühreneinnahmen und zu zusätzlichen Abgeltungen an Gerichts- und Verfahrensauslagen (1.6 Mio. Fr.), andererseits steigen die Einnahmen aus Bussen und Geldstrafen (1.6 Mio. Fr.).

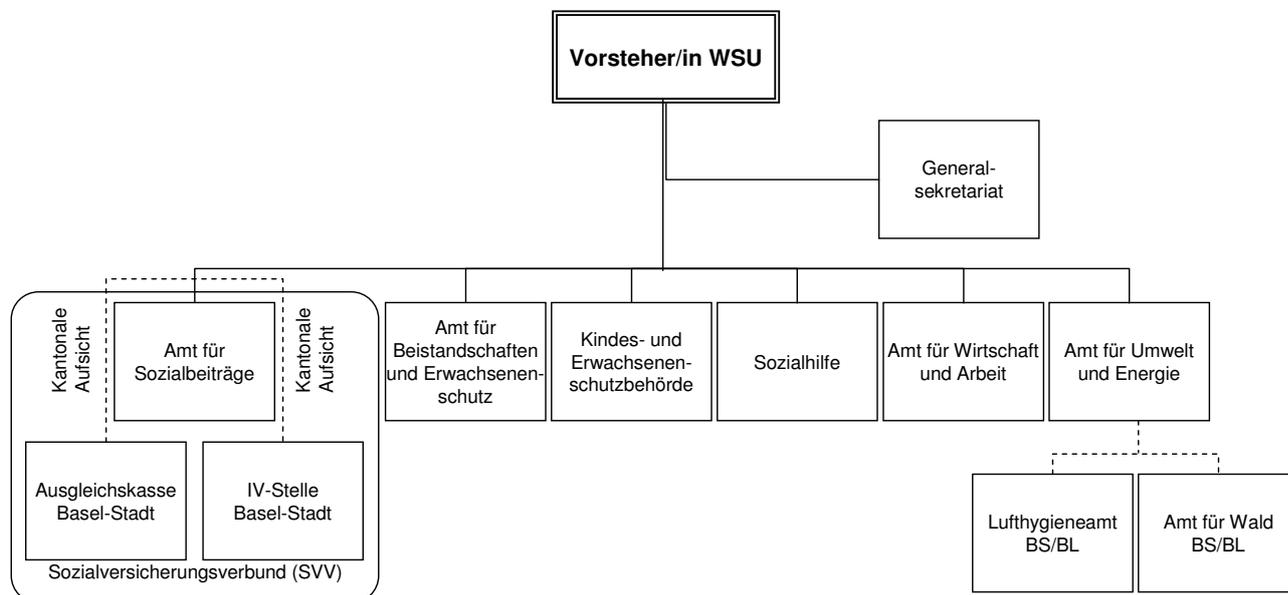
Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Prognose 2013	Prognose 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	106.4	231.4	234.0	237.0	237.0 ¹
Gesamtzahl der Strafanzeigen (Quelle PKS)	Anz	21'933	24'729	30'900		
- davon Gewaltdelikte	Anz	2'366	2'545	2'536		
- davon Vermögensdelikte	Anz	14'885	17'647	20'790		
Ausländeranteil (Auf Basis Gesamtzahl der Strafanzeigen)	%	59	67	63		
Überweisungen mit Antrag an das Strafbefehlsdezernat	Anz	0	9'158	26'327		²
Rückstände gemäss §14 EG StPO	Anz	454	649	832		³

Kommentar

- Im Budget 2013 wurden zusätzlich 6 Headcount-Stellen eingestellt (Budgetpostulat Lukas Engelberger und Konsorten; Beschluss des Grossen Rats Nr. 13/20/14.1G vom 15. Mai 2013).
- Bis 2010 gingen Verzeigungen der Kantonspolizei und anderen Verwaltungsbehörden ans Strafgericht.
- Verbrechen und Vergehen; ohne Strafbefehlsdezernat. Rückstände sind Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt und noch nicht abgeschlossen sind.

4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	235
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	237
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	240
WSU-822	Sozialhilfe	243
WSU-825	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	246
WSU-826	Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)	248
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	250



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-101.0	-112.5	-111.0	1.5	1.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-57.1	-59.3	-55.8	3.4	5.8 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	-85.4
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-23.8	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-578.3	-572.6	-602.8	-30.3	-5.3 ²
Betriebsaufwand	-760.2	-744.4	-769.9	-25.4	-3.4
41 Regalien und Konzessionen	0.0	10.4	10.4	0.0	0.0
42 Entgelte	88.7	66.9	67.0	0.0	0.1
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	1.1	1.1	0.0 ³
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	15.3	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	193.7	190.6	193.3	2.8	1.5
Betriebsertrag	297.9	267.9	271.8	3.9	1.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-462.3	-476.5	-498.0	-21.5	-4.5
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2.8	-5.2	-5.0	0.2	3.8
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-1.1	-1.3	-1.3	-0.1	-6.8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-3.9	-6.5	-6.4	0.1	1.7
Betriebsergebnis	-466.2	-483.0	-504.4	-21.4	-4.4
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.0	-0.0	0.0	27.4
44 Finanzertrag	1.7	1.1	0.0	-1.1	-99.2 ³
Finanzergebnis	1.5	1.1	-0.0	-1.1	-101.9
Gesamtergebnis	-464.7	-482.0	-504.4	-22.5	-4.7
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-9.6	-10.9	-10.5	0.4	3.8
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-9.2	-11.5	-15.5	-4.0	-34.4
5 Soziale Sicherheit	-455.1	-457.9	-482.7	-24.8	-5.4
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.2	2.2	2.2	-0.0	-0.1
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.0	2.7	4.3	1.6	60.2
8 Volkswirtschaft	-0.9	-6.5	-2.3	4.2	64.9

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-0.1	-0.6	-0.5	-442.2
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-2.8	-0.1	-0.6	-0.5	-442.2
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-1.8	-0.1	-0.6	-0.5	-442.2

Kommentar

- Die Abweichung gegenüber Budget 2013 ergibt sich hauptsächlich aus der geringeren Anzahl der geplanten Projekte zu Lasten des Standortförderungsfonds (AWA).
- Die Kostensteigerung im Vergleich zum Budget 2013 stammt im Wesentlichen aus dem Sozialbereich. Das Amt für Sozialbeiträge (-21.0 Mio. Fr.) zeigt Mehrkosten hauptsächlich in den Bereichen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, Prämienverbilligung und Behindertenhilfe an. Die Sozialhilfe (-4.7 Mio. Fr.) geht von steigenden Kosten aufgrund der höheren Anzahl Zahlfällen aus. Ausserdem wird die Zuständigkeit für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitalsozialdienste mit den entsprechenden Finanzressourcen vom Gesundheitsdepartement auf das WSU (ABES) übertragen (-4.4 Mio. Fr.).

- 3 Die Erträge aus Notwohnungen/Notschlafstelle (Sozialhilfe) wurden bisher im Finanzergebnis abgebildet. Neu wird der Ertrag (wie auch der Aufwand) im Betriebsergebnis verbucht.
-

Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann. Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Generalsekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die IWB Industrielle Werke Basel sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Tätigkeiten und Projekte

Das gesamtkantonale Projekt Systempflege bleibt besonders für die Personalabteilung ein dominierendes Thema. Die das umfangreiche HR-Tagesgeschäft tragenden Prozesse werden weiter präzisiert und verdichtet. Die bis März 2014 vorgesehene Einführung des neuen kantonsweit standardisierten IT-Arbeitsplatzes wird von der IT WSU Anpassungen im Hinblick auf die künftige Servicepalette erfordern. Stärker in den Fokus rücken werden Themen im Bereich der Fachinformatik des Departements. Die Systementwicklung wird auch den Bereich Finanzen und Controlling beschäftigen. Ziel ist, dass die aufgebaute Plattform für das Managementinformationssystem MIS stabilisiert und weiteren Verwendungszwecken zugänglich gemacht wird. Daneben sollen die Service-Leistungen der Finanzdienste für die leistungsempfangenden Dienststellen (KESB, ABES, Generalsekretariat) angepasst werden. Die systematisierte Geschäftsverwaltung wird im Departement und seinen Dienststellen unter Einbezug von CMI Konsul weiter ausgebreitet.

Allgemeine Dienste

Die vom Generalsekretariat erbrachten Unterstützungsleistungen sind möglichst effektiv und orientiert an den Bedürfnissen der in- und externen Kundinnen und Kunden auszurichten. Dazu gehört insbesondere die Ausfertigung von Rekursentscheiden innert angemessener Frist, ein professionelles Personalmanagement auf Basis der vom Regierungsrat festgelegten Human Resource Management Standards, ein präzises Finanz- und Rechnungswesen sowie die Gewährleistung einer leistungsfähigen und sicheren Informationstechnik im Departement im Rahmen der kantonalen Vorgaben. Grosse Bedeutung hat die prozessuale und betriebswirtschaftliche Unterstützung des Vorstehers im Rahmen der Eignersteuerung der dem WSU zugeordneten selbstständigen Betriebe und Organisation.

Beteiligungen und Betriebe

Im Rahmen der voranschreitenden Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen ist für die Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) die Konkretisierung der Planungen für den Bau des neuen Hafenbeckens 3 und das angrenzende multifunktionale Containerumschlagsterminal ein zentrales Thema. Wichtig ist dabei die Frage der Einbindung in die nationalen Strategien der Logistik- bzw. Güterverkehrsinfrastrukturen.

Für die Basler Personenschiffahrt (BPG) steht im Budgetjahr die Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton für die Jahre 2015 bis 2019 im Vordergrund. In diesem Rahmen wird der ab 2016 zwingende Ersatz eines BPG-Schiffes durch einen modernen, breit nutzbaren Neubau vorbereitet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'991.4	-5'699.1	-5'224.3	474.8	8.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'730.8	-6'152.7	-6'207.1	-54.4	-0.9
36 Transferaufwand	-505.0	-475.0	-475.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-11'227.1	-12'326.7	-11'906.4	420.3	3.4
41 Regalien und Konzessionen	0.0	10'395.0	10'395.0	0.0	0.0
42 Entgelte	11'299.1	928.3	927.5	-0.8	-0.1
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	2'700.0	2'800.0	2'800.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	13'999.1	14'123.3	14'122.5	-0.8	-0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	2'772.0	1'796.5	2'216.1	419.6	23.4
Betriebsergebnis	2'772.0	1'796.5	2'216.1	419.6	23.4
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	0.0
Gesamtergebnis	2'771.9	1'796.3	2'215.9	419.6	23.4
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-9'784.7	-10'939.4	-10'518.3	421.1	3.8
63 Verkehr, übrige	2'161.2	2'240.7	2'239.2	-1.5	-0.1
71 Wasserversorgung	2'598.8	2'618.8	2'618.8	0.0	0.0
73 Abfallwirtschaft	0.1	20.0	20.0	0.0	0.0
87 Brennstoffe und Energie	7'796.5	7'856.3	7'856.3	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die Unterschreitung beim Personalaufwand im Generalsekretariat fängt entsprechende befristete Mehraufwände bei einzelnen Dienststellen auf.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.45	27.70	31.6	31.30	30.50 ¹
Eingegangene Rekurse	Anz	247	261	205	220	220 ²
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN Vorinstanzen	%	67.0	58.0	48.7	60.0	60
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	97.0	98.0	99.0	99.0	99.0
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.10	5.05	5.35	5.14	5.8 ³

Kommentar

- 1 Die Abweichung gegenüber Budget 2013 ist Folge einer nach erfolgter Pensionierung nicht mehr besetzten Stelle sowie von verschiedenen Reduktionen bei den Beschäftigungsgraden.
- 2 Die Rekurse und Beschwerden aus dem Bereich Vormundschaftsrecht entfallen per 2013. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren dies gut 40 Fälle.
- 3 Gestützt auf den Zuwachs der am EuroAirport stationierten Flugzeuge insb. des Hauptanbieters easyJet von 2011 bis 2013 wird auch in 2014 ein nochmaliges deutliches Anwachsen der Passagierzahlen erwartet.

Die Schwerpunkte in Bezug auf den EuroAirport erfahren im Budgetjahr keine Änderungen: Nach wie vor zentral bleiben die Fragen der am EuroAirport gültigen Rechtsbedingungen im Rahmen des binationalen Statuts des Flughafens sowie die Flankierung des Flugbetriebs mit geeigneten Rahmenbedingungen zur Gewährleistung eines möglichst guten Lärm- und Umweltschutzes.

Bei den IWB steht 2014 ebenfalls die Erneuerung des Leistungsauftrags durch den Grossen Rat an. Dieser wird die in den letzten Jahren eingeleiteten strategischen Entwicklungen aufnehmen, gleichzeitig aber den Veränderungen aufgrund der Energiewende Rechnung tragen müssen. Wie bisher muss das Generalsekretariat die Genehmigungsprozesse in Bezug auf die IWB-Gebührentarife sowie die dem Regierungsrat zu unterbreitenden Beteiligungs- und Investitionsgeschäfte der IWB sicherstellen.

Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Tätigkeiten und Projekte

Die Aufgaben des AWA bleiben gegenüber dem Vorjahr in Art und Umfang gleich. Gegenüber dem Budget 2013 sind die Brutto-Personalausgaben tiefer, da bei der Budgetierung für das Jahr 2013 von einer höheren Arbeitslosigkeit ausgegangen wurde. Effektiv dürfte die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2013 und 2014 in etwa gleich hoch sein.

Das AWA beteiligt sich mit den Abteilungen Arbeitsbewilligungen, Arbeitsinspektorat und Arbeitsbeziehungen am Informatikprojekt PaRIS des Justiz- und Sicherheitsdepartements JSD. Das Projekt wird erst im Jahr 2015 operativ, beim AWA sind keine Projektkosten im 2014 budgetiert, da auch diese Kosten im Kredit des gesamten Projektes enthalten sind.

Arbeitslosigkeit

Die Anzahl stellensuchender Personen dürfte auf gleichem Niveau wie im Vorjahr bei rund 5'000 Personen im Jahresdurchschnitt bleiben. Entsprechend der erwarteten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) muss zu Beginn des Budgetjahres von etwas höheren Zahlen ausgegangen werden, welche sich aber bis zum Jahresende spürbar verringern dürften. Ende des Jahres 2014 dürfte die Arbeitslosigkeit eher tiefer als Ende 2013 sein.

Die seit 1. April 2012 neue Kollisionsnorm im Sozialversicherungsrecht der europäischen Union (VO 883) führte nicht - wie ursprünglich vermutet - zu einer grossen Anzahl stellensuchender Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die sich auch in der Schweiz zur Stellensuche anmelden. Dementsprechend musste auch die Verwaltungsorganisation, also die Anzahl der Personalberaterinnen und -berater, nicht angepasst werden. Auch für das Jahr 2014 wird dies nicht notwendig sein.

Der Bedarf an arbeitsmarktlichen Massnahmen wird sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändern. Mit den vorhandenen Mitteln aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) und aus der Arbeitslosenversicherung kann ein angepasstes Angebot aufrecht erhalten werden. Insbesondere Jugendliche können und sollen immer und ohne Einschränkung durch finanzielle Rahmenbedingungen an einem Weiterbildungs- oder Förderprogramm teilnehmen.

Tourismus

Das Budgetjahr markiert das erste Jahr des zu erneuernden Subventionsvertrags zwischen Basel Tourismus und dem Kanton. Vor dem Hintergrund der Kongressstrategie, die sich beim AWA in Arbeit befindet, wird das WSU bei der Aushandlung des neuen Subventionsvertrags ein spezielles

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'249.4	-27'753.3	-25'802.5	1'950.8	7.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'517.3	-16'056.7	-14'155.7	1'901.0	11.8 ²
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-13'113.6	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-8'805.4	-9'291.5	-9'377.4	-85.9	-0.9
Betriebsaufwand	-57'685.7	-53'101.5	-49'335.6	3'765.9	7.1
42 Entgelte	4'498.2	4'850.8	4'747.1	-103.7	-2.1
43 Verschiedene Erträge	6.6	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	13'735.4	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	17'432.9	18'509.4	16'686.6	-1'822.8	-9.8 ³
Betriebsertrag	35'673.1	23'360.1	21'433.7	-1'926.4	-8.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-22'012.6	-29'741.4	-27'901.9	1'839.5	6.2
Betriebsergebnis	-22'012.6	-29'741.4	-27'901.9	1'839.5	6.2
34 Finanzaufwand	-1.2	-1.0	-1.1	-0.1	-5.0
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.9	-1.0	-1.1	-0.1	-5.0
Gesamtergebnis	-22'013.5	-29'742.4	-27'903.0	1'839.4	6.2
davon Funktionen:					
55 Arbeitslosigkeit	-14'066.6	-16'635.0	-19'111.1	-2'476.1	-14.9
84 Tourismus	-1'900.0	-2'014.8	-2'136.7	-121.9	-6.1
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-6'046.9	-11'092.7	-6'655.2	4'437.5	40.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Nettoinvestitionen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Für das Jahr 2013 wurde mit einem deutlich angespannteren Arbeitsmarkt gerechnet, als er einzutreten scheint. Für das Jahr 2014 kann mit einer gleich hohen Arbeitslosigkeit wie im Vorjahr gerechnet werden. Somit werden die für das Jahr 2013 budgetierten vakanten Stellen im Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht oder nur teilweise besetzt. Entsprechend fallen die Brutto-Personalkosten für das Budgetjahr 2014 wesentlich tiefer aus.
- 2 Für den Standortförderungsfonds sind weniger Projekte geplant.
- 3 Gegenüber dem Budget 2013 sind für den Vollzug der Arbeitslosenversicherung tiefere Kosten budgetiert. Dementsprechend tiefer sind die vom Bund vergüteten Verwaltungskosten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	186.5	187.1	191.28	196.25	182.8
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	63.1	66.05	65.01	60.50	60.5
Firmengespräche	Anz	17	15	15	15	15
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	94	90	89	100	100 ¹
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	5'692	5'021	4'946	5'000	5'000 ²
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	58	58	folgt	55	55 ³
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	530	530	530	530	530

Kommentar

- 1 Die zu erzielenden Wirkungen bezüglich einer raschen und dauerhaften Wiedereingliederung der Stellensuchenden werden anhand von vier Wirkungsindikatoren gemessen, welche im Gesamtwirkungsindikator AVIG vereint sind. Dabei ist der schweizerische Durchschnitt bei 100%. Der korrigierte Wert von Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren verbessert, ein Wert im schweizerischen Durchschnitt ist auch für 2014 realistisch. Ab 2013 wird der korrigierte Wert erfasst (bis 2012 wurde der unkorrigierte Wert als Kennzahl registriert).
- 2 Die erwartete Anzahl der Stellensuchenden basiert auf einer geschätzten Arbeitslosenquote von 3.7% für die Jahre 2013 und 2014.
- 3 Die Prognose 2014 beruht auf den neuesten Zahlen für 2011 (= Unfallrisiko, Fälle je 1000 Vollbeschäftigte; Vollbeschäftigte werden gemäss neuer Schätzmethode 2012 ermittelt, s. www.unfallstatistik.ch/d/vbfacts). Die Kennzahl für 2011 ist 58. Die Kennzahl für 2012 wird ab November 2013 zur Verfügung stehen.

Augenmerk auf den MICE-Bereich (Meetings, Incentives, Conventions, Events) bei Basel Tourismus legen.

Industrie, Gewerbe und Handel

Gemäss den Rückmeldungen der Firmen besteht weiterhin ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem in der Life Sciences-Branche sowie im Gesundheitsbereich. Aufgrund erhöhter Zuwanderung wurden die Daueraufenthaltsbewilligung für die EU-27 Staaten 2013 kontingentiert. Da die Kontingentsperioden bis Ende April (EU-8) bzw. Ende Mai (EU-17) dauern, ist auch das Budgetjahr betroffen. Eine Verlängerung der Kontingente wird im Jahr 2014 jedoch nicht mehr möglich sein. Angesichts der hohen Kontingente sind - wenn überhaupt - nur geringe Einschränkungen zu erwarten. Es ist auch davon auszugehen, dass die erforderlichen Arbeitsbewilligungen für Drittstaatsangehörige erteilt werden können. In den letzten Jahren mussten die Kontingente jeweils nicht ausgeschöpft werden.

Die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen Schweiz - EU sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung bilden weiterhin Schwerpunkte für das AWA. Neben der Erfüllung der Leistungsvereinbarungen mit dem Bund sollen auch die eingeleiteten Verbesserungen in der Zusammenarbeit mit den Paritätischen Kommissionen und der Baustellenkontrolle Basel weitergeführt werden. Ziel ist, dass vermutete Entsendeverstösse verifiziert und dann dem AWA zur Sanktionierung weitergemeldet werden. Ein weiterer Schwerpunkt im Budgetjahr wird die Umsetzung der neuen Bestimmungen in der Entsendegesetzgebung betreffend Scheinselbstständigkeit und Lohnverstösse von Schweizer Arbeitgebenden gegen Normalarbeitsverträge mit Mindestlöhnen sein. Die neuen Bestimmungen betreffend Subunternehmerhaftung werden indessen kaum Auswirkungen auf das AWA haben. Die entsprechenden Ansprüche müssen von den Arbeitnehmenden direkt gegenüber ihren Arbeitgebenden bzw. den Erstunternehmungen geltend gemacht werden.

Die speditive Durchführung der inhaltlich anspruchsvollen Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren ist für die Unternehmen ebenfalls sehr wichtig. Die Schaffung von sicheren und guten Arbeitsplätzen ist sowohl im Interesse der Unternehmen als auch der Arbeitnehmenden.

Amt für Sozialbeiträge

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die individuelle Prämienverbilligung sowie die Familienmietzinsbeiträge. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und betreibt auch die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

Tätigkeiten und Projekte

Die im Kantonalen Verbundsystem für Menschen mit einer Behinderung (KVS) zusammengeschlossenen kantonalen Behinderteninstitutionen (vier Wohnheime und Tageszentren) sollen in Zukunft verstärkt als ein Betrieb mit klaren Aufgabengebieten wahrgenommen werden. Ein entsprechendes Organisationsentwicklungs-Projekt ist initiiert und wird im Budgetjahr vorangetrieben.

Krankheit und Unfall

Der per 2014 umzusetzende schweizweit einheitliche Datenaustausch zwischen den Durchführungsstellen für Prämienverbilligung und den Krankenversicherern nach dem neuen Art. 65 Abs. 2 KVG erfordert umfassende Anpassungen der Fachapplikationen für Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen sowie entsprechende Ressourcen. Ab 2014 wird mit denselben Beteiligten in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) ein neues Projekt „einheitlicher Datenaustausch zu Art. 64a KVG, Verlustscheine über Sedex“ gestartet. Ebenfalls im 2014 muss eine Anpassung der Abläufe und der Fachapplikation für die Obligatoriumskontrolle erfolgen, um die neuen Vorgaben des Bundes zu erfüllen.

Invalidität

Die Behindertenhilfe soll ihre Leistungen in Zukunft differenziert nach dem individuellen Bedarf der einzelnen behinderten Person ausrichten statt der heute üblichen einheitlichen Tarife pro Platz und Institution. Zur Ermittlung dieses individuellen Bedarfs soll künftig das Instrument IBB dienen, das in mehreren Kantonen bereits im Einsatz ist. Die neuen rechtlichen Grundlagen der Behindertenhilfe werden im Jahr 2015 als partnerschaftliches Geschäft den Parlamenten in Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum Entscheid vorgelegt werden.

Alter und Hinterlassene

Die im Mai 2013 erfolgreich eingeführte neue Fachapplikation für die Ergänzungsleistungen (EL) wird im Budgetjahr fertig eingerichtet und optimiert. Einerseits handelt es sich um Anpassungen aufgrund kantonalen Anforderungen, andererseits aber auch um Erweiterungen im Rahmen eidgenössischer Gesetzesvorgaben.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-30'293.1	-31'837.6	-32'011.3	-173.8	-0.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'408.6	-7'628.7	-7'789.6	-160.9	-2.1
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-14.7	-40.0	-40.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-415'000.6	-411'989.2	-432'939.0	-20'949.8	-5.1
Betriebsaufwand	-452'717.0	-451'495.4	-472'779.9	-21'284.5	-4.7
42 Entgelte	20'168.2	18'586.9	18'244.0	-342.8	-1.8
43 Verschiedene Erträge	189.5	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	145'508.1	145'821.6	148'777.2	2'955.6	2.0
Betriebsertrag	165'865.8	164'408.4	167'021.2	2'612.8	1.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-286'851.1	-287'087.0	-305'758.7	-18'671.7	-6.5
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-289.0	-425.0	-425.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-289.0	-425.0	-425.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-287'140.1	-287'512.0	-306'183.7	-18'671.7	-6.5
34 Finanzaufwand	-21.8	-30.2	-16.2	14.0	46.5
44 Finanzertrag	14.8	8.0	5.0	-3.0	-37.7
Finanzergebnis	-6.9	-22.2	-11.2	11.0	49.7
Gesamtergebnis	-287'147.0	-287'534.2	-306'194.8	-18'660.7	-6.5
davon Funktionen:					
51 Krankheit und Unfall	-65'786.0	-63'231.0	-83'220.5	-19'989.4	-31.6
52 Invalidität	-153'414.1	-151'112.8	-155'132.6	-4'019.8	-2.7
53 Alter + Hinterlassene	-30'577.2	-33'112.9	-29'670.0	3'442.9	10.4
54 Familie und Jugend	-12'603.5	-19'679.3	-18'539.0	1'140.2	5.8
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-24'766.3	-20'398.2	-19'632.7	765.5	3.8

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-285.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-285.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-285.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die wesentlichen Mehrkosten im Vergleich zum Budget 2013 ergeben sich auf den Positionen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL), Prämienverbilligungen (PV), Behindertenhilfe. Ab 2014 wird schweizweit die Übernahme der kantonalen Durchschnittsprämien der Krankenversicherung auch für EL-Bezügerinnen und -Bezüger über die PV abgewickelt. Damit wird die EL um 12.0 Mio. Franken entlastet und die PV im selben Betrag belastet. Aufgrund steigender Bezügerzahlen sowie höherer Vergütungen ist zudem mit höheren Kosten von 8.5 Mio. Franken zu rechnen. Zusätzlich ist von höheren Kosten wegen steigender Krankenversicherungsprämien (1.1 Mio. Fr.) und einer tieferen Bundesbeteiligung (5.0 Mio. Fr.) auszugehen. Die in der Behindertenhilfe feststellbare Zunahme der Kosten wird sich voraussichtlich im Budgetjahr fortsetzen, v.a. wegen der Erhöhung der Kantonsbeiträge an ausserkantonale Platzierungen (2.3 Mio. Fr.). Zudem ist eine Position in Höhe von 1.5 Mio. Franken berücksichtigt, um die Vorgaben der Bedarfsplanung realisieren zu können. Die genannten Mehrkosten werden teilweise durch entsprechend höhere Bundesbeiträge abgedeckt werden (siehe Position 46 Transferertrag).

- 2 Siehe Begründung 1 (FDK 36).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	236.28	237.42	239.77	251.80	251.8
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'339	13'750	14'155	14'000	14'900
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	26'745	27'011	27'601	27'200	28'200
Einsprachen EL: Verhältnis gutgeheissene / eingegangene	Anz		47/111	51/106	55/135	55/135 ¹
Einsprachen PV: Verhältnis gutgeheissene / eingegangene	Anz		21/188	11/178	20/200	15/200 ²

Kommentar

1 Diese Kennzahl enthält auch teilweise gutgeheissene Einsprachen

2 Diese Kennzahl enthält auch teilweise gutgeheissene Einsprachen

Familie und Jugend

Die Erhöhung der Einkommensgrenzen der Familienmietzinsbeiträge per 1. Januar 2013 dürfte sich auch im Budgetjahr, wenn auch in einem etwas geringeren Ausmass als 2013, auf die Fallzahlen und das Budget auswirken.

Bei der Alimentenhilfe wurden per 1. Januar 2013 das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen auf bis 25-Jährige ausgedehnt, vorher waren diese Leistungen auf bis 18-Jährige begrenzt. Die Auswirkungen dieser Neuerung traten im Jahr 2013 nicht im erwarteten Umfang ein, sodass auch im Budgetjahr von einem langsameren Wachstum auszugehen ist.

Sozialhilfe und Asylwesen

Im Jahr 2013 erfolgte die Abgeltung der Prämienausstände bei der Krankenversicherung durch den Kanton erstmals nach neuem Bundesrecht. Die Höhe der Leistungen lässt sich noch nicht genau abschätzen. Aufgrund der derzeitigen Entwicklung ist mit Leistungen von ca. 8.0 Mio. Franken zu rechnen (Budget 2013: 10.0 Mio. Fr.).

Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.

Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Zweck dienen.

Tätigkeiten und Projekte

Basierend auf der Analyse der Hochschule Luzern sowie den Kolloquien mit den involvierten Mitarbeitenden werden die Konzepte und Kernprozesse in der Sozialhilfe weiter optimiert. Die gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Professionen soll dabei optimal ausgenutzt werden, so dass die Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe sinnvoll unterstützt und begleitet werden können.

Im Rahmen eines Pilotprojekts soll überprüft werden, ob künftig nicht nur Familien, sondern im begrenzten Ausmass auch Einzelpersonen in Notlagen Zugang zu einer Notwohnung haben sollen.

Soziales Wohnungswesen

Dieser Bereich umfasst die Notschlafstelle und ca. 110 Notwohnungen an verschiedenen Standorten im Kanton. Die Notschlafstelle bietet obdachlosen Personen eine günstige Übernachtungsmöglichkeit. Die Notwohnungen werden befristet an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet, die ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Bei den Notwohnungen in der Theodor-Herzl-Strasse und der Belforterstrasse beginnen im Budgetjahr umfassende Sanierungsarbeiten. Im Rahmen dieser Arbeiten wird in Kooperation mit Immobilien Basel-Stadt das Angebot an Wohnungen ausgebaut.

So wird im Rahmen eines Pilotprojekts überprüft, ob künftig auch Einzelpersonen in Notlagen Zugang zu einer Notwohnung haben sollen. Generell wird im Nachgang zur Verabschiedung des neuen Wohnraumfördergesetzes (WRFG) durch den Grossen Rat am 5. Juni 2013 das Thema Wohnen für sozial Mehrfachbenachteiligte im Budgetjahr weiter verfolgt und eine gute Zusammenarbeit mit möglichen Partnern angestrebt.

Die Notschlafstelle ist grundsätzlich zur Überbrückung von Notsituationen gedacht, deshalb ist für das Budgetjahr vorgesehen, den Umgang mit Personen, welche das Angebot über einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen müssen, konzeptionell zu überarbeiten.

Sozialhilfe und Asylwesen

Sozialhilfe Im Lohnmodell iJob werden Dauerarbeitsplätze in Sozialfirmen an langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende vermittelt. Die Bruttolohnkosten werden den Betrieben dabei von der Sozialhilfe vergütet. Das Angebot zielt auf die soziale Integration von Personen, deren Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt als wenig aussichtsreich erscheint. Im Budgetjahr wird das Projekt nach wie vor über den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) finanziert. Nach einer Zwischenevaluation im Jahr 2013 werden im Budgetjahr leichte Anpassungen vorgenommen und getestet. Auch das Projekt Passage wurde im Jahr 2013 evaluiert und erfährt nun inhaltliche Anpassungen. Beide Projekte werden noch bis 2015 über den Krisenfonds finanziert.

Asylwesen Weil das Projekt 'Asylschiff' mit 90 Plätzen kurzfristig scheiterte, konnte die unterirdische Zivilschutzanlage Grün 80 mit ebenfalls 90 Plätzen nicht geschlossen werden. Dennoch trat bei der Unterbringungssituation im Asylbereich, dies dank der Inbetriebnahme einer Liegenschaft an der

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'044.6	-25'024.1	-26'220.0	-1'195.9	-4.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'515.3	-12'328.8	-11'796.0	532.8	4.3 ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	0.0	0.0	-58.5	-58.5	0.0
36 Transferaufwand	-145'258.5	-140'902.6	-145'561.9	-4'659.3	-3.3 ³
Betriebsaufwand	-183'818.4	-178'255.5	-183'636.4	-5'380.9	-3.0
42 Entgelte	304.2	255.0	197.0	-58.0	-22.7
43 Verschiedene Erträge	2.0	0.0	1'102.0	1'102.0	0.0 ⁴
46 Transferertrag	27'936.3	23'154.5	24'935.4	1'780.9	7.7 ⁵
Betriebsertrag	28'242.5	23'409.5	26'234.4	2'824.9	12.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-155'575.9	-154'846.0	-157'402.0	-2'556.0	-1.7
Betriebsergebnis	-155'575.9	-154'846.0	-157'402.0	-2'556.0	-1.7
34 Finanzaufwand	-23.4	-3.0	-11.0	-8.0	-266.7
44 Finanzertrag	1'692.1	1'099.0	4.0	-1'095.0	-99.6 ⁴
Finanzergebnis	1'668.7	1'096.0	-7.0	-1'103.0	-100.6
Gesamtergebnis	-153'907.2	-153'750.0	-157'409.0	-3'659.0	-2.4
davon Funktionen:					
56 Sozialer Wohnungsbau	-1'912.4	-2'469.0	-2'216.3	252.7	10.2
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-151'994.8	-151'281.0	-155'192.7	-3'911.7	-2.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-175.0	-175.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	0.0	0.0	-175.0	-175.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	0.0	0.0	-175.0	-175.0	0.0

Kommentar

- 1 Gegenüber dem Vorjahr wird im Budget 2014 in der allgemeinen Sozialhilfe mit höheren Bestandeszahlen (+150 Zahlfälle, + 600'000 Fr.) gerechnet. Bei der Migration ist wegen der seit 2013 geltenden Kompensationsregelung für EVZ-Standortkantone und zusätzlicher Unterbringungsplätze des Bundes ein tieferer Bestand (-100 Personen) budgetiert. Diese Reduktion ist noch nicht vollumfänglich im Personalbudget berücksichtigt, da der notwendige Personalabbau erst leicht zeitlich verzögert vorgenommen werden kann (möglichst durch natürliche Abgänge).
- 2 Dank der neuen Mietverträge mit Immobilien Basel-Stadt (interne Mietverträge) kann der Aufwand für Raummieten markant gesenkt werden. Mit HRM2 werden Sachaufwände u.a. aktiviert und zählen somit nicht mehr zum Sachaufwand. Aufgrund der intensiveren Bewirtschaftung der Liegenschaften im Notwohnbereich kann der Debitorenverlust gesenkt werden.
- 3 Die steigenden Kosten aufgrund der höheren Anzahl Zahlfälle (allgemeine Sozialhilfe) können durch die tiefere Anzahl Personen (Migration) nicht ausgeglichen werden. Aufwandsteigernd wirken sich zudem die Krankenversicherungsprämien und die sinkenden Einnahmen aus Rückerstattungen der Sozialversicherungen aus.
- 4 Die Erträge aus Notwohnungen/Notschlafstelle wurden bisher im Finanzergebnis abgebildet, was inhaltlich nicht korrekt war. Neu wird der Ertrag (wie auch der Aufwand) im Betriebsergebnis verbucht.
- 5 Die im Jahr 2013 zu pessimistische Budgetierung der interkantonalen Rückerstattung wird korrigiert. Die Pauschalvergütungen des Bundes im Bereich Migration sinken aufgrund der tieferen Anzahl Personen.
- 6 Das aktuelle Zutrittssystem Mobatime muss technisch bedingt ersetzt werden (90'000 Fr.). In den Asylliegenschaften wird Mobiliar im Rahmen von 85'000 Fr. benötigt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	184.90	183.30	199.72	202.0	202.7 ¹
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	4'888	5'036	5'254	5'150	5'300 ²
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.	633	794	1'023	900	800 ³
Rückstellungen aus Sozialversicherungen	MioFr	28.47	32.50	30.17	33.30	30.73 ⁴
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%	3.97	3.95	4.0	4.0	4.0

Kommentar

- 1 Aufgrund der vom Parlament beschlossenen dynamischen Steuerung ergeben sich für das Budget 2014 folgende Headcountwerte: Allgemeine Sozialhilfe 166.3 HC bei angenommenen Zahlfällen von 5'300. In der Migration 36.4 HC bei angenommenen 800 betreuten Personen.
- 2 Aufgrund der stagnierenden Arbeitslosenquote 2011/2012 (die Entwicklung der Arbeitslosenquote wirkt sich erfahrungsgemäss zeitlich verzögert auf die Sozialhilfe aus) sowie der fehlenden Arbeitsplätzen im Niedrigqualifikationsbereich wird mit einer leichten Zunahme der Zahlfälle in der Allgemeinen Sozialhilfe gerechnet.
- 3 Aufgrund der Änderungen bei der kantonalen Zuweisung von Asylsuchenden wird mit einem sinkenden Personenbestand gerechnet.
- 4 Trotz steigenden Zahlfällen ist mit einem weiteren Rückgang bei den Rückstellungen aus Sozialversicherungen zu rechnen. Geringere Einnahmen sind vor allem bei der IV auszumachen. Zudem musste aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre der Ertrag aus Familienzulagen für Nichterwerbstätige nach unten korrigiert werden.

Mittleren Strasse (50 Plätze) Anfang des Jahres 2013, eine leichte Entspannung ein. Die bestehenden Strukturen sind weiterhin hoch ausgelastet. Da die Zuweisungen im Jahr 2013 bisher aber etwas tiefer ausfallen als erwartet, konnte eine bescheidene Schwankungsreserve aufgebaut werden.

Das Bundesamt für Migration geht davon aus, dass im Jahr 2013 etwa gleich viele Asylgesuche eingereicht werden wie im Jahr 2012. Somit kann mit gleichbleibenden Zuweisungen und Abgängen gerechnet werden, vorausgesetzt, es ergeben sich keine einschneidenden Änderungen bei den migrationsbestimmenden externen Faktoren. Neu hingegen ist, dass dem Kanton Basel-Stadt ab dem Jahr 2013 und in den Folgejahren bis zur Neustrukturierung des Asylbereiches weniger Asylsuchende zugewiesen werden, weil die Standortkantone von Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes (EVZ) stärker entlastet werden als bis anhin. Ausserdem werden die dem Bund zusätzlich zur Verfügung gestellten 90 Plätze in einer Zivilschutzanlage nahe des EVZ im Verhältnis 1:1 kompensiert werden (90 Zuweisungen weniger pro Jahr). Für das Budgetjahr wird aus diesem Grund die Anzahl betreute Asylsuchende um 100 Personen reduziert und der Aufwand entsprechend angepasst.

Das Pilotprojekt „Schnittstelle Integration Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge“ vertieft nach einem erfolgreichen ersten Jahr seine Aktivitäten. Im Jahr 2012 wurden 220 Klientinnen und Klienten beraten und 160 Massnahmen zur Herstellung der Grundarbeitsmarktfähigkeit verfügt. 20% der arbeitsfähigen Personen nahmen eine Arbeit auf, 8% konnten sich von der Sozialhilfe ablösen. Das Pilotprojekt ist um ein weiteres Jahr verlängert worden, die Überführung in den Regelbetrieb wird folglich erst im Jahr 2015 budgetrelevant.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

WSU-825

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist die Nachfolgeorganisation der Vormundschaftsbehörde, deren Aufgaben sie gemäss dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht per 1. Januar 2013 übernommen hat. Zusätzlich hat die KESB über ein stark ausgeweitetes Portfolio an Schutzmassnahmen zu entscheiden. Ziel der KESB ist es, dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben, und dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln können. Mit dem neuen Recht gibt es das Institut der Vormundschaft nur noch für Minderjährige. Für Erwachsene kann die KESB verschiedene Arten von Beistandschaften anordnen und dabei die Ausgestaltung der Beistandschaft auf die Bedürfnisse der betroffenen Person ausrichten. Die Selbstbestimmung der betroffenen Person soll soweit wie möglich erhalten und gefördert werden.

Tätigkeiten und Projekte

Mit Ausnahme der Vormundschaft für Erwachsene, welche per 1. Januar 2013 von Gesetzes wegen in eine umfassende Beistandschaft übergegangen ist, müssen sämtliche Massnahmen des Erwachsenenschutzes innert drei Jahren dem neuen Recht angepasst werden. Die KESB wird im Budgetjahr somit ca. 900 laufende Massnahmen anpassen.

Im Weiteren steht das Budgetjahr im Zeichen der Konsolidierung der neuen Organisation und der Entwicklung einer gefestigten Praxis. Nebst dem erweiterten Aufgabenportfolio im Bereich des Erwachsenenschutzes ist noch der vom Erziehungsdepartement (ED) übernommene Teil des Kindes- und Erwachsenenschutzes zu integrieren.

Per 1. Januar 2013 ist die vom Bundesrat erlassene Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV) in Kraft getreten. Bis spätestens Ende 2014 sind sämtliche Vermögensanlagen, die nicht der neuen Verordnung entsprechen, in zulässige Anlagen umzuwandeln.

Allgemeines Rechtswesen

Die sich mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht entwickelnde Rechtspraxis von Behörden und Gerichten wird von der KESB verfolgt und umgesetzt werden. Insbesondere bei der Umsetzung der Verordnung des Bundesrats über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV) sind noch einige Fragen offen. Ein Arbeitsausschuss der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) ist diesbezüglich mit der Schweizerischen Bankiervereinigung in intensivem Kontakt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'985.2	-5'519.9	-5'291.8	228.0	4.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-511.5	-483.3	-437.3	46.1	9.5
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	0.0	0.0	-20.0	-20.0	0.0
36 Transferaufwand	-388.5	-130.0	-260.0	-130.0	-100.0 ²
Betriebsaufwand	-4'885.2	-6'133.2	-6'009.1	124.1	2.0
42 Entgelte	1'393.5	1'038.0	1'140.3	102.3	9.9 ³
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	1'393.5	1'038.0	1'140.3	102.3	9.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'491.7	-5'095.2	-4'868.8	226.4	4.4
Betriebsergebnis	-3'491.7	-5'095.2	-4'868.8	226.4	4.4
34 Finanzaufwand	-150.7	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-143.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-3'635.4	-5'095.2	-4'868.8	226.4	4.4
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	-3'635.4	-5'095.2	-4'868.8	226.4	4.4

Kommentar

- Die Minderausgaben im Personalaufwand entsprechen der Planung, weil zur Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts in den Jahren 2012 und 2013 eine einmalige Budgeterhöhung für Schulungen und Weiterbildungen eingesetzt wurde.
- Im „Transferaufwand“ kommt es zu einer Budgeterhöhung von 130'000 Franken wegen der Entschädigungen für die privaten Mandatstragenden und die Honorare für Gutachten (v.a. Universitäre Psychiatrische Kliniken) und für Rechtsvertretung bei Fürsorgerischen Unterbringungen.
- Die Mehreinnahmen von rund 96'000 Franken gegenüber dem Vorjahr sind grösstenteils mit der höheren Anzahl Klientinnen und Klienten zu erklären.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz				35.33	35.33
Meldungen an die KESB	Anz					1'925 ¹
Mündliche Verhandlungen gem. § 3 Abs. 2 KESG	Anz					80 ²
Beschwerden an die gerichtliche Beschwerdeinstanz	Anz					60 ³
Anteil gutgeheissene Beschwerden	%					50 ⁴

Kommentar

- Für die KESB wurden neue Kennzahlen festgesetzt. Die bisherigen Kennzahlen der Vormundschaftsbehörde können wegen der tiefgreifenden Neuerungen nicht weitergeführt werden.
- Vgl. Kommentar 1
- Vgl. Kommentar 1
- Vgl. Kommentar 1

Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)

WSU-826

Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) ist die Nachfolgeorganisation der bisherigen Amtsvormundschaft, welche umfassend reorganisiert und zu einer eigenen Dienststelle ausgestaltet wurde. Das ABES stellt berufliche Mandatstragende zur Verfügung, welche entsprechend dem Beschluss der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Beistandschaften bzw. Vormundschaften (Kinder- und altrechtliche Massnahmen) führen. Es führt den grössten Teil der Erwachsenenschutz-Massnahmen (neben privaten Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Heimbeiständen). Zu den Dienstleistungen einer Berufsbeiständin oder eines Berufsbeistandes gehören je nach beschlossener Massnahme auch die Einkommens- und Vermögensverwaltung für die Klientinnen und Klienten mit Führen der Buchhaltung und Auszahlen von Bargeld an der amtseigenen Kasse.

Tätigkeiten und Projekte

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht stellt neue Anforderungen an die Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände. Aufgrund der Praxiserfahrungen im ersten Jahr können die internen Arbeitsabläufe und die Zusammenarbeit mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) in einem rollenden Prozess ausgewertet, standardisiert und allenfalls angepasst werden.

Eine besondere Herausforderung stellt die Verordnung des Bundes über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV) dar. Alle Handlungen in Bezug auf die Vermögensverwaltung müssen überprüft, mit den Klientinnen und Klienten besprochen und - sofern in der Verordnung vorgesehen - von der KESB bewilligt werden. Zudem müssen die Prozesse und Zuständigkeiten bzw. Verantwortlichkeiten mit internen und externen Partnern (Banken) neu geregelt werden.

Allgemeines Rechtswesen

Das ABES ist dank der grundlegenden Optimierung der Organisationsstrukturen einer ersten Anpassung der Personalressourcen (entsprechend dem Fallschlüssel von 90 Fällen pro Berufsbeiständin bzw. Berufsbeistand mit 100%-Pensum) sowie dank qualitätssichernden Organisationsabläufen bereit, die Vorgaben des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts adäquat umzusetzen. Die Anpassung der Organisationsstrukturen wird im Budgetjahr jedoch noch nicht abgeschlossen sein. Grosse Herausforderungen sind einerseits der zielgerichtete Einsatz der vorhandenen Personalressourcen, andererseits das Führen der neuen Beistandschaften, die massgeschneidert auf die Bedürfnisse der betroffenen Person ausgerichtet sind.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-6'432.2	-7'140.8	-6'998.0	142.8	2.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-763.4	-684.3	-631.0	53.3	7.8
36 Transferaufwand	0.0	0.0	-4'400.0	-4'400.0	0.0 ¹
Betriebsaufwand	-7'195.7	-7'825.0	-12'028.9	-4'203.9	-53.7
42 Entgelte	1'662.9	1'380.0	1'381.5	1.5	0.1
Betriebsertrag	1'662.9	1'380.0	1'381.5	1.5	0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-5'532.8	-6'445.0	-10'647.4	-4'202.4	-65.2
Betriebsergebnis	-5'532.8	-6'445.0	-10'647.4	-4'202.4	-65.2
34 Finanzaufwand	-0.0	-5.0	0.0	5.0	100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.0	-5.0	0.0	5.0	100.0
Gesamtergebnis	-5'532.8	-6'450.0	-10'647.4	-4'197.4	-65.1
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	-5'532.8	-6'450.0	-10'647.4	-4'197.4	-65.1

Kommentar

- 1 Die Zuständigkeit für die gemeinwirtschaftliche Leistung der Spitalsozialdienste wird mit den entsprechenden Finanzressourcen vom Gesundheitsdepartement auf das WSU (ABES) übertragen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	%				48.20	49.20 ¹
Mandate des Amtes für Beistandschaften und Erwachsenenschutz	Anz	2'160	2'242	2'247	2'450	2'500 ²
Fallbelastung pro Vollzeitstelle (FTE)	Anz	n/v	n/v		90	110 ³

Kommentar

- 1 Mit der Verordnung des Bundes über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV) wird die von der vormaligen Vormundschaftsbehörde geführte interne Bank zurückgebaut werden. Für diese Arbeiten wird für die Dauer eines Jahres eine spezialisierte Funktion geschaffen.
- 2 Die Hochrechnung der Fallzahlen basiert auf der Differenz der Jahresendfallzahlen 2012 und der Fallzahl per 30. Juni 2013.
- 3 Der Schlüssel beträgt im interkantonalen Benchmark 90 Fälle pro Berufsbeiständin bzw. Berufsbeistand (= 100 Stellenprozent).

Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Tätigkeiten und Projekte

Der Grosse Rat hat am 6. Juni 2012 einen Kredit von 800'000 Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs für den Neubau des AUE an der Spiegelgasse 11 / 15 gesprochen. In der ersten Hälfte 2013 wurde der Wettbewerb durchgeführt. Auf der Basis des Siegerprojektes wird nun das Vorprojekt ausgearbeitet und der Ratschlag für den Baukredit erstellt.

Abwasserbeseitigung

Die kommunale Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG muss mit zusätzlichen Reinigungsstufen zur Reduktion von Stickstoffverbindungen und Mikroverunreinigungen erweitert werden. Zudem sind sowohl eine Erweiterung mit einer Faulungsanlage als auch die Ertüchtigung bestehender Anlageteile vorgesehen. Durch die Komplexität des Projektes hat sich eine Verzögerung ergeben. Der Ratschlag für die Projektierung der Erweiterung liegt im Sommer 2013 vor. Es wird ein Projektierungskredit in Höhe von insgesamt 10'800'000 Franken beantragt. Die Ausgaben gehen zu Lasten der Investitionsrechnung der Jahre 2014 bis 2016.

Abfallwirtschaft

Die Mehrwegpflicht bei öffentlichen Veranstaltungen wird mit einer Änderung des kantonalen Umweltschutzgesetzes dem Grossen Rat zum Entscheid vorgelegt. Der im Jahr 2013 gestartete Pilotversuch mit Bioklappen wird bei einem positiven Fazit weitergeführt und allenfalls ausgebaut, ebenfalls der Ausbau von Kompostplätzen. Die ursprünglich für das Jahr 2013 geplanten Totalrevisionen der Verordnungen über Abfallsammlungen und Abfallgebühren werden im Budgetjahr angegangen. Die Revision wurde zurückgestellt, bis der Grosse Rat über die zukünftige Abfallentsorgung mit Unterflurcontainern entschieden hat.

Bekämpfung von Umweltverschmutzung

Luftreinhaltung: Die Umsetzung der per 1. Januar 2013 revidierten kantonalen Verordnung über die Verschärfung von Emissionsbegrenzungen für stationäre Anlagen (VVESA) geht weiter voran, indem bei Industrie- und Gewerbebetrieben der Stand der Technik zur Reduktion von VOC (VOC: flüchtige organische Verbindungen; Vorläufersubstanzen der Ozonbildung) sukzessive eingeführt wird. Gemäss der vom Bundesrat per 1. Januar 2013 beschlossenen Revision der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) können Betriebe von der Lenkungsabgabe befreit werden, wenn sie nach dem Stand der besten verfügbaren Technik saniert

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'987.4	-9'492.8	-9'424.9	67.9	0.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'652.1	-15'939.3	-14'817.7	1'121.6	7.0 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-62.0	-76.7	-97.9	-21.2	-27.6
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-10'669.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-8'346.5	-9'782.7	-9'824.5	-41.8	-0.4
Betriebsaufwand	-42'717.1	-35'291.5	-34'164.9	1'126.5	3.2
41 Regalien und Konzessionen	17.4	17.0	17.0	0.0	0.0
42 Entgelte	49'401.7	39'885.7	40'332.9	447.2	1.1
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	1'539.6	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	152.7	278.9	134.8	-144.1	-51.7 ²
Betriebsertrag	51'111.4	40'181.6	40'484.7	303.1	0.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	8'394.4	4'890.1	6'319.7	1'429.6	29.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2'493.4	-4'805.0	-4'607.5	197.5	4.1 ³
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	-1'112.3	-1'260.0	-1'346.0	-86.0	-6.8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-3'605.7	-6'065.0	-5'953.5	111.5	1.8
Betriebsergebnis	4'788.6	-1'174.9	366.2	1'541.1	131.2
34 Finanzaufwand	-0.7	-0.7	-0.7	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.6	-0.7	-0.7	0.0	0.0
Gesamtergebnis	4'788.1	-1'175.6	365.5	1'541.1	131.1
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	194.7	0.0	0.0	0.0	0.0
72 Abwasserbeseitigung	10'683.8	6'716.6	7'712.6	996.0	14.8
73 Abfallwirtschaft	-1'088.1	-1'618.2	-978.6	639.6	39.5
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-4'219.8	-5'022.9	-5'024.3	-1.3	-0.0
81 Landwirtschaft	-73.5	-118.0	-90.0	27.9	23.7
82 Forstwirtschaft	-255.7	-366.4	-411.0	-44.6	-12.2
83 Jagd und Fischerei	-318.2	-307.9	-327.5	-19.6	-6.4
87 Brennstoffe und Energie	-135.1	-458.8	-515.7	-56.9	-12.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-2'922.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-115.0	-448.5	-333.5	-290.0 ⁴
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	401.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-2'520.5	-115.0	-448.5	-333.5	-290.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-2'520.5	-115.0	-448.5	-333.5	-290.0

Kommentar

- 1 Anpassung des Budgets 2014 an das Rechnungsergebnis 2012.
- 2 Im Bereich „Generelle Entwässerungsplanung“ und „Revitalisierungsplanung“ nehmen die projektgebundenen Bundesbeiträge ab. Ebenfalls entfallen die Unterstützungsbeiträge von Dritten für die Durchführung der Umwelttage (nächste Durchführung 2015).
- 3 Die Abweichung setzt sich einerseits aus dem Wegfall des Alllastenkatasters und andererseits aus geringeren Abschreibungen bei den Abwasserreinigungsanlagen zusammen.
- 4 Die Abweichung bei den Kleininvestitionen setzt sich einerseits aus dem Kauf von 2 Analysengeräten für das Labor und andererseits aus dem Aufwand für die Gesamtrevision des Strassenlärmkatasters zusammen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	45.20	45.0	46.5	49.0	49.0
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	117'560	217'207	–	–	–
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	646	754	843	930	980
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	21.0	32.0	25.0	7.0	7
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	45.7	48.77	53.0	46.0	48
Gesamtsanierte Gebäude pro Jahr	Anz	0	104	131	50	50 ¹

Kommentar

1 Der Rückgang erklärt sich mit dem Abschluss der Aktion Gesamtgebäudesanierung.

werden und weitergehende VOC-Minderungen erreichen. Das Lufthygieneamt begleitet die Umsetzung von beschlossenen betriebsbezogenen Sanierungsplänen. Die Überwachung der Feinstaub-Immissionen (PM10) soll optimiert werden, um den Einfluss von Holzfeuerungen und deren Entwicklung beurteilen zu können.

Der Kanton unterstützt die Überlegungen des Bundes, schweizweit verbindliche Vorgaben zur erlaubten Beleuchtungsstärke (Immissionsgrenzwert) zu machen, weil einheitliche Vorgaben es den Behörden erleichtern, Lichtimmissionen auf ihre Übermässigkeit hin zu beurteilen.

Lärmschutz: Die Erneuerung des Gesamtverkehrsmodells und neue Bebauungen in der Stadt erfordern die Überarbeitung des Strassenlärmkatasters gemäss der Lärmschutzverordnung des Bundes. Weist der Kataster Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte aus, müssen Strassenlärmsanierungen angeordnet werden. In Frage kommen z.B. der Einbau von lärmarmen Strassenbelägen, verkehrsberuhigende Massnahmen oder in letzter Konsequenz der Einbau von Schallschutzfenstern.

Die Beispielungspläne bzw. die Beispielungsregeln für öffentliche Plätze werden mit Hilfe des im Jahr 2013 erarbeiteten Beurteilungsinstruments für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund (BIV) geprüft. Das BIV ermöglicht eine objektivierte Beurteilung, welche Art von Anlässen an welchen Orten mit welchen Beispielungszeiten und Lautstärken für die Anwohnerschaft zumutbar ist.

Gewässerschutz: Im Herbst 2013 werden der Abschlussbericht des Projektes WieseVital sowie der Ausgabenbericht für den Projektierungskredit zur Vorstudie „Renaturierung der Wiese“ vorliegen. Die Vorlage wird das Anliegen einer verbesserten (revitalisierten) Flusslandschaft mit demjenigen der Trinkwasserproduktion unter Berücksichtigung der Kosten bestmöglich zusammenführen.

Die Ausarbeitung eines kantonalen Wassergesetzes hat sich verzögert. Die Arbeiten werden im Budgetjahr abgeschlossen.

Forstwirtschaft

Die im Vorjahr aufgenommenen Verhandlungen und Arbeiten zur Ausscheidung und Sicherung von Waldreservaten werden weiter geführt. Ebenfalls von grosser Bedeutung sind weiterhin die Monitoring-Aufgaben zur Bekämpfung von Schadorganismen, wo nötig und sinnvoll in enger Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei (Buchsbaumzünsler und Asiatischer Laubholzbockkäfer). Im Budgetjahr werden die ersten Vorarbeiten für eine Revision des kantonalen Waldgesetzes zu leisten sein. Der Umfang wird primär bestimmt durch den Fortschritt und die Ergebnisse der Revisionsbestrebungen auf nationaler Ebene.

Energie

Die vom Regierungsrat Ende 2011 beschlossene Aktion Solarkraftwerk wird bis Ende Budgetjahr weitergeführt. Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller, die eine Dachsanierung mit dem Bau einer Photovoltaikanlage kombinieren, erhalten für die Dachsanierung doppelte Förderbeiträge. Es werden

Beitragsgesuche im Umfang von 1 Mio. Franken erwartet. Die so realisierten Photovoltaikanlagen entsprechen einem Leistungszuwachs von ca. 1,25 MW (gegenüber dem Stand Ende 2012 von 3,8 MW).

Der Grosse Rat genehmigte Anfang des Jahres 2013 den dritten Investitionskredit zur Unterstützung von Projekten im Rahmen der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ für die Jahre 2013 – 2016. Die Vorzeigeprojekte betreffen die Bereiche Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeugtechnologien.

4.2.8 Gerichte

GER-111	Appellationsgericht	255
GER-112	Gericht für Strafsachen	257
GER-113	Zivilgericht	259
GER-114	Sozialversicherungsgericht	261
GER-115	Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen	263

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-38.8	-40.6	-40.7	-0.1	-0.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-19.9	-20.5	-23.0	-2.5	-12.3 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-58.8	-61.1	-63.7	-2.6	-4.3
42 Entgelte	24.3	29.4	26.0	-3.4	-11.7 ²
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	24.3	29.4	26.0	-3.4	-11.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-34.4	-31.7	-37.8	-6.1	-19.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-0.4	-0.3	-0.2	0.1	30.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-0.4	-0.3	-0.2	0.1	30.0
Betriebsergebnis	-34.9	-32.0	-38.0	-6.0	-18.7
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.1	0.1	-0.0	-6.6
Finanzergebnis	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-39.0
Gesamtergebnis	-34.9	-32.0	-38.0	-6.0	-18.7
davon Funktionen:					
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-34.9	-32.0	-38.0	-6.0	-18.7

Kommentar

- 1 Die Erhöhung der Aufwendungen im Sach- und Betriebsaufwand ist auf die Anpassungen im Zusammenhang mit dem Regierungsratsbeschluss 12/16/50 zurück zu führen. Die entsprechenden Positionen sind ab Budget 2014 als Einzelposten geführt und dem Betrag der Jahresrechnung 2012 angepasst.
- 2 Die Reduktion der Entgelte ist auf die Anpassungen im Zusammenhang mit dem Regierungsratsbeschluss 12/16/50 zurück zu führen. Die entsprechenden Positionen sind ab Budget 2014 als Einzelposten geführt und dem Betrag der Jahresrechnung 2012 angepasst.

Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Wie am Straf- und Zivilgericht erfassen seit anfangs März 2013 alle Mitarbeitenden des Appellationsgerichts - im Rahmen der sogenannten Umsetzung Justizreform 2. Etappe - während eines Jahres ihren Zeitaufwand, den sie in einzelnen Fällen für verschiedene Verfahrenssequenzen erbringen müssen; auch die nicht-dossierbezogene Arbeitszeit wird genau notiert. Insbesondere für die Kanzleien stellt dies eine erhebliche Mehrbelastung dar, aber wir hoffen, dass sich dieser Aufwand lohnt und die Untersuchung dann auch wertvolle Aufschlüsse über die von uns eingesetzten Personalressourcen erbringt.

Im Rahmen der Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses 12/16/50 haben zwischen dem Finanzdepartement und den Gerichten intensive Gespräche und Analysen stattgefunden. Die Gerichte haben zusammen mit dem Finanzdepartement die spezifischen Positionen einem erneuten und vertieften Controlling unterzogen und für die Zukunft als Einzelposten definiert. Die beantragten Erhöhungen/Anpassungen für das Budget 2014 beziehen sich ausschliesslich auf die Einzelposten. Der Pauschalbereich wurde geringfügig und nicht ZBE-relevant, insbesondere wegen kantonalen Projekten wie WorkplaceBS etc., marginal nach oben korrigiert. Sowohl das Finanzdepartement wie auch die Gerichte gehen davon aus, dass die strukturellen Abweichungen zwischen Budgetierung und Rechnung ab Rechnungsjahr 2014 so entschärft werden.

Gerichte 2010 Nachdem alle Gerichte und auch das Erbschaftsamt produktiv mit Juris arbeiten, sind im 2013 Optimierungsmassnahmen angegangen worden. Die Systeme laufen mittlerweile stabil und die Performanz konnte gesteigert werden. Die in der zweiten Jahreshälfte kommende Veröffentlichung von Gerichtsurteilen wird mit der in Juris integrierten Funktionalität „Findinfo“ erfolgen. Im Verlaufe des Jahres 2014 werden Optimierungen in deutlich geringerem Umfang erfolgen, als in den vergangenen Jahren.

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-7'082.7	-6'610.6	-6'735.5	-124.9	-1.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'057.3	-4'639.2	-5'786.6	-1'147.5	-24.7 ¹
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-20.2	-20.2	-20.2	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-12'160.2	-11'270.0	-12'542.3	-1'272.3	-11.3
42 Entgelte	1'013.1	921.6	1'282.1	360.5	39.1 ²
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	1'013.1	921.6	1'282.1	360.5	39.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-11'147.1	-10'348.4	-11'260.2	-911.8	-8.8
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-411.3	-287.9	-201.5	86.4	30.0 ³
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-411.3	-287.9	-201.5	86.4	30.0
Betriebsergebnis	-11'558.4	-10'636.3	-11'461.7	-825.5	-7.8
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.4	-0.4	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.3	0.5	0.4	-0.2	-30.0
Finanzergebnis	-0.1	0.1	-0.1	-0.2	-150.0
Gesamtergebnis	-11'558.5	-10'636.2	-11'461.8	-825.6	-7.8
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	-11'558.5	-10'636.2	-11'461.8	-825.6	-7.8

Kommentar

- 1 Der Anstieg im Bereich der Sachaufwendungen kommt durch gerichtsübergreifende Konsolidierung zusammen. Die Anpassungen mit der grössten Auswirkung sind die realistischere Budgetierung der Kosten 1. Instanz (Strafgericht) welche zufolge Gesetzesänderung und Änderung der Abrechnungsmodi bereits seit 2011 durch das Appellationsgericht getragen werden müssen und als Aufwand zu verbuchen sind. Ferner ist durch die Anpassung der Fachapplikation des Betriebsamtes an die Vorgaben von eSchKG, vom Hersteller ein neues Lizenzmodell angekündigt. Im Weiteren sind die Einzelposten Rechtsberatung und Rechtshilfe den Werten der Rechnung 2012 angepasst worden.
- 2 Die Erhöhung der Entgelte ist auf die Anpassungen im Zusammenhang mit dem Regierungsratsbeschluss 12/16/50 zurück zu führen. Die entsprechenden Positionen sind ab Budget 2014 als Einzelposten geführt und dem Betrag der Jahresrechnung 2012 angepasst.
- 3 Infolge Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.8	31.3	33.9	35.9	35.9
Hängige Verfahren	Anz	1'512	1'927	1'968	1'700	2'000
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	35'277	7'735	123'029	80'000	115'000

Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen worden sind. Zudem entscheidet es als Zwangsmassnahmengericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft über die Anordnung bzw. Verlängerung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft und genehmigt verschiedene Überwachungs-massnahmen. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch, die Schweizerische Strafprozessordnung sowie andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze.

Mit dem Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung am 1. Januar 2011 ist die Kompetenz zum Erlass von Strafbefehlen vom Strafgericht an die Staatsanwaltschaft übergegangen. Das Strafgericht ist deshalb seit anfangs 2011 primär für die Beurteilung von Straftaten, bei denen eine Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bzw. eine Geldstrafe von über 180 Tagessätzen zur Diskussion steht, zuständig. Zudem beurteilt es Einsprachen gegen von der Staatsanwaltschaft ausgestellte Strafbefehle (Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten bzw. Geldstrafen bis zu 180 Tagessätzen).

Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts (ordentliches Verfahren, Einspracheverfahren, Zwangsmassnahmengericht).

Tätigkeiten und Projekte

2011 lag die **Zahl der von der Staatsanwaltschaft ans Strafgericht überwiesenen Fälle** deutlich unter unseren Erwartungen, was auf Umstellungen und Anpassungen, die die Staatsanwaltschaft wegen der anfangs 2011 in Kraft getretenen eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO) vornehmen musste, zurückzuführen war. 2012 sind die Zahlen der an uns überwiesenen Fälle im Bereich der direkten Anklagen (Fälle über 6 Monate Freiheitsstrafe) um rund ein Drittel angestiegen, während sich bei den Anklagen auf Einsprachen gegen Strafbefehle (Fälle bis zu 6 Monate Freiheitsstrafe bzw. bis zu 180 Tagessätzen Geldstrafe) die Fallzahl mehr als verdoppelt hat. Dies zeigt, dass die Anpassungen bei der Staatsanwaltschaft mittlerweile umgesetzt sind und sie nun erheblich mehr Verfahren abschliessen und ans Strafgericht überweisen kann als in der ersten Zeit nach dem Inkrafttreten der eidgenössischen StPO. Aufgrund der bisherigen Zahlen des laufenden Jahres kann davon ausgegangen werden, dass 2013 sowohl beim ordentlichen Verfahren als auch beim Einspracheverfahren die Fallzahlen gegenüber 2012 nochmals deutlich ansteigen werden. Bei den Einsprachen geht die Tendenz sogar dahin, dass die Fallzahlen um einiges höher sein werden als sie es noch unter der Geltung der alten baselstädtischen StPO waren.

Im Rahmen des sog. Projektes **Umsetzung Justizreform 2. Etappe** erfassen seit anfangs März 2013 alle Mitarbeitenden des Strafgerichts – wie auch die des Appellations- und Zivilgerichts sowie der Staatsanwaltschaft – während eines Jahres ihren Zeitaufwand, den sie in einzelnen Fällen für verschiedene Verfahrenssequenzen erbringen müssen; auch die nicht-dossierbezogene Arbeitszeit wird genau notiert. Insbesondere für die Kanzleien stellt dies eine erhebliche Mehrbelastung dar, aber wir hoffen, dass sich dieser Aufwand lohnt und die Untersuchung dann auch wertvolle Aufschlüsse über die von uns benötigten Personalressourcen erbringt. Im Hinblick auf die ständig steigenden Fall-eingänge benötigt das Strafgericht nämlich sowohl im Kanzlei- als auch im Gerichtsschreiberbereich wohl in Kürze zusätzliche Personalkapazitäten.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'983.9	-9'461.9	-9'479.9	-18.0	-0.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'661.2	-6'481.9	-8'056.3	-1'574.4	-24.3 ¹
Betriebsaufwand	-14'645.1	-15'943.9	-17'536.2	-1'592.3	-10.0
42 Entgelte	1'610.8	3'957.5	2'105.0	-1'852.5	-46.8 ²
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	1'610.8	3'957.5	2'105.0	-1'852.5	-46.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-13'034.2	-11'986.4	-15'431.2	-3'444.8	-28.7
Betriebsergebnis	-13'034.2	-11'986.4	-15'431.2	-3'444.8	-28.7
34 Finanzaufwand	-8.1	-20.0	-10.0	10.0	50.0
44 Finanzertrag	0.7	1.5	0.7	-0.8	-53.3
Finanzergebnis	-7.4	-18.5	-9.3	9.2	49.7
Gesamtergebnis	-13'041.7	-12'004.9	-15'440.5	-3'435.6	-28.6
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	-13'041.7	-12'004.9	-15'440.5	-3'435.6	-28.6

Kommentar

- 1 Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass sich das Strafgericht ab 2014 neu an den Kosten des Strafvollzugs beteiligen muss, und zwar im Umfang von 2,3 Mio. Franken; zudem fallen wegen der Erhöhung des Stundenansatzes für unentgeltliche Verteidigungen Mehrkosten an.
- 2 Die budgetierten Werte der erwarteten Einnahmen waren bisher zu hoch angesetzt (vgl. auch Regierungsratsbeschluss 12/16/50 vom 22.5.2012).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.7	46.8	46	46.6	46.6
Total erled. Fälle (Anklagen, Einspr.; o. Zwangsmass. Ger.)	Anz	26'532	906	1'091	1'150	1'350 ¹
Halbtagesitzungen (ohne Zwangsmassnahmengericht)	Anz	1'009	795	723	1'000	1'050
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse und Bussenenumwandlung)	MioFr	5.1	3.6	1.84	2.5	1.95

Kommentar

- 1 Seit 2011 erlässt nicht mehr das Strafgericht, sondern die Staatsanwaltschaft die Strafbefehle, die bis 2010 den mit Abstand grössten Anteil bei den Fallzahlen ausgemacht haben. Ausserdem sind seit 2011 das Privatklage- und das Rekurskammerverfahren weggefallen (bis Ende 2010 eingegangene Fälle wurden grossmehrheitlich 2011 und ganz wenige auch 2012 noch behandelt).

Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften sowie Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge, Werkverträge und Aufträge sowie gesellschaftsrechtliche und handelsrechtliche Fragestellungen. Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, für jene Fälle, in denen das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) den Richter für zuständig erklärt.

Nach Massgabe von Art. 197 ff. der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) geht dem Entscheidverfahren ein Schlichtungsverfahren voraus (ausgenommen summarisches Verfahren, Scheidungsverfahren, Klagen nach SchKG; vgl. ZPO Art. 198). Das Zivilgericht führt darum seit 2011 für die in seine Zuständigkeit fallenden Verfahren eine Schlichtungsbehörde.

Dem Zivilgericht angegliedert sind das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Stadt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die Fallzahlen liegen weiterhin konstant hoch. Mit der neuen Zivilprozessordnung sind die Streitwertgrenzen angepasst worden, was sich auf die Zuordnung der Fälle auf die einzelnen Spruchkörper auswirkt. Aufgrund der mit der ZPO erweiterten Verfahrensanforderungen (z.B. zusätzliche Verfahrensschritte, schriftliche Begründungen) hat sich der Bearbeitungsaufwand pro Fall erhöht. Im Rahmen der laufenden Geschäftslaststudie wird der Aufwand für die einzelnen Verfahrenskategorien genauer ermittelt.

Entwicklung der Verfahrenszahlen Die neue Eidgenössische Zivilprozessordnung trat per Januar 2011 in Kraft. Das Bundeszivilrecht löste damit die kantonalen Prozessgesetze ab. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Bundesrechts wurden insbesondere das kantonale Gerichtsorganisationsgesetz und das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, aber auch weitere Erlasse (Schlichtungsstellengesetz, Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, Gleichstellungsgesetz etc.) angepasst.

Das Zivilgericht beurteilt jährlich rund 5'500 hängige Fälle. Mit der Justizreform wurden es nicht mehr Verfahren, die Verfahrensabläufe wurden aber für das Gericht aufwendiger. Dort, wo weitgehend mündlich verhandelt werden konnte, ist nun vermehrt Schriftlichkeit gefordert. Auch in einfacheren Verfahren kann die schriftliche Begründung verlangt werden. Tatsächlich dazugekommen sind ab 2011 die Schlichtungsverfahren; mit wenigen Ausnahmen müssen nach neuer ZPO sämtliche materiellen Klagen nach Einreichung zuerst in ein Schlichtungsverfahren. In den ersten beiden Jahren mit neuer Schlichtungsstelle am Zivilgericht waren hier zwischen 1'300 und 1'400 Fälle pro Jahr zu bearbeiten; es ist davon auszugehen, dass die Fallzahlen in den Folgejahren auf diesem Niveau einigermassen konstant bleiben werden. Nach erhöhtem Eingang im letzten Jahr hat sich die Fallzahl bei den auswärtigen Rechtshilfeersuchen bei etwas über 1'000 stabilisiert; es ist zu erwarten, dass, ausserordentliche Situationen vorbehalten, sich auch hier eine stabile Entwicklung abzeichnet. Die Zahl der Betreibungen ist nach einem rückläufigen Vorjahr 2012 wieder angestiegen (von 72'353 auf 73'479). Auch hat die Zahl der ausgestellten Verlustscheine um knapp 2'000 zugenommen. Etwas stärker angestiegen ist die Zahl der durchgeführten Konkurse (von 501 im Vorjahr auf 755 im Jahr 2012). Die Schwankungen halten sich insgesamt aber im üblichen Rahmen, sodass für die Budgetierung von einigermassen konstanten Zahlen ausgegangen werden kann.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-20'320.9	-21'138.5	-21'137.2	1.3	0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'657.1	-8'367.7	-8'196.2	171.5	2.0
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-13.5	-4.9	-4.9	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-28'991.5	-29'511.1	-29'338.3	172.8	0.6
42 Entgelte	21'492.0	24'152.8	22'322.0	-1'830.8	-7.6 ¹
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	21'492.0	24'152.8	22'322.0	-1'830.8	-7.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-7'499.5	-5'358.3	-7'016.3	-1'658.0	-30.9
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-7'499.5	-5'358.3	-7'016.3	-1'658.0	-30.9
34 Finanzaufwand	-55.2	-41.0	-51.0	-10.0	-24.4
44 Finanzertrag	13.5	72.5	68.5	-4.0	-5.5
Finanzergebnis	-41.8	31.5	17.5	-14.0	-44.4
Gesamtergebnis	-7'541.2	-5'326.8	-6'998.8	-1'672.0	-31.4
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	-10'384.5	-10'048.1	-10'328.8	-280.7	-2.8
14 Allgemeines Rechtswesen	2'843.3	4'721.3	3'330.0	-1'391.3	-29.5

Kommentar

1 Die Gebühreneinnahmen wurden in Absprache mit dem Finanzdepartement und im Auftrag der Regierung ab Budget 2014 korrigiert. Die strukturellen Abweichungen können so in Zukunft vermieden werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	138.4	145.1	144.7	148.8	148.8
Hängige Verfahren	Anz	5'714	5'943	6'619	5'700	5'500
Schlichtungsverfahren neu ab 2011	Anz				1'400	1'350
Zahlungsbefehle	Anz	72'940	72'353	73'479	70'000	70'000
Konkurseröffnungen	Anz	524	501	755	500	600
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	1.2 Mio.	147'560	687'823	932'000	732'000

Modernisierung Fallverwaltung Das Zivilgericht arbeitet inzwischen für die ganze Fallverwaltung und Geschäftskontrolle mit der Applikation Juris; inzwischen ist auch das Erbschaftsamt auf Juris umgestellt. Nach Anfangsschwierigkeiten läuft das System inzwischen einigermaßen stabil, weitere Optimierungen (Geschwindigkeit, Softwareanpassungen) müssen vorgenommen werden; ein grösserer Bedarf besteht insbesondere noch beim Erbschaftsamt.

Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Alle Basler Gerichte einschliesslich des Sozialversicherungsgerichts arbeiten seit 2010 mit einer neuen Software „Juris“ für die Fallbearbeitung mit integriertem Dokumentenverwaltungssystem. Im Bericht zum Budget 2013 wurde bereits auf die im Herbst 2013 anstehende Integration der Software in die kantonsweit angeordnete Windows7/Office2010-Umgebung hingewiesen. Geplant ist ferner die Einführung eines Programms zur elektronischen Bearbeitung der gesammelten Gerichtsurteile einschliesslich erleichterter Suchmöglichkeiten.

Personalressourcen Die Zahl der Falleingänge ist in den vergangenen drei Jahren gestiegen (2012: 440; 2011: 409; 2010: 400). Spürbar, wenn auch in der Statistik nicht darstellbar, ist die Zunahme der Komplexität der einzelnen Fälle. Die Personalressourcen, wie für 2013 und 2014 prognostiziert, werden somit voll beansprucht werden.

Wertberichtigungen auf Forderungen (inkl. Kostenerlasse) Im Budgetbericht 2013 wurde ein Urteil (9C_243/2010) des Bundesgerichts angesprochen, welches den kantonalen Sozialversicherungsgerichten die vermehrte Anordnung von medizinischen Gutachten auferlegt. Für 2012 ist der prognostizierte Betrag von 100'000 Franken mit den tatsächlichen 87'930 Franken annähernd erreicht worden. Es werden deshalb für 2013 und 2014 100'000 Franken prognostiziert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'423.9	-2'633.5	-2'604.1	29.4	1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-565.8	-724.1	-688.9	35.2	4.9
Betriebsaufwand	-2'989.7	-3'357.6	-3'293.1	64.6	1.9
42 Entgelte	221.1	366.1	246.4	-119.7	-32.7 ¹
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	221.1	366.1	246.4	-119.7	-32.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-2'768.6	-2'991.5	-3'046.7	-55.2	-1.8
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-2.7	-1.9	-1.3	0.6	30.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-2.7	-1.9	-1.3	0.6	30.0
Betriebsergebnis	-2'771.3	-2'993.5	-3'048.1	-54.6	-1.8
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.5	-0.5	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.2	0.1	0.1	0.0	0.0
Finanzergebnis	0.0	-0.4	-0.4	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-2'771.3	-2'993.9	-3'048.5	-54.6	-1.8
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	-2'771.3	-2'993.9	-3'048.5	-54.6	-1.8

Kommentar

- 1 Die Reduktion der Entgelte ist auf die Anpassungen im Zusammenhang mit dem Regierungsratsbeschluss 12/16/50 zurück zu führen. Die entsprechenden Positionen sind ab Budget 2014 als Einzelposten geführt und dem Betrag der Jahresrechnung 2012 angepasst.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.9	11.7	11.7	11.7	11.7
Hängige Verfahren	Anz	561	611	616	700	700
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	193'500	2'175	87'930	150'000	100'000

Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen

GER-115

- Jugendgericht** Das Jugendgericht ist erste kantonale Gerichtsbehörde für Personen die im Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Jurisprudenz, Medizin, Psychologie und Pädagogik. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (JStPO) und dem kantonalen Gesetz über die Einführung der JStPO vom 13. Oktober 2010 (EG JStPO). Gemäss dem kantonalen Jugendstrafvollzugsgesetz ist das Jugendgericht zudem für die Behandlung von Beschwerden gegen Vollzugsentscheide der Jugendanwaltschaft zuständig (§20 Jugendstrafvollzugsgesetz). Ferner gehören die Mitglieder des Jugendgerichtspräsidiums als Einzelrichter dem Zwangsmassnahmegericht an, wenn über Zwangsmassnahmen gegen Jugendliche zu entscheiden ist (§4 EG JStPO und §15 Abs.2 EG StPO).
- Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringung (FU-Rekurskommission)** Die FU-Rekurskommission ist eine interdisziplinär zusammengesetzte gerichtliche Behörde. Sie besteht aus Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie, aus Fachleuten im psychosozialen Bereich sowie aus Juristinnen und Juristen. Die FU-Rekurskommission entscheidet im Kanton letztinstanzlich und ist zuständig für Beschwerden im Zusammenhang mit der fürsorgerischen Unterbringung von Erwachsenen, einschliesslich der in Art. 439 Zivilgesetzbuch (ZGB) genannten Fällen (Beschwerden gegen ärztlich angeordnete Unterbringung, gegen Zurückbehaltung durch die Einrichtung, gegen Abweisung eines Entlassungsgesuches durch die Einrichtung, gegen eine Behandlung einer psychischen Störung ohne Zustimmung sowie gegen Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit). Zudem können gemäss kantonalem Recht Anordnungen von ambulanten Massnahmen und Nachbetreuung an die FU-Rekurskommission weitergezogen werden (§§14 und 15 des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes (KESG)). Gegen Entscheide der FU-Rekurskommission kann Beschwerde wegen Verletzung von Bundesrecht an das Bundesgericht erhoben werden.

Tätigkeiten und Projekte

Die Neuorganisation des Jugendgerichts und der FU-Rekurskommission bei den Gerichten und folglich die Zuständigkeit der Personaladministration beim Präsidialdepartement ist dank der grossen Unterstützung aller involvierten Stellen gut gelungen. Das Jugendgericht kann seine Sitzungen im gewohnten Verhandlungsraum des Blauen Hauses durchführen. Die Örtlichkeiten für die Verhandlungen der FU-Rekurskommission in den Universitären Psychiatrischen Kliniken und im Appellationsgericht sind zweckmässig und bewähren sich. Die FU-Rekurskommission kann die sehr knappen Fristvorgaben des Bundesrechts dank der Flexibilität der Mitglieder einhalten und die eingehenden Beschwerden speditiv behandeln. Im 2014 werden die einzelnen Aufgaben des Jugendgerichts und der FU-Rekurskommission von den verschiedenen Funktionen zeitlich genau erfasst, um über den Personalbedarf getrennt nach Jugendgericht und FU-Rekurskommission präzise Angaben machen zu können.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	% ¹
30 Personalaufwand	0.0	-727.4	-728.3	-0.9	-0.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	-308.4	-310.1	-1.7	-0.6
Betriebsaufwand	0.0	-1'035.8	-1'038.4	-2.7	-0.3
42 Entgelte	0.0	20.4	20.4	0.0	0.0
Betriebsertrag	0.0	20.4	20.4	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	0.0	-1'015.4	-1'018.0	-2.7	-0.3
Betriebsergebnis	0.0	-1'015.4	-1'018.0	-2.7	-0.3
Gesamtergebnis	0.0	-1'015.4	-1'018.0	-2.7	-0.3
davon Funktionen:					
12 Rechtssprechung	0.0	-1'015.4	-1'018.0	-2.7	-0.3

Kommentar

¹ Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission haben am 1. Januar 2013 ihre Tätigkeit aufgenommen. Das Budget beruht auf geschätzten Fallzahlen, verbunden mit dem vermuteten Zeitaufwand.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz				2.7	2.7 ¹

Kommentar

¹ Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission haben am 1. Januar 2013 ihre Tätigkeit aufgenommen, weshalb weder Erfahrungswerte noch genaue Prognosen abgegeben werden können. Allfällige weitere Kennzahlen werden in den kommenden Jahren zu definieren sein.

4.2.9 Behörden und Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	266
PARL-410	Ombudsstelle	268
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	270
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	272

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-5.5	-8.4	-8.5	-0.1	-1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.9	-2.1	-2.0	0.1	3.5
Betriebsaufwand	-8.4	-10.5	-10.6	-0.0	-0.2
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	-0.0	-36.1
Betriebsertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-36.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-8.4	-10.5	-10.5	-0.0	-0.4
Betriebsergebnis	-8.4	-10.5	-10.5	-0.0	-0.4
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-8.3	-10.5	-10.5	-0.0	-0.4
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	-6.7	-8.6	-8.6	0.0	0.3
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-1.7	-1.9	-1.9	-0.1	-3.3

Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung fachlich unabhängig und selbständig.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen sowie nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes aus. Ihre Aufgaben gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle sind die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Empfehlungen informiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'453.7	-3'075.5	-3'071.2	4.3	0.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-333.5	-505.9	-521.1	-15.2	-3.0
Betriebsaufwand	-2'787.3	-3'581.4	-3'592.3	-10.9	-0.3
42 Entgelte	34.7	31.0	22.0	-9.0	-29.0
Betriebsertrag	34.7	31.0	22.0	-9.0	-29.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-2'752.5	-3'550.4	-3'570.3	-19.9	-0.6
Betriebsergebnis	-2'752.5	-3'550.4	-3'570.3	-19.9	-0.6
44 Finanzertrag	2.7	2.7	2.7	0.0	0.0
Finanzergebnis	2.7	2.7	2.7	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-2'749.9	-3'547.7	-3'567.6	-19.9	-0.6
davon Funktionen:					
01 Legislative und Exekutive	-2'749.9	-3'547.7	-3'567.6	-19.9	-0.6

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.9	13.9	13.9	14.0	13.8

Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse sind im Budgetjahr 2014 keine wichtigen Projekte und Tätigkeiten vorgesehen.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-594.0	-597.7	-669.0	-71.3	-11.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-120.1	-182.1	-158.1	24.1	13.2
Betriebsaufwand	-714.0	-779.8	-827.0	-47.2	-6.1
42 Entgelte	1.6	3.6	0.0	-3.6	-100.0
Betriebsertrag	1.6	3.6	0.0	-3.6	-100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-712.4	-776.2	-827.0	-50.8	-6.5
Betriebsergebnis	-712.4	-776.2	-827.0	-50.8	-6.5
Gesamtergebnis	-712.4	-776.2	-827.0	-50.8	-6.5
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	-712.4	-776.2	-827.0	-50.8	-6.5

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.5	3.5	3.7	3.8	2.7 ¹
Neue Dossiers	Anz	524	529	526	525	525
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	47	71	32	50	50
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	66	76	81	70	70
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	33	44	45	40	40
Weiterverweisungen	Anz	203	202	234	220	220

Kommentar

¹ Die Volontariatsstelle wird ab 2014 nicht mehr ausgewiesen.

Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse sind im Budgetjahr 2014 keine wichtigen Projekte und Tätigkeiten vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'602.5	-3'908.3	-3'920.3	-12.0	-0.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'326.0	-1'170.6	-1'115.7	55.0	4.7
Betriebsaufwand	-3'928.5	-5'078.9	-5'036.0	43.0	0.8
42 Entgelte	7.9	8.3	8.3	0.0	0.0
Betriebsertrag	7.9	8.3	8.3	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-3'920.7	-5'070.6	-5'027.7	43.0	0.8
Betriebsergebnis	-3'920.7	-5'070.6	-5'027.7	43.0	0.8
Gesamtergebnis	-3'920.7	-5'070.6	-5'027.7	43.0	0.8
davon Funktionen:					
01 Legislative und Exekutive	-3'920.7	-5'070.6	-5'027.7	43.0	0.8

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.9	7.9	7.9	7.5	7.5
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	46	45	35	45	42 ¹
Kommissionssitzungen	Anz	418	407	396	420	420
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	134	119	101	120	130
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	315	278	311	260	290

Kommentar

¹ Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).

Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte hat die völlig unabhängige Aufsicht über den Umgang mit Informationen und insbesondere das Bearbeiten von Personendaten durch öffentliche Organe des Kantons entsprechend den Anforderungen des internationalen, nationalen und kantonalen Rechts zu gewährleisten. Zuständig ist er umfassend für alle öffentlichen Organe von Kanton und Gemeinden im Sinne des Informations- und Datenschutzgesetzes (die Verwaltungsstellen des Kantons Basel-Stadt und aller Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden, inkl. den unselbständigen und selbständigen Körperschaften und Anstalten des kantonalen oder kommunalen Rechts, sowie der Privaten, soweit ihnen von Kanton oder Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen ist).

Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden im Bereich Datenschutz (inkl. Informationssicherheit) und Öffentlichkeitsprinzip;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audits);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten, insb. bei IT-Projekten, beim Erlass und der Verlängerung von Videoüberwachungsreglementen und bei der Einräumung von Online-Zugriffen auf Personendaten eines anderen öffentlichen Organs;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der von behördlichen Datenbearbeitungen betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- permanente Beobachtung der aktuellen nationalen und internationalen Situation im Bereich Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip und Ergreifen/Initiieren der notwendigen Massnahmen;
- Stellungnahme zu Erlassen, die für den Umgang mit Informationen oder den Datenschutz relevant sind;
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der politischen Organe und der öffentlichen Organe;
- Zusammenarbeit mit den Organen der anderen Kantone, des Bundes und des Auslandes, welche die gleichen Aufgaben erfüllen;
- Berichterstattung.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse sind im Budgetjahr 2014 keine wichtigen Projekte und Tätigkeiten vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	-835.3	-842.9	-858.0	-15.0	-1.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-137.3	-252.7	-243.5	9.2	3.7
Betriebsaufwand	-972.5	-1'095.7	-1'101.5	-5.8	-0.5
42 Entgelte	5.7	4.5	0.0	-4.5	-100.0
Betriebsertrag	5.7	4.5	0.0	-4.5	-100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-966.8	-1'091.2	-1'101.5	-10.3	-0.9
Betriebsergebnis	-966.8	-1'091.2	-1'101.5	-10.3	-0.9
Gesamtergebnis	-966.8	-1'091.2	-1'101.5	-10.3	-0.9
davon Funktionen:					
14 Allgemeines Rechtswesen	-966.8	-1'091.2	-1'101.5	-10.3	-0.9

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	4.3	4.3	4.5	4.5
Geschäftsfälle	Anz		341	366	340	340
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%		7	9	6	6
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz		2	2	8	8
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz		12	11	8	8
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%		61	50	50	50

4.2.10 Regierungsrat und Übriges

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	27.1	-16.1	-16.4	-0.4	-2.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-88.5	-59.8	-64.1	-4.3	-7.3 ¹
36 Transferaufwand	-0.8	-0.9	-0.9	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-62.3	-76.7	-81.4	-4.7	-6.2
42 Entgelte	112.3	104.5	108.6	4.1	4.0
43 Verschiedene Erträge	2.1	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	8.3	8.8	8.0	-0.8	-9.0 ²
Betriebsertrag	122.8	113.2	116.6	3.4	3.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	60.5	36.5	35.1	-1.4	-3.8
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-45.6	-57.5	-55.0	2.5	4.4
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	-1.0	-1.0	0.0
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	2.1	2.1	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-45.6	-57.5	-53.9	3.6	6.2
Betriebsergebnis	14.9	-21.0	-18.8	2.2	10.5
34 Finanzaufwand	-6.6	-6.0	-6.0	0.0	0.5
44 Finanzertrag	63.4	60.0	58.6	-1.3	-2.2
Finanzergebnis	56.8	53.9	52.6	-1.3	-2.4
Gesamtergebnis	71.7	33.0	33.8	0.9	2.7
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	107.5	33.0	34.8	1.9	5.7
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-5.7	0.0	0.0	0.0	0.0
2 Bildung	-16.3	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-9.6	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit	-1.9	0.0	0.0	0.0	0.0
5 Soziale Sicherheit	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
7 Umweltschutz und Raumordnung	-0.8	0.0	0.0	0.0	0.0
8 Volkswirtschaft	-0.3	0.0	-1.0	-1.0	0.0
9 Finanzen und Steuern	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-143.0	-174.3	-169.0	5.3	3.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	31.6	12.3	0.0	-12.3	-100.0
Nettoinvestitionen VV	-111.4	-162.0	-169.0	-7.0	-4.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-111.4	-162.0	-169.0	-7.0	-4.3

Kommentar

- Ursache der Erhöhung des Sach- und übrigen Betriebsaufwandes sind u.a. höhere Heiz- und Unterhaltskosten der Immobilien.
- Die Veränderung des Transferertrags ist auf einen Rückgang der Anteile an Bundeserträgen zurück zu führen (LSVA, CO2-Abgabe).

Regierungsrat

RR-416

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Basel ist ein weiteres zentrales Anliegen des Regierungsrats und soll erhalten bleiben. Schliesslich erachtet der Regierungsrat nachhaltige Lebensqualität als wichtigen Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Region im Herzen Europas.

Tätigkeiten und Projekte

Die Bedürfnisse und das Wohlergehen der Bevölkerung stehen im Zentrum der Regierungstätigkeit. Hierfür wird die eingeschlagene Strategie konsequent weiter verfolgt. Die vergangene Legislatur hat gezeigt, dass mit den vier Leitsätzen langfristig die richtigen Themen angepackt wurden. Auch das Controlling zum Legislaturplan hat keinen Handlungsbedarf bezüglich einer Strategieänderung aufgezeigt. Die Leitsätze des Legislaturplans werden deshalb auch für die kommende Legislatur beibehalten.

Umsetzung Legislaturplan 2013 bis 2017 Die langfristige Ausrichtung des Legislaturplans bleibt also die gleiche. Geändert haben sich hingegen die Ziele und Massnahmen auf der mittelfristigen Zeitachse: Einige Massnahmen konnten zwischenzeitlich abgeschlossen werden, andere sind in die ordentliche Verwaltungspraxis übergegangen; manches ist im Legislaturplan verblieben, hat sich jedoch weiterentwickelt; schliesslich wurden auch neue Ziele und Massnahmen aufgenommen. Damit hat der Regierungsrat die nötigen Anpassungen vorgenommen. Mit dem Legislaturplan 2013-2017 legt der Regierungsrat seine Einschätzungen, Prioritäten und Absichten offen, um ein starker und verlässlicher Partner bei der Entwicklung der Region Basel zu sein.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken					
30 Personalaufwand	-2'830.2	-2'772.8	-2'834.0	-61.2	-2.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7.3	-18.9	-22.3	-3.3	-17.5
Betriebsaufwand	-2'837.4	-2'791.8	-2'856.2	-64.5	-2.3
42 Entgelte	2.8	3.4	3.0	-0.4	-11.8
Betriebsertrag	2.8	3.4	3.0	-0.4	-11.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-2'834.6	-2'788.4	-2'853.2	-64.9	-2.3
Betriebsergebnis	-2'834.6	-2'788.4	-2'853.2	-64.9	-2.3
Gesamtergebnis	-2'834.6	-2'788.4	-2'853.2	-64.9	-2.3
davon Funktionen:					
01 Legislative und Exekutive	-2'834.6	-2'788.4	-2'853.2	-64.9	-2.3

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

Übriges: Finanzen Liegenschaften

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-55'413.8	-56'372.2	-60'714.4	-4'342.2	-7.7 ¹
Betriebsaufwand	-55'413.8	-56'372.2	-60'714.4	-4'342.2	-7.7
42 Entgelte	107'371.9	103'614.1	107'757.1	4'143.1	4.0 ²
46 Transferertrag	3.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	107'375.8	103'614.1	107'757.1	4'143.1	4.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	51'962.0	47'241.9	47'042.8	-199.1	-0.4
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-45'103.0	-57'506.5	-55'000.0	2'506.5	4.4
466 Auflösung erhalt. Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	2'080.0	2'080.0	0.0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-45'103.0	-57'506.5	-52'920.0	4'586.5	8.0
Betriebsergebnis	6'859.0	-10'264.6	-5'877.2	4'387.4	42.7
34 Finanzaufwand	-6'622.9	-6'037.9	-6'004.9	33.1	0.5
44 Finanzertrag	42'647.3	40'377.1	40'243.1	-134.0	-0.3
Finanzergebnis	36'024.4	34'339.1	34'238.2	-100.9	-0.3
Gesamtergebnis	42'883.4	24'074.5	28'361.0	4'286.5	17.8
davon Funktionen:					
01 Legislative und Exekutive	-350.3	0.0	0.0	0.0	0.0
02 Allgemeine Dienste	79'032.3	24'074.5	28'361.0	4'286.5	17.8
11 Öffentliche Sicherheit	-2'621.1	0.0	0.0	0.0	0.0
12 Rechtssprechung	-1'263.8	0.0	0.0	0.0	0.0
13 Strafvollzug	-546.5	0.0	0.0	0.0	0.0
14 Allgemeines Rechtswesen	-749.6	0.0	0.0	0.0	0.0
15 Feuerwehr	-320.5	0.0	0.0	0.0	0.0
16 Verteidigung	-157.3	0.0	0.0	0.0	0.0
21 Obligatorische Schule	-9'330.8	0.0	0.0	0.0	0.0
22 Sonderschulen	-811.8	0.0	0.0	0.0	0.0
23 Berufliche Grundbildung	-3'117.7	0.0	0.0	0.0	0.0
25 Allgemeinbildende Schulen	-2'984.4	0.0	0.0	0.0	0.0
27 Hochschulen	454.6	0.0	0.0	0.0	0.0
28 Forschung	-274.2	0.0	0.0	0.0	0.0
29 Übriges Bildungswesen	-201.6	0.0	0.0	0.0	0.0
31 Kulturerbe	-2'766.9	0.0	0.0	0.0	0.0
32 Kultur, übrige	-1'312.9	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Sport und Freizeit	-5'550.5	0.0	0.0	0.0	0.0
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-1'243.9	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Gesundheitsprävention	-220.9	0.0	0.0	0.0	0.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-446.0	0.0	0.0	0.0	0.0
54 Familie und Jugend	-83.6	0.0	0.0	0.0	0.0
55 Arbeitslosigkeit	-170.3	0.0	0.0	0.0	0.0
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-212.0	0.0	0.0	0.0	0.0
61 Strassenverkehr	-542.6	0.0	0.0	0.0	0.0
72 Abwasserbeseitigung	-184.3	0.0	0.0	0.0	0.0
77 Übriger Umweltschutz	-595.7	0.0	0.0	0.0	0.0
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-345.7	0.0	0.0	0.0	0.0
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-198.6	0.0	0.0	0.0	0.0

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken					
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-137'333.5	-174'250.0	-169'000.0	5'250.0	3.0
Einnahmen Investitionen > 300'000 Franken	31'561.1	12'250.0	0.0	-12'250.0	-100.0
Nettoinvestitionen VV	-105'772.4	-162'000.0	-169'000.0	-7'000.0	-4.3
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-105'772.4	-162'000.0	-169'000.0	-7'000.0	-4.3

Kommentar

- 1 Der Aufwand steigt einerseits wegen höherer Mittel für den Unterhalt der Gebäude im Verwaltungsvermögen, andererseits wegen der stetig steigenden Heizkosten.
- 2 Die Erträge der internen Mieten erhöhen sich 2014 wegen Flächenausweitungen insbesondere im Zusammenhang mit zusätzlichen Flächen im Asylbereich, den neuen Tagesstrukturen (HarmoS), Kindergartenflächen sowie der Überführung von bisher externen Mieten in interne Mietverhältnisse.

Übriges: Allgemeine Verwaltung

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	29'907.3	-13'288.0	-13'616.0	-328.0	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33'104.9	-3'392.5	-3'392.5	0.0	0.0
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-841.0	-850.0	-850.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-4'038.7	-17'530.5	-17'858.5	-328.0	-1.9
42 Entgelte	4'903.0	850.0	850.0	0.0	0.0
43 Verschiedene Erträge	2'058.2	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	159.9	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	8'307.0	8'750.0	7'959.0	-791.0	-9.0 ¹
Betriebsertrag	15'428.1	9'600.0	8'809.0	-791.0	-8.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	11'389.5	-7'930.5	-9'049.5	-1'119.0	-14.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ohne 333)	-500.7	0.0	0.0	0.0	0.0
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge > 300'000 Fr.	0.0	0.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0 ²
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV)	-500.7	0.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0
Betriebsergebnis	10'888.7	-7'930.5	-10'049.5	-2'119.0	-26.7
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	20'752.0	19'600.0	18'386.0	-1'214.0	-6.2
Finanzergebnis	20'752.0	19'600.0	18'386.0	-1'214.0	-6.2
Gesamtergebnis	31'640.7	11'669.5	8'336.5	-3'333.0	-28.6
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	31'640.7	11'669.5	9'336.5	-2'333.0	-20.0
85 Industrie, Gewerbe, Handel	0.0	0.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Ausgaben Investitionen > 300'000 Franken	-5'642.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV	-5'642.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	-5'642.1	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Der Anteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) ist um 567'000 Franken tiefer als im Budget Vorjahr. Ausserdem rechnen wir mit einem um 224'000 Franken geringen Anteil an der CO2-Abgabe.
- Gemäss neuer Rechnungslegungsvorschrift muss der Investitionsbeitrag an die MCH Messe AG über die Dauer von 20 Jahren abgeschrieben werden.

4.3 Konsolidierung

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
30 Personalaufwand	1'746.9	1'428.8	1'520.8	92.0	6.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	179'270.1	164'983.4	183'536.1	18'552.7	11.2
36 Transferaufwand	58'144.3	40'185.2	42'390.0	2'204.8	5.5
Aufwand	239'161.4	206'597.4	227'446.9	20'849.5	10.1
39 Interne Verrechnungen	-240'007.1	-211'037.4	-228'248.9	-17'211.5	-8.2
Aufwand inkl. interne Verrechnung	-845.7	-4'440.0	-802.0	3'638.0	81.9
42 Entgelte	-176'367.1	-165'489.2	-182'790.8	-17'301.7	-10.5
43 Verschiedene Erträge	-4'650.0	-923.0	-2'266.0	-1'343.0	-145.5
46 Transferertrag	-58'144.3	-40'185.2	-42'390.0	-2'204.8	-5.5
Ertrag	-239'161.4	-206'597.4	-227'446.9	-20'849.5	-10.1
49 Interne Verrechnungen	240'007.1	211'037.4	228'248.9	17'211.5	8.2
Ertrag inkl. interne Verrechnungen	845.7	4'440.0	802.0	-3'638.0	-81.9
Betriebsergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Finanzaufwand	845.7	4'440.0	802.0	-3'638.0	-81.9
44 Finanzertrag	-845.7	-4'440.0	-802.0	3'638.0	81.9
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

4.4 Budget Nichtzweckgebundene Positionen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-77.0	-45.1	-45.1	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-153.1	-168.8	-163.8	5.0	3.0
Betriebsaufwand	-230.1	-213.8	-208.8	5.0	2.3
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'528.6	10.6	0.4
41 Regalien und Konzessionen	16.4	16.5	15.7	-0.8	-4.9
42 Entgelte	0.0	4.0	0.0	-4.0	-100.0
43 Verschiedene Erträge	49.0	0.0	0.2	0.2	0.0
46 Transferertrag	226.5	217.7	229.2	11.6	5.3
Betriebsertrag	2'803.9	2'756.2	2'773.7	17.6	0.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	2'573.9	2'542.3	2'564.9	22.5	0.9
Betriebsergebnis	2'573.9	2'542.3	2'564.9	22.5	0.9
34 Finanzaufwand	-102.9	-141.3	-129.9	11.3	8.0
44 Finanzertrag	233.7	230.8	242.9	12.1	5.3
Finanzergebnis	130.8	89.5	112.9	23.4	26.2
Gesamtergebnis	2'704.7	2'631.8	2'677.8	46.0	1.7
davon Funktionen:					
0 Allgemeine Verwaltung	36.0	-0.1	-0.1	-0.1	-100.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6.4	6.3	7.3	1.1	17.4
9 Finanzen und Steuern	2'662.3	2'625.6	2'670.6	44.9	1.7

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Nettoinvestitionen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-367.9	-61.9	-27.2	34.7	56.1
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	-364.8	-61.9	-27.2	34.7	56.1
Saldo Investitionsrechnung	-364.8	-61.9	-27.2	34.7	56.1

4.4.1 Finanzdepartement

Finanzverwaltung Allgemein

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-39'085.0	-70.0	-70.0	0.0	0.0
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-15.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-153'070.1	-168'761.8	-163'773.0	4'988.8	3.0
Betriebsaufwand	-192'170.2	-168'831.8	-163'843.0	4'988.8	3.0
40 Fiskalertrag	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
41 Regalien und Konzessionen	16'434.8	16'450.0	15'650.0	-800.0	-4.9
43 Verschiedene Erträge	49'031.8	0.0	200.0	200.0	0.0
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	24.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	68'805.2	69'673.4	70'228.0	554.6	0.8
Betriebsertrag	134'295.5	86'123.4	86'078.0	-45.4	-0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	-57'874.7	-82'708.4	-77'765.0	4'943.4	6.0
Betriebsergebnis	-57'874.7	-82'708.4	-77'765.0	4'943.4	6.0
34 Finanzaufwand	-60'219.0	-69'638.1	-55'731.9	13'906.2	20.0
44 Finanzertrag	128'818.2	102'679.7	113'631.7	10'952.0	10.7
Finanzergebnis	68'599.3	33'041.6	57'899.8	24'858.2	75.2
Gesamtergebnis	10'724.5	-49'666.8	-19'865.2	29'801.6	60.0
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	36'409.4	-50.0	-100.0	-50.0	-100.0
91 Steuern	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
93 Finanz- und Lastenausgleich	-97'074.4	-111'269.4	-104'674.0	6'595.4	5.9
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	10'299.1	12'031.0	11'129.0	-902.0	-7.5
95 Ertragsanteile, übrige	2'534.3	200.0	200.0	0.0	0.0
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	58'556.4	49'421.6	73'579.8	24'158.2	48.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Nettoinvestitionen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-367'912.8	-61'900.0	-27'200.0	34'700.0	56.1
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3'129.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Darlehen und Beteiligungen VV	-364'783.1	-61'900.0	-27'200.0	34'700.0	56.1
Saldo Investitionsrechnung	-364'783.1	-61'900.0	-27'200.0	34'700.0	56.1

Kommentar

- Die Belastung durch den NFA Ressourcenausgleich fällt um 10.6 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr. Dies liegt primär daran, dass im zugrundeliegenden Drei-Jahresmittel der massgebenden Einkommen und Gewinne das für Basel-Stadt sehr gute Jahr 2007 für die NFA-Einzahlung 2014 wegfällt. Zudem erhöhen sich im Zusammenhang mit Harnos (Verschiebung 5. und 6. Primarstufe an Landgemeinden) die Beiträge an die Gemeinden um 5.2 Mio. Franken.
- Für das Budgetjahr 2014 wird mit einer um 0.8 Mio. Franken tieferen Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank gerechnet. Neu wird zur Verteilung der SNB-Ausschüttung eine andere Bevölkerungszahl zugrunde gelegt, was insgesamt zu einer Ausschüttung in Höhe von 15.6 Mio. Franken führt.
- Tiefere Zinsen auf Staatsanleihen sowie auf Darlehen von Banken und Versicherungen führen zu einem Minderaufwand von 6.3 Mio. Franken. Bei den kurzfristigen Zinskosten wird mit einem Minderaufwand von 8.2 Mio. Franken gerechnet. Im Gegensatz dazu führen höhere Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten zu einem Mehraufwand von 0.3 Mio. Franken.

- 4 Die Mehreinnahmen von 11 Mio. Franken lassen sich mehrheitlich mit einer höheren Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank erklären. Mit 73 Mio. Franken wurde diese auf dem Niveau der letzten Gewinnablieferung eingesetzt, was gegenüber dem Vorjahr 9.4 Mio. Franken höher ist. Im Weiteren wird mit einer höheren Gewinnablieferung der IWB von 3.5 Mio. Franken gerechnet. Dem stehen tiefere Zinserträge (u.a. Dotationskapital Basler Kantonalbank und Darlehen Industrielle Werke Basel) gegenüber.

Steuern Steuerverwaltung

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-37'883.2	-45'000.0	-45'000.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-37'883.2	-45'000.0	-45'000.0	0.0	0.0
40 Fiskalertrag	2'480'014.4	2'483'900.0	2'495'000.0	11'100.0	0.4 ¹
42 Entgelte	0.0	4'000.0	0.0	-4'000.0	-100.0 ²
46 Transferertrag	157'714.6	148'000.0	159'000.0	11'000.0	7.4
Betriebsertrag	2'637'729.0	2'635'900.0	2'654'000.0	18'100.0	0.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	2'599'845.8	2'590'900.0	2'609'000.0	18'100.0	0.7
Betriebsergebnis	2'599'845.8	2'590'900.0	2'609'000.0	18'100.0	0.7
34 Finanzaufwand	0.0	-9'500.0	-9'800.0	-300.0	-3.2 ³
44 Finanzertrag	0.0	19'000.0	19'000.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	0.0	9'500.0	9'200.0	-300.0	-3.2
Gesamtergebnis	2'599'845.8	2'600'400.0	2'618'200.0	17'800.0	0.7
davon Funktionen:					
91 Steuern	2'599'845.8	2'600'400.0	2'618'200.0	17'800.0	0.7

Kommentar

- Höhere Erträge bei den Grenzgängern und ein leichter Anstieg bei den Juristischen Personen werden erwartet.
- Ertrag aus der kantonalen Inkassostelle. Wird ab 2014 bei der Dienststelle Steuerverwaltung (ZBE) budgetiert.
- Ausweis Kontogebühren und Bankspesen aufgrund der neuen Rechnungslegungsvorschriften.

Parkhäuser Finanzvermögen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Betriebsergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Finanzaufwand	-7'939.8	-7'109.8	-6'415.2	694.6	9.8 ¹
44 Finanzertrag	14'300.3	13'364.5	13'759.4	394.9	3.0
Finanzergebnis	6'360.4	6'254.7	7'344.2	1'089.5	17.4
Gesamtergebnis	6'360.4	6'254.7	7'344.2	1'089.5	17.4
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
61 Strassenverkehr	6'360.4	6'254.7	7'344.2	1'089.5	17.4

Kommentar

1 Aufgrund des tieferen kalkulatorischen Zinssatzes sinkt der Zinsaufwand 2014.

Liegenschaften Finanzvermögen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Finanzaufwand	-34'716.0	-55'009.3	-57'999.4	-2'990.1	-5.4 ¹
44 Finanzertrag	90'562.1	95'723.3	96'502.9	779.6	0.8
Finanzergebnis	55'846.2	40'714.0	38'503.5	-2'210.6	-5.4
Gesamtergebnis	55'846.2	40'714.0	38'503.5	-2'210.6	-5.4
davon Funktionen:					
02 Allgemeine Dienste	-429.7	0.0	0.0	0.0	0.0
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	56'275.9	40'714.0	38'503.5	-2'210.6	-5.4

Kommentar

1 Der Aufwand steigt wegen höheren werterhaltenden Investitionen und steigendem Planungsaufwand.

4.4.2 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motorfahrzeugsteuer

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
40 Fiskalertrag	31'247.2	33'500.0	33'000.0	-500.0	-1.5
Betriebsertrag	31'247.2	33'500.0	33'000.0	-500.0	-1.5 ¹
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	31'247.2	33'500.0	33'000.0	-500.0	-1.5
Betriebsergebnis	31'247.2	33'500.0	33'000.0	-500.0	-1.5
Gesamtergebnis	31'247.2	33'500.0	33'000.0	-500.0	-1.5
davon Funktionen:					
92 Steuerabkommen	31'247.2	33'500.0	33'000.0	-500.0	-1.5

Kommentar

- 1 Die Erträge aus Motorfahrzeugsteuern wurden im Budget 2013 mit 33.5 Mio. Franken veranschlagt, dies entsprach einer Erhöhung um 2.7 Mio. Franken, was auf vorübergehende Effekte aus der sog. Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer zurück zu führen war.

4.4.3 Gesundheitsdepartement

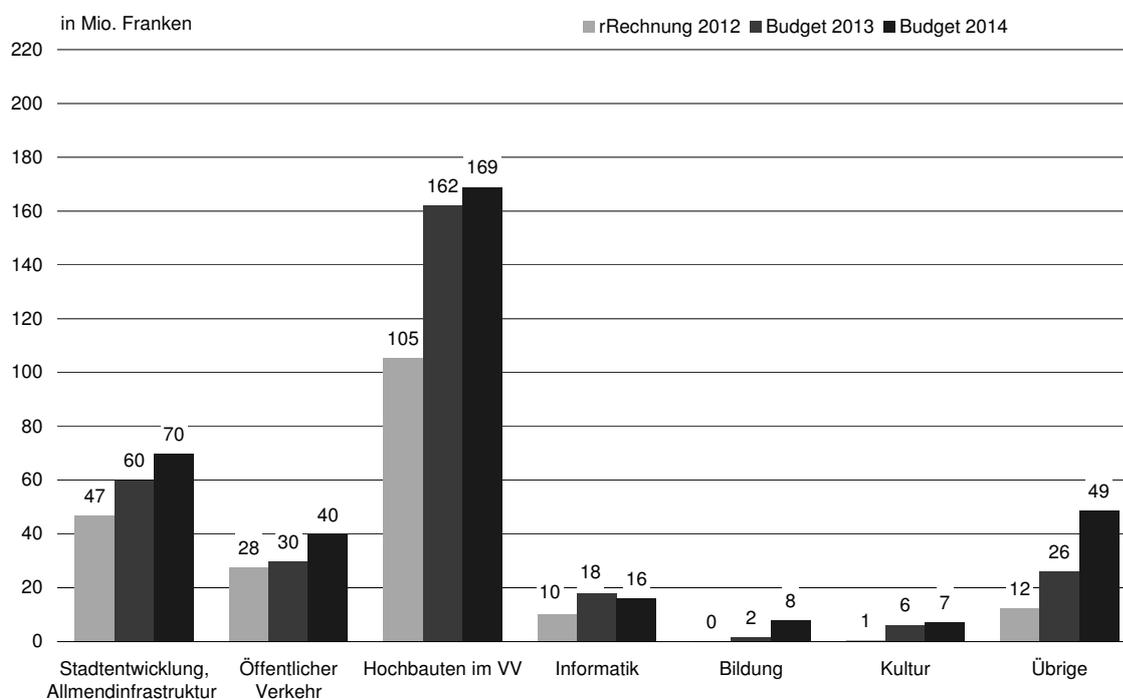
Hundesteuer

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B14/B13	
	2012	2013	2014	abs.	%
40 Fiskalertrag	649.0	632.0	635.0	3.0	0.5
Betriebsertrag	649.0	632.0	635.0	3.0	0.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen VV	649.0	632.0	635.0	3.0	0.5
Betriebsergebnis	649.0	632.0	635.0	3.0	0.5
Gesamtergebnis	649.0	632.0	635.0	3.0	0.5
davon Funktionen:					
92 Steuerabkommen	649.0	632.0	635.0	3.0	0.5

5 Die Investitionen

5.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben

5.1.1 Investitionsplafonds



Seit 2013 bzw. dem Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltgesetzes werden die Investitionen ins Verwaltungsvermögen in sieben Investitionsbereichen dargestellt. Neu werden Ausgaben für die Bereiche Hochbauten Verwaltungsvermögen, Informatik und Kultur als separate Investitionsbereiche dargestellt. Um einen Vergleich mit den Vorjahren zu gewährleisten, wurden die einzelnen Investitionsvorhaben in der Rechnung 2012 rückwirkend den neuen Bereichen zugeordnet (rRechnung 2012).

Den grössten Investitionsbereich bilden mit 169.0 Mio. Franken die Hochbauten im Verwaltungsvermögen. Sein Anteil am ganzen für die Investitionen im Jahr 2014 zur Verfügung stehenden Plafond in der Höhe von 358.8 Mio. Franken beträgt 47.1%. Dem Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur stehen 70.0 Mio. Franken (Anteil 19.5%), dem Investitionsbereich Übrige 48.6 Mio. Franken (Anteil 13.5%), dem Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr 40.0 Mio. Franken (Anteil 11.1%), dem Investitionsbereich Informatik 16.0 Mio. Franken (Anteil 4.5%), dem Investitionsbereich Bildung 8.0 Mio. Franken (Anteil 2.2%) und dem Investitionsbereich Kultur 7.2 Mio. Franken (Anteil 2.0%) zur Verfügung.

5.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste gibt einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahre 2014 die höchsten Ausgaben vorgesehen sind.

Vorhaben in Mio. Franken	Investitionsbereich	Brutto	Drittmittel	Netto
1 Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	Hochbauten im VV - Teil Kultur	36.8	18.4	18.4
2 Schulharmonisierung	Hochbauten im VV / Bildung	27.1		27.1
3 Rahmenausgaben Gleisanlagen	Öffentlicher Verkehr	26.0		26.0
4 HGK FHNW Dreispitz Neubau	Hochbauten im VV - Teil Bildung	21.6	11.0	10.6
5 Sandgrube Schulhaus Neubau	Hochbauten im VV - Teil Bildung	15.0		15.0
6 Rahmenausgaben Strassen	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	15.0		15.0
7 Rahmenausgaben Abwasserabl.	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	11.8		11.8
8 Rheinuferpromenade St. Johann	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	11.0	1.1	9.9
9 St. Jakob Sportanl. Tribünengebäude	Hochbauten im VV - Teil Bildung	10.5		10.5
10 Allg. Bibliotheken der GGG, Inv.-B.	Übrige - Teil Investitionsbeiträge	9.8		9.8
Total der zehn grössten Vorhaben 2014		184.5	30.5	154.0

5.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsplafond 2014 des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur wurde auf 70.0 Mio. Franken netto festgesetzt und ist somit 10.0 Mio. Franken höher als der Plafond 2013.

Die Rahmenausgabenbewilligungen zur Erhaltung der Infrastruktur (Strassen, Umgestaltung Allmend, Kunstbauten, Wasserbauten, Abwasserleitungen und Lichtsignalanlagen) stellen mit einer Budgetrate von 34.2 Mio. Franken (2013 29.8 Mio. Franken) einen Anteil von 48.9% am Plafond des Investitionsbereichs (2013 49.6%). Die Rahmenausgabenbewilligung zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen und Zusatzgeräten ist mit einer Rate von 3.8 Mio. Franken budgetiert, was einem Anteil von 5.4% entspricht. Somit entfallen 54.3% (2013 55.9%) der zur Verfügung stehenden Budgetmittel auf die erwähnten Rahmenausgabenbewilligungen. Bei den Einzelprojekten ist die Gestaltung der Rheinuferpromenade zwischen St. Johanns-Park und der Landesgrenze mit netto 9.9 Mio. Franken (brutto 11.0 Mio. Franken) das grösste Vorhaben. Weitere grosse Investitionsvorhaben sind die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein mit netto 7.0 Mio. Franken (brutto 9.0 Mio. Franken), die Umgestaltung Luzernerring/Wasgenring mit netto 5.6 Mio. Franken (brutto 7.1 Mio. Franken), die Weiterführung der Arbeiten zur Erschliessung der Erlenmatt mit 4.6 Mio. Franken, das Vorhaben Anpassung Knoten Elsässerstrasse/Kohlenstrasse mit 3.1 Mio. Franken, die Vorhaben zu Lasten der Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr mit 2.4 Mio. Franken, und die Umgestaltung der Elisabethenstrasse mit 2.0 Mio. Franken. Für das Vorhaben Nordtangente (N2-Projekt) ist noch eine Rate von netto 0.4 Mio. Franken (brutto 1.7 Mio. Franken) vorgesehen.

2014 soll mit der Fuss- und Veloverbindung von der Fabrikstrasse zur Rheinuferpromenade begonnen werden. Ebenso wird die Revitalisierung des Flussbetts im Unterlauf der Wiese in Angriff genommen werden. In den Langen Erlen und an der St. Jakobsstrasse werden Velowege realisiert werden.

5.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsplafond Öffentlicher Verkehr beträgt im Jahr 2014 40.0 Mio. Franken netto und ist gegenüber dem Plafond 2013 um 10.0 Mio. Franken höher. Die grösste Position der geplanten Investitionen aus den gebundenen Ausgaben für den Werterhalt der Infrastruktur der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) beträgt 28.5 Mio. Franken (2013 18.2 Mio. Franken) und macht einem Anteil von

71% (2013 61%) aus. Über die Rahmenausgabenbewilligung Gleisanlagen werden 26.0 Mio. Franken (65.0%) abgewickelt. Die Rahmenausgabenbewilligung Gleisanlagen ist, wie die Rahmenausgabenbewilligungen im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Teil der „Rahmenausgabenbewilligungen zur Erhaltung der Infrastruktur Basel-Stadt“.

Die für Neuinvestitionen verfügbaren Mittel werden in erster Linie für die Verbesserung der Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr und deren Vernetzung in der trinationalen Agglomeration eingesetzt.

Die grössten Einzelvorhaben im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr sind die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Elsässer-/Hünigerstrasse mit 4.9 Mio. Franken sowie die Arbeiten am Knoten Elsässer-/Kohlenstrasse, der Endhaltestelle der Tramlinie 11, mit 3.8 Mio. Franken. Weitere grosse Einzelvorhaben im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr betreffen die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit netto 1.8 Mio. Franken (brutto 2.6 Mio. Franken) sowie die neuen Tramlinien des Tramnetzes Basel 2020. Für die Erschliessung der Erlentmatt durch den öffentlichen Verkehr ist eine Rate von 0.8 Mio. Franken vorgesehen. Für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint Louis ist eine Rate von 1.9 Mio. Franken eingestellt. Für den Bau der Linienführung Margarethenstich sind netto 0.4 Mio. Franken vorgesehen (brutto 0.8 Mio. Franken). Zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Behindertengleichstellung (BehiG) sind für die Infrastrukturmassnahmen im Jahr 2014 insgesamt 3.3 Mio. Franken eingestellt, davon eine Rate von 1.1 Mio. Franken für die Anpassung der BVB-Fahrzeuge. Eine Budgetrate von 2.0 Mio. Franken ist für Lärminderungsmaßnahmen auf dem Schienennetz der BVB eingeplant. Für den Beitrag Basel-Stadt an die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke sind 2.0 Mio. Franken im Budget 2014 eingestellt.

5.1.5 Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Der Investitionsplafond 2014 für den Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen beträgt netto 169.0 Mio. Franken, für den Teil Bildung und Kultur 150.0 Mio. Franken sowie 19.0 Mio. Franken für den Teil Übrige. Gegenüber 2013 (162.0 Mio. Franken) stieg der Plafond damit um 7.0 Mio. Franken an.

Die grössten Vorhaben bei den Hochbauten im Verwaltungsvermögen sind im Teil Bildung und Kultur der Erweiterungsbau des Kunstmuseums mit netto 18.4 Mio. Franken (brutto 36.8 Mio. Franken) und die Hochschule für Gestaltung und Kunst mit einer Jahresrate von netto 11.6 Mio. Franken (brutto 21.6 Mio. Franken).

Die Raten 2014 zu Lasten der Rahmenausgabenbewilligungen für die Baumassnahmen für Schulharmonisierung und Tagesstrukturen an den Schulen betragen 20.6 und 6.2 Mio. Franken. Für den Neubau für das Sekundarschulhaus Sandgrube sind 15.0 Mio. Franken, für die Sanierung am Brunmattschulhaus 7.0 Mio. Franken und für die temporären Schulbauten 6.0 Mio. Franken vorgesehen.

Des Weiteren sind für den Neubau des Tribünengebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob 10.5 Mio. Franken, für die Sanierungsarbeiten an der Haus- und Bühnentechnik des Theaters und des Schauspielhauses 10.0 Mio. Franken sowie für die Sanierungsmaßnahmen im Kunstmuseum 8.0 Mio. Franken vorgesehen.

Bei den Hochbauten im Bereich Übrige sind als grössten Vorhaben 2014 die Sanierung des Magazins der Stadtreinigung an der Hagenastrasse 40a mit 3.5 Mio. Franken, die Rate von 3.0 Mio. Franken für klimagerechte Anpassungen an öffentlichen Gebäuden, die Sanierung des Polizei-Ausbildungszentrums an der General Guisan-Strasse 29 für 2.0 Mio. Franken und die Zellenerweiterung im Waaghof mit 1.6 Mio. Franken zu erwähnen.

5.1.6 Informatik

Seit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes und der Finanzhaushaltverordnung werden Informatikvorhaben neu in einem eigenen Investitionsbereich Informatik geführt. Der Investitionsplafond 2014 für diesen Bereich wurde auf 16.0 Mio. Franken netto festgesetzt.

Als grösste Vorhaben zu erwähnen sind das Standardisierungsvorhaben PaRIS zur Schaffung eines optimierten Einwohnersystems mit redundanzfreier Datenhaltung und konsolidierter Geschäftsverwaltung mit 2.1 Mio. Franken, die Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an der Volksschule mit 2.1 Mio. Franken sowie die Rahmenausgaben zur Erneuerung zentraler Anlagekomponenten mit 2.0 Mio. Franken. Das IT-Einsatzleitsystem Sanität soll nach 10 Jahren Lebensdauer für 1.5 Mio. Franken erneuert werden. Beim Projekt Impulsprogramm E-Government werden für 1.1 Mio. Franken die technischen Basisservices implementiert. Das Projekt WorkplaceBS soll mit der Bereitstellung des neuen kantonalen IT-Arbeitsplatzes abgeschlossen werden, wofür 1.0 Mio. Franken vorgesehen sind.

5.1.7 Bildung

Der Investitionsplafond 2014 für den Investitionsbereich Bildung wurde auf 8.0 Mio. Franken netto festgesetzt. Nachdem bis anhin bei Hochbauvorhaben die damit einhergehenden Mobiliar-Anschaffungen budgetmässig eingeschlossen waren, wird dieser Investitionsanteil nun bei grösseren Hochbauvorhaben im Zuge von HRM2 respektive ab Budget 2014 separat geführt und ausgewiesen. Die entsprechenden Budgetanteile werden aus dem Investitionsbereich Hochbauten herausgelöst und an das Erziehungsdepartement transferiert, welches diese Mittel künftig bewirtschaftet. Im Budgetjahr 2014 sind davon insbesondere die beiden Ratschläge Schulharmonisierung mit 6.5 Mio. Franken und Tagesstrukturen mit 1.9 Mio. Franken betroffen. Die Erhöhung des Investitionsplafonds Bildung ist ausschliesslich auf diesen Effekt zurückzuführen.

5.1.8 Kultur

Der Investitionsplafond 2014 für den Investitionsbereich Kultur wurde auf 7.2 Mio. Franken netto festgesetzt. Als grösste Vorhaben sind die Einrichtung der Ausstellung im Naturhistorischen Museum für 2.3 Mio. Franken, diejeniger der Dauerausstellung im Museum der Kulturen mit 2.0 Mio. Franken, die Proberäume für Bands mit 1.2 Mio. Franken sowie die Ankäufe von Kunstobjekten für das Kunstmuseum mit 1.0 Mio. Franken zu erwähnen.

5.1.9 Übrige

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen enthalten, die grösser als 300'000 Franken sind und welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartementes, die betrieblichen Vorhaben des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei und Friedhöfe (Bau- und Verkehrsdepartement) sowie der Staatskanzlei und des Staatsarchivs (Präsidialdepartement). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt.

Der Investitionsplafond 2014 beträgt 48.6 Mio. Franken netto und liegt damit 22.6 Mio. Franken über dem Wert von 2013 von 26.0 Mio. Franken. Die Zunahme ist auf die Investitionsbeiträge zu Gunsten der Allgemeinen Bibliotheken der GGG in der Höhe von 9.8 Mio. Franken und der Alters- und Pflegeheime Burgfelderhof, Bethesda, Adullam Riehen und Humanitas Riehen mit total 18.2 Mio. Franken zurückzuführen. Für die erste Etappe der Projektierung der Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRhenio AG (Projekt EABA) werden 3.5 Mio. Franken eingestellt.

5.2 Investitionsübersichtsliste

5.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der Investitionsübersichtsliste können Vorhaben aufgeführt werden, welche zusammen einen maximalen Betrag von 130% des im Budget eingestellten Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. In der Realisierung ist die Ausschöpfung hingegen strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist unter Berücksichtigung des Bruttoprinzips im Budget in der Investitionsrechnung eingestellt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, in welchem Verhältnis die Planung gemäss Investitionsübersichtsliste der einzelnen Investitionsbereiche zum budgetierten Plafond steht:

Investitionsbereiche in Franken	Budget 2014 (100%-Plafond)	Investitions- übersichtsliste	Ausschöpfung des Plafonds (max. 130%)
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	70'000'000	91'357'000	130.5% ¹
Öffentlicher Verkehr	40'000'000	51'280'000	128.2%
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	169'000'000	189'147'000	111.9%
Informatik	16'000'000	11'433'000	71.5% ²
Bildung	8'000'000	8'648'000	108.1%
Kultur	7'200'000	7'085'000	98.4% ²
Übrige	48'600'000	48'788'000	100.4%
Total Investitionsübersicht Budget 2014	358'800'000	407'738'000	113.6%

Kommentar

- 1 Ohne Berücksichtigung der Vorhaben, welche durch den Mehrwertabgabefonds (über die Bilanz) finanziert werden, beträgt die Ausschöpfung 124.2%.
- 2 Vgl. hierzu Bericht der Finanzkommission zum Budget 2014.

5.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird beim Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die Bauvorhaben im Bereich der Bildung (Teil Bildung) und für die allgemeinen Bauvorhaben (Teil Übrige) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben dem Teilsaldo für die allgemeinen Investitionen (Teil Allgemeines) zusätzlich den Teilsaldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm.

Bei den Investitionen sind kreditrechtlich die Plafonds für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich relevant. Reicht ein Plafonds nicht aus, muss das Budget für Investitionen erhöht werden. Die einzelnen Vorhaben auf der Investitionsübersichtsliste sind somit nicht eigene Budgetkredite, ihre Auflistung dient vielmehr der transparenten Darlegung der geplanten Ausgaben, der bereits ausgeschöpften Beträge und der budgetierten Jahrestanchen. Der Grosse Rat bewilligt die finanzrechtlich neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken (auf der Investitionsübersichtsliste mit „neu“ bezeichnet) aufgrund eines Ausgabenberichts oder Ratschlags. Die finanzrechtlich neuen Vorhaben grösser 1.5 Mio. Franken unterstehen dem fakultativen Referendum.

Legende

Finanzrechtlicher Status

geb

Die Abkürzung geb steht für gebundene Investitionsausgabe grösser 300'000 Franken.

neu ohne Datum

Neu ohne Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat noch nicht aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.

neu mit Datum

Neu mit Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.

Bruttoausgaben

Total

Diese Spalte beinhaltet die insgesamt bewilligten Ausgaben bzw. die noch zu bewilligenden Ausgaben pro Investitionsvorhaben sowie die erwarteten Drittmittel.

Ausschöpfung bis 2013

Die Spalte beinhaltet alle bis 2012 getätigten plus die 2013 geplanten Ausgaben bzw. die bis 2012 erhaltenen plus die 2013 geplanten Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.

Ausschöpfung/Budget 2014

Diese Spalte zeigt den budgetierten Investitionsbetrag sowie die Drittmittel für das Jahr 2014.

Ausschöpfung 2015

Diese Spalte weist den für 2015 geplanten Investitionsbetrag und die Drittmittel aus.

Ausschöpfung ab 2016

Diese Spalte umfasst alle ab 2016 geplanten Ausgaben und Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Total	Bruttoausgaben				
			Ausschöpfung				
			bis 2013	2014	2015	ab 2016	
350 Kantons- und Stadtentwicklung		600	345	45	0	0	
501000001 APS Projekt Kasernenareal	neu 17.11.99	600	345	45	0	0	
601 Generalsekretariat BVD		42'961	14'489	4'385	11'336	10'793	
001020207 MWA Nachtigallenwäldli, Parkanlagen	neu 16.02.11	7'200	382	380	1'308	5'227	
001020211 MWA Liestaleranlage, Umgestaltung	neu 13.03.13	1'610	70	500	530	510	
001020214 MWA DB-Areal, Reinigung/Gestaltung	neu 17.10.07	14'960	8'048	600	4'036	2'223	
001020216 MWA DB-Areal, Reinigung	neu 17.10.07	1'000	402	100	200	0	
001020217 MWA Voltamatte Neugestaltung	neu 19.05.10	4'436	2'282	50	0	0	
001020221 MWA St. Johannis-Park	neu 20.10.10	2'599	2'202	150	0	0	
001020222 MWA Heuwaage, Umgestaltung	neu 16.02.11	3'960	189	178	1'824	1'823	
001020223 MWA Schwarzpark, sanfte Öffnung	neu	3'100	200	2'000	1'300	250	
001020224 MWA Bläsiring, Müllheimerstr.	neu 20.10.10	415	364	45	0	0	
001020227 MWA Landhof-Areal Planung	neu	880	350	192	288	0	
001020228 MWA Schwarzwaldallee, Sanierung	neu 15.01.13	1'151	0	150	850	150	
001020233 MWA Grenzacherstrasse	neu	1'650	0	40	1'000	610	
614 Stadtgärtnerei		5'300	4'398	900	0	0	
030050501 Sicherheit auf Kinderspielplätz	neu 17.01.07	5'300	4'398	900	0	0	
617 Tiefbauamt		425'824	144'973	77'350	79'487	94'627	
010020007 Elsässer-/Kohlenstr. Knoten Anp.	neu 14.04.10	8'100	2'549	3'100	600	100	
010020011 Schanzenstr./Spitalstr UKBB Umgest.	neu 23.06.10	785	786	10	0	0	
010020014 Chrischonarain Abschn. Leimgrub.	neu 09.06.10	2'900	2'377	30	0	0	
010020015 Grosspeteranlage (Erschliessung)	neu 11.05.11	872	313	500	60	0	
010020016 Güterstrasse Baumreihe Anpassung	neu	500	0	100	400	0	
010020017 Veloweg Lange Erlen	neu	1'600	50	500	1'100	0	
010020019 Wielandplatz Umgestaltung	neu	3'500	50	80	1'000	1'145	
010020020 Wiesenplatz Verkehrsflächen Umgest.	neu 15.02.12	3'750	47	200	1'500	1'600	
010020023 Elsässerstr. Hünigerstr. Umgestaltung	neu 06.04.11	3'700	670	1'700	600	50	
010020027 St. Jakobs-Strasse Veloweg Fahrb.	neu	1'000	0	50	750	200	
010020030 Tempo 30 Zonen Erweiterung	neu 09.01.13	3'000	300	600	700	1'400	
010020032 Hegenheimerstr. - Belforterstr.	neu	855	40	300	1'000	180	
010020033 Rheinuferpromenade Schaffhauserrh.	neu	13'200	0	300	7'000	8'375	
011021051 St. Johann, Verkehrsinfrastruktur	neu 19.01.05	22'000	20'361	10	0	0	
... davon Drittmittel		-1'163	-1'163	0	0	0	
011021061 Velo/Mofa, Neuer Rahmenkredit	neu 18.01.06	8'000	7'308	800	100	0	
... davon Drittmittel		-228	-228	0	0	0	
011021063 Grenzacherstr., Landauerstr.	neu 06.04.11	1'440	20	600	820	0	
011021072 Elisabethenstr. Umgestaltung	neu 19.01.11	9'381	160	2'000	3'000	3'600	
011021078 Erlenmatt Erschliessung Mitte	neu 17.10.07	4'868	3'728	280	400	0	
011021083 Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	neu 10.12.08	29'950	13'002	7'100	4'400	500	
... davon Drittmittel		-6'375	-1'475	-1'500	-1'200	-2'200	
011021084 Erlenmatt Erschliessung Ost	neu 09.12.09	9'570	3'073	350	2'000	1'000	
011021086 Reinacherstr./Süd/Jakobsberger-Giornicostr.	neu 09.01.13	1'020	0	20	400	600	
011021088 Aeussere Baselstr. Riehen	neu 02.03.11	12'000	438	1'600	3'500	6'407	
011021090 Morgartenring, Im langen Loh-Gen.Guis.	neu 20.10.10	3'420	3'225	10	0	0	
... davon Drittmittel		-104	-104	0	0	0	
012120001 N2 Projekt und Bauleitung	geb	0	0	188	43	0	
012220002 N2 Landerwerb	geb	0	0	1'080	840	0	
012320003 N2 Bauausführung	geb	0	0	417	866	0	
012320400 N2 Einnahmen und Rückerstattung	geb	0	0	0	0	0	
... davon Drittmittel		0	0	-1'290	-1'299	0	
020020001 Rheinuferpromenade St. Johann.	neu 29.06.11	27'970	8'996	11'000	5'200	0	
... davon Drittmittel		-3'050	-500	-1'100	-1'450	0	
020020006 Hafenenwicklung Klybeckquai Öffn.	neu 11.01.12	900	750	150	0	0	
020020007 Wiese Revital. Flussbett Unterlauf	neu 08.05.12	7'000	31	800	3'200	3'000	
... davon Drittmittel		-3'920	0	-1'070	-2'850	0	
021028002 IB1 Tramverl. Nr.8 Kleinhüningen	neu 16.01.08	32'736	23'308	9'000	500	10	
... davon Drittmittel		-11'760	-9'560	-2'000	-200	0	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben					
			Total	Ausschöpfung				
				bis 2013	2014	2015	ab 2016	
025020001	Aeschengraben Veloverbind. Umgest.	neu	3'230	0	150	1'300	1'780	
025020003	Rheinuferpromenade Fabrikstrasse	neu	3'000	0	150	2'000	850	
025020004	RAB Gest. Innenstadt stabile Räume	neu	30'000	200	400	3'750	25'650	
025020005	Grosspeteranlage Erschliessungsstr.	geb	04.09.12	1'630	300	50	1'000	280
025020006	Baselstr. - Lörracherstrasse Umgest.	neu		21'160	0	350	3'000	3'640
025020009	Grenzacherstrasse, Peter Rot-Str.	neu		2'850	0	1'500	1'350	50
025020010	Erlenmatt Erschl. West Westschollenstr.	geb	04.09.12	3'700	350	2'100	1'250	0
025052000	RAB Erh. Infr. Strassen 2013 - 2016	geb	25.09.12	50'000	15'000	15'000	15'000	15'000
025053000	RAB Erh. Infr. Umg. Allmend 2013 - 2016	geb	25.09.12	4'000	500	1'100	1'150	1'000
025054000	RAB Erh. Infr. Kunstbauten 2013 - 2016	geb	25.09.12	8'960	2'800	1'900	2'300	2'300
025055000	RAB Erh. Infr. Wasserbau 2013 - 2016	geb	25.09.12	10'240	1'000	2'300	4'000	3'000
025056000	RAB Erh. Infr. Abwasserabl. 2013 - 2016	geb	25.09.12	42'000	16'000	11'750	7'000	7'000
030051000	OT 7: A2-ABAC GP-AP Anschl. BS-City ... davon Drittmittel	geb	29.03.11	2'750	465	1'300	50	0
				-1'180	-302	-845	-33	0
040050001	RAB 3 FZG und Geräte Wiederbesch.	geb	04.09.12	18'580	3'770	3'770	3'080	7'960
060020001	Containerentsorgung Pilotprojekt	neu		590	100	1'000	0	0
070020002	Entwässerungskonz. Novartis Campus ... davon Drittmittel	neu	14.10.09	19'860	12'040	0	0	0
				-13'624	-10'924	-2'700	0	0
070020557	Kanalinformationssystem	neu	14.12.95	1'880	333	50	50	150
070050676	Erlenmatt/DB Areal Kanal. Goldb.	neu	17.10.07	700	0	300	260	0
070050677	Erlenmatt/DB Areal Kanal. Erlenm.	neu	17.10.07	580	50	580	0	0
070050709	Anschlussleit. auf Allmend 3	geb	01.09.09	5'000	3'818	1'000	0	0
099990001	WUV Wohnumfeldaufwertung	neu	17.11.99	22'500	20'920	230	0	0
651	Städtebau + Architektur			15'289	8'025	2'418	2'115	1'925
030020005	APS Stadtentwicklung St. Johann	neu	17.11.99	2'200	1'452	100	400	0
030020014	Zonenplanrevision Basel-Stadt ... davon Drittmittel	neu	09.11.05	3'250	2'067	200	0	0
				-50	-50	0	0	0
030020023	Bad Bhf Siedlungsstruktur, Konzept	neu	08.12.10	465	387	65	0	0
030020024	Lörracherstrasse Riehen, Umgest.	neu	23.06.10	300	151	140	0	0
030020025	Dreispietz Entwicklungsplanung	neu	08.12.10	1'900	715	400	400	400
030020027	Hafenentwicklung Klybeck Kleinhüningen	neu		1'500	500	500	500	0
030020029	Grenzacherstr.-Peter Rot-Schwarzw.	neu	08.06.11	350	273	50	0	0
030020031	Innenstadt Qualität im Zentrum	neu	16.12.10	725	552	113	0	0
030020032	Birsig - Birsigparkplatz Entwickl.	neu	12.01.11	600	50	100	300	150
030020033	RAB Gest. Innenstadt dynamische Räume	neu		2'000	100	150	375	1'375
030020034	Bad Bhf Veloparking, Planung	neu		540	200	350	140	0
030026000	Internat. Bauausstellung 2020 (IBA) ... davon Drittmittel	neu	09.09.09	1'881	2'000	250	0	0
				-372	-372	0	0	0
661	Mobilität			20'404	8'547	6'260	3'195	2'300
810020003	RAB Langsamverkehr ... davon Drittmittel	neu	23.06.10	10'000	6'368	2'400	1'300	0
				-49	-49	0	0	0
810050000	GVM Gesamtverkehrsmodell ... davon Drittmittel	geb	01.09.09	1'300	666	360	130	0
				-497	-252	-180	-65	0
820020009	Burgfelder-/Missionsstr. - Spalenvorst.	neu		350	100	200	50	0
820020012	Veloparking Bhf SBB Planung	neu		300	50	150	50	0
820020013	Heuwaage - Binnergerstrasse, Plan.	neu		450	20	300	130	0
830020003	Verkehrsregime Innenstadt	neu	12.01.11	1'350	444	930	0	0
830057000	RAB Erh. Infr. Lichtsignalanl. 2013 - 2016	geb	25.09.12	7'200	1'200	2'100	1'600	2'300
	Total inkl. Drittmittel			552'748	205'756	102'043	103'230	111'845
	... davon Drittmittel			-42'371	-24'978	-10'685	-7'097	-2'200
	Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur			510'377	180'778	91'357	96'133	109'645

Öffentlicher Verkehr

Investitionsvorhaben in '000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2013	2014	2015	ab 2016	
617	Tiefbauamt	136'157	17'624	12'105	9'273	121'225	
010020008	Elsässerstr./Kohlenstr. Knoten	neu 14.04.10	4'900	744	3'800	200	70
010020024	Elsässerstr./Hünningerstr. Umgestalt.	neu 06.04.11	5'700	94	4'900	300	90
010020025	Tram 2020 Margarethenstich Bau	neu	17'000	100	800	1'884	17'500
	... davon Drittmittel		-13'692	-50	-400	-942	-12'300
010020034	Tram 2020 Erlenmatt	neu	40'000	200	800	688	64'000
	... davon Drittmittel		-12'370	0	0	0	-12'370
010020035	BehiG Wiesenplatz Tramhaltestelle	neu 15.02.12	1'130	10	300	800	20
011021056	Erschliessung St. Johann	neu 19.01.05	18'200	13'597	40	740	1'830
	... davon Drittmittel		-8'103	-6'798	-20	-370	-915
011021079	Erlenmatt ÖV 1. Etappe	neu 09.12.09	970	744	30	50	0
011021089	Aeussere Baselstr. Riehen Grundw.	neu 02.03.11	4'223	95	1'095	1'123	2'000
021028003	Tram 8 Kl. Hünigen - Weil am Rhein	neu 16.01.08	17'329	14'777	100	0	0
	... davon Drittmittel		-5'930	-5'890	-40	0	0
025020007	Tram 2020 Linie 3 Basel-Bhf Saint Louis	neu	94'200	0	500	27'000	66'700
	... davon Drittmittel		-67'400	0	0	-23'000	-44'400
025020012	BehiG-Massnahmen RAB Ums. Erhalt.	neu	40'000	0	200	800	39'000
651	Städtebau + Architektur		3'860	940	800	900	1'160
030020003	Erlenmatt ÖV 2. Etappe Projekt.	neu 09.12.09	1'000	840	100	0	0
030020030	BehiG Projektierung Infrastruktur	neu 14.11.12	1'460	100	400	500	460
030020036	BehiG-Massnahmen RAB Proj. Grossproj.	neu	1'400	0	300	400	700
661	Mobilität		123'674	39'307	38'375	25'948	24'851
820020001	Tram Margarethenstich Vorprojekt.	neu 16.12.10	640	394	240	0	0
	... davon Drittmittel		-242	-100	-70	-72	0
820020008	Tram Bruderholz Planung	neu	450	100	300	50	0
820040104	Tram 8 Weil a. Rh., Bet. Planungskosten	neu 16.01.08	3'330	1'391	100	0	0
820040108	Tram 3 St. Louis, Planung	neu 08.12.10	4'000	2'113	1'350	0	0
820040110	Tramverläng. Weil am Rhein, Zinsen	neu 16.01.08	1'560	500	400	160	0
830020001	Pauschale ÖV-Behinderungen	neu 18.01.06	1'500	567	200	200	200
850025601	ÖV Erlenmatt, Planung	neu 09.06.04	200	95	60	0	0
850027325	Trolley Fahrleitung, Rückbau	geb 14.08.07	3'500	1'994	500	0	0
	... davon Drittmittel		-105	-105	0	0	0
850028310	St. Johann-Vorstadt, Gleisanpass.	neu 22.04.09	1'100	1'203	100	0	0
850028321	Tramverläng. Weil am Rhein, Bahn.	neu 16.01.08	13'466	11'528	2'000	100	0
	... davon Drittmittel		-5'545	-4'705	-800	-40	0
850029001	RAB Gleisanlagen 2013 - 2016	geb 04.09.12	70'000	17'500	26'000	17'500	17'500
850029601	Tiefbauarbeiten Montage DFI	neu 23.06.10	540	387	153	0	0
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
850051307	BehiG Versuchshaltestelle Tram	neu	300	0	300	0	0
850051404	BehiG Anpassung von Fahrzeugen	neu 14.11.12	6'000	2'993	1'142	1'000	800
850052312	Lärminderungsmassnahmen BVB	neu 17.10.12	8'300	2'419	2'000	2'000	1'881
850052318	Grundwasserwanne Tramschlaufe Eglisee	geb 04.09.12	2'000	50	1'950	0	0
850054306	BehiG Versuchshaltestelle Bus	neu	350	0	350	0	0
851020001	EuroAirport, Schienenanschluss	neu	10'000	0	50	3'000	4'000
851020002	Elektr. Hochrheinstrecke Planung	neu	1'500	300	2'000	2'000	400
851040016	Regio S-Bahn Herzstück Projektierung	neu 14.10.09	830	681	50	50	70
	Total inkl. Drittmittel		377'078	75'519	52'610	60'545	217'221
	... davon Drittmittel		-113'387	-17'648	-1'330	-24'424	-69'985
	Öffentlicher Verkehr		263'691	57'871	51'280	36'121	147'236

Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	2014	2015	ab 2016
420 Liegenschaften VV		137'151	35'797	23'120	29'053	44'110
013026001 Öffentliche Bauten Behinderteng.	neu 04.06.08	7'000	6'650	400	0	0
013026002 Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse	neu 18.11.09	600	361	90	0	0
013026003 RAB Klimaneutrale Verwaltung BS	neu 25.06.08	33'500	3'061	3'000	3'000	21'000
013026005 RAB Fotovoltaikanlagen diverse	neu 09.01.13	8'500	0	1'000	3'000	4'500
174056000 Zentrum Frühförderung Behindertg.	geb 03.09.13	460	0	160	300	0
177226001 Klosterfiechten Wohnheim Ersatz	neu	3'200	0	200	2'200	800
189456000 Spalendor Gesamt-Aussensanierung	geb 26.06.12	2'155	1'898	100	0	0
320056000 Waaghof Ersatz Zellenfenster	geb 10.08.10	3'140	670	1'350	720	0
320056001 Waaghof Sicherheitsanpassungen	geb 03.09.13	2'000	0	1'000	1'000	0
510029000 Spiegelhof Umbau+Instandsetzung	neu 19.10.11	700	231	470	0	0
512056002 Waaghof Untersuchungsgefängnis	geb 06.11.12	2'300	1'250	1'000	50	0
516056000 Hebelstr 51/53 Sanität San./Erdbeb.	geb 04.09.12	14'000	150	550	2'000	11'300
522056001 Polizeiausbildungszentrum G.Guisan	geb 06.11.12	4'160	25	2'000	2'000	110
526029001 Bässlergut Anbau + Neubau Diensth.	neu 12.09.12	1'000	50	350	575	0
531056000 Zeughaus Instandsetzung Dach	geb 11.09.07	1'700	1'600	100	0	0
532056000 Scherkessel Zivilschutzlager Werkst.	geb 03.09.13	3'531	0	250	2'000	1'350
610056000 Münsterplatz 10-12 Rittergasse	geb 06.11.12	3'750	0	500	1'700	1'550
614056000 Rittergasse 4 Brandschutzmassnahmen	geb 06.11.12	980	0	400	580	0
615026001 Spiegelgasse AUE Neubau Proj.	neu 06.06.12	800	530	270	0	0
617026003 Friedhof Hörnli Neubau Krematorium	neu 08.02.12	1'250	290	710	250	0
626029000 Brüssel-Str Montagehalle Neubau	neu 11.05.11	500	151	350	0	0
627026001 TBA Stadtreinigung neues Magazin	neu 11.05.11	5'625	4'725	750	148	0
627026002 Hagenaustrasse 40A TBA Instandsetzung	neu	8'680	0	3'500	4'380	500
630026001 Stadtgärtnerei neues Magazinkonzept	neu 10.04.13	7'300	0	500	3'800	3'000
630026002 Liestaleranlage Neubau Unterstand	neu 13.03.13	530	10	500	0	0
634026000 Öffentliche neue Toilettenanlagen	neu	640	0	320	0	0
634026003 Neue öffentliche WC-Anlagen	neu 09.06.04	7'180	5'509	600	800	0
634056002 Öffentliche Toilettenanlagen III, Sanierung	geb 03.09.13	330	0	330	0	0
660056000 Breite Allmendverw Brückenkopf	neu 11.05.11	6'900	6'469	350	0	0
710056000 GD Departementssekretariat Fenster	geb 04.09.12	440	40	400	0	0
719026001 Wolf Kontakt- + Anlaufstelle	neu 06.06.12	2'650	2'130	520	0	0
770056005 Felix Platter-Areal Arealvorbereitung	geb 03.09.13	1'650	0	1'100	550	0
Total inkl. Drittmittel		137'151	35'797	23'120	29'053	44'110
... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
Hochbauten im VV - Teil Übrige		137'151	35'797	23'120	29'053	44'110
420 Liegenschaften VV		664'658	188'025	166'027	135'410	94'471
100026000 RAB Tagesstrukturen	neu 09.11.11	39'000	4'813	6'200	10'200	11'467
100026001 RAB Schulharmonisierung	neu 09.11.11	93'000	17'830	20'600	22'600	11'882
100029001 Schulstrukturen (Harmonisierung) Projekt.	neu 05.05.10	2'400	1'481	350	350	220
100056000 Schulhäuser Brandschutzmassnahmen	geb 30.08.11	2'705	1'481	1'224	0	0
100056002 Temporäre Schulbauten, diverse	geb 01.11.11	29'500	17'751	6'000	3'000	2'749
100526000 Dreispitz FHNW HGK Neubau	neu 22.04.09	121'600	69'114	21'595	3'326	4'025
... davon Drittmittel		-23'209	-2'659	-11'000	-9'550	0
119456003 Kaserne Unterer Rossstall Brands.	geb 04.09.12	1'050	425	650	0	0
119459000 Kaserne Hauptbau Gesamtanierung	neu 20.03.13	1'900	200	400	500	800
124026000 Theaterpassage Nutzungsanpassungen	neu	2'500	0	1'700	300	0
124056008 Theater Haus- + Bühnentechnik San.	geb 11.06.13	62'000	0	10'000	13'000	39'000
128056001 BFS Steinenbachgässlein San. Th	neu	2'280	0	550	1'650	0
128856001 BFS Kohlenberggasse 11 Kapazität	neu 14.11.12	586	10	486	50	35
131059000 Gymnasium Kirschgarten Projekt	geb 01.11.11	1'800	300	600	0	0
133856000 Leonhard-Schulhaus Teilsanierung	geb 03.09.13	500	0	500	0	0
138056000 Kaserne Oberer Rossstall Sanierung	geb 03.09.13	3'055	0	800	2'200	55
139429000 Bläsi-Schule Sanierung+Erweiterung	neu 09.11.11	910	11	300	500	99
140056000 Div Schulhäuser Kanalisationssan.	geb 30.08.11	5'900	1'416	1'400	2'450	250
140256003 Brunnmatt-Schule Gesamtanierung	geb 02.11.10	24'985	15'210	7'000	2'775	0
140629000 Christoph Merian-/Gellert-Schule	neu 09.11.11	680	36	200	300	0

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Total	Bruttoausgaben			
			Ausschöpfung			
			bis 2013	2014	2015	ab 2016
141456001 Dreirosen-Schulhaus Teilsanierung	geb 03.09.13	1'731	0	1'615	16	0
141456002 Leonhard-Gymnasium Sanierung/Anp.	geb 03.09.13	1'750	0	1'750	0	0
141729000 Erlenmatt-Schule Projektierung	neu 09.11.11	1'960	1'028	960	0	0
144429000 Isaak Iselin-Schule San/Erweiterung.	geb 04.09.12	750	0	400	0	0
146456000 Peters-Schule Turnhalle Gesamtsan.	geb 29.08.06	2'100	196	1'909	0	0
147626000 Sandgruben-Schule Neubau	neu 09.11.11	60'000	4'222	15'000	30'000	9'778
148429000 Schoren-Schule Neubau Projektierung	neu 09.11.11	1'340	691	170	0	0
148856001 Sevogel-Schulhaus Teilsanierung	geb 03.09.13	738	0	688	50	0
149656000 Theobald Baerwart-Schulhaus Gesamts.	geb 03.09.13	15'696	0	6'500	9'100	96
151829000 Volta-Schule Erweiterung Projekt.	neu 09.11.11	1'370	70	1'000	270	0
152029000 Wasgenring Bachgraben Isaak Iselin	neu 09.11.11	1'460	102	1'220	228	0
181056004 Theaterturnhalle Sanierung Dach	geb 04.09.12	850	40	600	210	0
183029001 St. Jakobshalle Sanierung/Ausbau	neu 09.11.11	4'800	250	1'925	0	0
184026001 St. Jakob Sportanlage Tribünengeb.	neu 10.04.13	22'100	1'500	10'500	5'750	0
184026005 Sportanlage Schorenmatte Instandst.	neu	4'315	0	1'000	3'015	0
184029005 Sportanlage Bachgraben Erweiterung	neu	1'200	0	300	0	0
185156000 Bachgraben Gartenbad Restaurant	geb 29.08.06	1'500	0	1'000	300	0
185256003 St.Jakob Gartenbad Sprungturm San.	geb 04.09.12	600	500	100	0	0
216026000 Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	neu 17.11.10	100'000	33'451	36'800	28'000	865
... davon Drittmittel		-49'100	-16'700	-18'400	-14'000	0
216029001 Kunstmuseum/Laurenzbau Projekt	geb 31.08.10	2'900	2'066	840	0	0
216056000 Kunstmuseum Vorgezogene Sanierung	geb 04.09.12	24'500	0	8'000	8'000	7'500
220856001 Kirschgarten-Museum Fassadensanierung	geb 03.09.13	750	0	750	0	0
222029000 Naturhistorisches Museum Verlegung	neu 26.06.13	5'800	0	200	3'000	2'600
222056000 Naturhistorisches Museum Sanierung	geb 01.11.11	7'500	0	3'600	2'000	0
222056002 NMB Externes Lager Mieterausbau	geb 06.11.12	3'350	0	350	0	0
222056003 NMB Schlüsselberg 3/5 Dach-+Fassad.	geb 03.09.13	1'100	0	600	500	0
226026076 Museum Augustinergasse Sanierung	geb 12.08.08	9'100	7'282	70	40	0
638026000 Kaserne Abbruch Zwischenbau + Aufw.	neu 08.02.12	3'775	55	300	1'975	300
812029001 Staatsarchiv Neubau Projektierung	neu 26.06.13	3'150	0	200	1'700	1'250
130056001 Schulen am Münsterplatz Umbau+San.	geb 04.09.12	8'110	0	3'773	564	1'500
139456002 Bläsi-Schule Gesamtsanierung	geb 01.11.11	8'150	2'655	2'111	0	0
143656000 Hirzbrunnen-Schule Instandsetz.	geb 06.09.11	15'925	10'064	3'531	0	0
145256000 Kleinhünninger-Schule Sanierung	geb 31.08.10	3'000	650	1'337	1'040	0
154856000 Hebel-Schule Gesamtsan Umbau TH	geb 02.11.10	19'245	12'483	5'773	0	0
Total inkl. Drittmittel		736'966	207'383	195'427	158'960	94'471
... davon Drittmittel		-72'309	-19'359	-29'400	-23'550	0
Hochbauten im VV - Teil Bildung + Kultur		664'658	188'024	166'027	135'410	94'471
Total inkl. Drittmittel		874'117	243'181	218'547	188'013	138'581
... davon Drittmittel		-72'309	-19'359	-29'400	-23'550	0
Hochbauten im Verwaltungsvermögen		801'809	223'822	189'147	164'463	138'581

Kommentar

- 1 Die Ausgaben für Mobilien zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Tagesstrukturen sind im Investitionsbereich Bildung abgebildet.
- 2 Die Ausgaben für Mobilien zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Schulharmonisierung sind im Investitionsbereich Bildung abgebildet.

Informatik

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	2014	2015	ab 2016
271 Hochschulen		5'751	1'142	2'138	1'500	971
878000100 ICT Volksschule Erweiterung	neu 18.04.12	5'751	1'142	2'138	1'500	971
330 Staatskanzlei		815	65	550	200	0
501000000 Kantonsblatt online	neu	500	0	300	200	0
502000000 Konsul Aktualisierung	geb 06.11.12	315	65	250	0	0
376 Staatsarchiv		1'257	361	186	186	186
500000000 StaBS Mikroverfilm. Digit. Sicherung	neu 27.06.12	1'346	396	204	204	204
... davon Drittmittel		-89	-35	-18	-18	-18
401 Generalsekretariat FD		10'600	7'752	1'000	0	0
000000002 WorkplaceBS	geb 01.11.11	10'600	7'752	1'000	0	0
403 Finanzverwaltung		3'500	835	1'100	1'388	0
010000022 Impulsprogramm E-Government	neu 07.12.11	3'500	835	1'100	1'388	0
406 ZID		15'000	5'705	2'000	2'000	0
A10100718 Zentrale Anlagekomponenten Erneuerung	geb 10.08.10	15'000	5'705	2'000	2'000	0
509 Bereich Rettung		1'850	0	1'540	310	0
030021402 Einsatzleitsystem Sanität, Ersatz	geb 03.09.13	1'850	0	1'540	310	0
510 Bevölk.dienste/ Migration		4'400	670	2'149	1'581	0
001020001 PaRIS Personenauskunfts-, Reg.+Inf.-S.	geb 16.04.13	4'400	670	2'149	1'581	0
614 Stadtgärtnerei		352	0	120	100	12
030020301 IMS-Avanti SF Phase I- III; SWISSFM-Tool	geb 25.09.12	352	0	120	100	12
651 Städtebau + Architektur		1'100	550	300	250	0
051020002 Software kundenorient. Denkmalpflege	neu	1'100	550	300	250	0
730 Gesundheitsversorgung		750	400	350	0	0
001000001 eHealth	neu	750	400	350	0	0
Total inkl. Drittmittel		45'464	17'515	11'451	7'533	1'187
... davon Drittmittel		-89	-35	-18	-18	-18
Informatik		45'375	17'480	11'433	7'515	1'169

Bildung

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	2014	2015	ab 2016
201 Zentrale Dienste		653	200	8'648	9'716	8'497
862000032 Brunnmatt-Schule Mobilien	geb 02.11.10	653	200	200	253	0
862010001 RAB Schulharmonisierung Mobilien	neu 09.11.11 (93'000)		0	6'526	7'631	5'931 ¹
862010002 RAB Tagesstrukturen Mobilien	neu 09.11.11 (39'000)		0	1'922	1'832	2'566 ²
Total inkl. Drittmittel		653	200	8'648	9'716	8'497
... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
Bildung		653	200	8'648	9'716	8'497

Kommentar

- 1 Ausgaben zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Tagesstrukturen.
- 2 Ausgaben zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Schulharmonisierung.

Kultur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	2014	2015	ab 2016
370 Kultur		1'700	0	1'200	0	0
821000023 Proberäume für Bands	neu 12.01.11	1'700	0	1'200	0	0
371 Kunstmuseum		4'000	0	1'000	1'000	2'000
500000001 KMB Ankäufe Kunstwerke 2014 - 2017	neu	4'000	0	1'000	1'000	2'000
373 Historisches Museum		320	100	140	50	0
502000006 HMB Schranksysteme Genuastrasse	geb 04.09.12	320	100	140	50	0
374 Naturhistorisches Museum		4'868	1'681	2'410	0	0
500000000 NMB Sanierungen III Projektkoordinator	geb 01.11.11	168	50	118	0	0
500000001 NMB Externes Lager Mieterausbau	geb 06.11.12	1'950	1'000	950	0	0
830000000 NMB Dauerausst. + Betriebseinr.	geb 03.11.09	2'750	631	1'342	0	0
375 Museum der Kulturen		5'410	3'033	2'277	0	0
830000000 MKB Neue perm. Ausstellungen Einricht.	neu	1'600	500	1'000	0	0
835000000 MKB Museum der Kulturen Wiedereröff.	neu 03.02.10	3'810	2'533	1'277	0	0
376 Staatsarchiv		258	280	58	0	0
103000000 StaBS Prov. Lager Lyonstr. 41	geb 06.11.12	258	280	58	0	0
Total inkl. Drittmittel		16'556	5'094	7'085	1'050	2'000
... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
Kultur		16'556	5'094	7'085	1'050	2'000

Übrige

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	2014	2015	ab 2016
350	Kantons- und Stadtentwicklung		400	200	200	0	0
500000001	Welcome-Fussgängerleitsystem	neu	400	200	200	0	0
376	Staatsarchiv		534	405	148	0	0
500000001	StaBS Ers.nicht-arch.Verp.Urkund.	geb 10.08.10	534	405	148	0	0
403	Finanzverwaltung		1'085	644	441	0	0
831000000	HRM2 in Anbindung an IPSAS	geb 02.11.10	1'085	644	441	0	0
409	Zentraler Personaldienst		2'852	1'120	1'445	287	0
004000002	Systempflege, Überführung 2 des Projekts	geb 06.09.11	2'852	1'120	1'445	287	0
506	Kantonspolizei		2'480	285	1'730	215	0
559020000	Erdbebenvorsorge (partnerschaftl. Ges.)	neu 07.12.11	870	285	230	105	0
559020002	Tel.-Infrastr. Einsatzzentralen, Ersatz	geb 03.09.13	1'610	0	1'500	110	0
509	Bereich Rettung		650	0	650	0	0
030021401	Patientenmonitoring Sanität, Ersatz	geb 03.09.13	650	0	650	0	0
510	Bevölk.dienste/ Migration		2'946	1'800	1'146	0	0
097020000	Strafanstalt Bostadel Erweiterung	neu 09.05.12	2'946	1'800	1'146	0	0
614	Stadtgärtnerei		3'828	650	1'531	1'305	2'304
030020304	Freizeitgartenareale RAB 2013-2	geb 03.09.13	2'500	650	610	600	640
030020307	Grünflächenkataster, Aktualisierung	geb 06.11.12	1'328	0	421	205	164
030020603	Baumpflanzungen laut Richtplan	neu 23.06.99	0	0	500	500	1'500
617	Tiefbauamt		2'500	1'464	300	0	0
060050001	Öffentl. Toilettenanlagen II, Sanierung	geb 01.09.09	2'500	1'464	300	0	0
651	Städtebau + Architektur		900	1'468	20	0	0
030020020	Hafen St. Johann Campus Novartis	neu 18.01.06	900	1'468	20	0	0
661	Mobilität		1'560	744	450	260	80
001020001	Parkraumbewirtschaftung	neu 21.09.11	1'560	744	450	260	80
831	Amt für Umwelt u. Energie		15'425	3'195	6'346	8'380	35'153
080004009	2000-Watt-Gesellschaft	neu 22.04.09	2'080	1'276	523	130	0
081022006	Abwasserreinigungsanlage BS mas.	neu 25.06.75	0	0	1'500	1'750	33'200
081022022	Abwasserreinigungsanlage BS, Projekt.	neu	10'800	0	3'500	5'800	1'500
083004003	Lärmschutzmassnahmen Strassenabs. ... davon Drittmittel	neu 15.12.04	3'600	2'748	1'050	700	453
			-1'055	-828	-227	0	0
	Total inkl. Drittmittel		36'215	12'803	14'634	10'447	37'537
	... davon Drittmittel		-1'055	-828	-227	0	0
	Übrige - Teil Allgemeines		35'160	11'975	14'407	10'447	37'537
290	Jugend, Familie und Sport		6'650	3'088	1'062	1'300	1'200
039000001	Tagesheimplätze I Invest.-Beitrag	neu 03.06.09	3'750	3'088	662	0	0
039000002	Tagesheimplätze II Invest.-Beitrag	geb 03.09.13	2'900	0	400	1'300	1'200
370	Kultur		12'176	1'186	11'644	0	0
821100007	Theater Basel Probebühne Steinenb.	neu	1'000	0	1'000	0	0
821300008	Allgemeine Bibliotheken der GGG	neu 07.12.11	10'296	1'186	9'764	0	0
821400000	Haus el. Künste Oslostr. Ausstattung	neu	520	0	520	0	0
822100000	Proberäume Tanz + Theater Erlenmatt	neu	360	0	360	0	0
401	Generalsekretariat FD		2'570	1'600	970	0	0
001000001	St. Alban Kirche Instandstellung	neu 14.03.12	2'570	1'600	970	0	0
651	Städtebau + Architektur		27'300	2'342	2'500	2'900	9'800
051020001	Denkmalschutz 2013-2017 Invest.-Beitrag	09.01.13	14'800	0	1'600	2'700	9'500
051020099	Denkmalschutz 2008-2012 Invest.-Beitrag	neu 12.09.07	12'500	2'342	900	200	300
730	Gesundheitsversorgung		36'669	10'862	18'205	7'602	0
072000001	Alterszentrum Burgfelderhof Inv.-Beitrag	neu 19.10.11	10'431	5'431	5'000	0	0
072000002	Pflegezentrum Bethesda Inv.-Beitrag	neu 17.10.12	10'614	5'431	5'183	0	0
072000003	Pflegeheim Adullam Riehen Inv.-Beitrag	neu	5'580	0	3'000	2'580	0
072000004	Pflegeheim Humanitas Inv.-Beitrag	neu	10'044	0	5'022	5'022	0
	Total inkl. Drittmittel		85'365	19'078	34'381	11'802	11'000
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	Übrige - Teil Investitionsbeiträge		85'365	19'078	34'381	11'802	11'000

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	2014	2015	ab 2016
Total inkl. Drittmittel		121'580	44'732	49'015	22'249	48'537
... davon Drittmittel		-1'055	-828	-227	0	0
Übrige		120'525	43'904	48'788	22'249	48'537

6 Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen

6.1 Beiträge an eigene Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Globalbeitrag Uni	2010-2013	599'800	442'500	157'300		0
Globalbeitrag Uni, RRB/GRB pendent					161'000	0
Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	2010-2013	1'932	1'449	483		0
Globalbeitrag für Studienberatung an UNI, RRB pend.					498	0
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2010-2013	4'427	3'320	1'107		0
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek, RRB pend.					1'256	0
Globalbeitrag FHNW	2012-2014	126'138	39'494	40'784	45'860	0
Rententeuerung ex FHBB/HPSA-BB An- teil BS	jährlich		0	300	150	
Volkshochschule BB	2013-2016	2'765		692	691	1'382
Hochschulen			486'763	200'665	209'455	
Erziehungsdepartement			486'763	200'665	209'455	
BVB RPV	jährlich		3'681	3'650	3'650	
Abgeltung Ortsverkehr BVB	jährlich		53'712	54'913	55'537	
SBB Stadion St. Jakob	jährlich		37	37	37	
SBB Shuttle St. Jakob	jährlich		107	133	133	
SBB Bahnhof St. Johann	jährlich		55	60	60	
SBB Haltestelle Dreispitz	jährlich		84	85	85	
SBB/BLT RPV	jährlich		2'897	2'850	2'950	
U-Abo Beiträge	jährlich		20'212	20'100	20'100	
Mobilität	jährlich		80'787	81'828	82'552	
Bau- u. Verkehrsdepartement			80'787	81'828	82'552	
Universitätsspital - Beiträge KVG stationär	jährlich		106'769	108'000	106'450	0
Felix Platter-Spital - Beiträge KVG stationär	jährlich		26'012	30'000	26'650	0
Univ. Psych. Kliniken - Beiträge KVG stationär	jährlich		25'378	26'000	25'250	0
UKBB - Beiträge KVG stationär	jährlich		6'688	11'030	8'900	0
Abgeltung amb öffentl. Spitäler	2012-2013		27'929	18'550	9'200	9'200
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2012-2013		2'720	4'500	2'500	3'500
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013		12'961	13'000	11'300	12'800
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2012-2013		54'795	55'000	58'000	62'400
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013		3'725	1'960	2'370	2'370
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2012-2013		4'247	6'000	4'500	5'500
Spital Sozialdienst	2012-2013		3'959	4'000	0	0
Gesundheitsversorgung			275'182	278'040	255'120	
Gesundheitsdepartement			275'182	278'040	255'120	
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2010-2014	2'350	1'410	470	470	
Generalsekretariat WSU			1'410	470	470	
Risikobeiträge an Krankenversicherer	2009-2012	39'100	39'100	0	0	
Amt für Sozialbeiträge			39'100	0	0	
Gemeinwirtsch. Leistungen Spitäler			0	0	4'400	
Amt für Beistandschaften und Erwachsenenenschutz			0	0	4'400	
Lufthygieneamt beider Basel	jährlich		1'217	1'215	1'175	
Amt für Wald beider Basel	jährlich		188	229	459	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft
Amt für Umwelt und Energie			1'405	1'444	1'634
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			41'915	1'914	6'504
Entschädigungen/Beiträge an eigene Institutionen			884'647	562'448	553'631

6.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Schweizer Schule Sao Paulo	2013-2017	125		25	25	75
Musikakademie der Stadt Basel	2012-2016	65'000	13'000	13'000	13'000	26'000
Bim Buur in d'Schuel, ab 2014 siehe DST 271	jährlich		20	20	0	
Projekt AKEP, ab 2014 siehe DST 271	2012-2015	140	35	35	0	35
Leitung Bildung			13'055	13'080	13'025	
Lukasclub	2013-2016	172		43	43	86
Allgemeinb. weiterführende Schulen			0	43	43	
Handelsschule KV Basel „Defizitabdeckung“ (Budgetdach 16.5 Mio. p.a. zuz. Teuerung)	2010-2014	71'119	42'309	14'245	14'565	0
HKV „PK-Kosten“ gemäss eff. Aufwand überbetr. Kurse an Partnerfirmen LW AGS	2010-2014 jährlich	11'613	6'990 15	2'293 20	2'330 18	0
Berufsbildende Schulen			49'314	16'558	16'913	
Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	jährlich		26	30	26	
Lehrabschlussprüfungen LAP	jährlich		2'437	2'714	2'530	
Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	jährlich		2'396	2'520	2'523	
Beiträge Sitzkanton Basel: WB	jährlich		77	80	72	
Beiträge Überkanton: ÜK	jährlich		779	840	909	
Beiträge Überkanton: WB	jährlich		69	40	69	
Overall Basel Lehrverbund	2012-2014	420	140	140	140	0
Lehrbetriebe LBB	2010-2013	8'100	6'119	2'025		-44
Lehrbetriebe LBB, RRB/GRB pendent					1'560	
Berufsberatung, Berufs-u.Erw.Bildung			12'043	8'389	7'830	
Swiss Tropical and Public Health Institute	2012-2016	10'100	2'300	1'800	2'000	4'000
Preis der Stadt Basel für w. Forschung	jährlich		20	20	20	
Histor.-/Antiquar.Gesellschaft: Publikation	jährlich		20	20	20	
Geogr.-ethnologische Gesellschaft Basel	jährlich		15	15	15	
Archäologie Schweiz	jährlich		20	20	20	
Stiftung Wildt'sches Haus „Defizitdeckung“ (Staatsbeitrag max. Fr. 85'000.– p.a.)	2012-2016	395	55	85	85	170
Zschokkehaus Engelberg	jährlich		8	12	12	
Bim Buur in d'Schuel, bis 2013 siehe DST 220	jährlich				20	
Projekt AKEP, bis 2013 siehe DST 220	2012-2015	140			35	35
Hochschulen			2'438	1'972	2'227	
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung	2012-2015	7'200	1'800	1'800	1'800	1'800
Begleitete Besuchstage	2012-2015	260	65	65	65	65
Mütter- und Väterberatung	2011-2014	3'160	1'380	890	890	0
Verein Elternhilfe beider Basel	2013-2016	40		10	10	20
PEB Programm für Elternbildung	2012-2015	126	32	32	32	32
Familienpass	2013-2014	45		23	23	0
Pflegefamiliendienst	2013-2016	800		200	200	400
Bürgerliches Waisenhaus	jährlich		3'113	2'700	3'100	
Kinderheim Lindenberg	jährlich		1'547	1'650	1'500	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'168	1'300	1'200	
Schifferkinderheim	jährlich		1'124	1'250	1'100	
Kinderhaus Holee	jährlich		1'512	1'500	1'400	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
AHBasel	jährlich		217	200	200	
Durchgangsheim im Vogelsang	jährlich		684	1'000	700	
Erlenhof	jährlich		731	800	700	
Wohnheim Schlössli	jährlich		331	300	400	
Foyer Neubad	jährlich		49	150	150	
Foyer in den Ziegelhöfen	jährlich		445	400	500	
Foyer Rütimeyerstrasse	jährlich		311	300	350	
JuAr Basel	2012-2015	13'064	3'266	3'266	3'266	3266
Verein Robi-Spiel-Aktionen	2012-2015	5'375	1'344	1'344	1'344	1344
Verein Mobile Jugendarbeit	2012-2015	1'519	380	380	380	380
Spielwerkstatt Kleinhüningen	2012-2015	921	230	230	230	230
Jugendzentrum Dalbeloch	2012-2015	900	225	225	225	225
Freizeitzentrum Dreirosen	2013-2015	675		225	225	225
Spilraum Elsässerstrasse	2012-2015	509	127	127	127	127
Verein Eulerstrooss nüün	2012-2015	379	95	95	95	95
Basler Kindertheater	2012-2015	400	100	100	100	100
Off. Kinderarbeit oberes Kleinbasel	2012-2015	171	43	43	43	43
Verein zum Burzelbaum	2012-2015	102	25	25	25	25
Pro Juventute - Beratung und Hilfe 147	2013-2015	60		20	20	20
Stiftung Idée Sport	2012-2015	102	25	25	25	25
Familea Tagesheime	jährlich		13'748	13'500	15'000	
Kinderkrippen Gundeldingen	jährlich		1'616	1'550	1'600	
Kinderkrippe Bläsisitft	jährlich		2'342	2'300	2'350	
Verein für Basler Tagesfamilien	jährlich		1'692	1'620	1'700	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'606	1'575	1'600	
Krippe St. Peter	jährlich		920	815	930	
Tagesheim Verena Hof	jährlich		1'016	960	1'030	
Generationenhaus Neubad	jährlich		1'008	835	1'020	
Krippe St. Leonhard	jährlich		510	400	520	
Spanische Krippe	jährlich		597	435	600	
Tagesheim Rhy-Spatze	jährlich		343	300	510	
Tagesheim Fourmi	jährlich		505	470	510	
Kindernest Gundeli	jährlich		282	260	280	
KITA vagalume	jährlich		553	500	560	
Tagesheim Kids + Co. Petersgraben	jährlich		258	180	260	
Kopfquotenbeiträge Sportvereine	jährlich		119	130	130	
Betriebsbeiträge Sportvereine	jährlich		32	30	30	
Basler Stiftung für Ferienkolonien	2013-2014	120		60	60	0
Verein Fanprojekt	2012-2014	240	80	80	80	0
Jugend, Familie und Sport			47'596	46'674	49'194	
Erziehungsdepartement			124'445	86'716	89'232	
Beratung Frauenverein	2014-2017	1'520	0	380	380	760
Medien-/Theaterfalle	2012-2015	600	150	150	150	150
GGG	2011-2014	173	173	0	0	0
Gleichstellung Frauen und Männer			323	530	530	
Reg. Basiliensis	2011-2014	1'372	686	343	343	0
N. Projekte im Regiobereich	jährlich		6	6	6	
Gem. Sekr. ORK	2011-2014	120	56	30	30	4
Del.-Sokr. ORK	2011-2014	240	116	60	60	4
Einm. Proj. Regio unbe	jährlich		110	110	110	
Eurodistrict TEB	2014-2016	285	0	90	90	105

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Infobest Palmrain	2014-2016	218	0	52	52	114
NRP/ETZ Interreg IV	2014- 2020/22	pendent	0	250	250	
Anschubfinanz. Konfuzius-Institut Basel	2014-2017	200	0	0	50	150
Aussenbez. und Standort-Marketing			974	941	991	
GGG	2011-2014	1'207	518	345	345	-1
Budgetpostulat_Helen Schai-Zigerlig (JuKiBu)	2014-	pendent	0	0	60	0
V. Treffpunkt Breite	2014-2016	270	0	90	90	90
QTP LoLa	2014-2016	270	0	90	90	90
V. Famzentr. Gundeli	2014-2016	270	0	90	90	90
V.KS Elt. + Kinder BW	2014-2016	270	0	90	90	90
V. QT Kasernenareal	2014-2016	270	0	90	90	90
V. Burg am Burgweg	2014-2016	270	0	90	90	90
Trägerverein QuBa	2014-2016	270	0	90	90	90
V. QTP Kleinhüningen	2014-2016	270	0	90	90	90
Stadtteilsekr.Kl'basel	2014-2016	360	0	120	120	120
V. QT Hirzbrunnen	2014-2016	270	0	90	90	90
V. ElternC.Hirzbrunnen	2014-2016	150	0	50	50	50
TS Eltern-Kind-Z.MaKly	2014-2016	270	0	90	90	90
V. Beg.zentr.KB Union	2014-2016	270	0	90	90	90
V. ATD Vierte Welt, pendent	2013-2015	120	0	40	40	40
Stadtteilsekr.Basel-W	2014-2016	270	0	90	90	90
QTP Bruderholz	2014-2016	150	0	50	50	50
KT Eltern+Kinder	2014-2016	150	0	50	50	50
Proj. Quartiertreffp.	2014-2016	300	0	100	100	100
QTP Rosental	2014-2016	150	0	50	50	50
Quartierk.Gundeldingen	2014-2016	150	0	30	50	70
Kantons- und Stadtentwicklung		5'977	518	1'915	1'995	
Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	jährlich		42	42	42	0
Statistisches Amt		0	42	42	42	
Kulturpauschale	2011-2014	1'200	605	300	300	-5
Augusta Raurica	jährlich		100	100	100	0
Stift. BS Papiermühle	2012-2015	1'040	260	260	260	260
Kulturbüro	2011-2014	200	100	50	50	0
Kulturprojekte	jährlich		63	63	63	0
Jugendkulturpauschale	2014-2018	1'000	0	0	200	800
Zolli Basel	2013-2016	5'800	0	1'450	1'450	2'900
Stift. Basler Orch.	2011/12- 2014/15	27'460	10'097	6'840	6'840	3'683
SBO Pers.fürsorge	2011/12- 2014/15	4'328	1'689	1'082	1'082	475
Knabenmusik Basel	2014-2017	648	0	112	162	374
Musikverband b. Basel	2014-2017	440	0	160	110	170
Knabenkantorei Basel	2014-2017	300	0	60	75	165
Musikwerkstatt Basel	2014-2017	800	0	170	200	430
Freunde alter Musik	-	-	0	28	0	0
Kammerorchester Basel	2014-2015	1'010	0	355	505	150
Int.Ges.f.neue Musik	-	-	0	50	0	0
Mädchenkantorei	2014-2017	300	0	50	75	175
Ensemble Phoenix	2014-2015	260	0	94	130	36
Basel Sinfonietta	2014-2015	668	0	234	334	100

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Ver. Jazz-Live Basel	2014-2017	240	0	60	60	120
Orch.-leist. Theater	2012/13- 2014/15	19'724	2'739	6'575	6'575	3'835
Rockförderverein	2012-2015	1'560	390	390	390	390
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2012/13- 2014/15	3'000	462	1'000	1'000	538
Theater Basel	2012/13- 2014/15	90'974	13'857	30'162	30'464	16'491
Theater PK	2012/13- 2014/15	7'350	1'131	2'450	2'450	1'319
Gen. BS Kleintheater	2011-2014	400	200	100	100	0
Vorstadt-Theater	2011-2014	960	480	240	240	0
Kulturwerkst.Kaserne	2013-2016	8'436	0	2'109	2'109	4'218
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2011-2014	112	56	28	28	0
Beyeler Museum AG	2012-2015	7860	1'965	1'965	1'965	1'965
Basler Kunstverein	2012-2015	3'420	855	855	855	855
Ausstl.raum Klingental	2012-2015	516	129	129	129	129
Kaskadenkondesator	2011-2014	100	50	25	25	0
dock:akt. Kunst aus Basel	2011-2014	100	50	25	25	0
Allg. Biblioth. GGG	2012-2015	20187	5'047	5'047	5'047	5'047
Verein Literatur	2012-2015	1'400	350	350	350	350
Stadt-/Landkino	2011-2014	1'160	540	310	310	0
Haus der elektron. Künste	2011-2014	880	440	220	220	0
Jüdisches Museum	2012-2015	320	80	80	80	80
Sportmuseum Schweiz	2013-2015	450	0	150	150	150
Schw.Architekturmuseum	2014-2017	320	0	80	80	160
FA Musik BS/BL	2014- pendent		0	90	0	0
FA Theater, Tanz BS/BL	2013-2016	2'260	0	565	0	1'695
Kunstkredit	2011-2014	2'080	1'040	520	520	0
Cité Paris	jährlich		50	50	50	
Atelierkredit	2013-2015	225	0	75	75	75
FA Literatur BS/B	2011-2014	480	167	160	160	-7
FA Audiov.+Multimed.	2011-2014	1'600	607	500	500	-7
Kulturpreis der Stadt Basel	jährlich		20	20	20	
Preise BaKa_FORUM	-	-	30	10	0	
Kultur Förderpreis Nachwuchs	jährlich		0	0	10	
Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A+L	jährlich		430	430	430	
Kultur			44'079	66'228	66'352	
Publikationsfonds			20	5	5	
Staatsarchiv			20	5	5	
Präsidialdepartement			45'955	69'661	69'915	0
Telehilfe,dargebotene Hand	2010-2012	145	145			0
Telehilfe,dargebotene Hand	2013-2015	148		48	50	50
Neustart	2010-2012	150	150			0
Neustart	2013-2014	110		50	60	0
BAS/Rechtsberatung	2013-2015	150	0	50	50	50
Opferberatungsstelle	2011-2012	1'976	1'976			0
Opferberatungsstelle	2013-2014	1'890		945	945	0
Stiftung Frauenhaus	2011-2012	880	880			0
Stiftung Frauenhaus	2013-2014	880		440	440	0
Männerbüro Region Basel	2011-2014	152	72	40	40	0

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Departementssekretariat/Recht			3'223	1'573	1'585	
Justiz- und Sicherheitsdepartement			3'223	1'573	1'585	
Pro Infirmis (Vertrag)	2011-2015	250	50	50	50	50
Bauinspektorat			50	50	50	
Erlenverein BS	2012-2015	1380	385	300	425	310
Verein Beirat Natur	2012-2014	450	150	150	150	0
Stadtgärtnerei			535	450	575	
Feste Betriebsbeiträge Münster	jährlich	825	450	825	825	
Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen			40	40	0	
Wanderwege BS/BL RRB 30.05.00			6	0	0	
Städtebau + Architektur S+A			496	865	825	
Wanderwege BS/BL ab 2013	2013-2018	42	0	7	7	28
KBB Behinderten Transport	jährlich		1'280	1'535	1'600	
Mobilität			1'280	1'542	1'607	
Bau- u. Verkehrsdepartement			2'361	2'907	3'057	
Toxikologisches Infozentrum	jährlich	33	33	34	34	34
Generalsekretariat GD			33	34	34	
Alkoholzehntel	jährlich		0	175		
Alkoholzehntel	jährlich		0		175	
Spielsucht	jährlich		0	98		
Spielsucht	jährlich		0		96	
Diabetesgesellschaft	2012-2014	270	85	90	90	0
Krebsregister			205	0	0	0
GWL-Leitender Notarzt (Beitrag an USB)	2012 ff.	500	350	500	500	0
Gsünder Basel	2013-2014	240	120	120	120	0
Verein für Suchtprävention	2012-2014	720	240	240	240	0
Band Jugendhilfe	jährlich	40	40	40	40	0
Tageshaus Wallstrasse	jährlich	395	395	0	0	0
SSJ: JoBShop	2012-2013	100	54	50		0
SSJ: JoBShop	2014-2015	100			50	0
FrauSuchtGesundheit	2011-2013	570	190	190	190	0
Blaues Kreuz	2010-2012	210	210			0
Blaues Kreuz	2013	385		385		0
Blaues Kreuz	2014-2015	870			435	435
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2010-2013	350	350	350	350	0
Suchthilfe Region Basel SRB	2010-2013	3'155	3'155	3'155	3'155	0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2010-2013	1'392	348	348	0	0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	jährlich	348	0	0	348	0
HIV-Teststelle AHbB	2010-2013	120	30	30	0	0
HIV-Teststelle AHbB	jährlich	30	0	0	30	0
Stiftung Sucht	2013-2015	1'580	0	395	395	1'580
Gesundheitsdienste			5'772	6'166	6'214	
Patientenstelle Basel	2011-2013	177	59	59	59	0
Selbsthilfezentrum Hinterhuus	2013-2014	600		300	300	0
Selbsthilfezentrum Hinterhuus	2011-2012		300			0
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2012-2013	200	100	100		
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2014	100			100	
St. Claraspital KVG stationär	jährlich		31'281	31'000	32'800	
Merian Iselin - KVG stationär	jährlich		13'797	15'000	14'450	
Bethesda - KVG stationär	jährlich		8'370	5'000	8'250	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Adullam Spital - KVG stationär	jährlich		8'294	8'750	9'000	
Sonnenhalde - KVG stationär	jährlich		2'858	2'900	2'850	
REHA Chrischona - KVG stationär	jährlich		4'230	4'200	4'000	
Rehab Basel - KVG stationär	jährlich		4'008	4'600	4'200	
Hildegard Hospiz - KVG stationär	jährlich		1'560	1'900	1'650	
Schmerzambulanz - KVG stationär	jährlich		576	500	550	
Ausserkantonale Spitäler - KVG stationär	jährlich		22'731	21'000	24'850	
Geburtsstätte - KVG stationär	jährlich		15	20	50	
Ungedeckte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2012-2013	2'273	673	600	1'000	0
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013	4'684	1'484	1'700	1'500	0
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2012-2013	13'393	4'493	4'500	4'400	0
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013	487	177	310	0	0
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2012-2013	3'481	731	1'750	1'000	0
Spital Sozialdienst	2012-2013	968	468	500	0	0
Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	2012-2016		3'427	4'400	4'800	
Pflegeheim-Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		27'296	34'500	33'900	0
Akut- und Übergangspflege in PH	jährlich		0	100	50	
Härtefälle in der Langzeitpflege	jährlich		0	100	50	
Pro Senectute	2010-2013	2'415	805	805	805	0
Spitex Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		2'149	1'950	2'500	
Spitex BS HW	2012-2014	13'197	4'197	4'500	4'500	0
Akut- und Übergangspflege Spitex	jährlich		0	50	100	
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2012-2014	32'544	10'144	11'500	10'900	0
Tagespflegeheime	2011- 2015/jährlich		2'664	2'800	3'500	3500
Gesundheitsversorgung			156'887	165'394	172'114	
Gesundheitsdepartement			162'692	171'594	178'362	
BTG	jährlich		28	19	30	
SAFFA	jährlich		0	15	0	
Alpeninitiative 2011 bis 2013	2011-2013	8	5	3	0	0
Basel Tourismus	2014-2017	7'600	0	1'900	1'900	3'800
Basel Area	2014-2017	3'030	0	0	758	2'273
Basel Area	2010-2013	2'523	883	883	758	0
Basler Gewerkschaftsbund	jährlich		20	20	20	
Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)			936	2'839	3'465	
Wohnhilfe für Körperbehinderte	2011-2012	100	100	50	0	0
Bildungsclub Regio	2014-2016	150	0	0	50	100
Bildungsclub Regio	2011-2013	150	50	50	0	100
Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	jährlich		48	157	157	
Beratungsstelle PSAG		0	0	290	0	0
FZZ insieme	2011-2014	80	40	20	20	0
Amt für Sozialbeiträge			238	567	227	
Winterhilfe Basel-Stadt	2012-2015	120	30	30	30	0
Verein Budget- und Schuldenberatung	2013-2016	960	0	240	240	480
Konsumentenvereinigung NW	2011-2013	18	12	6	0	0
Beratungsstelle für Asylsuchende	2011-2014	250	80	50	30	0
Kontaktstelle für Arbeitslose	2010-2014	90	54	18	18	0
Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	2013-2016	304	0	152	152	0

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Budget (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
IG-Wohnen	2014-2017	280	0	70	110	100
Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	2013-2016	1'040	0	260	260	520
Verein „Gassenküche“	2012-2016	590	142	148	148	153
Verein „Soup + Chill“	2014-2017	180	0	30	45	105
Sozialhilfe Basel SHB			318	1'004	1'033	
Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz	jährlich		1	2	2	
Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	jährlich		2	2	2	
Betriebskosten ARA BS	jährlich		6'896	7'650	7'420	
Tierzucht Kanton	jährlich		1	5	2	
Abgeltungsbeitrag Öko-Flächen Landwirt.	jährlich		28	30	28	
Amt für Umwelt und Energie			6'927	7'689	7'454	
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			8'419	12'098	12'178	
Entschädigungen/Beiträge an private Institutionen			347'095	344'547	354'329	

7 Glossar

7.1 Glossar der finanziellen Fachbegriffe

Abschreibungen

Abschreibungen bilden den Werteverzehr von Sachgütern und Positionen des immateriellen Vermögens ab. Es wird zwischen planmässiger und ausserplanmässiger Abschreibungen unterschieden. Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt. Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

Accrual Accounting

Unter Accrual Accounting ist der Grundsatz zu verstehen, dass Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst werden, wenn sie auftreten (und nicht im Zeitpunkt wenn der Mittelzufluss bzw. Mittelabfluss stattfindet).

Anhang

Der Anhang ist Teil der Jahresrechnung. Dort werden die für die Erstellung der Jahresrechnung massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze und das zugrunde liegenden Rechnungsmodells beschrieben. Zudem werden einzelne wichtige Positionen der Jahresrechnung erläutert. Der Anhang enthält weitere Angaben, welche für die Beurteilung der finanziellen Lage und der Risikosituation von Bedeutung sind.

Aufwand

Als Aufwand werden Ausgaben der Erfolgsrechnung bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw.

Benchmarking

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten.

Betriebsergebnis (=Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit)

Das Betriebsergebnis ist der betriebliche Ertrag abzüglich des betrieblichen Aufwands.

Bilanz

Gemäss FHG enthält die Bilanz auf der Aktivseite das Umlauf- und das Anlagevermögen, auf der Passivseite das Fremd- und das Eigenkapital. Das Umlaufvermögen umfasst das kurzfristig realisierbare Finanzvermögen. Das Anlagevermögen ist in das nicht kurzfristig realisierbare Finanzvermögen und das Verwaltungsvermögen gegliedert.

Die international übliche (und von IPSAS vorgeschriebene) Obergliederung der Aktivseite in Umlauf und Anlagevermögen wird somit übernommen. Damit kann die Realisierbarkeit der Vermögenspositionen dargelegt werden. Die zweite Gliederungsstufe ist die in der Schweiz übliche Aufteilung in Finanz- und Verwaltungsvermögen.

Bonität

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

Bruttoprinzip

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot).

Bruttoschulden

Die Bruttoschulden entsprechen dem Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital.

Buchführungsgrundsätze

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitungen für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

Budget

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

Dienststelle

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

Diskontierung

Mittels Diskontierung wird der heutige Barwert eines zukünftigen Betrages ermittelt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist die Residualgrösse der Vermögenswerte (Aktiven) abzüglich der Schulden.

Entgelte

Entgelte beinhalten Gebühren (Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren sowie Konzessionsgebühren), Verkaufserträge, Rückerstattungen sowie Bussen.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung zeigt die Werteflüsse des ganzen Jahres. Sie ist nach Arten der Aufwände und Erträge gegliedert und zeigt somit eine kantonsweite Sicht.

Eventualforderung

Eine Eventualforderung ist eine mögliche Forderung, die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Eventualverbindlichkeit

Eine Eventualverbindlichkeit ist eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien), die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Oder es ist eine gegenwärtige Verpflichtung, die auf vergangenen Ereignissen beruht (z.B. Bürgschaften), jedoch in der Rechnung nicht erfasst wird, weil ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann (Offenlegung im Anhang).

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

Finanzierungsüberschuss

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

Finanzinstrument

Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäss ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Vertragspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Vertragspartner zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Finanzplan

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Erfolgsrechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Der Entscheid über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

Fonds

Fonds sind zweckgebundene Mittel zur Sicherstellung der Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Die Schaffung von Fonds sowie die Zuweisung und Verwendung der Mittel bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Forderung

Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden (unerfüllte), in der Regel kurzfristigen und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten.

Geldflussrechnung

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

Globalbudget

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktegruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktegruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft. Im Kanton Basel-Stadt arbeiten beispielsweise die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

Grossinvestitionen

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes mehr als 300'000 Franken betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)

Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert.

HRM2

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie möglich, d.h. innerhalb von zehn Jahren, umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

Impairment

Vermögensgegenstände sind neben der „Abnutzung“ durch Gebrauch oder Zeit auch anderen meist nicht planbaren Wertschwankungen unterzogen. Der vorhersehbaren „Abnutzung“ wird mit der Abschreibung der Vermögenswerte Rechnung getragen. Um sicherzustellen, dass ein Gegenstand noch den in der Bilanz eingesetzten Wert hat, ist mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob nicht Umstände vorliegen, welche den Wert dieses Gegenstandes nachhaltig beeinträchtigen. Ist dies der Fall, handelt es sich um eine dauernde Wertminderung beziehungsweise eben um ein Impairment.

Indikatoren

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Gliederung ordnet die Jahresrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

Interne Verrechnungen(IVR)

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

Investitionsausgaben

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsaufgaben (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

Investitionsbeiträge (erhaltene und gegebene)

Investitionsbeiträge sind monetäre Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Vermögenswerte mit Investitionscharakter werden als Investitionsgüter bezeichnet und beinhalten oder ermöglichen eine mehrjährige, neue, erweiterte oder verlängerte Nutzung und zwar in quantitativer oder qualitativer Art. Der Kanton Basel-Stadt kann sowohl Investitionsbeiträge ausrichten oder als Begünstigter von Investitionsbeiträgen auftreten.

Investitionsrechnung

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS und HRM2.

Jährlichkeitsprinzip

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

Percentage of Completion-Methode (PoC)

Mittels der Percentage of Completion-Methode (PoC) wird der anteilmässige Fertigstellungsgrade eines (Bau-)projektes ausgewiesen.

Kalkulatorische Positionen

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Produkts erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.

Kameralistik

Kameralistik (lateinisch: camera „fürstliche Schatztruhe“) ist ein Verfahren der Buchführung. Im Gegensatz zur Doppik, der doppelten Buchführung werden bei der Kameralistik kassenwirksame Einnahmen (Einzahlungen) und Ausgaben (Auszahlungen) betrachtet, dies jedoch nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne und auch ohne Erträge und Aufwendungen zu ermitteln. Der Fokus

der Kameralistik liegt daher eher auf Finanzzielen als auf Sachzielen.

Kapitalkosten

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

Kennzahlen

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

Kleininvestitionen

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen im Bereich Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik gezählt, die einen Anschaffungswert von mindestens 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet. Im Bereich Hoch- und Tiefbau kennt der Kanton Basel-Stadt keine Kleininvestitionen. Beträge bis 300'000 Franken im Bereich der Hoch- und Tiefbauten werden direkt der Erfolgsrechnung belastet.

Laufende Verpflichtungen

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden die auf einer vertraglichen Vereinbarung basieren. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Zahlung fällig und deshalb kurzfristiges Fremdkapital.

Legislaturplan

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

Leistungsverrechnung

Unter Leistungsverrechnung wird die Interne Verrechnungen und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden. Siehe auch Abschnitt zu den internen Verrechnungen.

Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet.

Nettoschuld

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital und dem Finanzvermögen.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen

(NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt. Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag gelten z.B. der allgemeine Steuerertrag, der Vermögensertrag, die Liegenschaftserträge, der Anteile an Bundessteuern, die Nationalbankgewinne, der Zinsaufwand auf den Staatsschulden oder der Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Nicht zweckgebundene Aufwand- und Ertragspositionen werden in einem separaten Buchungskreis dargestellt und sind für die Steuerung der betroffenen Dienststellen nicht relevant.

In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis (NZBE) gesprochen.

Nutzungsdauer

Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Abschreibungsdauer von Anlageobjekten in der Finanzbuchhaltung entspricht der geschätzten Nutzungsdauer des Objektes.

Passivzinsen

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

Periodengerecht

Die periodengerechte Verbuchung von Geschäftsvorfällen wird auch Accrual Accounting genannt (siehe entsprechenden Abschnitt).

Rechnungsabgrenzung (aktive und passive)

Rechnungsabgrenzungen dienen der Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

Regalien und Konzessionen

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen.

Restatement

Neubewertung von Aktiven und Passiven aufgrund von geänderten Rechnungslegungsgrundsätzen auf den Zeitpunkt der Erstanwendung der Grundsätze.

Rücklagen

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen ist ein Anreiz für eine effiziente Leistungserbringung der globalgesteuerten Dienststellen. Rücklagen stellen Reserven (Eigenkapital) dar. Im Unterschied zu Rückstellungen stehen den Rücklagen keine Verpflichtungen oder Ansprüche Dritter gegenüber. Sie können vom Kanton jederzeit aufgelöst werden.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen, deren Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt, ein Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist und dessen Höhe zuverlässig ermittelt werden kann. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt.

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Zum Sach- und übrigen Betriebsaufwand gehört der gesamte Aufwand für die konsumativen Güter, die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht. Ferner gelten als Sachaufwand sämtliche Kosten für Dienstleistungen (wie Telefongebühren, Unterhaltsarbeiten, Reparaturen usw. die nicht durch das eigene Personal erbracht werden).

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens.

Selbstfinanzierungsgrad

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung (Nettoinvestitionen). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

Stetigkeit

Als Stetigkeit wird die Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

Swiss GAAP FER

Fachempfehlungen der Rechnungslegung. Schweizer Rechnungslegungsstandard hauptsächlich ausgerichtet auf die klein- und mittelständischen Betriebe.

Transferaufwand

Der Transferaufwand beinhaltet Entschädigungen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte (siehe entsprechenden Abschnitt), Aufwand in Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Ertragsanteile welche an Dritte weitergeleitet werden sowie Wertberichtigungen von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

Transferertrag

Zum Transferertrag zählen Entschädigungen und Beiträge von anderen Gemeinwesen (namentlich des Bundes), Erträge in Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Anteile an Erträgen von Dritten (siehe entsprechenden Abschnitt) sowie Erträge in Zusammenhang mit erhaltenen Investitionsbeiträgen.

Umlageschlüssel

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Querschnittprodukt zugunsten eines Produkts erbracht werden, dem entsprechenden Produkt zuzuteilen.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen. Darunter fallen insbesondere Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sowie Darlehen. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

Vollkostenrechnung

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

Wertberichtigung

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur von Aktivpositionen (beispielsweise Korrektur von Forderungen, Darlehen, Beteiligungen, Gebäude) für eingetretene Wertminderungen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die einen Adressaten in der Entscheidungsfindung beeinflussen können. Über die Wesentlichkeit wird somit immer im konkreten Kontext zu entscheiden sein.

Die präsentierten Angaben müssen eine ausgewogene Beurteilung ermöglichen. Unwesentliche Beträge können mit sachlich ähnlichen Beträgen aggregiert werden.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz verankert.

Zweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Zweckgebundener Aufwand und Ertrag gilt der in den Dienststellen anfallende Aufwand und Ertrag. In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Zweckgebundenen Betriebsergebnis (ZBE) gesprochen, das für die Dienststellen die verbindliche Budgetvorgabe darstellt.

8 Die weiteren Berichte zum Budget 2014 im Internet

8.1 Die weiteren Berichte zum Budget 2014 im Internet

Der Budgetbericht 2014 sowie der dazugehörige Anhang kann im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente>

Inhaltsverzeichnis

1	Budget 2014
2	Die weiteren Berichte zum Budget
2.1	Kostenartengliederung
2.1.1	Gesamtkanton
2.1.2	Grobübersicht Departemente
2.1.3	Detailübersicht Departemente
2.1.4	Detailübersicht Dienststellen
2.2	Institutionelle Gliederung

Impressum

Herausgeber:

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Basel, im Herbst 2013

www.bs.ch

gedruckt in der
schweiz



No. 01-13-150337 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership